

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 12. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 8. Juli 2010, 10.00 Uhr
Europasaal im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen	1 - 108
• Herr Prof. Dr. Klaus Duphorn gemäß Beweisbeschluss 17-137	
• Herr Dr. August Hanning gemäß Beweisbeschluss 17-6	
• Herr Dr. Wolf von Osten gemäß Beweisbeschluss 17-146	

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Prof. Dr. Klaus Duphorn (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.
Die Zeugen Dr. August Hanning und Dr. Wolf von Osten haben keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 10.15 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Klaus Duphorn**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte mit der öffentlichen Sitzung, mit der Beweisaufnahme beginnen und rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Prof. Dr. Klaus Duphorn gemäß Beweisbeschluss 17-137

Herr Dr. August Hanning gemäß Beweisbeschluss 17-6

Herr Dr. Wolf von Osten gemäß Beweisbeschluss 17-146

Ich begrüße Sie, Herr Professor Duphorn, sehr herzlich und ganz besonders in unserer Mitte und darf vor Eintritt in die Tagesordnung jetzt noch ein paar formale Dinge verkünden. Die Kolleginnen und Kollegen kennen das schon. Es ist immer wieder dasselbe, aber aus formalen Gründen muss ich das genau so machen, wie ich das jetzt tun werde.

Ich bitte die Vertreter der Medien noch einmal offiziell, die Ton-, Film- und Bildaufnahmen jetzt zu beenden. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig. Sie wissen, dass ein Verstoß gegen dieses Gebot nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen kann, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Tribünen erinnere ich daran: Den Besuchern von Ausschusssitzungen ist es nach einem Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestags vom 16. September 1993 nicht erlaubt, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen.

Weil die Möglichkeit der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Mobiltelefonen während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich bitte Sie daher, Ihre Handys nun auszuschalten.

Ich begrüße Sie jetzt noch einmal, Herr Professor Duphorn, und darf darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-137, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt dem Sekretariat vor.

Es liegen darüber hinaus Aussagegenehmigungen vor, zum einen vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen für den Zeitraum bis zum 31.08.1972 und darüber hinaus eine Aussagegenehmigung der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe für den Zeitraum vom 01.09.1972 bis zum 15.10.1974.

Herr Professor Duphorn, Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuft Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, Herr Professor Duphorn, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Name Klaus Dieter Duphorn - nein, der Doktor gehört auch dazu, steht auch im Personalausweis. Ich komme aus Kiel, geboren 03.03.34 in Jena in Thüringen. - Was war das Letzte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ihren Wohnort brauchen wir noch, bitte.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Den hatte ich schon genannt: Kiel.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir brauchen noch eine Anschrift, um Ihnen das Protokoll zusenden zu können.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: [REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. Dann haben wir alle Angaben für das Protokoll und können jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir sogleich Fragen an Sie richten. Wie wünschen Sie das? In jedem Fall haben Sie das Wort.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich richte mich nach Ihren und des Auditoriums Wünschen.

(Sebastian Edathy (SPD): Es wäre hilfreich, wenn Sie eine Einleitung geben würden und wir dann die Fragen anschließen können!)

- Das habe ich nicht verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Opposition insbesondere sagte, es wäre schon schön, wenn Sie ein paar einleitende Sätze zu uns sagen würden, sicherlich auf der Grundlage dessen, was Ihnen als Beweisbeschluss bzw. dann auch als Untersuchungsauftrag zugesandt worden ist. Die Koalition könnte auch ganz gut ohne leben. Noch einmal: Es liegt tatsächlich jetzt an Ihnen, zu entscheiden, wie Sie gerne verfahren möchten.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das sollte man schon aus Höflichkeitsgründen tun, auch etwas zur eigenen Sache sagen; aber ich fasse mich dabei um der Sache willen etwas kurz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Frau Vorsitzende, Sie haben eben gesagt: Zur Verpflichtung gehört es, nichts zu vergessen. - Ich erinnere Sie an einen akuten Fall. Bei der feierlichen Verpflichtung auf das Grundgesetz - das ist ja erst sechs Tage her - musste nämlich der Bundespräsident einen zweiten Anlauf machen. Gleich zu Beginn der Eidesformel unterschlug er, vergaß er versehentlich das „ich“. Er entschuldigte sich und fing noch mal von vorne an. Dann ging alles gut, und er schloss mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.“

Diesen Beistand kann ich heute auch gebrauchen; denn denken Sie an die zeitlichen Dimensionen, die auch was mit Vergessen zu tun haben. In 33 oft sehr turbulenten Gorleben-Jahren konnte man nämlich - ich spreche jetzt von mir - geistig nur dann überleben, wenn man sich an einen philosophischen Stoßseufzer vom alten Cicero gehalten hat, der da lautet: Lehre mich die Kunst des Vergessens. - Fazit für hier und heute: Bitte haben Sie Nachsicht mit einem in 33 Jahren Gorleben-geschädigten Geologengedächtnis. Sie wissen, mit welcher Fülle von Daten wir uns heute abplagen müssen.

Zum Schluss dieses Vorworts noch ein kurzer Abriss meiner praktischen Gorleben-Aktivitäten, meiner Gorleben-Vita, aber nur für die Anfangszeit, nicht für die gesamten 33 Jahre, nur für die Anfangszeit, die hier hauptsächlich zur Debatte steht, also etwa so bis Mitte der 80er-Jahre.

Mein Einstieg in das Projekt erfolgte sehr elegant. Im Sommer 1978 führte ich mit unseren Studenten einen zweiwöchigen Kartierkurs auf dem Hühbeck durch. Das ist ein Hügel, der inmitten der Elbaue vom Ufer an steil als Kliff bis 76 Meter über N. N. ragt. Bei diesem Gebilde handelt es sich um eine Stauchendmoräne eines eiszeitlichen Gletschers, der vor rund 200 000 Jahren von Skandinavien heruntergekommen ist und dann bis vor die Tore von Düsseldorf gekommen ist und dabei auch diesen Salzstock Gorleben mit überfahren hat.

Darüber liegt eine Stauchmoräne. Das Eis, das nach meinen Berechnungen etwa 1 000 Meter Mächtigkeit gehabt hat dort in Gorleben, hat die Erde, über die es fuhr - ich habe meinen Studenten es bildlich so gesagt -, wie eine Ziehharmonika zusammengefaltet und zusammengestaucht. Das war ein interessantes Objekt.

Dann las ich in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* einen Artikel, Überschrift: Reichen 400 Hektar? Die Frage wurde deshalb gestellt, weil sich bei dem aufgenommenen Gorleben-Projekt - die Beschlussfassung war 1977 - sehr schnell zeigte, dass vor allem zwei Großgrundbesitzer, der Graf von Bernstorff und die evangelische Kirche, nicht bereit waren, ihre Grundstücke für die Endlagerforschung, für die Untersuchung herzugeben.

Nach einigen Überlegungen habe ich mich dann mal ruhig an den Tisch gesetzt und habe den Präsidenten der PTB, die für das Projekt zuständig ist in erster Linie, darauf aufmerksam gemacht, dass man hier auch einige Unsicherheiten aus oberflächennaher geologischer Sicht zu erwarten habe, die durchaus sich auch auf die Frage auswirken, ob der Salzstock, der darunter liegt, geeignet ist oder nicht. Ich schrieb ihm auch, dass ich bereit wäre, mit meinen Kollegen in das Projekt mit einzusteigen, zumal ich ja als niedersächsischer Landesgeologe dort gearbeitet hatte. Der Salzstock lag mit in meinem amtlichen Dienstbezirk.

Dann schrieb er sehr nett zurück: Ja, machen wir. Ich reiche das zuständigkeitshalber an die BGR Hannover weiter - in der ich auch acht Jahre zu Hause war, wie Sie eben gehört haben -; die ist zuständig - wir haben keinen Geologen - für die geologische Seite.

Am Ende hat man mich eingeladen, mich zu beteiligen, und dann haben wir uns zusammengesetzt und einen Plan gemacht. Ich zitiere mal aus einem Brief, den ich ihm als

Antwortbrief geschrieben habe am 19. Dezember 1978 - jetzt beginnt also auch gleichzeitig der sachliche Teil unserer Unterredung, unserer Zeugenvernehmung -:

Sehr geehrter Herr Präsident!
Hiermit bestätige ich den Eingang des obengenannten Schreibens. Für die Entscheidung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, im Rahmen der geologischen Vorarbeiten für das Projekt Gorleben keine geologische Oberflächenkartierung durchführen zu lassen, habe ich kein Verständnis, zumal die Entscheidung von einer Institution getroffen wurde, in der die gute Tradition der deutschen Spezialkartierung begründet ist. Außerdem kostet eine moderne Neukartierung, die sich hauptsächlich auf Peilstangen und Drillbohrungen stützt, so gut wie nichts im Vergleich zu den Gesamtkosten des Projekts.

Ich muss hinzufügen: Damals war das Projekt noch umfangreicher. Da gehörte die Wiederaufarbeitungsanlage Dragahn mit dazu, und das finanzielle Gesamtvolumen des Projekts lag damals bei 12 Milliarden DM.

Weiter im Text:

Nach meiner Auffassung ist die flächenhafte geologische Aufnahme der erdoberflächennahen Lockergesteine über dem Salzstock Gorleben genauso wichtig wie die Erfassung der hydrogeologischen Leithorizonte im tieferen Untergrund des Deckgebirges und wie die Erfassung der Salzoberfläche selbst. Schließlich bildet die Erdoberfläche einen der Haupthorizonte für alle biosphärischen Vorgänge, von denen die bergmännischen Hohlräume im Salzstock, in denen die radioaktiven Abfälle deponiert werden sollen, isoliert bleiben müssen.

Gern hätte ich die quartärgeologischen Kartierarbeiten im Salzstockgebiet, die im Sommer dieses Jahres im Rahmen einer Lehrveranstaltung aufgenommen wurden, im nächsten Jahr in Abstimmung und Koordination mit der PTB und der BGR weitergeführt und vertieft, doch nun muß ich mich wohl nach anderen Kooperationsmöglichkeiten umsehen.

Mit freundlichem Glückauf

Daraus hat sich dann nach gemeinsamer Rücksprache mit BGR ein erweiterter Plan entwickelt, den ich jetzt noch weiter verfolgen werde.

Aufgabenstellung: Im Rahmen des hydrogeologischen Untersuchungsprogramms Gorleben der PTB Braunschweig wurden von mir im November 1979 vertragsgemäß folgende Aufgaben übernommen:

Erstens. Quartärgeologische Oberflächenkartierung.

Zweitens. Petrografische Kiesanalysen an bis zu 1 000 Bohrproben aus den tieferen Aufschluss- und Salzspiegelbohrungen. Salzspiegelbohrungen sind solche, die noch in den obersten Teil des Salzstocks hineinreichen.

Drittens. Schwermineralanalysen an bis zu 300 Bohrproben.

Viertens. Quartärgeologische Gesamtinterpretation der Bohr- und Kartiererergebnisse unter Berücksichtigung anderer Spezialuntersuchungen, insbesondere der Programmpunkte Korngrößen, Tonminerale, Durchlässigkeiten, Mikropaläontologie, Pollenanalyse, Auswertung Bohrlochgeophysik und bodenkundliche Kartierung.

Ich lege deshalb etwas Wert darauf, diese Einzelheiten aufzuzählen, weil man mir drei Jahre später dann vorgeworfen hat, ich hätte meinen vertraglich vorgeschriebenen Rahmen überzogen. Hier steht es drin, dass ich das alles mit einarbeiten sollte. - Das war die Aufgabenstellung.

Durchführung. Die Oberflächenkartierung war - wie Sie eben gehört haben - zunächst gar nicht eingeplant. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Herrn Diplomgeologen Schneider - der inzwischen auch wieder tätig geworden ist in Sachen Recherchen Gorleben-Akten - und mit acht Studenten durchgeführt. Dabei wurden in rund 5 300 Handbohrungen über 13 000 Bohrmeter niedergebracht. - So etwas fehlt mir heute mal wieder.

Außerdem wurden bei der Auswertung etwa 3 000 Fremdbohrungen berücksichtigt. Das Kartiergebiet hat eine Größe von rund 300 Quadratkilometern. Es geht also noch über den Rand des Salzstocks in seine Randsenkenbereiche hinaus. Die Kartiererergebnisse wurden in 40 geologischen Karten zusammengefasst. Der Kartierbericht mit diesen Karten im Anhang wurde Ende Dezember 1980 - da sind wir inzwischen im nächs-

ten Jahrzehnt angelangt - an die PTB übergeben.

Außerdem haben wir in der Zeit von November 1979 bis 1981 118 hydrogeologische Aufschlussbohrungen, 25 Salzspiegelbohrungen sowie eine ganze Reihe von Pegelbohrungen und Versuchsversorgungsbrunnen quartärgeologisch aufgenommen und beprobt. Die Bohrproben wurden von zwei ehemaligen Mitarbeitern kies- und schwermineralanalytisch untersucht, die Ergebnisse in jeweils elf Zwischenberichten an die PTB übersendet und von der BGR Hannover übernommen.

Sie sehen, wir waren in dieser Zeit nicht untätig. Mehr noch: Wir haben weit mehr als unsere vertraglich vorgeschriebene Pflicht getan. Deshalb hat es mich dann zwei Jahre später geärgert, als man uns nicht mehr haben wollte.

Jetzt muss ich eine Frage stellen. Ich habe hier noch eine halbe Seite. Sollte ich die noch bringen?

(Sebastian Edathy (SPD): Ja, bitte!)

- Gut.

Auf der Grundlage der oben genannten Methoden wurde zunächst die quartäre Schichtenfolge feinstkartografisch untergliedert. - Die Schichten mussten ja gegliedert werden, datiert werden. Nur so kann man die Lagerungsverhältnisse im Deckgebirge über dem Salzstock rekonstruieren. - Im Gegensatz zur Kiesanalyse erwies sich die Schwermineralanalyse hier jedoch als nicht geeignet. Aufgrund der vielfach gestörten Lagerungsverhältnisse haben wir anstatt der vertraglich vereinbarten 1 000 Kiesanalysen freiwillig und gratis - ich hatte es eben schon angedeutet - insgesamt 3 182 Kiesanalysen durchgeführt. Somit haben wir zusammengekommen allein bei der Kiesanalyse fast eine halbe Million Steine in den Händen gehabt.

Nach Bohrabschluss - das war Anfang November 1981 - und Vertragsende - das war 31. Dezember 1981 - wurden die vielen verschiedenen Bohrergebnisse in 48 geologischen Karten und Profilen analysiert, miteinander verglichen und ausgedeutet.

Diese Karten- und Profilanalyse bildet die Hauptgrundlage der quartärgeologischen Gesamtinterpretation. Die Abgabe der Erstfassung dieses Gutachtens erfolgte im Juni 1982, die Abgabe der Endfassung im Februar 1983.

Bekanntlich wurden die beiden Schlusskapitel der Erstfassung aufgrund einer gezielten Indiskretion seitens BMFT und Deutschem Atomforum vorzeitig publik gemacht. Ich habe diesen Vorgang nicht zu vertreten. Ich erinnere mich nur sehr ungern an diese Zeit, möchte aber, da es direkt zum Kernthema unserer Sitzung überleitet, vorwegschicken, dass ich sehr gern an diese Zeit zurückdenke, in der ich speziell mit den Kollegen von der PTB Braunschweig versucht habe, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Am liebsten erinnere ich mich an einen Trinkspruch von Herrn Kind, dem damaligen Präsidenten der PTB, der mich zu einem sogenannten Krisengespräch eingeladen hatte mit seinen Abteilungsleitern und Hauptabteilungsleitern, in Braunschweig, in einer netten kleinen Gaststätte. Und als wir uns an den Mittagstisch gesetzt hatten - er saß neben mir -, hat er sein Glas genommen - ein schöner Riesling drin - und gesagt: Herr Duphorn, lassen Sie uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner anstoßen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Doch, die ganze Koalition; Sie sagen es.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist nicht erlaubt, aber sehr, sehr richtig.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das wäre mein persönlicher Vorspann, aber, wie gesagt, schon mit Überleitung zum fachlichen Teil, der hier zur Debatte steht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Professor Duphorn, ganz, ganz herzlichen Dank für Ihre einführenden Worte, die uns doch jetzt geholfen haben, dass wir mittendrin in der Materie sind, die ja eine sehr, sehr spezielle ist. Sie erlauben, dass nicht jeder von uns - und ich schon gar nicht - hier tatsächlich quartärgeologische Detailkenntnisse besitzt. Aber als Ausschuss sind wir natürlich in hohem Maße daran interessiert, wie denn die Ergebnisse, die Sie damals vorgelegt haben, rezipiert worden sind, wie sie in der wissenschaftlichen Community diskutiert worden sind. Letztendlich stellt sich auch die Frage, in welcher Tonalität das Ganze passiert ist, weil ja immer die Frage ist: Wie wertet und würdigt man dann letzt-

endlich Ergebnisse? Sowohl unter Wissenschaftlern als auch unter Politikern ist ja Streit etwas völlig Normales, um nicht zu sagen: Existenzielles. Das geht gar nicht anders. Es gibt unterschiedliche Meinungen, und man versucht gemeinsam, dann so etwas wie eine Wahrheit herauszufinden. Das ist bei den Wissenschaftlern, denke ich, genauso wie bei den Politikern.

Uns liegt vor als MAT A 29 - das muss Sie jetzt nicht erschüttern; das sage ich jetzt ganz besonders für das Protokoll - Ihr Abschlussbericht „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben“ vom 31.05.1982, wo Sie auch den Werdegang noch mal schildern, wo Sie auch letztendlich darauf hinweisen, dass ohne Ihr Zutun dieser Bericht das Licht der Öffentlichkeit entdeckt hat, ohne dass Sie das bislang wollten. Sie sprechen auch mit ein paar deutlichen Worten dort den Umgang mit diesem Bericht in der Öffentlichkeit an.

Darüber hinaus sagen Sie aber dann irgendwann unter Paginierung 56008:

Es ist daher sowohl sinnvoll als auch korrekt, wenn die BGR, welche die PTB bei allen geologischen Fragen der Endlagerforschung berät und unterstützt, zu denjenigen Interpretationen, denen sie nicht folgt, eigene fachliche Stellungnahmen abgibt.

Sie legen dann aber doch Wert darauf, dass

die „negativere“ Interpretation in jedem Fall so lange mit ins Kalkül einbezogen werden muß, wie es nicht möglich ist, sie eindeutig und einwandfrei zu widerlegen.

Abschließend sagen Sie dann, dass

in der Sache die geologische Intern-Diskussion mit der BGR persönlich stets fair geblieben

ist.

Das ist so, wie man sich das wünscht. Ich glaube auch - den Hinweis haben Sie gegeben -, gerade der Umgang mit Herrn Professor Kind, dem Präsidenten der PTB, deutet auch darauf hin, dass man da tatsächlich einen Wettstreit auf wissenschaftlicher Grundlage letztendlich gehabt hat.

Von der anderen Seite, einer anderen wissenschaftlichen Meinung - also ein Gegengutachten im Prinzip zu Ihrem Gutachten -, liegt diesem Ausschuss unter MAT B 3

von der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe die fachliche Stellungnahme zum Abschlussbericht von Herrn Professor Duphorn vom 16.03.1983 vor. Das hört sich jetzt alles an wie eine ganz normale Diskussion zwischen Wissenschaftlern, die untereinander fair, aber doch kontrovers miteinander umgehen.

Was uns jetzt als Ausschuss natürlich insbesondere interessiert, ist, dass Sie an der einen oder anderen Stelle berichtet haben, dass Sie mundtot gemacht worden seien von der PTB bzw. von der BGR. Das ist jetzt für uns politisch natürlich wichtig, wie man denn umgegangen ist sozusagen mit einer möglicherweise kritischen Berichterstattung. Diese Äußerung, dass Sie mundtot gemacht worden seien, nehmen Sie dann wieder zurück in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 22. Oktober 1982. Für das Protokoll: Das ist MAT A 39, Paginierung 030521. - Da sagen Sie, nein, das sei nun doch nicht so gewesen. Im Gegenteil, Sie würden sich sogar auch für die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben aussprechen.

Könnten Sie freundlicherweise aus Ihrer Sicht in dieses für mich verwirrende Aneinander von verschiedenen Umgangsweisen miteinander Licht bringen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, aber ebenso wie Sie: nur sehr dunkel. - Ich möchte eine Vorbemerkung vorausschicken: Sie erwähnten eben, dass es auch Streit geben muss in der Wissenschaft. Das ist ganz normal. Aber - und das bezieht sich jetzt auch auf die letzte Frage - Konfuzius hat mal gesagt: Brüder, bevor ihr euch streitet, klärt die Begriffe. - Das gilt eigentlich für Menschen in allen Lebenslagen. Das wird leider oft vergessen. Vielleicht sind durch verschiedene Zungenschläge Missverständnisse aufgetreten. Es ist ein Unterschied, ob man mal irgendwo in einer hitzigen Diskussionsrunde etwas sagt und etwas schärfer formuliert oder ob man das im Stübchen zu Hause fein säuberlich formuliert und überdenkt. Irgendwann ist mir das Wort „mundtot“ mal rausgerutscht. Das weiß ich noch. Ich weiß nicht mehr genau, bei welcher Gelegenheit. Das ist einfach zu lange her. Aber dann habe ich es halt wieder zurückgenommen.

Aber wie auch aus dem von Ihnen Gesagten hervorgeht: Die Zusammenarbeit ist zumindest bis zum Ende des Vertrages sehr gut gewesen. Wir haben zusammen an der

Bohrung gestanden und haben die Bohrerkerne angeschaut, aufgenommen, diskutiert. Da wächst man zwangsläufig auch menschlich etwas zusammen. Das hat meinen Leuten und mir sehr gut gefallen. Das gilt vor allem für die Kollegen, die ich noch nicht erwähnt habe. Es gab ja eine Bauleitung, Dr. Pickel (?)¹ aus Kassel. Die waren zuständig für die Bohrungen selbst, für den technischen Teil. Die hatten auch eigene Hydrogeologen, und mit denen zusammen haben wir dann die Aufzeichnungen gemacht.

Ich kann nur rückblickend das sagen, was ich vorhin schon mal angedeutet habe: Die Diskussionen verliefen in der Sache oft hart, aber im Ton weitgehend verbindlich. Ich kann das zum Beispiel - - Ich will mal sehen, ob ich das hier auch schriftlich bestätigen kann. Einen kleinen Moment bitte.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Vor mir liegt der Band *Entsorgung*, Nr. 3, Bericht von einer Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen Salzstock Gorleben. Das war 1983, 27./28. Mai 1983 in Hitzacker. Da habe auch ich einen Vortrag gehalten mit der Präsentation unserer projektrelevanten Ergebnisse. Am Ende habe ich dann bei „Schlussfolgerungen“ gesagt:

Mein Vortrag hört somit dort auf, wo Sie, Herr Vorsitzender,

- das war der Abteilungsleiter Dr. Ziegler vom BMFT seinerzeit; Matting war beim BMI -

mit einem sehr ernsten und nachdenklichen Schlußwort in Lüchow 1981

- das war die erste Gemeinschaftsveranstaltung Bund/Land -

ebenfalls aufgehört haben, nämlich beim Wasser in der Gorlebener Rinne.

Und dann habe ich mich an Herrn Venzlaff gewandt und habe ihm gesagt, öffentlich, wohlgermerkt:

Herr Kollege Venzlaff, bei unserer intensiven Interdiskussion habe ich Sie als einen harten, aber fairen Diskussionspartner kennen und schätzen gelernt. Lassen Sie mich daher meinen Vortrag mit einem

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „(?)“, Anlage

versöhnlichen Schlußwort beenden: Niemand wird Ihnen einen Vorwurf machen, weil Sie früher die junge Salzstockdynamik, die quartäre Ablaugungsintensität und die Grundwasserdynamik um mehrere Größenordnungen unterschätzt haben. Auch die Bundesregierung hat diesen Vorwurf nicht verdient. Wir alle haben das unterschätzt. Ich schließe mich da nicht aus. Ich habe ja selbst in Lüchow 1981 den Salzstock Gorleben noch gegen unsere eigenen Negativergebnisse aus dem quartären Deckgebirge in Schutz genommen. Aber dann wurde ich eben von den Bohrergebnissen beim Wort genommen, und dadurch wurde meine eigene wissenschaftliche Glaubwürdigkeit auf die Probe gestellt. Daraus habe ich die Konsequenz gezogen.

Heute, Herr Venzlaff, appelliere ich an Sie und an die BGR, der ich mich trotz der fachlichen Differenzen - das möchte ich hier ausdrücklich betonen; ich bin ja gerade erst mit der BGR vier Monate in der Antarktis gewesen - in Gorleben nach wie vor verbunden fühle. Ziehen auch Sie die Konsequenz aus den Bohrergebnissen, aus der quartären Ablaugungsintensität und aus den Messungen der Grundwasserfließgeschwindigkeiten, die Ihre eigenen sind. Haben auch Sie den Mut zu der Einsicht, die Frage der PTB, die heute zur Debatte steht, nämlich die Frage, ob die Bohrungen mehr positiv oder negativ ausgefallen sind, genauso zu beantworten wie ich: überwiegend negativ und deshalb Untersuchungen anderer Salzstöcke.

Das ist also nur ein Beispiel.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Duphorn. - Für mich hört es sich jetzt tatsächlich so an, als wenn Sie aber trotz aller Differenzen in der Sache, die ohne Zweifel da waren, miteinander offen umgegangen sind und tatsächlich auch in einer wissenschaftlichen Diskussion sich befunden haben, wo Ihre Befunde respektiert und angehört worden sind, und dann eben eine dem widersprechende Position ebenso sozusagen Beachtung gefunden hat und man dann eben miteinander tatsächlich um die Sache gerungen

hat, wie das so ist in der Wissenschaft und wie das ja auch letztendlich so ist in der Politik.

Für mich noch mal bitte eine Nachfrage. Wir haben in der letzten Woche hier Herrn Professor Röthemeyer als Zeugen vernommen. Er hat selbstverständlich auch über diese fachlichen Diskurse mit Ihnen berichtet. Er hat uns darüber hinaus dann auch gesagt, dass ein Gespräch stattgefunden hat am 10.09.1982, dass man da insofern eine Gemeinsamkeit gefunden habe. Ich muss das jetzt noch mal zitieren, damit das vernünftig ist: MAT A 69/4. Das ist die Information, die uns Herr Professor Röthemeyer beim letzten Mal hier zur Verfügung gestellt hatte. Und als Fazit der Besprechung führte er hier an:

Bevor endgültige Eignungsaussagen gemacht werden können, muss eine Berechnung des Wasserpfades auf der Basis der im PTB-Bericht ... enthaltenen Szenarien für sicherheitsrelevante Abfallkategorien erfolgen.

Das ist dann auch publiziert worden in einem Infoblatt der PTB, nämlich 3/82. Letztendlich sind dann diese Gespräche, wie es guter Brauch auch unter Wissenschaftlern ist, nicht nur zunächst intern geführt worden - das ist völlig in Ordnung -, aber dann sind deren Ergebnisse doch auch publiziert worden, um eine Öffentlichkeit, ob national oder international, halt an diesen Erkenntnissen teilhaben zu lassen und letztendlich das Ganze natürlich auch zur Diskussion zu stellen.

Mir kommt es - noch einmal - darauf an: Wie ist man mit Ihren Ergebnissen umgegangen? Ich kann all dem, was Sie gesagt haben und was ich jetzt hier auch weiter vorgetragen habe, nur entnehmen, dass man mit diesen Ergebnissen kritisch umgegangen ist, was aber völlig normal ist unter Wissenschaftlern - da macht man das zunächst immer mal -, -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - dass man aber sie nicht sofort zur Seite gewischt hat, sondern dass man sie in den wissenschaftlichen Diskurs einbezogen hat. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Gut. Ich wies vorhin auf eine nicht nur fach-

lich gute, sondern auch menschlich angenehme Besprechung interneren Charakters mit der Spitze der PTB in Braunschweig hin. Daraufhin haben wir beide etwas zurückgesteckt, der eine hier, der andere dort. Die PTB war danach bereit, auch die Überlegung, die ich ja schon als Empfehlung ausgesprochen hatte, nämlich neben dem Salzstock Gorleben parallel und alternativ andere Standorte zu untersuchen, wobei man zunächst nur an andere Salzstöcke dachte - - Und das hat sie dann auch getan.

In einem zusammenfassenden Zwischenbericht von 1963² hat sie dann nämlich festgestellt - das, was ich in Hitzacker auch schon vorgetragen hatte -, dass die über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, dass sie in der Lage wären, potenziell kontaminierte Grundwässer auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten. Damit räumte die PTB erstmals ein, dass aufgrund der Bohr- und Messergebnisse aus dem vorgesehenen geologischen Mehrbarrierensystem Deckgebirge plus Salzstock überwiegend ein Einbarrierensystem geworden war, dessen Schutzfunktion der Salzstock weitestgehend allein übernehmen müsste.

Für mich, der ich im Auftrag der PTB drei Jahre gutachtlich tätig war, war diese Erkenntnis ein wesentlicher Grund dafür, der PTB gutachtlich die Erkundung auch anderer Lagerstätten zu empfehlen. Daran habe ich mich bis heute gehalten. Seit dieser Zeit bin ich bei dieser klaren Linie geblieben.

Auch die PTB war dann im Frühjahr 1983 dazu bereit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen, und sie wollte der Bundesregierung empfehlen, parallel zum Schachtabteufen in Gorleben übertägig andere Standorte alternativ zu prüfen. Der Entwurf dieser Empfehlung, der von der PTB bei einer Anhörung vor dem Ausschuss für Umweltfragen des Niedersächsischen Landtages in Hannover am 1. Juli 1985 bestätigt wurde, endet mit folgenden Sätzen - ich zitiere -:

Viele Aussagen des Berichtes ...

Gemeint ist der zusammenfassende Zwischenbericht der PTB von 1983 über bisherige Ergebnisse der Standorterkundung

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „1963“, setze „1983“, Anlage

Gorleben, welcher der Bundesregierung als Entscheidungsgrundlage gedient hat, Entscheidungsgrundlage vom Mai 1983, über die sicherlich auch noch zu sprechen sein wird. Ich zitiere:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichtes ... sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und der Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen

- das ist der Kompromissvorschlag gewesen, PTB -

anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers. Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.

Auf diesen Punkt hatte ich bei der Besprechung in der PTB explizit hingewiesen. Das ist das Problem bis heute.

Meine Damen und Herren, denken Sie mal an Ihre eigene Familie. Wenn meine Frau einkaufen geht, egal, ob beim Lebensmittelhändler oder im Modegeschäft - ins Modegeschäft gehe ich meistens gar nicht mit -, dann wird doch eine Auswahl getroffen. Man kauft doch nicht gleich das erste beste Stück, vor allem im Modegeschäft nicht. Wenn meine Frau Mode kauft - jetzt lassen Sie mich mal aus der Schule plaudern - und sie die armen Verkäuferinnen löchert und dieses und jenes Kostüm in die Hand nimmt, dann tue ich manchmal so, als ob ich nicht dazugehöre. Aber das ist doch ein Grundprinzip des menschlichen Lebens und auch der Naturwissenschaften, das Prinzip der Vergleichbarkeit. Das ist auch ein Akzeptanzprinzip. Wie wollen Sie Glaubwürdigkeit erlangen, wenn Sie einen Plan nach dem anderen immer wieder verschieben, immer wieder erweitern, immer wieder umformulieren? Das ist das Hauptproblem des Endlagerprojekts Gorleben bis heute, und inzwischen dauert das so lange, dass Sie aus diesem Problem nicht mehr rauskommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie das mit dem Anzugkaufen ist, das möchte der Herr Kollege Grindel gleich noch weiter mit Ihnen erörtern, habe ich gerade gehört. Aber ich hätte noch eine anderweitige Nachfrage, ehrlich gesagt. In der eben bereits zitierten fachlichen Stellungnahme zum Abschlussbericht von Ihnen, Herr Professor Duphorn, der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe sind insbesondere Ihre quartärgeologischen Befunde ausgesprochen hervorgehoben und gelobt worden. Sie sagen ja selber, das hat Eingang gefunden auch in die entsprechenden Stellungnahmen der BGR, aber dann auch der PTB. Auf der anderen Seite werden aber andere Befunde und insbesondere Interpretationen, die Sie über die Quartärgeologie hinaus gezogen haben, sehr infrage gestellt und kritisiert. Noch mal: Auch das ist ein wissenschaftlich völlig korrektes und übliches Verfahren.

Gibt es denn - das würde mich jetzt interessieren - von anderer Stelle wissenschaftliche Meinungen, die Ihnen beigeprungen sind? Das ist ja häufig so: Man hat eine These und eine Antithese, deshalb veröffentlicht man das Ganze dann ja auch noch mal; ich habe eben das Infoblatt zitiert - - dass möglicherweise jemand anders aus der wissenschaftlichen Community sich noch dazu äußert und sagt: Jawohl, der eine oder der andere hat mehr recht. Das weiß ich aus meiner Expertise, aus meinen Literaturstudien oder was auch immer.

Wie sehen Sie das? Gibt es noch jemanden, der dann Ihrem Bericht, der ja doch hier in dieser Stellungnahme ganz hart angegangen ist, wenn ich das so sagen darf, und Ihnen da beigeprungen ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Grundsätzlich möchte ich vorwegschicken, dass es in jeder wissenschaftlichen Diskussion verschiedene Meinungen gibt und dass man die auszugleichen versucht. Von „beispringen“ rede ich deshalb nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass ich nicht der Einzige war, der diese Forderung seinerzeit - oder es war ja zunächst nur eine Empfehlung -, alternativ und parallel auch andere Salzstöcke zu untersuchen, erhoben hat. In noch massiverer Form ist sie erhoben worden von Herrn Kollegen Professor Herrmann - das ist der Salzgeologe seinerzeit in Deutschland überhaupt -, mit dem ich eine umfangreiche Korrespondenz geführt habe über zwei bis drei

Jahre, gerade in dieser kritischen Zeit, und der voll auf meiner Linie liegt.

Schade, irgendwo habe ich das hier liegen. Wahrscheinlich ist es noch in dem Großkoffer, der hinter mir steht. - Irgendwann hat er mir gegenüber dann auch mal seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, dass er jahrelang auch vergeblich versucht hat, die amtlichen Endlagergremien umzustimmen. Seine Zweifel bezogen sich aber ausschließlich zunächst auf den Salzstock selbst. Wie gesagt, er ist Salzspezialist. Er hat - daran kann ich mich noch erinnern - aber auch mal in einem Brief geschrieben, er hätte auch dazugelernt; denn jetzt wüsste er, wie eng diese hydrodynamischen Beziehungen zwischen der Grundwasserdynamik im Deckgebirge und den salzgeologischen und salzmineralogischen dynamischen Vorgängen sein können. Vor dieser Kombination hat er auch gewarnt. Das ist auch nachzuvollziehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Er ist dann eben als Salzgeologe sozusagen noch mal dazu gekommen, Sie aus der quartärgeologischen Ecke. Aber es ist jetzt nicht so, dass es jetzt nun wieder - also These/Gegenthese, Ihr Bericht und dann Bericht der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe - da noch mal jemanden gegeben hätte, der nun dezidiert gesagt hat: Nein, nein, also das, was die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe da kritisiert hat, das ist nun völlig daneben. Ich springe - um das noch mal so zu sagen - also der Expertise von Professor Duphorn nun ausdrücklich bei. - Das ist dann sozusagen in der Luft geblieben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja. - Nein, nein. - Natürlich gab es auch andere, noch mehr Kollegen. Ich nenne zum Beispiel den Professor Grimmel aus Hamburg, der schon ein Jahr vor mir darauf hingewiesen hat, dass diese Salzstockerkundung Gorleben nicht vollständig ist, weil die andere Hälfte des Salzstocks in der DDR liegt, weil beide Salzstöcke, die nur verschiedene Namen tragen - Gorleben und Rambow -, grenzüberschreitend sind und miteinander verbunden sind. Das ist ja auch ein Problem, das hier wohl heute noch angeschnitten wer-

den soll, wenn ich das richtig verstanden habe.³

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Eine Frage habe ich jetzt noch an Sie, Herr Professor Duphorn, bevor ich das Fragerecht an die Fraktionen weitergebe. Auf der einen Seite haben wir jetzt gesprochen über die Perzeption Ihres Berichtes und Ihres Gutachtens im Rahmen der wissenschaftlichen Community, und auf der anderen Seite ist dann eben immer die Frage, wie sozusagen dann in der Öffentlichkeit damit umgegangen worden ist. Mir liegt hier vor eine Pressemitteilung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Forschung und Technologie vom 22. Juli 1982. Das ist zu finden: MAT A 39 unter der Paginierung 030416.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Herr Dr. Stahl.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dr. Stahl, ganz genau. - Da sagt er, im Interesse der Sache und der Verantwortung gegenüber der Notwendigkeit, die Entsorgung sicherzustellen, wäre etwas mehr Geduld sowie Nüchternheit und Präzision bei der Einschätzung von Aussagen sinnvoll. Das ist ja schon harter Tobak. Und dann die vorläufigen Ergebnisse:

... waren sich der Bund und das Land Niedersachsen einig, daß Zweifel an der Eignung des Salzstocks Gorleben für die Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der Wiederaufarbeitung nicht gerechtfertigt sind.

Also letztendlich in der Konnotation sogar dann noch bezüglich der wissenschaftlichen Expertise angefragt:

Wenn eine fundierte Diskussion über sehr wichtige Sachverhalte wie die Endlagerung geführt werden soll, muß verlangt werden, daß die Aussagen von Professor Duphorn nicht verabsolutiert werden ...

Er hat dann gesagt:

³ Anmerkung des Zeugen: „Herr Grimmel ist Geograph. Die größte fachliche Unterstützung kam jedoch aus der Geologenschaft selbst: In erster Linie von Dr. Appel aus Hannover (Anl. 1), von Prof. Seibold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG (Anl. 2) und sogar aus der BGR Hannover (Anl. 1, S. 8-11).“, Anlage

Es wird normalerweise auch kein Zahnarzt gehört, wenn es um innere Medizin geht.

Das sind ja schon namhafte Vorwürfe, die da letztendlich zutage treten. Wie sind Sie damit umgegangen, mit diesen Anwürfen, um nicht zu sagen: heftigen Anwürfen, aus den Reihen der Politik, damals Bundesforschungsministerium?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Zunächst recht locker. Sehen Sie, das ist ja eine konzeptionelle Frage, prinzipiell. Bei den ersten Kriterien, die rauskamen - das waren Bundesregierung und niedersächsische Landesregierung -, stand ganz klar die geologische, oder sagen wir besser: die geowissenschaftliche, Linie im Vordergrund, geowissenschaftliche Kriterien. Die vier Kriterien von Dr. Albrecht waren alle rein geowissenschaftlich, von 1978.

Mit zunehmender Verschlechterung der Bohrbefunde wurden Überlegungen angestellt konzeptioneller Art, inwieweit man jetzt andere - nicht geowissenschaftliche - Kriterien mit einfügen kann. Das war nur eine Frage der Zeit. Das muss man auch tun; denn es müssen nicht nur geologische Schutzziele erstellt werden, sondern es müssen auch strahlenmedizinische Schutzziele erstellt werden. Darum hat sich vor allem die Reaktor-Sicherheitskommission seinerzeit gekümmert. Deshalb wurde dann die zweite Bundes-/Landesveranstaltung in Hitzacker - ich habe vorhin aus der dritten Veranstaltung zitiert - - Die zweite stand völlig unter dem strahlenmedizinischen Prinzip, und zwar Stichwort: PSE, Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung“.

Die Kriterien wurden dann dahin gehend geändert, dass man sagt: Ein Endlager ist dann sicher, wenn ein strahlenmedizinischer Grenzwert von 30 Millirem - das ist ein Dosiswert; heute sind das 0,3 Millisievert - nicht überschritten wird. Damit trug man der Tatsache Rechnung, dass die Deckgebirgsverhältnisse hydrologisch schlechter waren als erwartet. Ich habe vorhin die PTB zitiert. Die hat das auch mit in ihre neue Konzeption hineingebracht, indem sie nämlich die alternative und parallele Untersuchung anderer Standorte vorgeschlagen hat.

Jetzt kam also dieses PSE-Kriterium in die Diskussion, und mit fortlaufender Zeit wurden dadurch die geologischen Aspekte etwas wertmäßig verdrängt. Das ist meines

Erachtens im Prinzip eine ganz korrekte und auch notwendige Entwicklung gewesen, aber, wie so oft, übereilt. Auch innerhalb der Strahlenmedizin selbst gab es ja damals schon durchaus keine Einheitsfront. Während der Grenzwert hier in Deutschland bei 30 Millirem festgelegt wurde, hatten die Niederländer und die Schweden und die Briten, glaube ich, auch schon einen Grenzwert von 10 Millirem. Das ist also die Entwicklung gewesen, die dann letztlich auch mit zu der Erklärung des Bundesinnenministers von Mai 1983 beigetragen hat.

Um es kurz zu fassen: Die strahlenmedizinischen Kriterien wurden für die weitere Projektbearbeitung höher bewertet als die geowissenschaftlichen. So ist es aus meiner Sicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist sicher richtig. Ich will dennoch noch mal hier verbleiben und insistieren. Bei dieser Pressemitteilung vom Parlamentarischen Staatssekretär Stahl vom 22. Juli 1982 - - Das war ja vor dem Regierungswechsel, -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - der ja stattgefunden hat am 01.10.1982. Stahl ist Sozialdemokrat und hat ganz deutlich gesagt:

Abschließend muß ich darauf hinweisen:

Und so weiter und so weiter.

... daß sich weitere Untersuchungen auf sicherheitsrelevante Punkte konzentrieren müssen. Hierzu gehört die untertägige Erkundung, die Voraussetzung ist für eine Beurteilung des Salzstockes hinsichtlich der Endlagerung aller Abfälle aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente. In diesem Zusammenhang wird auch das quartäre Deckgebirge als eine Facette eines breiten Untersuchungsspektrums zu bewerten sein. Die wissenschaftlichen Thesen von Professor Duphorn werden in diesem Rahmen entsprechend gewürdigt werden. Die Vorwürfe einiger Vertreter von Bürgerinitiativen aus dem Raum Lüchow-Dannenberg und des BBU, der Bundesforschungsminister informiere nicht zügig und sachgerecht, sind nach

Abwägung aller Tatsachen nicht haltbar.

Also da ganz, ganz deutlich der Hinweis - ganz egal, an welchen Sicherheitskriterien man sich orientiert, die Sie gerade noch mal ausgeführt haben -, dass sehr wohl Ihre Ergebnisse gewürdigt werden, dennoch die Überzeugung geäußert wurde, dass eine untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben, auch in Ansehen der Tatsachen, die die - - beigetragen haben zur Erkundung, unmittelbar oder unbedingt notwendig sei.

Wie ist Ihre Stellungnahme zu dieser Äußerung, also untertägiges Erkunden des Salzstocks, obwohl oder gleichwohl Ergebnisse vorliegen, wie Sie sie beigebracht haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Da müssen wir wieder an den Beginn des Projekts zurückgehen; denn als wir anfangen, zu bohren, 1979, da hatten wir als Vorgabe vier sicherheitsgeologische Kriterien der niedersächsischen Landesregierung in der Hand. Bei diesen Bohrungen und Kartierungen bröckelten die uns im Laufe der Zeit weg. Am Ende blieb nur ein Kriterium übrig, das Bestand hat, nämlich ausreichende Größe, ausreichendes Volumen der Steinsalzformation im Salzstock, in dem das Endlager gebaut werden soll. Alles andere, was sich aufs Deckgebirge bezog, wurde praktisch gegenstandslos. Da waren Minuszeichen.

Ich habe lange gezögert. Ich habe noch 81 bei der ersten Informationsveranstaltung von Bund/Land - wo habe ich denn das Ding? Das möchte ich am liebsten vorlesen; das steckt noch im Koffer - den Salzstock Gorleben gegen meine eigenen Ergebnisse aus dem Deckgebirge in Schutz genommen. Da hat mir hinterher sogar der Herr Grill auf die Schulter geklopft. Das war aber nicht nur das erste, sondern auch das letzte Mal.

Wenn Sie mir gestatten - ich habe hier noch ein kleines Päckchen -, lese ich Ihnen das mal im Original vor.

(Sebastian Edathy (SPD): Ja!)

Das ist immer am besten und am wenigsten anstrengend.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Entschuldigung. Das hat etwas länger gedauert. Aber das sind wir ja bei dem Projekt gewohnt. - Ich zitiere, Schlusssatz meines Vortrags, Lüchow 1981:

Aus quartärgeologischer Sicht sind die strukturellen und hydrologischen Verhältnisse des Deckgebirges über dem Salzstock Gorleben erheblich ungünstiger, als man vor Beginn der Bohrungen erwarten konnte. Die radioaktiven Abfälle sollen aber nicht in den Lockergesteinen des Quartärs, sondern im Steinsalz der Zechsteinformation deponiert werden. Es kommt also bei der Sicherheitsbeurteilung nicht nur auf die Deckgebirgsstrukturen an, sondern vor allem auf die Innenstruktur des Salzstocks selbst.

Dann habe ich Richter-Bernburg, damaliger „Salzpapst“ neben Herrn Herrmann, zitiert, der sagte:

Es könnte durchaus geschehen, daß der vielleicht nach planerischen Gesichtspunkten recht günstig gelegene zuerst ausgewählte Salzstock eine völlig ungeeignete Innenstruktur mit gefährlichen Einfaltungen aufweist.

Damit sind Kalisalze und Hauptanhydrit gemeint.

Dann würde es unumgänglich werden, andere Salzkörper zu untersuchen.

Jetzt kommt es - und das ist eine Schlussfolgerung im Konjunktiv; das sage ich schon voraus -:

Mit den gefährlichen Einfaltungen sind Anhydrit-, Ton- und Kalisalzeinlagerungen gemeint. Sollten diese gefährlichen Einfaltungen auch im Kern des Salzstocks Gorleben auftreten, das heißt dort, wo das Endlagerbergwerk gebaut werden soll, und sollten diese Einfaltungen auch unter der Gorlebener Rinne vom Salzspiegel

- das ist die Oberfläche -

gekappert werden, sollten also an der Rinnenbasis

- Gorlebener Rinne -

strukturelle Schwachstellen von unten und oben aufeinander treffen, dann wäre meines Erachtens die Laugengefahr

- ich muss noch hinzufügen: aus heutiger Sicht Gasgefahr -

trotz modernster Bergbautechnik und trotz strengster bergbehördli-

cher Sicherheitsvorschriften nicht mehr kalkulierbar. Dann wäre auch ein hydraulischer Kurzschluß zwischen dem Endlager und der Biosphäre nicht auszuschließen. In so einem Fall könnte ich als Geologe meine Hand für diesen Salzstock nicht mehr ins Feuer legen. Dann wäre der Salzstock Gorleben als Endlagerstandort für mich gestorben. Denn wenn der Mensch ein Naturpotenzial erfolgreich und gefahrlos nutzen will, wird er als der stets Schwächere, auch wenn politische Planungen dem zunächst entgegenzustehen scheinen, sich dazu bequemen, die Fakten der Naturgesetze mit allen Konsequenzen zu respektieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Würden Sie uns bitte noch einmal sagen, woraus Sie zitieren, damit wir es für das Protokoll ganz genau mit aufschreiben können?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Einen kleinen Moment; ich hatte jetzt schon umgeschlagen. - Das ist Richter-Bernburg, 1977, in *Bild der Wissenschaft*, Band 12, Seite 100.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Danke. - Herr Professor Duphorn, man kann dem sicherlich folgen, was Sie sagen. Es ist ja auch im Konjunktiv formuliert. Ich verstehe auch als Nichtgeologe, dass Sie auf erhebliche Gefahren, die sich ergeben könnten, hinweisen. Aber wenn ich das verstanden habe: Im Jahr 1983 gab es ja noch keine untertägige Erkundung des Salzstocks. Also man wusste damals nicht tatsächlich, wie sich der Salzstock verhält.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und deshalb musste es - lassen Sie mich laienhaft nachfragen - aus meinem Verständnis, um zu wissen, wie sich der Salzstock verhält, letztendlich dann eine untertägige Erkundung geben. Wie soll man sonst sozusagen darüber Erkenntnisse gewinnen, wie denn der Salzstock aussieht, wenn man ihn nicht erkundet? Das frage ich Sie jetzt einfach als Laie.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, gut. Das kann ich auch nachvollziehen. Aber, wissen Sie, ich habe ja vorhin schon auf die Kriterien hingewiesen, an die wir uns bei den Bohrungen gehalten haben. Es waren Kriterien aus der niedersächsischen Landesregierung. Davon bezogen sich eben drei auf das Deckgebirge und eines nur auf den Salzstock. Vom Salzstock wussten wir damals noch fast nichts, viel zu wenig. Es bedarf eigentlich keiner Diskussion, dass man von dem auch was wissen muss. Deshalb wurde ja dann auch das Tiefbohrprogramm durchgeführt.

Aber es war schon konzeptionell richtig gedacht, dass man staffelartig sich von oben nach unten vortastet, staffelartig, immer tiefer, immer tiefer. Wir wussten also zu wenig, und das war eben für mich der Grund, dass der Salzstock als Standort eines Endlagerbergwerks erst dann gestorben ist, wenn sich aus dem Salz auch noch neue Negativerkenntnisse entwickeln würden. Das war eine klare Aussage.

Erst als die neuen Ergebnisse da waren, ein, zwei Jahre später, mit den Salzspiegelbohrungen, mit den vier bis fünf Tiefbohrungen bis 2 000 Meter, die uns heute Kopfzerbrechen bereiten, mit diesen irren Mengen von Gasen und Kondensaten, die jetzt in der Nähe der alten Schachtverbohrung⁴ geortet worden sind, verschwiegen worden sind -- Es ist genau das eingetreten, was ich befürchtet habe.

Aber ich stelle fest: Ich habe mich damals klipp und klar - ich hatte in der Diskussion doch⁵ mal was dazu gesagt - vor den Salzstock gestellt, und das hat dann dazu geführt, dass dann zuerst die Salzspiegelbohrungen durchgeführt wurden, an denen wir auch sehr intensiv beteiligt wurden. Das ging dann einige Zehner von Metern aus dem Deckgebirge erst in den Gipshut und dann in den inneren Teil des Salzstocks hinein. Da kamen ja auch schon die ersten Negativergebnisse. Da hat die BGR in einem Querprofil - ich hatte auch die BGR darauf hingewiesen gehabt, dass das gemacht werden sollte - gezielt in einem leicht löslichen Kaliflöz - so ein Salzstock besteht ja aus verschiedenen Salzen, und so ein Kalisalz ist viel leichter wasserlöslich als beispielsweise

⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Schachtverbohrung“, setze „Schachtvorbohrung“, Anlage

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „doch“, setze „noch“, Anlage

ein Steinsalz, das die Hauptmasse bildet -, also längs eines leicht löslichen Kaliflözes, das bis an das Deckgebirge hochkam, gebohrt, und auf einmal stellten die darin Schmelzwassersande fest. Da waren Klüfte mit Schmelzwassersanden, und dann bis 170 Meter unter dem Salzspiegel war das Kaliflöz aufgelöst worden und hatte sich in andere Kristalle umgewandelt.

Das waren also schon Eingriffe in die Schutzbarriere Salzstock bis 170 Meter, und das waren nur fünf Bohrungen bei einem Salzstock, der 4 Kilometer breit ist und 15 Kilometer lang. Das waren nur Nadelstiche. Und auch daraufhin habe ich noch inzwischen gefordert, auch noch im Innenausschuss⁶ in Niedersachsen, in Hannover, dass man jetzt mal gezielt an anderen solchen Stellen, wo das Kaliflöz hochkommt, weiterbohren soll. Das kann man doch nicht bei fünf Bohrungen bei so einer großen Salzstockfläche belassen. Das ist doch wirklich ein ganz gravierendes hydrogeologisches Sicherheitssystem. Wie weit ist der Salzstock von oben her - nicht nur durch seine inneren Bestandteile, sondern auch von oben her - durch eindringendes eiszeitliches Schmelzwasser verletzt worden?

Es gibt nicht nur Schmelzwasser, es gibt noch andere eiszeitliche Verletzungen. Es gibt Risse; im Dauerfrostboden entstehen die. Das kann man heute in der Tundra noch sehen. Da entstehen Risse. Und da gibt es auch alte Ergebnisse aus Bergwerken, im Hannoverschen Kalirevier zum Beispiel. Dort hat Herr Bauer, ein gestandener alter Bergmann, festgestellt, dass diese Risse bis etwa 600 Meter tief hineinreichen. Bis 600 Meter tief, da sind Sie schon fast am Endlager.

Das sind Dinge, die muss man zunächst versuchen, von oben her festzustellen, bevor man -- wenn man das kann. Wenn Sie es von unten her feststellen können, so wie es jetzt gemacht werden soll, dann bohren Sie im Dunkeln. Oben weiß ich: Aha, hier kommt das Kaliflöz, und da setzt du deine Bohrungen an, und dann werden wir das sehen. Von unten, vom Schacht her, von der Endlagersohle her nach oben zu bohren, da möchte ich kein Bohrmeister sein. Da stochert man wie einer, der die Stecknadel im Heuhaufen sucht. Das ist sehr schwer, außerdem viel zu teuer. Wenn man feststellen kann, die Barriere Salzstock ist von oben her

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Innenausschuss“, setze „Umweltausschuss“, Anlage

tiefreichend verletzt, dann kann man die Entscheidung, auf die Untertageerkundung zu verzichten, durchaus treffen.

Bei der Anhörung im niedersächsischen Umweltausschuss - das war irgendwann im Juni 95 -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): 85!)

- pardon, 85 - erinnere ich mich an das, was Minister Hirche gesagt hat; er war damals Wirtschaftsminister.⁷ Er hat gesagt, auch für ihn sei dieser Vorschlag, den ich gemacht habe, den ich Ihnen eben auch vorgelegt habe, sehr bestechend gewesen, weil einfach zu verstehen. Aber er sieht auch die Probleme, auf die die BGR und die PTB hinweisen, dass eben durch zu viele Bohrungen von oben her der Salzstock unnötig verletzt wird.

Ja, aber wenn er unnötig verletzt werden muss, frage ich mich: Was kann man dann noch von seiner Tauglichkeit halten? Dann hört man auf. Dann geht man lieber an einen anderen Salzstock, bevor man dann weiter bohrt und dann, wie jetzt geschehen, in eine jahrzehntelange Sackgasse mit viel Entzweigungen, aber auch mit viel mehr Geldaufwand hineingerät. Für mich ist der Salzstock tot. Die kommen nicht mehr raus.

Und dann diese Perspektive: Sehen Sie mal, als wir anfangen zu bohren, war die Einlagerung für die mittelaktiven und schwachaktiven Abfälle - - Damals war es ja noch als Endlager für radioaktive Abfälle aller Kategorien gedacht. Die mittelaktiven sollten bereits - - Moment, wann war das? 1994 sollte mit der Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle begonnen werden, und die hochaktiven, wärmeentwickelnden drei Jahre später. Jetzt haben wir 2010, und nach den offiziellen Zahlen, die jetzt so im nebulösen Raum herumschwirren einschließlich AkEnd, dem ich auch vier Jahre lang angehört habe - - Es ist alles versandet, was wir erarbeitet haben. Jetzt ist auf einmal die Rede von 2030 und 2040. Ich frage Sie: Was sind das für trostlose Perspektiven?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Schauen wir mal, was die Zukunft bringt.

⁷ Umformulierung des Zeugen: „Bei der gemeinsamen Anhörung des niedersächsischen Ausschusses für Umweltfragen und des Unterausschusses ‚Grubensicherheit‘ des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 19. Mai 1988 in Hannover hat Herr Wirtschaftsminister Hirche gesagt, auch für ihn sei dieser Vorschlag,...“, Anlage

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Man muss rechtzeitig abspringen können, wie im Leben auch. Rechtzeitig abspringen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir gucken mal, wie das mit der Zukunft sein wird. Wir versuchen jetzt erst mal im Rahmen dieses Untersuchungsauftrages, die Vergangenheit zu beleuchten.

Ich bedanke mich sehr herzlich, Herr Professor Duphorn, zunächst mal dafür, dass Sie für meine Fragen zur Verfügung gestanden haben, und ich eröffne nun die Befragung durch die Fraktionen. Die Ausschussmitglieder haben nun die Möglichkeit, Fragen zum Thema des Beweisbeschlusses zu stellen.

Für Sie, Herr Professor Duphorn, darf ich kurz den Ablauf der Befragung darstellen. Für die Fraktionen ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für die Fragen und Antworten: für die CDU/CSU 23 Minuten, für die SPD 14 Minuten, für die FDP neun Minuten, für die Linke sieben Minuten und für Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls sieben Minuten. - Eine bei Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das bedeutet für Sie einfach nur: Solange ich hier nicht irgendwelche Hinweise gebe, reden Sie einfach weiter. Ich sage Ihnen dann schon, wenn es vorbei ist.

Das erste Fragerecht hat die Fraktion der CDU/CSU. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Professor Duphorn, zunächst vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich will bei dem, bei dem wir eben gerade waren, mal anknüpfen, wobei wir natürlich ein bisschen aufpassen müssen: Was wusste man 1977? Was wusste man 1983? Wie haben auch die politisch Verantwortlichen vor dem Wissen von 83 sich dann entscheiden können, und was wissen wir heute?

Sie haben Professor Herrmann als - „Salzpapst“ will ich nicht sagen - den führenden Salzgeologen eingeführt und sich auf ihn berufen. Das hat Herr Professor Röthemeyer letzte Woche auch gemacht.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und er hat uns hingewiesen auf einen gemeinsamen

Aufsatz, den er mit Professor Herrmann geschrieben hat, wo er glasklar seine Position vor dem Hintergrund des Wissens, das wir heute haben, revidiert hat. Ich kann mich entsinnen an einen *Spiegel*-Artikel vom 14. September 2009 aus Anlass der Anwürfe des damaligen Bundesumweltministers.

(Der Zeuge hält eine Zeitschrift hoch)

- Nein, Sie haben jetzt den *Stern*. Der ist vom Donnerstag. Der *Spiegel* war vom Montag davor. Aber im Kern ist es ähnlich.

Herr Professor Herrmann sagt: Er weiß gar nicht, wieso er, wie auch von Ihnen heute, als Gorleben-Kritiker eingeführt sei. Denn heute sei für ihn völlig klar: Das Isolationspotenzial dieses Salzstocks Gorleben, den Sie persönlich gerade als tot bezeichnet haben, sei so überragend, dass die Frage des Deckgebirges, was für Sie der entscheidende Punkt war, keine maßgebliche Bedeutung hat.

Frage: Hat Herr Röthemeyer Herrn Herrmann zu Unrecht für sich in Anspruch genommen, oder stimmen Sie mir zu, dass Herr Herrmann seine Meinung geändert hat?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das Zweite trifft zu. Herr Herrmann hat seine Meinung geändert; aber es war eine - ich habe es ja vorhin schon angedeutet - sehr schmerzhaft und langwierige Geburt. Er hat zuerst - und das bezieht sich auf das, was ich vorhin gesagt habe; das war ein Problem, das mit Modernität der Wissenschaft zu tun hat - darauf hingewiesen, dass die Salzfor- schung in Deutschland sich zu sehr auf La- borexperimente und -modelle stützt als auf Naturbeobachtungen. Auf die stützt er sich jetzt.

Er hat damals auf ein Forschungsprojekt in der DDR hingewiesen, das auch aus heu- tiger Sicht noch durchaus als vorbildlich gel- ten kann. Dort wurde nämlich in jahrelanger interdisziplinärer Zusammenarbeit - die betreiben ja auch Kalisalzbergbau, die haben also auch Erfahrungen - ermittelt, welche Gefährdungspotenziale im Salzstock bei einer Endlagerung zu erwarten sind und in welcher Konstellation sie sich auch zu befin- den haben. Das ist doch das Wesentliche. Das hat er kritisiert. Dann hat er das aber erhalten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Professor Röthemeyer hat uns hier vorgetra-

gen letzte Woche, genau zu dem Punkt, den Sie ansprechen. Ich darf das mal zitieren, Sie kennen es wahrscheinlich auch aus Veröf- fentlichungen von Professor Röthemeyer. Er sagt:

Die Gorlebener Rinne kann auch als natürliches Langzeitexperiment bewertet werden. Die Natur hat hier unter extremen Belastungen und dynamischen Bedingungen das Isolationspotenzial des Salzstocks auf seine Langzeitwirkung getestet, und das mit einem ganz eindeuti- gen Ergebnis. Trotz des vielfältigen geologischen Geschehens,

- das Sie ja auch beschrieben haben -

welches im Verlauf von über 200 Millionen Jahren im Deckge- birge und an der Erdoberfläche stattgefunden hat, sind die bisher im Salzstock untersuchten Gesteine in ihrem mineralogischen und auch chemischen Stoffbestand praktisch unverändert geblieben. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die über der 840-Meter-Sohle, die zurzeit aufgefahren ist, lagernden Steinsalzschichten noch für über 8 Millionen Jahre ihre Barrieren- funktion behalten werden.

Er hat sich in dem Zusammenhang auch auf Professor Herrmann und auf andere Wissen- schaftler berufen.

Für mich ist eine Frage ganz anders: Wenn das heute gesagt werden kann, kann es dann politisch falsch gewesen sein, 1983 zu sagen: „Jetzt erkunden wir diesen Salz- stock mal unter Tage“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Gut.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Heißt „gut“ ja?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist eine klare Frage. Aber trotzdem hat diese Formulierung, die Sie gerade gebraucht ha- ben - falsch oder richtig? -, in dieser Gorle- ben-Diskussion schon zu viel böses Blut geschaffen. Das klingt nach Rechthaberei oder Verunglimpfung.

Ich habe mich gehütet, von Eignung oder Nichteignung zu sprechen. Ich bin Rohstoff- geologe gewesen in der BGR, und von dort her habe ich auch diesen Begriff der Eignungshöflichkeit gelernt. Es ist ein Unter- schied, ob man „eignungshöflich“ sagt oder

„geeignet“. Dieser Begriff ist ja dann auch von der BGR mit in die ersten Formulierungen bei den Kriterien eingebracht worden. Das war gut. Das wurde auch beanstandet von vielen. Ich fand das richtig. Ich habe damit jahrelang in Afrika und Asien gelebt. Das war gut. Das Prinzip hatte sich bewährt. Das war aus der Erzprospektion übernommen.

Zu Herrn Herrmann zurück. Aus privaten Unterredungen, aber auch aus einigem, was er geschrieben hat - teils publiziert, teils unpubliziert; das hat er mir aber zugeschickt seinerzeit -, weiß ich, dass er damals eine klare Position bezogen hat: Wir wissen viel zu wenig über den Salzstock und über Salz allgemein. - Ich habe mich damals gefreut, als er seinen Lehrstuhl an der Bergakademie in Clausthal-Zellerfeld erhalten hat. Da konnte er sich dann diesen Fragen in vollem Umfang widmen.

Jetzt zu diesem Paradigmenwechsel. Ich habe ja vorhin schon einiges von dem zitiert, was die offiziellen Gremien vom Deckgebirge als Schutzschicht hielten. Nicht umsonst haben sie eben eine ausreichende Tonformation über dem Salzstock gefordert. Salz ist nun mal sehr leicht löslich, extrem leicht löslich. Da ist eben nur eine Tonschicht ein abdichtendes Mittel. Das ist es ja auch bei den normalen Deponien, bei den toxischen Deponien, auch über Tage. Da wird immer so eine Stelle gesucht, wo möglichst eine dicke Tonschicht drunter liegt und nicht Sand oder Kies, worüber dann das Grundwasser verseucht wird. Das Gleiche würde eben in Gorleben auch passieren.

Da sind also aus meiner Sicht einige abstruse Vorschläge gemacht worden. Herr Röthemeyer hat dann zum Beispiel - ich würde fast sagen - aus einem Schuh einen Latsch gemacht oder auch umgekehrt, je nachdem, als er sagte: Ja, wir akzeptieren Ihre Ergebnisse über die fehlende oder oft fehlende Tonschicht, aber - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Professor Duphorn, verzeihen Sie, aber es geht ja auch um meine Fragezeit. Meine Frage war ja eigentlich eine andere, nämlich die Frage - und das ist ja unser Auftrag; dieser Untersuchungsausschuss erkundet keinen Salzstock; er erkundet Regierungshandeln -, ob das, was man damals gemacht hat, vertretbar, vielleicht sogar ganz richtig gewesen ist oder völlig abwegig.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Gut.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben selber auch Ihre Tätigkeit im AkEnd angesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt müssen wir wirklich mal unterscheiden: Zustand des Deckgebirges, auf das Sie abheben, und Isolationspotenzial des Salzstocks selber. Ist es nicht richtig, dass auch der AkEnd in seinem Abschlussbericht genau das so formuliert hat, dass das Isolationspotenzial des Salzes maßgeblich ist und erkundet werden muss, was man nur untertägig kann, und dass dagegen mit dem Wissen des AkEnd das Deckgebirge eine weniger relevante Bedeutung hat?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, das scheint nur so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es stand im Abschlussbericht.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie ihn doch erst mal die Frage beantworten!)

- Lassen Sie mich doch das mal entwickeln. Er hat doch den AkEnd angesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Also Sie sind jetzt beim AkEnd?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, weil Sie das eingeführt haben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Gut.

(Ute Vogt (SPD): Das ist doch nicht Untersuchungsgegenstand!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich komme doch gleich darauf.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir wollen die Antwort jetzt erst mal hören!)

- Verzeihen Sie, dann formuliere ich das so - ich will ja auf den entscheidenden Punkt hinaus -, dass man, wenn man 83 diese untertägige Erkundung gemacht hat, mit dem Wissen von heute doch eigentlich sagen

muss: So falsch kann es nicht gewesen sein, weil die Wissenschaft sich ja genau in diese Richtung entwickelt hat, dass das Salz und das Isolationspotenzial des Salzes entscheidend ist und nicht der Zustand des Deckgebirges.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann versuche ich mal, ganz kurz und bündig zu antworten. Ich habe den entsprechenden Artikel von Herrn Kollegen Herrmann im Original gelesen und habe auch seine Untersuchungen jahrelang mit Interesse verfolgt, auch als ich ihm dann persönlich mehrere Jahre lang nicht mehr begegnet bin. Er hat also mit einer Methode, die übrigens in dem vorhin genannten DDR-Projekt sehr weit entwickelt worden war, nämlich der Brommethode, seine Beobachtungen machen können, dass der größte Teil des von ihm mit dieser Methode untersuchten Salzstockes seinen ursprünglichen Chemismus und Mineralbestand behalten hat, also nicht verändert ist. Das ist eine feine Methode. Dieser Bromgehalt dient dazu, zum Beispiel Meerwasser von Salzwasser⁸ zu unterscheiden. Da wechselt es seine Prozenzte. Das ist eine tolle Methode.

Das hat er dann mehrere Jahre lang unter Einbindung von einigen Doktoranden und Doktorandinnen in Gorleben auch praktiziert, unter Tage. Aber er hat nur fünf Bohrungen untersuchen können. Für diese Bohrungen traf diese Brombestimmung zu. Auch in diesen fünf Bohrungen ist keine Veränderung eingetreten.⁹

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen, weil mein eigentlicher Punkt -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist wichtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - ja - aber wirklich ein anderer ist. Sie haben bei der Gorleben-Kommission am 21. Oktober - das ist MAT A 52, Band 2, Seite 159 - betont, dass Sie

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Salzwasser“, setze „Suesswasser“, Anlage

⁹ Ergänzung des Zeugen: „Es mangelt jedoch an wissenschaftlicher Aussagekraft, denn bei nur fünf Bohrungen in so einem großen Salzstock kann von einer statistischen Mindestanzahl von Werten nicht die Rede sein.“, Anlage

(Sebastian Edathy (SPD): Welches Jahr?)

- 1982 - die Eignung des Salzstockes keinesfalls infrage gestellt haben, sondern in Übereinstimmung mit der PTB - das ist dieses Protokoll, das vom Gespräch am 10. September gemacht worden ist - eine untertägige Erkundung sehr wohl erfolgen sollte. Das ist leider nicht bei uns in den Akten, sondern findet sich in der Dissertation von Herrn Tiggemann, mit dem Sie ja auch gesprochen haben. Aus Anlass seiner Dissertation haben Sie in einem Brief an Herrn Herrmann noch am 24. August 1983 geschrieben, dass eine untertägige Erkundung des Salzstocks als fester Bestandteil des Untersuchungsprogramms weiter notwendig ist.

Ich will nur eines wissen: Haben Sie auch selber damals noch, 82/83, durchaus in verschiedenen Stellungnahmen nicht gesagt: „Jawohl, unabhängig von meinen Bedenken“ - völlig klar, aber - „macht eine untertägige Erkundung Sinn“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Das ist richtig, was Sie sagen. Ich habe auch im Zusammenhang mit dem Schachtunfall seinerzeit ein- oder zweimal gesagt - das war also auch ein Kompromiss gegenüber der PTB -, und sie hat das ja dann auch übernommen: Weiter teufen, weiter schachten, aber -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: - parallel dazu Alternativen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. - Lieber Herr Professor Duphorn, das ist wunderbar, und jetzt komme ich aufs Modegeschäft.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich finde, das geht so nicht!)

Das haben Sie ja erwähnt. Und jetzt sage ich Ihnen, wie ich mich im Modegeschäft verhalte, weil ich nicht gern einkaufen gehe, aber ich brauche ja ab und zu auch einen neuen Anzug. Wenn ich einen neuen Anzug kaufen gehe und finde oberflächlich einen, der mir gefällt, dann probiere ich den an, ob der geeignet ist für mich. Wenn meine Frau dann ankäme und würde sagen: „Jetzt guck

dir bitte noch mal drei, vier andere Anzüge an, ob die dir nicht auch gefallen, und guck mal, ob die dir passen“, dann würde ich wahrscheinlich unwirsch werden und sagen: „Wieso denn? Lass mich doch, wo der mir gefällt, mal angucken, ob der mir passt und geeignet ist.“ Das war Ihr Bild mit dem Modegeschäft. Ich nehme das nur auf.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau das hat die Bundesregierung damals gemacht. Die hat gesagt: Bevor ich jetzt die Bürger unwirsch mache an anderen Standorten, gucke ich erst mal, ob dieser eine Salzstock geeignet ist. - Können Sie das nachvollziehen? Würden Sie sagen, unabhängig von Ihrer Empfehlung: „Ja, das macht schon Sinn, dass man erst mal guckt, ob das eine geeignet ist, bevor man gezwungen ist, mit großem Widerstand in der Bevölkerung, mit viel Kosten und auch Personaleinsatz an einem anderen Ort zu forschen“? Also nicht die Frage, ob es Ihre Position ist, aber ob es eine vertretbare Position ist, wo man sagen könnte: Das kann man auch so machen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Dieser Kommentar zum Modesektor: D'accord, das kann ich voll nachvollziehen. Beim anderen nicht. Die meisten können es nicht nachvollziehen, dass man auf Alternativuntersuchungen verzichtet. Sie machen es alle. Das ist auch ein Kernthema in unserer vierjährigen AkEnd-Diskussion gewesen.

Übrigens, lassen Sie mich jetzt mal kurz einfügen: Dieser AkEnd war ja auch sehr heterogen zusammengesetzt. Ich saß da also mit Leuten zusammen - Klaus Kühn und Detlef Closs aus Karlsruhe -, mit denen ich mich vorher in Gorleben beharkt hatte, und jetzt haben wir uns zusammengerauft und gemeinsame Nenner gesucht. In einem Fall - da ging es um diese unsinnige politische Vorgabe vom damaligen Bundesumweltminister Trittin: alle Kategorien von Abfällen in ein Endlager - haben wir uns zusammengesetzt und haben für das Deutsche Atomforum eine Gegendarstellung geschrieben. Das ist Wissenschaft, wie ich sie mir vorstelle. Da müssen persönliche Dinge zurückstehen. Wenn man die Leute dann bei der Arbeit näher kennenlernt, dann entdeckt man auch menschliche Züge, die man vorher gar nicht erwartet hat. Das ist ein weiterer Aspekt. - Jetzt bin ich aber abgewichen.

Fakt ist - und das ist eben auch im AkEnd deutlich herausgestellt worden -, dass die Geschichte der Endlagerforschung international, weltweit zeigt, dass solche einseitigen Projekte, wie sie in Gorleben jetzt seit 33 Jahren praktiziert werden, heute keine Chancen mehr haben. Alle anderen - alle! - untersuchen alternativ und parallel, und nicht nur Salz. Salz ist übrigens out. Salz ist international out. Es gibt heute nur noch drei Projekte weltweit, die mir jetzt einfallen. Eines, WIPP, läuft schon lange, in Amerika. Da werden aber nur militärische Alpha-Abfälle abgelagert. Die Amerikaner haben auf Salz gesetzt. Heute untersuchen sie Vulkangestein, Vulkanitgestein, Yucca Mountain, Kristallingesteine auch. Die Kanadier sind schon vor 20 Jahren vom Salzkonzept weg. Deren Salzlagerstätten sind vielfach größer als unsere hier; trotzdem haben sie Abstand genommen. Die Niederländer sind abgesprungen, die Dänen sind abgesprungen.

Wenn ich mir jetzt mal überlege: Die Sicherheitsphilosophie der Endlagerforschung im internationalen Maßstab hat sich doch grundlegend gewandelt. Salz ist schlicht und einfach out. Ton- und Vulkan- und Kristallingesteine werden heute untersucht. Das ist das Schlimme. Wie gesagt: Gorleben, das ist irgendwie totgelaufen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie würden mir zustimmen, wenn ich sage: Das ist Ihre wissenschaftliche Meinung, es gibt aber auch andere. - Ich kann nur zitieren. Wir hatten Herrn Professor Brewitz hier bei uns als Sachverständigen. Der hat nun genau das Gegenteil gesagt. Der hat gesagt: Erst einmal muss ein Objekt richtig untersucht werden. Dann kann man sich der Frage zuwenden, wie man die Einzelteile und das Gesamte bewertet. Das ist eine Sache, die über den Aufgabenbereich des Geowissenschaftlers hinausgeht. Auch die USA gehen ja wieder in die Salzforschung.

Für mich ist aber was ganz anderes entscheidend. Es geht uns ja in diesem Ausschuss um 82/83.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da waren Sie schon als Gorleben-Kritiker - sage ich mal - bekannt. Trotzdem sind Sie doch in Hitzacker, auch noch im Mai 83, aufgetreten. Also würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage - das haben Sie ja auch erwähnt:

menschlich zusammengewachsen, verbindliche Diskussion, schöner Riesling -: Man ist doch anständig mit Ihnen umgegangen da, oder nicht?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und hat Ihre Meinung gehört?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja. Eine einzige Ausnahme, und das ist dieses Pamphlet hier, Sonderausgabe „DATf info“.

(Der Zeuge hält ein Schriftstück hoch)

Das ist die einzige Ausnahme.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist aber keine Bundeseinrichtung, die das gemacht hat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Der Bund war beteiligt. Der Autor ist Herr Ollig gewesen, der zuständige Referent vom BMFT.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber nun müssen Sie ja fair sein. Mit dem Herrn Ollig haben Sie ja - -

(Sebastian Edathy (SPD): Lassen Sie doch den Zeugen ausreden, Herr Grindel!)

- Darf ich vielleicht im Rahmen meiner Fragezeit - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Moment. Das ist eine offizielle - hier steht es - Sonderausgabe, mit Stempel: „Der Bundesminister für Forschung und Technologie, 12. AUG. 1982“, „Kopien an die Mitglieder der Gorlebenkommission, Kulke, 12.8.“ Geschrieben hat das natürlich nicht der Herr von Bülow. Der hat mich aber zum Vortrag eingeladen kurz vorher. Es waren noch mehrere Leute dabei. Das war auch eine Erkenntnis. Er saß ein oder zwei Stühle daneben, und als ich fertig war - vielleicht 25 Minuten Vortrag -, dann hat er erst mich angeguckt und dann seine Bediensteten und hat dann so spontan gefragt: „Warum hat mir denn das bisher noch keiner gesagt?“ Der wusste gar nichts davon, von dem, was ich vortragen wollte oder vorgetragen habe.

Das heißt also, dass offensichtlich in einigen Ministerien oder anderen Ämtern es

Dinge gibt, die nicht sein dürfen, dass also wichtige Informationen, die für das Haus und die weitere Arbeit des Hauses von grundlegender Bedeutung sind, dem Minister vorenthalten werden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Aber wir reden jetzt - haben Sie gerade gesagt - vom August 82.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie sagen so: „Ja, ja.“ Das hat hier für uns natürlich eine zentrale Bedeutung. Damals waren die Sozialdemokraten ja noch an der Regierung.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Weiß ich. Die nehme ich auch nicht in Schutz.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch ein Satz, den können wir uns doch in Stein meißeln hier. Wollen wir auch nicht machen; wir wollen die Sozialdemokraten hier auch nicht in Schutz nehmen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Lesen Sie mal einen Bericht in der Lübecker Zeitung. Ich habe ihn leider nicht dabei. Da steht klar drin, da habe ich klar geäußert im Interview, dass nicht nur auf die CDU eingeschlagen werden sollte, sondern die anderen haben es auch versäumt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank. Weitere Fragen habe ich gar nicht.

(Abg. Dietrich Monstadt (CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, es geht noch, aber schnell. 45 Sekunden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich habe noch eine Frage. Herr Professor Duphorn, Sie haben uns vorhin erklärt, dass Sie die Frage der Bohrungen, also der Verletzungen des Salzstocks durch unnötige Bohrungen, mit Leuten diskutiert haben, dass Sie auch akzeptiert haben, dass das eine These ist, die - wenn ich das mal so sagen darf - vielleicht dazu führen könnte, dass zu viele unnötige Bohrungen den Salzstock derartig verletzen können, dass er danach nicht mehr geeignet sei.

Daraus ergeben sich für mich die Frage und der Umkehrschluss: Wäre es dann nicht besser gewesen, durch eine untertägige Erkundung diese Erkenntnisse, die Sie uns vorhin beschrieben haben, zu gewinnen, um dann auf eine mögliche Verletzung zu verzichten, das heißt, durch unnötige Bohrungen den Salzstock ungeeignet zu machen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Das ist zunächst für viele bestechend. Aber es gibt zwei Gegenargumente. Erstens. Die 140 oder 150 Jahre lange Salzbergbaugeschichte in Deutschland zeigt, dass, wenn man einen untertägigen Bergbau fährt, dann auch Wege für Lösungen, Wasser und Gas sowohl von der Tagesoberfläche her als auch von unten her durch Entspannungsvorgänge eintreten können. Das ist aber im Endlagerkonzept minimiert worden. Man hat also das Volumen der aufgefahrenen Stollen und Schächte deutlich geringer bemessen, als man das bei einem normalen Kalibergbau tut.

Aber es ist eine andere Frage, auch finanzieller Art. Die übertägigen Erkundungskosten für Bohrungen, Kartierungen - ich hatte das, glaube ich, vorhin schon eingangs gesagt - sind minimal im Vergleich zu den Kosten, die dann für die untertägige Auffahrung entstehen. Außerdem dauert die länger.

Sie können diese Frage - die Frage ist berechtigt - unter verschiedenen Blickpunkten bewerten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann sind jetzt die Sozialdemokraten an der Reihe. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Professor Duphorn, ich möchte mich erst mal bedanken dafür, dass Sie uns hier zur Verfügung stehen, und auch dafür, wie Sie auch als Wissenschaftler hier unter Beweis stellen, dass Sie Ihre Unabhängigkeit tatsächlich bewahrt haben und sich da weder wissenschaftlich haben einschüchtern noch parteipolitisch haben vereinnahmen lassen. Ich glaube, das ist auch gut für uns; denn uns geht es ja nicht darum, parteipolitisch Punkte zu machen, sondern im Sinne der Menschen in Gorleben tatsächlich herauszufinden, ob dieses Lager in der Form verantwortet werden kann und ob das rechtmäßig zustande kam und wissenschaftlich fundiert.

Ich würde Sie deshalb noch mal fragen, auch nach dem Thema der Wissenschaft in

der damaligen Zeit. Es gab ja von Ihnen auch Äußerungen in der damaligen Zeit, wo Sie darauf hinwiesen, dass Sie selbst den Eindruck haben, dass Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr ausreichend gewürdigt worden sind. Sie haben eben gesagt, im Ton war es anständig. Aber ich möchte wissen: Haben Sie sich damals auch ausreichend wissenschaftlich gewürdigt gesehen, bzw. haben Sie den Eindruck gehabt, dass man Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in der erforderlichen Güte einbezogen hat in die Entscheidungsabwägung?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist auch keine einfache Frage. Wenn man die beantworten will, dann setzt das ja einen unendlich langen, sorgfältigen Abwägungsprozess und Erfahrungsprozess voraus. Ich muss aber dazu sagen: Ich bin schon immer ein Freund von klaren Worten gewesen. Das ist auch der Grund, weshalb ich damals die DDR verlassen habe. Mein Vater hatte diese Worte auch. Dafür hat er zehn Jahre Zuchthaus aufgebrummt bekommen als Streikführer bei Schott & Genossen in Jena, von denen er fünf abgesessen hat, davon zwei in Einzelhaft.

Also zurück. In einer wissenschaftlichen Diskussion gehören Zweifel und auch konträre Diskussionen für mich zur Normalität. Insofern habe ich mich über wissenschaftliche Streitigkeiten eigentlich nicht geärgert. Was mich geärgert hat, war die Art und Weise, mit der ich vonseiten des BMFT - ich habe vorhin schon den Namen genannt, und hier steht er drauf, auf diesem Info - abqualifiziert und abserviert worden bin.

Ich hatte eingangs gesagt: Wir haben mehr als unsere Pflicht getan, gratis. - Als dann der Vertrag 1981 auslief, habe ich schon im Oktober mit PTB-Kollegen zusammengesessen und gesagt: Leute, ich muss jetzt meine drei Geologen, meine drei Mitarbeiter, von der Bohrung holen. Wenn wir unsere quartärgeologische Gesamtinterpretation vertragsgemäß bis Jahresende 81 abliefern sollen, dann müssen sie spätestens jetzt nach Kiel kommen, um diese Vielzahl von Ergebnissen schriftlich und kartografisch - ich habe Ihnen vorhin auch ausdrücklich diese umfangreichen kartografischen Arbeiten, die notwendig waren, noch genannt - bis Ende dieses Jahres zusammenzustellen. Das schaffen wir nicht.

Da haben sie dann noch mal einen Antrag beim BMFT gestellt, den Vertrag bis Ende

Februar 82 zu verlängern, und das wurde abgelehnt. Aber das wurde mir nicht gesagt. Als ich mich dann gemeldet habe, da war ich schon vom Fenster weg, da waren wir schon weg. Die Begründung hierfür - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Wenn ich die lese, dann kommt der Ärger heute wieder hoch. Das ist dieses PTB-Infoblatt, von dem ich vorhin schon - - Nein, pardon, das Infoblatt vom Deutschen Atomforum, auf Hochglanzpapier veröffentlicht. Wenn ich das in die Hand nehme, kommt der Ärger heute noch hoch. Da mache ich kein Hehl draus.

Ute Vogt (SPD): Das ist auch sehr nachvollziehbar. Ich wollte jetzt nur mal zur Klarheit fragen: Sie sind also der Meinung, dass die obertägige Erkundung auf jeden Fall hätte damals weitergehen müssen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Sie ist ja weitergegangen. Passen Sie auf: Zunächst sollte die obertägige Erkundung schon 82 abgeschlossen werden. Aufgrund der allgemein als schlecht anerkannten Bohrerergebnisse aus dem Deckgebirge mussten aber sogenannte Verdichtungsbohrungen durchgeführt werden. Das heißt also, das Bohrnetz über dem großen Salzstock war noch viel zu weitmaschig, um sichere Aussagen über die Frage: „Arbeiten wir nach unten weiter oder nicht?“, treffen zu können. Da kamen die sogenannten Salzspiegelbohrungen dazu, die dann in den Salzstock noch hineingingen.

Das war zunächst auch in unserem Vertrag gar nicht vorgesehen. Das belastete uns aber schon mit erhöhtem Arbeitsaufwand. Wir konnten den Termin nicht halten. Die PTB hat das eingesehen, und die PTB hat sich wirklich bemüht. Ich weiß das von zwei Kollegen, die daran beteiligt waren. Die haben sich wirklich bemüht. Die waren richtig bedröppelt, als sie nach Kiel kamen und mir sagten: BMFT verlängert den Vertrag nicht.

Da saß ich Ende 1981 auf meinem Stuhl im Institut diesen beiden Kollegen gegenüber und fragte: Was machst du nun? - Dann habe ich erst mal Kriegsrat mit meiner Frau gehalten, und da hat die gesagt: Beiß dich durch. Lass dir was einfallen. Beiß dich durch. - Und das habe ich dann getan.

Meine drei Mitarbeiter wurden arbeitslos, die fielen ins Bergfreie. Die eine kriegte so-

fort einen Job beim Geologischen Landesamt in Kiel. Da habe ich sogar noch mitgeholfen, dass sie den gekriegt hat. Der andere kriegte eine Doktorarbeit am Geologischen Institut in Hannover. Übrig blieb nur der Herr Schneider, den ich vorhin schon mal genannt habe. Da habe ich also den Herrn Schneider fünf Monate aus der Familienkasse bezahlt. Dann habe ich eine frischgebackene Diplom-Geologin aus Braunschweig angeheuert, aus der Familienkasse bezahlt. Wir haben fünf Monate lang alles aus der eigenen Tasche bezahlt. Am Ende waren das so zwischen 8 000 und 10 000 DM.

Ute Vogt (SPD): Und was ist mit den Ergebnissen passiert, die Sie dann mit dieser Arbeit herausgefunden haben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Was dann herauskam, das hat dann den Wirbel verursacht. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mit dieser Ausgabe

(Der Zeuge hält ein Schriftstück hoch)

in der Wortwahl manchmal nicht zimperlich gewesen bin, einfach aus Zorn. Das gebe ich zu. Das ist eine menschliche Schwäche, vor der wahrscheinlich keiner gefeit ist in solchen besonderen Situationen. Aber das war kein Grund, mich so abzuqualifizieren, wie es hier gemacht worden ist.

Ute Vogt (SPD): Was glauben Sie, worin der Grund lag?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Es gab einen Grund. Je mehr Bohrungen wir machten und je tiefer wir bohrten, desto schlechter wurden die Bohrerergebnisse in Bezug auf die Endlagerung, und meine zunehmende Skepsis hat dem BMFT nicht mehr gepasst. Das war alles. Und da der Vertrag eh auslief, hat es keiner bürokratischen Hürden bedurft. Da war ich halt weg. Fertig, aus. So einfach kann das gehen.

Ute Vogt (SPD): Ich hätte jetzt noch Fragen zum Umfang der Untersuchungen. Die Untersuchung wurde damals begrenzt durch die Grenze zur damaligen DDR.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Ute Vogt (SPD): Sie wird auch begrenzt durch fehlende vorhandene Salzrechte.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Ute Vogt (SPD): Als Wissenschaftler - das haben Sie ja schon gesagt - würden Sie mehr Untersuchungen für notwendig halten, also mehr Bohrungen zum Beispiel. Wenn Sie die vorhandenen - - Kann man den Salzstock aufgrund der fehlenden Salzrechte an bestimmten Dingen so untersuchen, wie es überhaupt für eine Beurteilung der Sicherheit notwendig wäre?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist auch ein rechtliches Problem, das aber noch in graue herzoglich-hannoversche Urzeit zurückreicht, königliche teilweise.

Ute Vogt (SPD): Die Salzrechte sind bekannt. Es geht mir nur um Ihre wissenschaftliche Sicht. Sind Sie der Meinung, dass - - Ich stelle mir als Laie vor: Wenn man etwas untersucht, dann hat man einen bestimmten Plan, wie man vorgeht, und richtet sich nach geologischen Erfordernissen. - Und mein Eindruck ist, dass man sich in Gorleben nach Eigentumsverhältnissen richten muss.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Muss man. Ja.

Ute Vogt (SPD): Die Frage ist, ob sich das deckt mit den geologischen Erfordernissen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Muss man. Da ist schon mehrfach - dies ist nicht das erste Mal - auch in Ausschüssen - ich glaube, im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, in Bonn noch - auch schon in den 80er-Jahren diskutiert worden, auch später noch. Aus heutiger Sicht ist es so, wie ich es befürchtet habe. Die sitzen in der Klemme; denn ursprünglich sollte ja ein viel größerer Teil des Salzstocks, also von den Schächten aus gesehen noch weiter nach Süden, erkundet werden. Da sind die Lati-fundien vom Grafen, und nördlich schließen sich die Gemeindegrundstücke an und noch die von einigen Privatbauern. Man kann also jetzt nur noch nach Norden vortreiben und wird dadurch natürlich um 50 Prozent eingengt.

Nach meinem Verständnis wird es gerade dort die größten Schwierigkeiten geben, weil wir dort sogenannte Carnallitanstauungen erbohrt haben. Carnallit ist - ich habe das

Wort vorhin schon „Kalisalz“ genannt - ein Kalisalz, das sehr leicht wasserlöslich ist, selbst sehr viel Kristallwasser, also in Kristall gebundenes Wasser, enthält, das bei 200 Grad, nein, nicht bei 200 Grad, bei 160 Grad schon, glaube ich, entweicht.

Das größte Risiko entsteht aber dadurch, dass es durch die Erwärmung des Carnallits, dieses Kaliflözes, die ja dann im Falle der Endlagerung auch von den Containern kommen würde, zum sogenannten Bruchfließen kommt. Das reagiert dann plastisch und fließt weg. Als Folge finden Sie in diesen stark gefalteten Salzstöcken - und der Salzstock ist auch so einer - dort, wo das Carnallit weggeflossen ist, eine geringere Mächtigkeit und dort, wo es dann in den Staufalten zusammenkommt, eine mehrfach größere Mächtigkeit.

Und so eine Staufalte ist dort erbohrt worden, und zwar mit einer Mächtigkeit von, ich glaube, 200 Metern. Nein, pardon, dort war sie weniger. In Wustrow, im Salzbergwerk Wustrow - das war zu Beginn des Jahrhunderts; das war damals Bergbaugesamt - wurden solche Salzanstauungen unter Tage gemessen, und da kamen 200 Meter zusammen, die da zusammengelaufen sind.

In Gorleben hat eine Bohrung auch eine solche Staufalte getroffen. Da waren es, glaube ich, 70 Meter. Aber das liegt nur ein paar Kilometer weiter. Das, was in Wustrow passiert ist, das kann Ihnen in Gorleben mit dem Carnallit auch passieren. Und das ist für mich ein ganz großes Gefahrenmoment.

Hinzu kommt: Der Anhydrit, der gleich neben dem Schacht liegt, ein 70 Meter mächtiger klüftiger Anhydrit, doppelt so mächtig wie im Hannoverschen Kalirevier, ist berüchtigt wegen seiner Wasserführung. Und das Wasser kann nicht nur von oben rein kommen, sondern auch von unten, plus nebenher wie im Schacht Asse zum Beispiel.

Das sind die zwei kritischsten Gesteine, die den Endlagerleuten jetzt auch schwer im Magen liegen, vor allem deshalb, weil sich herausgestellt hat, dass nicht nur eine Laugengefahr besteht, sondern eine Gasgefahr. Das ist heute sogar aus meiner Sicht vorrangig geworden. Bei fünf Tiefbohrungen und bei beiden Schachtvorbohrungen hat man geringe Spuren von Gas gefunden, Erdgas, aber explosiv teilweise.

Jetzt, durch die Recherchen, ist also herausgekommen, dass an einer Stelle, die 1996 direkt im Schacht-1-Bereich abgebohrt wurde - - Damals kamen da nur ein paar

Kubikmeter Kondensat raus, also verflüssigtes Gas. Dann wurden aber später mit modernen geophysikalischen Methoden, Elektromagnetresonanzmethode, neue Messungen durchgeführt mit dem Ergebnis, dass dort nicht wenige Kubikmeter, sondern - jetzt muss ich mal nachdenken - bis maximal 1 Million Kubikmeter Gas stecken. Das ist eine Sache, die eine höchste Brisanz hat.

Ich darf hier keine Empfehlungen aussprechen, aber ich kann nur sagen - - Ich habe übrigens die Originalakten hier irgendwo im Koffer liegen. Ich müsste sie eigentlich mal herausholen, um Ihnen vielleicht doch zu empfehlen, die Leute, die das ausgekundschaftet haben, auch mal als Zeugen zu laden. Das ist eine Zeitbombe, wie man sie in dieser Form nie erwartet hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Duphorn. - Dann gehen wir jetzt zunächst noch mal auf die Zeit zurück, die uns hier jetzt unmittelbar interessiert. - Das Rederecht ist jetzt bei der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Duphorn, das ist sehr anstrengend für Sie. Ich versuche, meine Fragen deswegen auch möglichst knapp zu halten.

Ich war etwas erstaunt, als Sie eben so ganz lapidar gesagt haben: Salz ist ja out. - Ich kann nur sagen: Ich war in Frankreich. Die beneiden uns leidenschaftlich um unsere Salzvorkommen. - Das vielleicht als kleiner Einschub.

Sie haben ja in verschiedenen Zusammenkünften im September 82 im Kreise von Fachleuten und dann noch mal in einer Sitzung der Gorleben-Kommission durchaus gesagt, dass Sie eine weitere untertägige Erkundung für zielführend halten, um festzustellen, ob Gorleben geeignet wäre oder sein könnte. Das haben Sie mitgetragen. Das habe ich so aus den Papieren herauslesen können.

In Ihrem Abschlussbericht „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben“ unter MAT A 52, Band 3, Seite 215 ff. und 230 einzeln, erklären Sie des Weiteren bezüglich weiterer Erkundung weiterer Salzstöcke:

Es kann daher nach meiner Auffassung ... nur eine geowissenschaftlich konsequente Entscheidung geben: Erkundung anderer Salzstöcke!

Also 82/83 waren Sie vom Wirtsgestein Salz sehr überzeugt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, war ich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Und Ihre Empfehlung, auch andere Salzlagerstätten zu untersuchen, haben Sie dann auch noch mal in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* ausgesprochen: MAT A 39, Seite 030522. Wenn Sie sich so vehement dafür ausgesprochen haben: Welche Salzstöcke in Deutschland hätten denn Ihrer Ansicht nach für eine Erkundung getaugt? Hatten Sie da bestimmte Gebiete, bestimmte Orte im Sinn?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Ich habe die aber nicht genannt. - Also zunächst mal zur ersten Bemerkung: Es stimmt. Ich war auch ein Salzbefürworter. Ich habe mein Bergbaupraktikum im Salz gemacht. Ach, da fällt mir ein - - Hoffentlich ist es noch drin. Muss ich zur Erinnerung auf den Tisch legen. Es stammt nämlich aus dieser Zeit. Das wollte ich Ihnen auch noch einmal zeigen.

(Der Zeuge legt ein in Papier eingewickeltes Stück Salzgestein vor sich auf den Tisch)

Dann habe ich aber auch aufmerksam die internationale Entwicklung verfolgt. Auch die Franzosen hatten mal unten in Aquitaine ein Salzprojekt. Sie haben es aber aufgegeben. Dann haben sie in Bure in Lothringen ihr Untertagelabor im Opalinestone¹⁰ gemacht. Das ist der gleiche Ton, in dem auch die Schwyzer im Schweizer Jura ihre Experimente durchführen. Wir sind übrigens mit dem AkEnd dort gewesen - tief beeindruckt.

Also ich halte sehr viel von Ton: Muss sehr sorgfältig untersucht werden, wird auch von der BGR sehr sorgfältig untersucht, aber hier mehr oder weniger für die Katz, weil wir uns auf den Salzstock Gorleben beschränkt haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Duphorn, ich wollte jetzt keine Diskussion über Ton als Wirtsgestein führen, sondern ich möchte Sie noch einmal auf diese Zeit, auf 83, zurückführen. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie zumindest 1982/1983 davon überzeugt waren, dass auch insbe-

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Opalinestone“, setze „Opalinustone“, Anlage

sondere hochradioaktive Abfälle grundsätzlich im Salzgestein hätten gelagert werden können, wenn der Salzstock das hergibt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das ist es eigentlich, was ich herauskristallisieren wollte. - Dann möchte ich Sie noch fragen: Sie sind ja nun Quartärgeologe. Ich sage jetzt einfach mal, was ich mir darunter vorstellen. Sie untersuchen also erdgeschichtliche Gesteinsschichten, wie die entstanden sind, welche Mächtigkeiten sie haben, welche Eigenschaften sie haben usw. Schließt das mit ein, dass Sie auch, sagen wir mal, tektonisches und gebirgsmechanisches Spezialwissen dazu brauchen? Wie muss ich mir das vorstellen? Vielleicht mal so in zwei, drei Sätzen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Natürlich braucht man das. Das ist das, was ich in heutiger Zeit so bedaure. Wir haben schon von den Studienplänen her ein sehr breit angelegtes Fachgebiet abgedeckt. Das gehörte einfach zur Didaktik und zur Konzeption dazu. Und das bleibt heute auf der Strecke in dem Massenbetrieb.

Ich selbst hatte - das klang ja vorhin schon an - mich regelrecht danach gedrängt, auch einmal in andere Nebendisziplinen hineinzuschauen. Ich bin in der Abteilung Wirtschaftsgeologie der BGR gewesen. Die haben mich als Erzgeologen nach Südostasien, in verschiedene Länder Südafrikas auf Titan-Suche - das brauchen wir alle: Farben-, Lackindustrie, überall - rausgeschickt. Das Quartär war immer dabei. Die ... (akustisch unverständlich), die wir in der Straße von Madagaskar, vor Mosambik - Riesenlagerstätten - gefunden hatten, hat ein eiszeitliches Alter gehabt. Vorausgegangen war eine quartärgeologische Kartierung. Ich war Leiter einer Arbeitsgruppe der BGR. Wir haben von 1970 bis 1973 600 Kilometer Küste nördlich vom Sambesi-Delta unter teils abenteuerlichen Bedingungen abgebohrt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Duphorn, das ist alles hochinteressant; aber ich muss Sie jetzt wieder auf unseren Untersuchungsgegenstand zurückführen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich entschuldige mich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sehen Sie es mir bitte nach. - Sie haben ja 83 ein Gutachten geschrieben, über das wir jetzt gerade heute reden. Sie haben aber später auch noch weitere Gutachten geschrieben, einmal für die SPD in Niedersachsen und dann 93 noch einmal fürs Umweltministerium. Überall kommt bei Ihnen der Begriff „sicherheitsgeologisch ...“ vor. Diesen Begriff gibt es ja in den Geowissenschaften so nicht durchgängig. Weil Sie ja vorhin auch sagten: Man muss sich über Begrifflichkeiten klar sein; man muss das vorher ausdiskutieren. - Sie haben hier einen Begriff eingeführt, der, sagen wir mal, in der Community, in der Sie sich bewegt haben, nicht unbedingt so getragen wurde. Was haben Sie sich denn darunter vorgestellt? War das Risikoabschätzung über das Eintreffen geologischer Ereignisse wie zum Beispiel Naturkatastrophen? War das eine Beurteilung von Barrierewirkungen? Oder - ich habe mir noch was aufgeschrieben - ist es einfach nur, dass bestimmte Gesteinsformationen, sagen wir mal, von der Substanz her nicht geeignet sein können? Was haben Sie darunter verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das Letztere. Wie der Name schon sagt: Es ist keine akademische Grundlagenforschung, die in Gorleben betrieben wurde, sondern es steht ganz gezielt die Frage dahinter: Können wir dort unten ein Endlager bauen oder nicht? Und wie halte ich es mit der Sicherheit? Das ist ganz einfach.

Angelika Brunkhorst (FDP): Mein Kollege hätte gerne noch eine Frage an Sie.

Marco Buschmann (FDP): Vielen Dank. - Herr Professor Duphorn, wir haben ja auch schon mit anderen Zeugen gesprochen. Die haben insbesondere Ihre herausragenden Verdienste auch um die Quartärgeologie gelobt. Herr Röthemeyer hat das unterstrichen. Gleichzeitig hat uns Herr Röthemeyer aber auch darauf hingewiesen, dass natürlich der Befund über Gorleben als Ganzes kein rein quartärgeologischer ist, auch nicht sein kann, sondern dass natürlich Fragen der Sicherheitsanalytik eine Rolle spielen, dass das eine interdisziplinäre Frage ist, wo eben vielerlei Erkenntnisse zusammengeführt werden können. Die Bewertung der einzelnen Ergebnisse hänge natürlich vom Sicherheitskonzept selber ab. - Ich wollte hier jetzt

kein Koreferat halten, aber ich glaube nur, dass das eine wichtige Eingangsbemerkung für meine Frage ist.

Und zwar ist uns so vorgetragen worden - ich selber bin kein Fachmann, ich komme von außen hier herein, ich höre mir das nur an -, dass man das Sicherheitskonzept, das man für Gorleben angedacht hat - das Mehrbarrierensystem, Hauptbarriere Salz -, die Ergebnisse der obertägigen Erkundung vom Strukturgewicht eher geringer bewertet, weil man eben sagt: Die Hauptbarriere ist das Salz. - Wie kann man dann eigentlich von einem Element, das im Mehrbarrierensystem eigentlich sicherheitsanalytisch das schwächste Gewicht hat, nämlich das Deckgebirge oben drüber, rückschließen, dass das ein zwingender Grund ist - also sozusagen das am wenigsten Wichtige in diesem spezifischen Sicherheitskonzept; in anderen mag es anders sein -, dem ein solches Strukturgewicht beizumessen, dass Sie sagen, da fehle es dann an der Eignung? Das ist mir sozusagen von der Sicherheitsanalytik her noch nicht ganz klar. Wie kann man das aus der Expertise eines Quartärgeologen ableiten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das stimmt schon so. Man muss an diese Sicherheitsfrage wirklich sehr interdisziplinär herangehen. Und da gibt es auch Gewichtungen. Ich bin der Letzte, der ein Gewicht wie das Quartär da überbetonen würde. Das habe ich nicht getan. Und im Übrigen: Ich habe mich strikt an die amtlichen Vorgaben gehalten. Ich habe es vorhin schon gesagt: Das waren die vier Auswahlkriterien der niedersächsischen Landesregierung von 1978. Das war die Skala, nach der ich mich gerichtet habe.

Inzwischen hat auch die BGR - - Was heißt hier „inzwischen“? Die haben schon 1995 eine Studie gemacht, wo rund 200 Salzstöcke in Norddeutschland getestet worden sind. Der Salzstock Gorleben war wohlweislich nicht dabei. Der wäre nämlich bei deren Skala unter „ferner liefern“ gewesen. Da wurde - explizit betont - diesem Deckgebirge noch eine größere sicherheitsgeologische Bedeutung beigemessen, als ich das je getan habe. Das ist nur nicht so bekannt, aber das ist publiziert, und es ist nachvollziehbar. Die haben zum Beispiel geschrieben - - Wörtlich kann ich es jetzt nicht zitieren. Ich versuche, es wörtlich zu machen. - Kriege ich jetzt nicht mehr hin.

Entschuldigen Sie bitte. Aber sinngemäß ist es so, dass die dem Rinnenproblem bei ihrer Sicherheitsanalyse eine viel, viel größere Bedeutung beimessen als in früheren Schriften - so ist es wörtlich -, dieser Gorleben-Rinne. Das ist ja das Problem gewesen.

Bei deren Kriterien wäre der Gorlebener Salzstock nie an erster Stelle gekommen, nie. Im Gegenteil, hinten wäre der gelandet. Das Gleiche gilt für - - Die legen ja großen Wert zum Beispiel auf die vorhin von mir schon erwähnten Frostrisse aus den Eiszeiten, die da noch im Salzstock drinsitzen. Die sind natürlich nicht mehr alle offen. Die sind größtenteils durch Zuflüsse wieder verstopft worden. Aber die Schwachstelle ist da, kann jederzeit wieder reaktiviert werden. Das ist so vielschichtig. Diese Einzeldisziplinen sind so verschachtelt und vernetzt, dass man wirklich manchmal gar nicht mehr durchblickt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Damit ist die Redezeit der FDP auch vorüber. - Nun hat die Linke das Wort.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Herr Professor Duphorn, auch von meiner oder unserer Seite herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich möchte mich bei meinen Fragen auf eine Situation, die in den 80er-Jahren gegeben war, konzentrieren. Die hat sich dann ja verändert.

Es war ja klar, dass man 82/83 nur einen Teil des Salzstocks, nämlich nur den westlichen Teil, erkunden können. Mich würde interessieren, was diese Tatsache für Debatten ausgelöst hat, was für Kenntnisse man damals über die Struktur des östlichen Salzstockes hatte. Wusste man, dass in den 60er-Jahren im östlichen Teil bei Lenzen auch nach Gas und Öl gebohrt wurde und dass da wohl auch nach meinen Informationen 69 ein nicht ganz unerheblicher Unfall stattfand? Wie ist man dann nach 1989 damit umgegangen? Hat man dann die sich bietenden Chancen genutzt und dort, sage ich mal, die bis dahin nicht möglichen Untersuchungen nachgeholt? Und was hat das dann für weitere Folgen in den Aussagen über eine mögliche Eignung gehabt? Wie würden Sie das einschätzen?

Ganz konkret noch: Ich war vor einigen Wochen in Gorleben unten im Schacht und habe an einer Stelle, was mir auch Geologen sagten, ölhaltige Substanz am Salinengestein gefunden. Da hätte ich gerne eine Einschätzung von Ihnen; denn meine laienmäßi-

gen Kenntnisse sind, dass da, wo Öl ist, auch Gas ist und dass Gas ein nicht ganz ungefährlicher Stoff ist.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Zunächst zu Ihrer ersten Frage. Ich habe gerade ein Buch aus der Tasche geholt, das ich jedem, der sich mit Gorleben und dem Landkreis Lüchow-Dannenberg beschäftigt, sehr empfehlen möchte. Das ist der Band 2 vom *Wendland-Lexikon: L bis Z*. Und unter „S“ steht dann ein sogenanntes Herausstellungskapitel über den Salzstock Gorleben. „Herausgestellt“, etwas größeren Umfangs heißt das. Im ersten Teil war das „Gorleben-Protest“ unter „G“. Aber es ist ein Kompendium über alles, was dort kreucht und fleucht. Also ein wunderschönes Lexikon auch zum Nachschlagen. Da habe ich also das Kapitel „Salzstock Gorleben“ geschrieben.

Jetzt hatten Sie nach dem Salzstock Rambow gefragt. Das war schon bei der ersten Informationsveranstaltung in Lüchow sehr kontrovers diskutiert worden, besonders scharf von Herrn Kollegen Grimmel. Es ist ja wohl auch der Hauptgrund dafür gewesen - nach dem, was ich seinerzeit so erfahren habe -, dass die Regierung Helmut Schmidt diese Untersuchungen in Gorleben gar nicht durchführen wollte, weil halt die DDR-Grenze den Salzstock Gorleben halbierte und der andere Teil nicht zugänglich war.

Ich habe auch Akten aus DDR-Zeiten bekommen. Ich habe auch persönliche Informationen eingezogen und dazu auch einiges über diese von Ihnen genannte Gasexplosion bei Lenzen in Erfahrung gebracht. Das habe ich hier teilweise mit eingefügt. - Ich suche hier jetzt mal den Salzstock Rambow.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich sagte schon: In Lüchow wurde das noch zu Recht kritisiert, dass dieses Gebiet nördlich der Elbe nicht untersucht werden konnte. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung ist aber - nach meinem Eindruck vor allem auf Initiative der BGR - ein Bohrprogramm gestartet worden, das BGR-Bohrprogramm Gorleben-Nord. Ich lese mal vor:

Nach den Ergebnissen des BGR-Bohrprogramms Gorleben-Nord, das zunächst Ende 1992 beginnen sollte und dann von 1996 bis 1999 durchgeführt wurde, liegt das größte erdoberflächennahe Versalzungsgebiet in der bis zur Wieder-

vereinigung unzugänglichen Elbe-Löcknitz-Niederung zwischen Lenzen und Dömitz.

Das heißt, das Wasser, was dort am Salzstock Gorleben abgelagert wird, also mit der Wurzel dicht nördlich der Schachtbereiche, das läuft am Grunde der Gorlebener Rinne nach Nordwesten und steigt dort, gefördert durch das Druckgefälle zwischen der Grundwasserlinie¹¹ unter dem Hönbeck, bis dicht unter die Erdoberfläche auf. Die Abbildung zeigt, dass dort etwa die Hälfte des oberen Grundwasserstockwerks versalzen ist.

Die Süßwassermächtigkeiten sind durchweg gering. Dieses 15 Kilometer lange und bis drei Kilometer breite Versalzungsgebiet wird von zwei großen Salzwasserfahnen gespeist, der Gorlebener und der Lenzener, die also vom Rambower Ablagungssee kommt. Rambower und Rudower See sind rezente Ablagungsseen, die erst in den letzten 12 000 Jahren, also nach Beendigung der letzten Eiszeit, entstanden sind und heute noch einen gewissen Salzgehalt haben - also ganz junge Ablagungsseen auf diesem neu hinzugekommenen Gebiet. In der Lenzener Wische ist dieser nach dem Atlas zur Geologie von Brandenburg sogar botanisch nachgewiesen; es gibt also Salzflora.

Der steile Anstieg der Süßwasser-Salzwasser-Grenze in den Saaler eiszeitlichen¹² Stauchmoränen des Hönbeck deuten ebenfalls darauf hin, dass die von der Gorlebener Rinne unterquerte Lenzener Salzwasserfahne von dort her zusätzliche Ablagungswässer des Salzstocks Gorleben erhält.

Die 8 Kilometer lange Gorlebener Salzwasserfahne wurzelt im vom Saale-eiszeitlichen Gletscherschutt unter nachfolgender Subrosion zerrütteten, wasserdurchlässigen Untergrund der weiteren Umgebung des Weißen Moores. Von dort erstreckt sie sich entlang der Westflanke der Gorlebener Rinne bis zum südlichen Überlauf nördlich von Gorleben. In Wootz, also auf der anderen Elbseite, erreicht das Gorlebener Salzwasser nur wenige Meter unter der Erdoberfläche den Grundwasserspiegel. Beide Salzwasserfahnen - die Gorlebener und die Lenzener - vereinigen sich im Naturschutzgebiet

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Grundwasserlinie“, setze „Grundwasserlinse“, Anlage

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Saaler eiszeitlichen“, setze „Saale-eiszeitlichen“, Anlage

Breetzer See, das zum Naturpark Brandenburgische Elbaue und zum Biosphärenreservat Flußlandschaft Untere Elbe gehört.

Das ist also die Salzwassersituation, wie¹³ sich im Abstrom ergeben hat und die erst nach der Wiedervereinigung geklärt werden konnte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Noch etwas zum Gas. Laugen- und Gasrisiko, das ist auch ein eigenes Kapitel hier: Die verschiedenen Salzgesteine im Salzstock Gorleben kamen vor etwa 250 bis - - Nein, das lasse ich weg, das ist zu viel an Vorspann.

Ich fange weiter unten an: Die bisher im Erkundungsbergwerk geförderten 360 Kubikmeter Lauge stammen aus seitlichen Randbereichen, die vom geplanten Endlager weit genug entfernt sind.

Das ist meine Meinung gewesen. Da ging es um 360 Kubikmeter; jetzt geht es um 100 000 bis 1 Million Kubikmeter. Das ist der Unterschied. Das würde ich heute nicht mehr so schreiben.

Die 300 bis 600 Meter tiefen Einlagebohrlöcher für die stark wärmeentwickelnden hochradioaktiven Abfälle sollen jedoch von der etwa 880 Meter tiefen Endlagersole bis zu einer Tiefe von etwa 1 500 Meter reichen. Das darunter liegende Erdgas- und Laugenrisiko bleibt unerforscht. Es gibt aber drei Gründe, auch den tieferen Untergrund im Endlagerbergwerksgebiet zu untersuchen:

Erstens. Bei den bis 2 000 Meter tiefen Flankenbohrungen im Salzstock Gorleben wurden Laugeneinschlüsse bis zu einer Tiefe von 1 930 Meter angetroffen. Es ist bekannt - - Man rechnet damit, dass da auch Nebengebirgswasser seitlich hinzugekommen ist; auch ein besonderer Aspekt. Beispiel Asse: Das hat auch die Asse getroffen.

Zweitens. Bei zwei Testförderungen in der 968 Meter tiefen Schachtvorbohrung Gorleben 5001 traten etwa 3 500 Liter Erdgas aus, das aus dem unteren Teil des Salzstocks stammt und aus Spalten und Rissen aufgestiegen ist. Das ist nicht viel, aber es ist ja auch nur eine Bohrung. Es kommt aber noch mehr. Als Gasmuttergesteine kommen nach Untersuchungen von ... (akustisch unver-

ständig)¹⁴ und BGR Stink- und Kupferschiefer des Zechsteins in Betracht.

Und die Parallele folgt jetzt mit der Gasexplosion in Rambow, auf die vorhin eingegangen wurde. Am 25. Juli 1969 kam es in einer Tiefbohrung zwischen Lenzen und der Elbe über dem Salzstock Rambow zu einem explosiven Gasausbruch, Duphorn 1984. - Den habe ich also damals schon nach Recherchen drüben publiziert.

In der DDR war dieser Vorgang streng geheim. Doch auch nach der Wiedervereinigung unterblieb die amtliche Aufklärung für die Öffentlichkeit. Nach privaten Recherchen bei Schweriner Geologen erfolgte die Explosion bei einem Lagerstättendruck von 600 bis 630 atü aus der Tiefe von 3 108 Meter unter der Oberfläche des Salzstocks. Das sind so etwa 3 400 Meter unter Gelände.

Die Aussagen über das Gestein, in dem er erfolgte, gehen etwas auseinander. Eine Information lautete: unteres Staßfurt-Steinsalz - das wäre die geplante Endlagerformation, aber wenig von Bedeutung - oder Stinkschiefer oder Stinkkalk, der direkt darunter liegt. Also die bituminös-ölige Substanz stammt auch nach den Kohlenwasserstoff-Analysen eindeutig aus dem Gestein, das unter dem Steinsalz liegt. Und von dort aus ist es durch das Steinsalz hochgestiegen, so wie hier in Gorleben auch, wo es ja auch in Steinsalz und Anhydrit angetroffen wird.

Am Bohrturm trat mit einem Überdruck - - Habe ich gerade gelesen. Durch Entzündung brannte in zwei Tagen die gesamte Bohranlage ab. Erst dann konnte der wilde Gasausbruch gestoppt werden. Eine Gasanalyse ergab Hauptanteile von 57,6 Prozent Stickstoff, 31,3 Prozent Methan und 9,8 Prozent analogen höheren Kohlenwasserstoffen.

Das ist jetzt ein Zitat vom Erdöl-Informationssendienst Hamburg, 01.08.69:

Naturgemäß erhebt sich die Frage, ob sich das von dem ostzonalen Bohrbetrieb ... (akustisch unverständlich) Gasvorkommen in das Gebiet der Bundesrepublik hinein fortsetzt.

Mit anderen Worten gefragt: Bis hinein in den Salzstock Gorleben und unter das geplante Endlager? Und wenn ja, wie tief unterhalb der bis 1 500 Meter tiefen Einlagebohrlöcher?

¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wie“, setze „die“, Anlage

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „...“ (akustisch unverständlich)“, setze „DBE“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Duphorn. Erst einmal so weit, würde ich sagen. Wir haben ja noch so viel Zeit, wie wir nur eben wollen. Also die Fragen können gerne noch fortgesetzt werden. Deshalb wäre es vielleicht jetzt für den Moment - ich sehe auch ein Nicken der Kollegin Menzner - hinreichend für Ihre Frage. Und jetzt sind ohne Zweifel die Grünen dran.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher, Frau Vorsitzende, müssen wir - in Erinnerung an die letzte Sitzung - vielleicht einmal prüfen, ob wir dem Zeugen eine kurze Fünf-Minuten-Pause anbieten sollten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir waren eigentlich so miteinander verblieben, dass Sie sich melden, wenn Sie eine kurze Pause brauchen. Ich will das gerne sagen. Möglicherweise machen wir diese Berliner Runde zu Ende. Das würde also bedeuten, dass das Rederecht jetzt noch einmal bei den Grünen ist. Das dauert sieben Minuten. Danach wissen Sie, ob Sie eine kurze Pause brauchen oder nicht.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Wie lange ist noch Zeit vorgesehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Solange wir wollen, bis die Sonne untergeht und darüber hinaus. - Der nächste Zeuge ist allerdings für 13 Uhr geladen. Von daher wäre es schon gut, wenn wir auch da einen gewissen Horizont erreichen würden. Ich würde dann auch gerne die Kollegen, nachdem die Grünen ihr Fragerecht wahrgenommen haben, fragen, ob denn noch eine weitere Berliner Runde vorgesehen sein soll. - Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Entschuldigung - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ladies first! Sie waren erst dran.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich muss auch gleich mal ebenso anfangen wie die Kollegin

und mich bei Ihnen für Ihren Vortrag bedanken und dafür, dass Sie uns mit Ihrem Fachwissen derartig anschaulich zur Verfügung stehen. Ich war richtig begeistert über den Kurs in Geologie, den Sie uns so anschaulich vermittelt haben, dass wir ihn auch als Laien verstanden haben. Das ist eine Qualität, die wir nicht immer erleben. Das fand ich richtig klasse.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Als Ex-Hochschullehrer höre ich das gerne.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht war es auch genau darauf gezielt. - Jetzt möchte ich gleich auf den Punkt kommen. Sie waren ja auch - deswegen sind Sie auch drei Jahre im Auftrag der PTB tätig gewesen oder mit der BGR in der Arktis¹⁵ gewesen - die Koryphäe in Quartärgeologie, wenn ich das so wahrnehme. Sie mussten dann erfahren, dass in einer Situation, wo Sie auf eine bestimmte Art und Weise Erkenntnisse verwertet haben, erhebliche Kritik, also ein Kritiksturm losbrach. Sie haben sich vorhin bis hin zu dem Begriff „mundtot“ ausgelassen.

Wir haben festgestellt, dass, als die Kampagne losging, selbst das Innenministerium, als man schon überlegt hat, wie gehe ich denn jetzt mit diesen kritischen Erkenntnissen des Quartärgeologen Duphorn um, gesagt hat - MAT A 24 vom BMI, Paginierung 560258 -:

Die fachliche Qualifikation ist Professor Duphorn auf seinem Arbeitsgebiet keinesfalls abzuspüren. Er ist einer der ganz wenigen anerkannten Quartärgeologen im Bundesgebiet, sodass auf seinen Sachverstand auch künftig nicht verzichtet werden kann.

Trotzdem wurde anschließend Ihr Vertrag nicht verlängert. Sehen Sie da einen Zusammenhang vielleicht mit der Einschätzung, die das Bundesministerium für Forschung und Technologie verbreitet hat?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Können Sie uns den Zeitpunkt des Schreibens noch mal nennen?)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1982.

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Arktis“, setze „Antarktis“, Anlage

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wann?)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 29. Juni.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hat - dann nehmen wir gleich noch einen Zeitpunkt - zum Beispiel das BMFT, Herr Ollig speziell, verbreitet - MAT A 29

(Zuruf: 12. August!)

- nein, 24. Juni, 560157 -, wo auch schon Ihre Qualifikation infrage gestellt worden ist. Dieser Herr Ollig war ja auch derjenige, wenn ich das richtig sehe, der im Atomforum diese Äußerung gemacht hat. Sehen Sie da möglicherweise einen Zusammenhang?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, natürlich, der ist ja nun nachweislich zu rekonstruieren. Der liegt auf dem Tisch. Das ist eine Sonderausgabe des Atomforums. Der Text stammt in der Diktion - gekennzeichnet durch die Nichtbeherrschung der Terminologie der Fachsprache - von Herrn Ollig, mit dem ich ja nun auch viel zu tun hatte. Er hat das auch nie in Zweifel gestellt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte also vermuten, dass der gleiche Autor, der hier fürs BMFT schon am 24. Juni Ihre Qualifikation heftig infrage stellt und behauptet, Störungen im Deckgebirge, die Sie ja insbesondere thematisiert haben, seien für ein geplantes Endlager allenfalls von akademischem Interesse, und das dann entsprechend weiter ausführt, dann auch dem Deutschen Atomforum die Feder führt, um die Kritik, die Sie geäußert haben, abzubügeln.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja. - Dann ist noch so ein dicker Hund im Schlussabsatz. Das war dann auch die offizielle Begründung:

Wenn sich wie im Falle der quartärgeologischen Untersuchungen herausstellt, daß außer akademischen

Fragesellungen¹⁶ keine sicherheitsrelevanten Ergebnisse aus weiteren Untersuchungen zu erwarten sind, muss dieser Themenkomplex als erledigt angesehen werden. Eine sich in Zukunft ständig vermehrende Forschungsflut zu Untersuchungen

- das spreche ich genüsslich aus -

am Salzstock Gorleben für jeden Teilaspekt bei der Errichtung eines Endlagers anstreben zu wollen, ist mit dem Ziel einer zügigen Untersuchung des Salzstocks Gorleben nicht kompatibel.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das lässt tief blicken, wenn man das näher interpretiert.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Entschuldigung! - Dabei wurde ich wenig später von der PTB angerufen. Ich habe meinen Antwortbrief auch in der Tasche, aber den erspare ich Ihnen jetzt aus Zeitgründen. Da wurde mir mitgeteilt: Herr Duphorn, wir würden uns freuen, wenn Sie wieder ins Programm steigen. Die bisher verweigerte Vertragsverlängerung ist jetzt genehmigt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau da wollte ich mit meiner nächsten Frage hin.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe das schriftlich. Dr. Österle (?), das war ein ganz netter Kerl, auch einer von denen, die dann immer frustrierter geworden sind, so ähnlich wie Herr Kulke, den Sie ja alle kennen. Und an der Frustration von Herrn Kulke war auch der Herr Ollig nicht ganz unbeteiligt. Na ja, es war erschreckend, mit welchem Machtgehabe dieser Mann im Range eines Abteilungsleiters auch an seinen Vorgesetzten vorbei operiert hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant zu hören. Aber wir haben jetzt erst einmal festgestellt, dass eigentlich die PTB sich bemüht hat, Sie zu halten und weiter zu beschäftigen, und dass wir von irgendeiner Seite her Einflussnahme vermuten müssen, dass ausgerechnet Sie nicht mehr weiterbeschäftigt werden.

¹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Fragestellungen“, setze „Fragestellungen“, Anlage

Jetzt haben Sie ja genau auf die Ergebnisse Ihres Gutachtens schon mal hingewiesen und auch auf die wissenschaftliche Fundierung mit den Handbohrungen und den Bohrmetern, die Sie niedergebracht haben. Und Sie haben vorhin gesagt: Je mehr Bohrungen wir machten, je tiefer wir gingen, desto schlechter wurden die Bohrerergebnisse. - Das würde ich gerne noch einmal genauer wissen. Und vielleicht können Sie in dem Zusammenhang auch eine Einschätzung geben: Kann es sein, dass genau Herr Ollig oder das BMFT oder die BGR Angst vor der Veröffentlichung solcher Ergebnisse hatten, wie Sie sie mir vielleicht gleich beschreiben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Frage kann ich natürlich nicht beantworten. Das müssen Sie die fragen, an die sie gerichtet ist.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die erste in Bezug darauf: Je mehr Bohrungen wir machten, desto tiefer wir gingen, desto schlechter wurden die Bohrerergebnisse. - Das hätte ich gerne noch genauer gewusst.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe, glaube ich, vorhin schon mal das Thema der selektiven Tiefensuppression¹⁷ angeschnitten. Das heißt also, dass dort, wo das Kaliflöz an die quartäre Gorlebener Rinne mit ihrer riesigen Grundwasserfüllung stößt, das Salz schneller weggelöst wird als das benachbarte Steinsalz. Das waren die sogenannten Salzspiegelbohrungen unter Erkundung der selektiven Tiefensuppression¹⁶. Die standen dann am Ende des Bohrprogramms. Die letzte Bohrung wurde ja erst im Januar 1985 abgebrochen. Zwei Jahre nach meinem Rausschmiss haben die noch immer diese Bohrungen weitergeführt, die ich befürwortet hatte und die dann auch durchgeführt worden sind. Das muss man sich mal vorstellen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie die Ergebnisse?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist vorbei; das können wir in der nächsten Runde machen; aber jetzt muss ich

dazwischen gehen. - Gut, damit haben wir die erste Berliner Runde absolviert. Ich gucke mal in die Runde, ob bei den Fraktionen weiterer Fragebedarf besteht. - Herr Grindel?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Für den Untersuchungsgegenstand selber hat Herr Professor Duphorn, wie ich einräumen muss, für mich zum Teil überraschende, aber hochinteressante Äußerungen, auch was die Zeitpunkte anbelangt, gemacht. Es gebe sicherlich zu dem, was er zur Eignung des Salzstocks selber gesagt hat, einige Nachfragen. Das ist aber nicht Untersuchungsgegenstand, und insofern sind wir Herrn Duphorn dankbar für seine Äußerungen. Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Hat die FDP noch weitere Fragen?

Angelika Brunkhorst (FDP): Frau Vorsitzende, wir danken Herrn Professor Duphorn für seine Ausführungen, sind aber auch mit dem, was wir gehört haben, eigentlich ausreichend bedient. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es noch weiteren Fragebedarf?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es hat sich jetzt gerade noch welcher ergeben. Wir hätten also unbedingt noch Bedarf.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich lege schon Wert darauf, dass es den Untersuchungsgegenstand betrifft. Das wäre ganz nett.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie immer.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann gebe ich Herrn Professor Duphorn den Hinweis: Wenn Sie möchten und wenn es für Ihre weitere Vernehmungsfähigkeit wichtig ist, würde ich auch für fünf Minuten - oder solange Sie es brauchen - den Ausschuss unterbrechen. Oder Sie sagen: Ich kann jetzt weitermachen. Wir richten uns jetzt nach Ihnen. - Bitte.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe gut geschlafen.

¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Tiefensuppression“, setze „Tiefensubrosion“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben gut geschlafen. Das ist ja ganz wunderbar.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Aufregung beim Fußballspiel hielt sich in Grenzen.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Die CDU/CSU hat gerade erklärt, dass sie keinen Fragebedarf hat. - Dann ist jetzt die SPD an der Reihe. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Professor Duphorn, Sie hatten relativ zu Anfang Ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, dass zu Beginn der Untersuchungen im Bereich Gorleben andere Kriterien als dann im Laufe der weiteren Untersuchungen zur Anwendung gekommen seien, nämlich überwiegend geologische. Kann man das so interpretieren, dass, was Gorleben betrifft, nicht ein Standort anhand vorher klar definierter Kriterien untersucht worden ist, sondern vielmehr die Kriterien einem gewünschten Standort angepasst wurden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich sehe das nicht so. Das ist eine Verdächtigung. Nach meinem Verständnis, vor allem auch nach meiner eigenen praktischen Erfahrung waren das sowohl unter sicherheitlichen als auch unter wissenschaftlichen Aspekten sehr solide Auswahlkriterien. Und was in der Diskussion oft untergeht - das hat mir eigentlich am meisten daran gefallen -: Die niedersächsische Landesregierung hat den Beschluss angefügt: Bei negativen Bohrerergebnissen Untersuchung anderer Salzstöcke. - Ganz klare Entscheidung. Das war die Messlatte für mich.

Sebastian Edathy (SPD): Warum sind denn die Kriterien geändert worden, Herr Professor?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Frage kann ich nicht beantworten; denn ich habe sie nicht geändert. Für mich waren es gute Kriterien. Wir hatten gute Erfahrungen gemacht.

Sebastian Edathy (SPD): Dann habe ich vielleicht meine erste Frage missverständlich

formuliert. Würden Sie aus wissenschaftlicher Sicht sagen: Bei der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager ist es eigentlich naheliegend, von zu Beginn des Prozesses definierten Kriterien nicht abzuweichen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wo ist das geschehen? Kann man da mal einen Vorhalt machen?

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben ja darauf hingewiesen, die Kriterien seien im Laufe der Zeit verändert worden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Gab es dafür eine wissenschaftliche Begründung?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das wurde im Zusammenhang mit PSE 1982 natürlich auch begründet.

Sebastian Edathy (SPD): Überzeugend begründet?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, und zwar kamen die Anstöße von der Reaktor-Sicherheitskommission, die jetzt das Problem aus strahlenmedizinischer Sicht angegangen ist. Das muss ja auch sein. Dadurch ist eine begleitende - - In Hitzacker - das ging ziemlich schnell - ist eine Veränderung der Prioritätenordnung erfolgt.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn Sie - das haben Sie ja ausgeführt - darauf hingewiesen haben, Sie seien abqualifiziert und abserviert worden, dann hatte das ja offenkundig politische Gründe. Sehe ich das richtig?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das müssen Sie Herrn Ollig oder Herrn Brück fragen.

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie das so empfunden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben es ja als unfair empfunden. Das heißt, Sie haben den Eindruck gehabt, dass mit Ihren

wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht angemessen umgegangen wurde.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist unfair. Ich habe meine Frau heute schon zweimal genannt. Aller guten Dinge sind drei. Am Ende hat sie mich gefragt: Na, sag mal, wer baut denn eigentlich das Endlager, du oder der Bund?

Sebastian Edathy (SPD): Das habe ich auch einem Brief entnommen, den Sie geschrieben haben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: In der *Zeit* ist das dann publiziert worden.

Sebastian Edathy (SPD): Vorhin ist von der Union gefragt worden: Ist man mit Ihnen anständig umgegangen? Da haben Sie zunächst gesagt: Ja, das Arbeitsklima war durchaus sachlich. Aber dann haben Sie später darauf hingewiesen, dass es durchaus auch Probleme mit dem Ministerium gegeben habe. Herr Dr. Tiggemann ist Ihnen ja sicherlich bekannt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Natürlich, der war zweimal bei mir zu Gast.

Sebastian Edathy (SPD): Der hat sich ja mit Ihnen auch länger unterhalten.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Lange.

Sebastian Edathy (SPD): Er hat übrigens erfreulicherweise heute eine feste Anstellung bekommen. Er ist Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das freut mich für ihn.

Sebastian Edathy (SPD): Er war am 19. November 2009 zu Gast im Untersuchungsausschuss Asse des Niedersächsischen Landtags. Ich darf aus der Niederschrift, aus dem Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung, Herrn Dr. Tiggemann in Bezug auf Herrn Dr. Duphorn zitieren. Ich darf Sie fragen, ob die Ausführung von Herrn Dr. Tiggemann auch dem entspricht, wie Sie die Sache wahrgenommen haben.

Ich halte es für einen sehr problematischen Umgang mit Wissenschaftlern. Gerade wenn die münd-

liche Zusage, wie es in dem Fall gewesen ist, auf ordnungsgemäße Beendigung der Forschungsarbeiten vorliegt und wenn dies dann nach mehreren Diskussionen nicht erfolgte, ist das für einen Wissenschaftler eben sehr, sehr schwierig. Das ist für mich ein nicht hinnehmbarer Umgang mit Wissenschaftlern.

Sie fanden das ja offenkundig auch nicht hinnehmbar, was da mit Ihnen gemacht wurde.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Die Tatsache, dass Sie dann anschließend privates Geld - - Es findet sich auch in den Akten ein Hinweis auf ein Gespräch zwischen Ihnen und Ihrer Frau. Ihre Frau habe Sie gefragt, ob denn der Bund oder Sie selber das Endlager errichten würden. Was hat Sie denn dazu motiviert, da jetzt selber Geld für die weitere Forschung reinzustecken? Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse? Oder - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das war ein ganzer Komplex. Einmal das. Ich fühlte mich aber auch in meiner Ehre verletzt, in meiner wissenschaftlichen Ehre. Und ich sagte Ihnen schon: Ich bin durch die harte Schule zunächst der Hitler-Jugend und dann der DDR gegangen. Und da hieß es durchbeißen. Das habe ich mir auch gesagt in diesem Fall: Das lässt du mit dir nicht machen. - Aber natürlich nicht zu vergessen: Ich hatte mich drei Jahre wirklich stark engagiert, und ich habe bei diesem Projekt auch eine gewisse gesellschaftliche Verantwortung übernommen.

Sebastian Edathy (SPD): Glauben Sie denn, wenn ich das abschließend fragen darf - ich glaube, Frau Vogt hat auch noch Fragen -, dass man mit Ihnen anders umgegangen wäre, wenn Ihre Erkenntnisse ein günstigeres Licht auf die Eignungshöflichkeit geworfen hätten?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das glaube ich, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es war alles SPD-Verantwortung!)

Ute Vogt (SPD): Sehr geehrter Herr Grindel, ich habe es vorhin schon gesagt: Wir sind nicht beim Fußball, wo es ums Toreschießen geht, sondern es geht darum, Sicherheit für einen hochgefährlichen Stoff zu gewährleisten. Da geht es um ein bisschen mehr, bitte. Deshalb würde ich gerne wissen, auch wenn dann der Herr Grindel sich wieder freuen kann: Sie haben vorhin noch mal erläutert - - Es ging um - - Sie haben erwähnt, dass Ihnen gesagt wurde: Warum hat das mir bisher noch niemand gesagt? - Habe ich das richtig verstanden? War das ein Gespräch mit dem Minister oder - -?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, das war eine - - Da wurden mehrere Wissenschaftler auch aus der Reaktorsicherheit - - Der Herr Merz war dabei, aus der Reaktor-Sicherheitskommission. Der saß neben mir auf der anderen Seite vom Minister. Wir haben so eine Art Statusbericht über den derzeitigen Stand der Dinge abliefern sollen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wann war das?)

- Das war im - - Also das weiß ich jetzt nicht mehr.

Ute Vogt (SPD): Ungefähr Mitte 82. Oder?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, das war 81. Pardon! 82 war ich ja schon geschasst. Mitte 81 war das. Ja, ja. Wie gesagt, das war ganz eindeutig, das war nicht gespielt von dem Minister. Der wusste das nicht. Dies hatten die ihm verschwiegen.

Ute Vogt (SPD): Das war Minister von Bülow.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Andreas von Bülow war das noch.

Ute Vogt (SPD): Und Sie hatten den Eindruck, der Minister selbst -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: War nicht informiert.

Ute Vogt (SPD): - wusste nicht, was an kritischen Stimmen vorgetragen wurde.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein.

Ute Vogt (SPD): Ich möchte bei der Zeit damals bleiben. Sie haben ja auch vorhin ganz am Anfang Ihrer Einlassungen berichtet, dass Sie unter anderem auch ein Krisengespräch mit Herrn Kind hatten. Können Sie noch skizzieren, was Inhalt dieses Krisengesprächs war?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Also vergessen Sie mal das Wort „Krise“. Das rutschte mir so raus. Es war eine kritische Zeit auch für die PTB. Die haben zwar keine Geologen, aber Mathematiker und Physiker. Die können auch besser denken als Geologen. Und denen war das dann einfach nicht mehr geheuer. Die haben zig, also in dieser Zeit - - Ich kann es gar nicht zählen, wie viele interne Sitzungen hier durchgeführt wurden. Ich fuhr dauernd zwischen Hamburg, zwischen Hannover und BGR und Braunschweig, PTB, hin und her. Das war wirklich eine sehr intensive Tätigkeit und Kommunikation. Und irgendwie haben die Leute das gespürt, dass was Neues gemacht werden muss, dass es so wohl nicht weitergeht. Dann haben sie das eben so formuliert.

Ich habe das hier vor mir liegen. Hier steht es doch - siehe Tiggemann, aber das ist noch der Original - - nein, das stammt aus dem Schröder-Gutachten, das ich 88 gemacht habe, also für Ihre Partei -: Auch die PTB war im Frühjahr 1983 dazu bereit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen. Es geht weiter ... (akustisch unverständlich). In einem zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB stellte sie - und jetzt kommt das Zitat; gemeint ist übrigens der zusammenfassende Zwischenbericht von 1983 - fest:

... daß die über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, daß sie in der Lage wären, potentiell kontaminierte Grundwässer auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten.

Zitat zu Ende. Dann kommt mein Kommentar.

Damit räumte die PTB ein, dass aufgrund der Bohr- und Messergebnisse aus dem vorgesehenen geologischen Mehrbarriersystem überwiegend ein Einbarriersystem geworden war, dessen Schutzfunktion der Salzstock weitestgehend allein übernehmen müsste. Für mich, der ich im Auftrage der PTB drei Jahre lang das Deckgebirge inten-

siv untersucht hatte, war diese Erkenntnis ein wesentlicher Grund dafür, der PTB gutachtlich die Erkundung anderer Lagerstätten zu empfehlen. Auch die PTB war im Frühjahr 1983 dazu bereit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen und der Bundesregierung zu empfehlen, parallel zum Schachtabteufen in Gorleben übertägig andere Salzstockstandorte alternativ zu prüfen. Der Entwurf dieser Empfehlung, der von der PTB bei einer Anhörung vor dem Ausschuss für Umweltfragen des Niedersächsischen Landtages in Hannover am 01. Juli 1985 bestätigt wurde - da habe ich ihn nämlich vorgelesen -, endet mit folgenden Sätzen:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichtes sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Orten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen

- davon war vorhin auch schon mal die Rede -

parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers. Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.

Wäre das damals durchgekommen, dann bräuchten wir heute nicht hier heruzusitzen.

Ute Vogt (SPD): Ich habe genau in dem Zusammenhang dann die Frage: 13. Juni 1983, für diesen Tag haben wir eine Vorlage aus dem Bundesministerium des Innern in Richtung Bundeskanzleramt. Für das Protokoll: MAT A 4/3, Anlage 18. Das ist der Schnellbrief, der dort vom BMI ans Bundeskanzleramt geschickt wurde. Da heißt es unter Nr. 6 - - Ich möchte Sie fragen, ob das aus Ihrer Sicht damals die wissenschaftlich korrekte Beschreibung war. Das Bundesministerium des Innern schreibt also an das Kanzleramt:

Aufgrund der nach Auffassung der PTB, der Mehrheit der ihr zuarbeitenden Wissenschaftler sowie der

RSK gegebenen Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben ist derzeit die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

So schreibt das BMI im Juni 83 ans Kanzleramt. Entsprach das Ihrer wissenschaftlichen Wahrnehmung der damaligen Zeit?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Also wissen Sie, jetzt muss ich mich mal ein bisschen recken - wegen dessen, was ich jetzt sage. Das ist für mich der größte Skandal der Gorleben-Geschichte gewesen. Dagegen ist das, was mit mir so alles gemacht worden ist, Peanuts. Stellen Sie sich vor: Der Herr Röthemeyer als Hauptabteilungsleiter beauftragt - mit Verteilerliste und mit Einladungsliste - eine Gorleben-Besprechung in der BGR Hannover an. Dann kommt der mit seinen Mannen dort rein. Und dann stehen auf einmal drei Mann - Bundeskanzleramt, BMI, BMFT - vor ihm und gehen ihn wegen dieser Feststellung, die ich eben zitiert habe, frontal an. Er selbst hat das - - Ich bin also sehr überrascht gewesen, wie er hier im *Spiegel* - - Ich setze jetzt mal voraus, dass der *Spiegel* das ordnungsgemäß übernommen hat. Das muss man immer. Aber gesetzt den Fall - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es war der *Stern*!)

- Bitte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es war der *Stern*!)

Er ist ja zitiert. Vielleicht lese ich es Ihnen mal vor:

Am 11. Mai ... fand unter meiner Leitung in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover eine Konferenz statt. Eingeladen waren die beteiligten Wissenschaftler der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, bei der die Federführung lag, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe.

- Das ist die DBE, die baut. -

Ziel des Treffens war die endgültige Formulierung des abschließenden Gutachtens für das Atomendlager in Gorleben. Dieses Gutachten sollte für die Politik feststellen, ob die un-

tertätige Erkundung gerechtfertigt war oder nicht.

Stern:

Also eine Fachkonferenz unter Wissenschaftlern.

Röthemeyer:

Genau. Wir hatten einen Punkt, den wir noch einmal ausführlich diskutieren wollten: Das war die Frage, ob man auch andere Standorte in Deutschland auf ihre Eignung für atomare Endlager untersuchen sollte oder nicht.

Frage des Stern:

Warum haben Sie sich mit dieser Frage beschäftigt?

Dann kommt jetzt ein Hinweis auf die Atomkraftwerke und den anfallenden Atom Müll, auf die Rahmenbedingungen.

Die nächste Frage:

Was geschah bei Ihrem Treffen?

Röthemeyer:

Die Bundesregierung muss im Vorfeld Wind von der Sache bekommen haben, denn bei unserem Treffen tauchten plötzlich Mitarbeiter des Innenministeriums, des Forschungsministeriums und des Kanzleramts auf.

Der wusste das überhaupt nicht - hatte eingeladen!

Stern:

Haben die Beamten aus Bonn Ihre Expertise zu Gorleben beeinflusst?

Röthemeyer:

Ja,

- so habe ich ihn noch nie Klartext reden gehört -

in einem Punkt. Wir hatten dem Endlager Gorleben grundsätzlich Eignungshöflichkeit zugeschrieben, was bedeutet, dass wir Gorleben als Endlager grundsätzlich für geeignet hielten. Insofern kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, wieso ich heute als Gorleben-Gegner gelten soll. Wir haben aber damals gefordert, dass der letzte Absatz unseres Gutachtens so lautet, und ich zitiere: „Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichts sind wegen der noch nicht erfolgten Bestä-

tigung durch die untertätige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und der Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen

- das hatten wir ja eben schon mal drauf -

parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers. Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.“

Klarer Fall. Sie wissen, ich stamme aus diesem Hause und habe das eben von einem Kollegen erfahren, der auch sehr betrübt über diese Entwicklung gewesen ist. Ich habe das aber zunächst zurückgehalten. Meine vertraglich festgelegte Schweigepflicht von fünf Jahren war schon längst abgelaufen; aber ich habe es trotzdem zurückgehalten. Ich stand auch immer mit Herrn Röthemeyer in brieflicher Korrespondenz, wie auch noch mit einigen anderen, auch mit Herrn Herrmann. Als Tiggemann über diese Sitzung im Umweltausschuss berichtet, schreibt er dann so etwas salopp: Wurde ihm von Duphorn zugespielt. - Na ja, das sind auch nur Menschen.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Professor Duphorn. - Die FDP hatte auf ihr Fragerecht verzichtet. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke, bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte erst einmal bitten, dass die Zitate oder die Abschnitte, die Professor Duphorn aus dem *Wendland-Lexikon* zitiert hat, zu den Akten genommen werden.

An der Stelle möchte ich noch mal nachfragen. Herr Professor Duphorn, ist Ihnen bekannt, dass zum Beispiel nach 89 auf Daten und Bohrergebnisse der Fachbehörden der DDR zurückgegriffen wurde oder auch Bohrkernsichergestellt wurden, die ja entstanden sein müssen, als damals nach Erdgas und Erdöl bei Lenzen gebohrt wurde?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist jetzt eine Frage, die breiter gefächert ist, als man zunächst denkt, weil hier in diese Erdgasfrage ja auch der Salzstock Rambow und die Explosion, die ich vorhin geschildert habe, mit hineingehen. Das steht in unmittelbarem Zusammenhang.

Ich habe hier übrigens ein Steinsalz in der Tasche. Den kann ich mal herumreichen. Dieses Steinsalz stammt aus der Endlagerformation Gorleben, aber nicht aus Gorleben selbst, sondern aus dem Schacht „Glückauf“ in Sondershausen, wo ich als Student mein Bergbaupraktikum praktiziert habe. Da führte mich der Steiger - also dieselbe Endlagerformation - zu einer Spalte, aus der es ein Jahr zuvor auch eine Erdgasexplosion gegeben hatte. Da waren 13 Kumpel sofort getötet worden. Angeblich dürfte es das nach der Wissenschaftsmeinung gar nicht geben, denn Klüfte und - - Das Steinsalz ist ja ausgesucht worden, weil es dort angeblich keine Klüfte geben darf.

Nun habe ich aber den Beweis hier auf der Hand, dass es die doch gibt. Das habe ich damals an der Kluft abgeschlagen und in die Tasche gesteckt. Und dann hat es den Weg bis nach Kiel und hierher gefunden. Ich zeige Ihnen das deshalb, weil das einen ganz direkten Bezug hat. Ich habe in Kiel bei uns in der Chemie auch Kohlenwasserstoffanalysen machen lassen, und die stimmen genau mit den Analysen aus der Explosionsstätte in Rambow überein. Sie stimmen auch mit Erdgaskondensaten aus dem Salzstock Gorleben überein.

In jedem Fall steht fest: Dieses Erdöl in allen drei genannten Stellen ist nicht dort entstanden, wo es heute ist. Es ist dorthin gelaufen. Ebenso wie Lauge sich bewegt, bewegt sich auch das Gas durch die Steinsalzformationen hindurch. Das ist der Beweis dafür. Jetzt, wo die Sache in Gorleben durch die Aufdeckung der vorhin genannten Erdgasdaten im Hauptanhydrit brennend akut geworden ist, wird es dadurch noch komplizierter und noch brisanter, weil diese Gase und auch das Erdöl - das ist jetzt mal einheitlich handhabbar; die sind ja auch miteinander vermengt - nicht nur aus dem direkt darunter liegenden Stinkkalk oder Stinkschiefer unter dem Steinsalz der Endlagerformation kommen, sondern die haben alle einen extrem hohen Stickstoffgehalt.

Ich habe ein Bohrverzeichnis von Gorleben Z 1. Da ist am Rande des Salzstocks Gorleben schon zehn Jahre bevor es in

Gorleben mit der Endlagerforschung losging, von der BRAGLA (?)¹⁸ eine Erdölbohrung gemacht worden. Da haben die durch die ganzen Salzschichten noch 400 Meter durchgebohrt und sind unten auf eine - steht wörtlich im Bohrprotokoll - Erdgaslagerstätte gestoßen. Und das bestand zur Hälfte aus Stickstoff. Genau solche Zahlen finden Sie auch in Gorleben-Analysen.

Das heißt also, es kommen zwei Quellen für die Herkunft dieser Gase infrage, die jetzt in Gorleben für großen Ärger sorgen werden, wenn es stimmt, dass diese Erdgasblasen im Hauptanhydrit wirklich diese Dimensionen anreichern, wie man aus Akten des BfS und der BGR nachlesen kann. Die sind dort genannt; die ziehe ich hier nicht aus dem Hut. Wie man damit umgehen muss, ist eine andere Frage; aber die sind dort genannt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Zahlen werden bestritten!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist nicht Aufgabe dieses Ausschusses, das hier zu bewerten. Dass Sie das vortragen, ist interessant. Das müssen sicherlich andere Menschen werten. Beim allerbesten Willen, dazu sehe ich uns in keiner Weise imstande, weil wir alle keine Geologen sind. - Ich frage einfach: Ist die Frage damit hinreichend beantwortet?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja. - Ich möchte Herrn Professor Duphorn gerne noch etwas fragen. In dem ersten Entwurf von 1983 von der DBE - Anlage 12 aus MAT A 4/3 - findet sich auf Seite 2 die Einschätzung, dass Erdgas- und Erdölvorkommen in der Umgebung des Salzstockes, die förderungswürdig wären, nicht zu erwarten sind. Demnach hat sich dieser Stand in den letzten Jahrzehnten dann doch verändert. Ich frage Sie das speziell, weil Sie bei der BGR lange für Rohstoffvorkommen zuständig waren und es ja, wenn ich es richtig begreife, schon eine Diskrepanz gibt, dass Rohstoffförderung im Zweifelsfall Vorrang hatte, einfach auch rechtlich. - Ich korrigiere mich: Es war der PTB-Zwischenbericht zu der MAT-Nummer.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Na ja, Rohstoffförderung und Gasförderung will ich

¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „BRAGLA (?)“, setze „Gewerkschaft Brigitta“, Anlage

mal nicht in einen Topf werfen. Aber ich wiederhole und bekräftige das noch einmal: Das ist für mich jetzt das akute Hauptproblem Nummer eins. Diese Frage muss geklärt werden. Das ist eine kardinale Frage für das ganze Projekt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie wissen nicht, ob die Bohrkerne aus DDR-Zeit vom östlichen Salzstock in irgendeiner Form sichergestellt und noch einmal ausgewertet wurden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, ich habe Akten aus der DDR. - Ich finde das jetzt bloß nicht mehr; das liegt irgendwo dahinten im Koffer. - Ich habe aber auch Akten aus der DDR einmal mit chemischen Analysen, mit Bohrdaten. Ich habe auch Akten, die belegen, dass die BGR¹⁹ nach der Explosion einen Arbeitsstab gebildet hat. Die DDR hatte schon seinerzeit ein Atomministerium. Der stellvertretende Direktor war übrigens als Student mein Assistent im chemischen Praktikum gewesen.

Die haben also eine eigene Arbeitsgruppe gebildet - das betraf die ja unmittelbar -, die wollten das auch wissen. Und nach der Wende hat die BGR das Zentrale Geologische Institut²⁰ übernommen. Es wurden von dort aus Unterlagen, Altunterlagen gesammelt. Aus denen geht das hervor, was ich Ihnen vorhin an Daten gebracht habe.

Meine Informationen stammten aus privaten Kreisen. Ich hatte einen Kommilitonen, der war in dieser Zeit, als das Unglück passierte, Hauptabteilungsleiter für die Tiefenforschung in der DDR in Schwerin. Dessen Angaben unterscheiden sich von denen, die jetzt über ZGI/BGR kommen, nur in einem Punkt. Er sagte: Gasexplosion im unteren Teil des Steinsalzes. Und die BGR, das heißt die von der BGR übernommene Institution, sagt: Im Stinkschiefer²¹, der darunter kommt. Aber das ist nur von gradueller Bedeutung.

Das Entscheidende - das kann ich nicht verstehen - ist: Die BGR hat meines Wissens bis heute nichts über diese Dinge verlauten lassen. Ich will jetzt vorsichtig sein: In allen Diskussionen in Gorleben und um Gorleben, wo ich mehrfach dieses Problem angespro-

chen habe, hat die BGR nichts verlauten lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das ist sicherlich noch mal eine Aufgabe der Zukunft, das weiter zu werten. - Dann geht das Fragerecht bezüglich der Vergangenheit und unseres Untersuchungsauftrags an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich möchte bei der Vergangenheit wieder einhaken, und zwar bei der Vergangenheit vor einer halben Stunde, als wir über die Bohrlöcher und die Bohrungen gesprochen haben, wo Sie sagten, je tiefer Sie mit den Bohrungen gingen, desto schlechter wurden die Bohrergebnisse. Sie haben dann darauf hingewiesen, dass die BGR Salzspiegelbohrungen mit negativen Ergebnissen durchgeführt hat, die Risse ergeben haben. Ich glaube, Sie haben gesagt: klüftig bis 600 Meter und Kaliablösung. Und Gas aus der Bohrung 5001 haben Sie ebenfalls erwähnt. Das würde ich gerne noch mal, soweit Sie sich daran erinnern, genauer hören, was das für eine Bedeutung hatte, und würde Sie gleich in dem Zusammenhang fragen wollen, ob Sie unter diesen Bedingungen einen Zusammenhang mit dem tragischen Schachtunfall sehen, der sich am 12. Mai 1987 genau in einer der Bohrungen ereignet hat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Wenn ich das ausführlich beantworten wollte, dann müssten wir erst mal eine Runde Kaffee bestellen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wir können ja anfangen. Wenn ich das zu dem Schachtunfall im Zweifelsfall noch kurz erklären soll, ist es ganz gut - - Die Quelle, die ich benutzt habe, ist der *Spiegel*, 34/1987, die Ausgabe vom 17.08. Der Unfall hat sich am 12. Mai 1987 ereignet. Und zwar ging es darum: Ein folgenschwerer Unfall brachte das Unternehmen zum Stillstand. Es geht um die Bohrung:

Die Endlager-Schürfer waren im Schacht 1 gerade erst bis in 239 Meter Tiefe vorgedrungen, da barst einer von 34 anderthalb Tonnen schweren Sicherungsringen aus Stahl und stürzte auf die fünf Meter darunter stehenden Arbeiter auf der Schachtsohle. Ein Berg-

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „BGR“, setze „DDR“, Anlage

²⁰ Ergänzung des Zeugen: „der DDR“, Anlage

²¹ Ergänzung des Zeugen: „bzw. Stinkkalk“, Anlage

mann starb, zwei weitere wurden schwer verletzt. Weil der Schacht einzustürzen drohte, musste er 14 Meter hoch mit Beton verfüllt werden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist ein ganz besonderes Kapitel meiner Gorleben-Geschichte. Ich könnte ein ganzes Buch darüber schreiben.

Wir haben uns in den letzten drei Monaten 1982, als wir schon arbeitslos waren, die Bohrungen am Schacht mit angesehen. Wir hatten aber schon bei der Kartenanalyse aus den bereits vorhandenen Bohrungen herausbekommen, also den Verdacht erhalten, dass dort direkt im Schachtbereich, in der unmittelbaren Umgebung, Sprünge und Risse schräg Richtung Salzachse einfallen. Das konnte man daraus erkennen, dass eine Schicht, die hier rechts liegt, einmal hier auf Tischhöhe, von einem Schnitt richtig abradiert wird.

(Der Zeuge führt anhand eines Buches und der Tischkante eine Demonstration durch)

Dieselbe Schicht liegt hier am anderen Tag 20 Meter²² tiefer oder so. In der Regel sieht es aber so aus - das ist also die vorhin schon erwähnte Tektonik -, dass das oft gar nicht nur eine große Störung ist, sondern dass eine Vielzahl von Kleinststörungen auftreten, also praktisch alle Größenordnungen einschließen können. Das ist der Normalfall.

Da habe ich auch eine „Krisensitzung“ - also jetzt in Tüttelchen - mit der PTB gehabt. Da waren auch Schachtbauingenieure von Deilmann-Haniel dabei, Bergamt Celle und das Oberbergamt von Clausthal. Da habe ich das vorgetragen. Und das wurde weitgehend abgewickelt. Die Einzigen, die aufmerksam zugehört haben, das waren die Schachtbauingenieure.

Ich hatte vorgeschlagen, den Schachtstandort, den Ansatzpunkt für den Schacht, zu versetzen, nicht in eine Stelle hineinzubauen, die durch tektonische Störungen und Risse gefährdet ist. Das wurde dann offiziell, ähnlich wie hier von Ollig, vom Bergamtsmann aus Celle - Moritz (?), Dr. Wolfs (?)²³ - alles als gebirgsmechanischen Unsinn be-

zeichnet. Na ja, da habe ich gesagt²⁴: Dann macht doch, was ihr wollt. - Ich habe hinterher noch ein paarmal mit der PTB darüber diskutiert. Aber das war dann klar: Die machten weiter. Dann ist das passiert.

Ich muss hinzufügen: Das Bohrverfahren ist sehr bewährt: Tiefkühlverfahren. Die hatten um den Schachtstandort herum kreisförmig 40 Bohrungen angeordnet. Da haben sie eine Kühlflüssigkeit injiziert, die bis minus 40 Grad runtergefahren wurde. Damit sollte das von unten kommende warme Salzwasser auch mit vereist werden.

Nun gehen die Berechnungen aber davon aus, dass das auftretende Salzwasser eine mehr oder weniger homogene Masse ist. Ist sie aber meistens nicht. Das geht natürlich zuerst aus den Klüften, und dann kommt es aus den Rissen. Und dann kommt erst die homogene Masse. So war es dann dort auch.

Dieser Gefrierblock hatte einen Durchmesser von immerhin 40 Metern gehabt. Das war ringsum gefroren. Aber an der Stelle, wo die Risse waren, da lief das warme Salzwasser rein, und da war es nicht gefroren. Und wenn das nur Haarrisse sind! Denn Wasser kommt überall hin. Da sitzen vielleicht Tausende von Haarrissen. Ich war selbst im Schacht. Ich habe einen 2 Meter tiefen Sprung gesehen. Da waren noch größere Sprünge. Die BGR hatte gesagt: Hier gibt es keine Sprünge, hier gibt es keine Sprünge. - Sie waren aber da. Die niedersächsische Genehmigungsbehörde, das Landesamt, hat sie - auch im Bild; die waren da - aufgenommen.

Dann ist der Schacht nach innen gebeult. Und dann hat man sogenannte gusseiserne Tübbinge - das sind also Eisenringe mit einem Gewicht von anderthalb Tonnen - in den Schacht eingepresst, um Widerstand einzubauen, damit der Schacht nicht einstürzte. Und ein paar Tage später hat es „klick“ gemacht. Da hat sich so ein Ding aus seiner Verankerung gelöst, war gebrochen. Dann ist der runtergefallen, und unten standen sechs Bergleute. Einer, der Steiger Martini (?), war sofort tot. Er ist dann im Krankenhaus gestorben. Die anderen waren mehr oder weniger verletzt. Das hätte nicht passieren brauchen.

²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Tag 20 Meter“, setze „Teil 20 cm“, Anlage

²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Moritz (?), Dr. Wolfs (?)\", setze „Dr. Moritz“, Anlage

²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gesagt“, setze „gedacht“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Professor Duphorn. - Ich erkenne aber, dass das jetzt eine Kontroverse zwischen Wissenschaftlern war, wo Sie eine andere Meinung hatten, die möglicherweise, wenn man ihr gefolgt wäre, dann sogar dazu beigetragen hätte, dass dieser schreckliche Unfall nicht passiert wäre. Aber es ist jetzt kein Zusammenhang damit zu sehen, dass irgendjemand politisch Einfluss genommen hätte. Das ist ja letztendlich das, was uns und diesen Ausschuss interessiert. Ich glaube nicht, dass wir jetzt die wissenschaftliche Expertise haben, um wissenschaftliche Dispute letztendlich zu klären.

Ich sage das deshalb, weil ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, fragen möchte, ob es noch weiteren Fragebedarf hinsichtlich unseres Untersuchungsauftrags gibt. Und der ist nun ohne Zweifel politisch motiviert und stellt die Frage, inwiefern Regierungshandeln Einfluss auf die Erkundung, die Beurteilung und Bewertung sowie die Einbeziehung von Ergebnissen von Wissenschaftlern genommen hat. - Wird noch eine Berliner Runde gewünscht? Ich frage noch einmal die CDU/CSU. - Nein, wollen Sie nicht. SPD? - Bitte schön.

Marco Bülow (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich habe zwei Fragen. Eine richtet sich auf die Aussagen des Herrn Kreuzsch, den wir hier als Sachverständigen hatten. Da würde ich Ihnen gerne ein kurzes Zitat bringen. Das ist unter MAT 50 im Hand-out zu den Kreuzsch-Akten zu finden. Der hat hier am 10. Juni - also noch nicht so lange her - gesagt:

Festzuhalten ist, dass die konkreten Standortbefunde ein Deckgebirge zeigen, dessen Isolationseigenschaften nachweislich ungünstig sind. Bei einer Eignungshöflichkeit des Standortes Gorleben kann deshalb - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich jetzt wirklich mal sagen, dass wir beim Untersuchungsauftrag bleiben. Wir erkunden hier keinen Salzstock, wir machen hier keine wissenschaftlichen Kolloquien. Ich muss jetzt wirklich darum bitten - sonst muss ich leider eine Beratungssitzung beantragen -, dass wir hier bei dem bleiben, was Untersuchungsgegenstand ist.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben die ganze Zeit über Geologie geredet!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage Deckgebirge ist ja durchaus eine, die wir hier heute schon häufig erörtert haben. - War das gerade ein Antrag für eine Beratungssitzung, Herr Kollege Grindel?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich bitte den Kollegen Bülow, die Frage so zu gestalten, dass es vom Untersuchungsgegenstand noch gedeckt ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann war das jetzt kein Antrag. - Dann bitte ich jetzt den Kollegen Bülow, weiter zu fragen. Bitte schön.

Marco Bülow (SPD): Erstens war meine Frage noch nicht zu Ende. Und wenn das Ihr Stil ist, Herr Grindel, werde ich auch Ihnen jetzt jedes Mal ins Wort fallen, wenn ich der Meinung bin, dass Sie nicht den Untersuchungsgegenstand ansprechen. Dann müssten wir jedes zweite Mal eingreifen. Ich glaube, dass Ihr Vorgehen sehr ungehörig ist.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Ich bin noch gar nicht mit der Frage fertig gewesen. Also lassen Sie mich ausreden.

Das war die Aussage des Herrn Kreuzsch. Ich würde Sie bitten - - weil wir ein paarmal auch darüber diskutiert haben und Sie heute auch schon den Begriff der Eignungshöflichkeit fallen gelassen haben, der damals in diesem Zusammenhang benutzt worden ist. Sie haben gerade schon mal den Unterschied angeschnitten, ob es ein geeigneter Standort ist, der damals auch daneben stand. Ich frage Sie, ob Sie die Aussage des Herrn Kreuzsch schon damals geteilt haben und wie Sie den Begriff der Eignungshöflichkeit aus Ihrer Sicht erklären würden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe doch vorhin schon mal das Thema angeschnitten gehabt. Ich wiederhole vielleicht: Eine Eignungshöflichkeit ist gewissermaßen die Vorstufe zur Eignungsaussage. Deshalb werden ja die Untersuchungen gemacht. Man kann ja nicht einen Hammer in die Luft schmeißen und sagen: Der ist geeig-

net. - Da geht man also etappenweise vor. In der Rohstoffgeologie ist das ein sehr umfangreiches Kapitel. Das geht bis hin zur Infrastruktur. Da kommen marktwirtschaftliche Dinge mit rein. Wir brauchen auch marktwirtschaftliche Betrachtungsweisen, wenn wir mit Milliarden Steuergeldern umgehen wollen. Da kommt sehr viel rein.

Also, Eignungshöflichkeit ist die Hoffnung, dass der Salzstock für die Endlagerung benutzt werden kann. Die muss dann in bestimmten Zwischenstufen unter bestimmten Sicherheitskriterien geprüft werden. Dazu gehört letztendlich auch eine untertägige Erkundung. Aber er kann meines Erachtens eben nicht untertägig weiter erkundet werden, wenn zu viele Gegenergebnisse aus dem Deckgebirge dagegenstehen.

Das fing schon mit den ersten Kriterien von Dr. Albrecht an. Da waren halt drei nicht erfüllt - nur eins: die Größe des Salzstocks. Die gesamte Struktur des Salzstocks, die ungünstiger ist, als erwartet wurde, spielte damals noch gar keine Rolle. Da wussten wir noch nichts von 100 000 bis 1 Million ²⁵ Erdgas im Hauptanhydrit gleich neben dem Füllort vom Schacht.

Das sind Dinge, die man vorher nicht wissen kann. Man muss als Geologe, wenn es um Sicherheitsfragen geht, auch immer bereit sein, flexibel umzudenken. Das gehört mit zur Methodik dazu.

Marco Bülow (SPD): Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage. Sie haben ein paar-mal auch schon die Rinne angesprochen. Können Sie noch einmal ausführen, ob Sie damals schon Kenntnisse bezüglich der Risse und des zerrissenen Deckgebirges, das Sie beschrieben haben, hatten? Ist das vergleichbar mit anderen Lagern bzw. Stollen? Haben Sie damals dazu schon Erkenntnisse gehabt, dass es auch woanders schon aufgetreten ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, wir wussten über den Salzstock Gorleben so gut wie nichts. Ich sagte vorhin schon, der gehörte ein paar Jahre zu meinem amtlichen Dienstbezirk als Obergeologierat. Obergeologierat hieß das, glaube ich. Da fuhr ich alle paar Jahre mal hin. Aber über den Salzstock - - Natürlich wussten wir, dass einer da war. Ich hatte auch die Bohrkerne im Dorf-museum Vietze ausfindig gemacht. Die ha-

²⁵ Ergänzung des Zeugen: „m³“, Anlage

ben wir dann untersuchen lassen. Das war eine meiner ersten Aktionen. Da haben wir festgestellt - das waren alte Kalibohrungen -, dass dieser Salzstock dort recht tief lag. Die eine Bohrung ging bis 1 000 Meter. Aber in zwei Bohrungen nahmen die tertiären Tone, die den Salzblock nach oben abdichten sollten, bis auf wenige Meter - - ²⁶ Da habe ich das erste Mal durch meine damals noch vorhandenen Zähne gepfiffen.

Also das war schon ein erstes Warnzeichen. Als wir dann bohrten, war es umgekehrt. Wir haben zehn oder zwölf Bohrungen gemacht und hatten wunderschöne dichte, mächtige Tertiärtone. Da haben wir uns schon gefreut. Dann wurde es immer weniger, und am Schluss saßen wir in der Gorlebener Rinne, wo auf einer Fläche von mehreren Quadratkilometern überhaupt kein Ton mehr da war. Es war alles durch das Schmelzwasser, das in einem Tunneltal unter dem Eis hinweggebraust war und noch den halben Gipshut mitgenommen hatte, wegerodiert worden. Das ist ja auch tief in den Gipshut des Salzstocks eingeschnitten. Und dann ist das noch seitlich - - Das hat bei 1 000 Meter Eis einen ungeheuren hydrostatischen Druck gehabt. Das müssen Sie mal in Island oder noch besser in Grönland sehen, was da für eine Kraft dahintersteckt. Da hat sich das seitlich unter den Gipshut druntergeschoben. Es ist alles vermengt worden. Da hat die BGR bis 30 Meter mächtige sogenannte Brekzien entdeckt. Ich habe einen Bohrkern gesehen, der 2 Kilometer von der Einpressstelle entfernt stand. Da war ein wunderschöner Granit aus Schweden drin. Solche Sachen gibt es.

Vor Überraschungen ist man in der Geologie nie sicher. Und, wie schon gesagt, man muss da ganz flexibel sein und sich immer wieder auf neue Situationen einstellen und umdenken und dann den Auftraggeber bewegen, auch umzulenken, wenn man denkt, es ist zu viel des Schlechten.

Ute Vogt (SPD): Herr Professor Duphorn, Sie haben vorhin zitiert, dass Sie auf der Veranstaltung in Hitzacker gesagt haben: die Ergebnisse Ihrer Bohrungen überwiegend negativ und deshalb Untersuchungen anderer Salzstöcke.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

²⁶ Ergänzung des Zeugen: „ab.“, Anlage

Ute Vogt (SPD): Das war Ihr Fazit. Gab es damals Wissenschaftler, die zur damaligen Zeit Bedenken gegen eine alternative Standortsuche geäußert haben? Ist Ihnen bekannt, dass es ausdrückliche Hinweise gab, dass man keine alternative Standortsuche will? Sie haben vorhin die genannt, die eher dafür waren. Aber ich wollte wissen: Wer waren diejenigen, die sich ausdrücklich gegen die alternative Standortsuche gewandt haben? Waren es Wissenschaftler? Und wenn ja, welche?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Einen kleinen Moment, bitte. Ich habe doch noch den Band auf dem Tisch liegen.

(Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Da hatte ich nämlich eine Diskussion mit dem Herrn Venzlaff. Ich habe Venzlaff angesprochen. Das hatte ich vorhin wohl auch schon mal zitiert. Ich will mal sehen, wo Venzlaffs Vortrag steht.

Ute Vogt (SPD): Sie meinen den Herrn Professor Venzlaff, der als Mitglied im Atomforum gearbeitet hat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. - Das hat mich auch etwas geärgert, dass man ihm das angekreidet hat. Ich meine, eine gute Lobbyarbeit gehört zu unserem Gesellschaftssystem einfach dazu. Es muss nicht so eine schlechte sein wie in dem vorhin geschilderten Ollig-Fall. Aber es gibt auch gute, und die brauchen wir. Sonst laufen die Wirtschaft und die Politik nämlich nicht. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, die müssen - auch personell - verflochten sein. Das gehört ganz einfach zum System dazu. Sonst - -

Ute Vogt (SPD): Aber kann ein Wissenschaftler unabhängig sein, wenn er gleichzeitig Lobbyvertreter ist? Das ist doch das Problem.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Kann man. Wenn es zu dick wird, kann man seinen Hut nehmen und sagen: Danke, ich gehe. - Kein Problem. In der DDR konnte ich das nicht sagen, aber hier kann ich das.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Also Herr Professor Venzlaff war der eine. Gibt es noch mehr?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Warten Sie, ich finde das. Kein Problem. 407, 413, alles klar. - Natürlich hat er mir widersprochen. Das ist auch sein gutes Recht.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Moment, das war in der Diskussion. Da finde ich das nicht. Hier kommt Herr Matting, den sicherlich auch einige von Ihnen kennen.

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

Ich gebe doch auf, das dauert zu lange. Ich finde es nicht so schnell wie erwartet.

Ute Vogt (SPD): Ja, gut, wir können ja das Protokoll auch noch mal durchschauen. Vielleicht kann man es, ohne Personen zu nennen, noch mal zuspitzen: Gab es damals eine öffentliche Debatte -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Ute Vogt (SPD): - über die Frage „Alternative Standorte ja oder nein“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein.

Ute Vogt (SPD): Denn unser Knackpunkt ist ja: Das Thema „Alternative Standorte suchen“ wurde ja politisch praktisch rausgenommen. Das ist, glaube ich, unstrittig. Und die Frage war: Hat es vorher eine Rolle in der wissenschaftlichen Diskussion gespielt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Natürlich wurde das intern diskutiert, aber nicht gleich von Beginn an. Da gingen wir rein konstruktiv und optimistisch an die Arbeit und haben halt gebohrt. Und die Zweifel sind dann langsam und organisch gewachsen. Über die nicht vorgesehene Paralleluntersuchung von anderen Salzstöcken wurde zunächst gar nicht diskutiert - erst so etwa ab 82.

Ute Vogt (SPD): Also, das ergab sich aus der Erkenntnis der Untersuchungen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, als sich die Negativergebnisse besonders aus dem Deckgebirge häuften.

Ute Vogt (SPD): Dann hätte ich noch eine Frage in Bezug auf die damals verfügbaren Daten. Gab es Versuche oder hat man

überhaupt damals daran denken können, dass man auch Informationen vonseiten der DDR über den dortigen Teil des Salzstockes erhält? Oder war das gar nicht denkbar, dass man sich an die dortige Wissenschaft wendet?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Keine Versuche. Das war ja auch der Grund für die unter Helmut Schmidt noch SPD-geführte Bundesregierung, schon 1975 von Gorleben Abstand zu nehmen, weil, wie gesagt, die nördliche Hälfte der Salzstruktur auf DDR-Gebiet lag. Und mit der DDR wollte man offensichtlich nichts zu tun haben. Es war nach allem, was ich gehört habe, eine vorwiegend politische Entscheidung. Es waren ja auch noch andere Salzstöcke im Gespräch. Herr Lüttig weiß da genau Bescheid. Der war da von Anfang an involviert. Er war zeitweilig auch mein Chef in Hannover.

Zunächst stand Gorleben überhaupt nicht zur Debatte. Das wurde dann erst in einer, um mit Lüttig zu reden, „Nacht-und-Nebel-Aktion“ auf die erste Stelle gesetzt und dann durchgezogen. Es lief alles etwas im Dunkeln, etwas merkwürdig ab.

Ich kenne einen Kollegen, Dr. Hofrichter, der Salzgeologe war. Der saß im Nebenzimmer bei mir. Der war 85 auch bei der Sitzung vom Umweltschutz - - Wann war das? Jetzt bringe ich die Zahlen durcheinander. Also ich hatte einen Kollegen, der direkt involviert war. Der hat eine Woche Zeit gehabt, um die Frage „Gorleben ja oder nein?“ zu beantworten. Dann hat er, und zwar dem Dienstvorgesetzten - es gab ja noch kein Umweltministerium; zuständig war das Sozialministerium unter Herrn Schnipkowitz, der übrigens gelernter Bergmann war und insofern auch etwas von der Materie verstand -, gesagt - - Da wurde er gefragt: Haben Sie Einwände gegen Gorleben? Er sagte: Ich kann nichts äußern, ich weiß zu wenig. - Und so war es auch.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Duphorn. - Ich gucke noch einmal rüber zur FDP. - Immer noch keine Fragen. Okay, vielen Dank. - Dann gebe ich das Rederecht jetzt an die Fraktion Die Linke weiter.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. Ich hätte noch ganz, ganz

viele Fragen. Aber ich denke, angesichts der Zeit möchte ich mich auf zwei beschränken. - Professor Duphorn, zum einen haben Sie vorhin, als Sie aus dem Bericht der dritten Hitzacker-Veranstaltung zitiert haben, auch gesagt, Sie hätten damals zu Dr. Venzlaff gesagt: Haben auch Sie den Mut, die Ergebnisse so zu beurteilen wie ich?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Was meinten Sie mit „Mut“? Meinten Sie damit jetzt ausschließlich, die eigene wissenschaftliche Meinung zu revidieren? Oder bezog sich dieses „Mut haben“ vielleicht noch auf etwas anderes?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, im Gegenteil. Ich habe gesagt: Ich habe für alles Verständnis. Jeder hat seine Meinung, jeder hat seine richtige Meinung, jeder hat seine Fehlmeinungen. - Ich habe ihn ja völlig in Schutz genommen. Nein, das bezog sich auf die Frage „Erkundung anderer Parallelagerstätten oder nicht?“, nur darauf.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wir wollen ja hier untersuchen, ob und, wenn ja, in welcher Weise und durch welche politischen Funktionsträger auch Druck ausgeübt und Einfluss genommen wurde. Was ist Ihnen über die politisch Verantwortlichen bekannt, die damals tätig waren? Sie haben vorhin gesagt, Sie seien geschasst worden. Ich meine, Sie hätten dieses Wort verwendet. Wie muss man sich das genau vorstellen, was 1981 vor sich gegangen ist? Ist da, auf die PTB zum Beispiel, Druck ausgeübt worden? Wenn ja, von wem? Also wie muss man sich das konkret vorstellen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Wenn man diesem internen Zirkel nicht selbst angehört, dann kann man das auch nicht beurteilen. Ich habe vorhin mal gesagt, dass ich mit Bezug auf Anselm Tiggemann, der also in seinem Buch geschrieben hat, Duphorn wurde da eingeschleust - - Das kann man nicht so ohne Weiteres sagen. Es ist nicht mein Bier. Ich kann nicht etwas über Personen sagen, die ohne mein Zutun, ohne meine Anwesenheit untereinander wieder etwas anderes beraten oder sagen - - mache ich grundsätzlich nicht; ich will niemanden verdächtigen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie hatten schon den Eindruck, dass Sie sozusagen auch deshalb geschasst wurden, weil die Ergebnisse, die Sie vorgelegt haben, nicht besonders genehm waren.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das können Sie ruhig stehen lassen. Das bezieht sich aber nur auf den BMFT. Was da sonst noch gelaufen ist, das weiß ich nicht; das will ich auch nicht wissen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, danke.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: 30 Jahre rückblickend schon eh nicht, Schnee von vorgestern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das sind jetzt alle Fragen der Linken. Habe ich das richtig verstanden? - Wunderbar. Dann geht das Fragerecht noch mal an die Grünen. Bitte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da möchte ich - ganz streng vor dem Hintergrund des Untersuchungsauftrags, an den wir gerade wieder erinnert worden sind - anknüpfen. Ich hatte ja vorhin schon auf einen Vermerk vom 29. Juni 1982 aus dem BMI, MAT A 24, hingewiesen, wo erst darauf hingewiesen wurde, Professor Duphorn solle doch im Hinblick auf seinen Sachverstand weiterbeschäftigt werden. Man könne nicht darauf verzichten. Und einige Punkte später wird aber geraten, dass PTB und BGR die Aussagen von Professor Duphorn im Rahmen der Güteprüfung aus geologischer Sicht prüfen sollten. Unter Hinzuziehung wissenschaftlichen Sachverständigen sollten auch die vorliegenden Randbedingungen für Störfallbetrachtungen Professor Duphorns überprüft werden. Und schon ein halbes Jahr später, nämlich am 16.03.83, haben wir - MAT B 3, Paginierung 0094532 - dann ein gutachtenähnliches Produkt der BGR vorliegen, unterzeichnet von Herrn Venzlaff, die dann kühn feststellen:

Die weitreichende Schlußfolgerung, die Prof. Duphorn aus seinen Untersuchungen zieht, nämlich „Erkundung anderer Salzstöcke“

- das ist da in Anführungszeichen gesetzt -

beruht zu einem wesentlichen Teil auf falscher Interpretation von Da-

ten sowie auf unbewiesenen Annahmen.

Oder weiter unten wird die Formulierung verwendet: Weder das eine noch das andere ist wissenschaftlich einwandfrei belegbar - - Ich lese es ganz vor:

Weder seine Annahme über ... Aufstiegsbewegungen ... noch seine Bruchtektonik im Quartär ... noch seine Vorstellungen über eine Wiederbelebung des Salzaufstiegs ... sind ... einwandfrei belegbar.

Ihre Darstellung wird als unwissenschaftlich angegriffen. Das war ein halbes Jahr, nachdem man, vor allem im BMFT, angefangen hat, wie vorhin besprochen, über Ihre Ausführungen zu diskutieren.

Nehmen Sie jetzt an oder wissen Sie, ob die BGR für diese Ausführungen einfach nur Ihre Daten kommentiert und die neu bewertet hat oder ob die gar in dem halben Jahr grundlegende wissenschaftliche Untersuchungen gemacht haben, um zu diesen Bewertungen zu kommen, um zu sagen: „Der Mann hat nicht recht, wenn er andere Salzstöcke erkunden möchte“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Frage kann ich nicht beantworten. Aber da geht parallel eine Frage, die sich aus dem, was Sie sagten, ergibt. Es ist ja nicht so, dass ich dort nur meine eigenen Vorergebnisse interpretiert habe, sondern es war eine Gesamtinterpretation. Ich habe Ihnen eingangs vorgelesen, was da alles für Methoden mit eingespeist wurden. Natürlich kamen die aus ganz anderen Bereichen. Das ging wild durcheinander. Die meisten kamen von der BGR selbst. Es ist ja so: Ich habe mich ja auch auf BGR-Daten bezogen. Insofern wundert mich das etwas.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil mich das auch gewundert hat, habe ich die Frage gestellt. Denn der Kern, über den wir versuchen, Klarheit zu bekommen, ist ja immer: Wird hier ein kompetenter, ein hochkompetenter Wissenschaftler, der seine Ergebnisse auch begründen und darstellen kann, kaltgestellt und kriegt hinterher nie wieder einen Job, hat dann einen Karriereknick? So haben wir das doch gerade bei Ihnen erfahren, auch mit der Formulierung: Ich bin geschasst worden. - Oder ist das alles purer Zufall, und hat sich das so ergeben? Das untersuchen wir doch.

Da sind doch die Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, sehr erhellend.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das mit dem Karriereknick ist natürlich nichts; denn das war ja mein Vorteil als Hochschullehrer im Vergleich zu den weisungsgebundenen Mitkollegen, mit denen ich in Gorleben zusammengearbeitet habe. Die gehörten ganz verschiedenen Geschäftsbereichen an und waren weisungsgebunden. Mein Stuhl in Kiel steht hoch und trocken.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe Sie richtig verstanden, dass Sie im Anschluss nie wieder von der PTB oder von der BGR mit irgendwelchen Gutachten oder sonstigen Arbeiten beauftragt worden sind.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist richtig, aber ich wollte auch nicht. Das stimmt nicht ganz - zu spät; ich müsste es suchen -: Ich habe eine Bestätigung von der PTB, die besagt, dass ich mit meinen Leuten weitermachen sollte. Die kam im Juni, Juli 82, als ich das Gutachten abgegeben hatte und als das Kind in den Brunnen gefallen war und die Wogen ziemlich hoch schlugen. Da haben sie wohl gemerkt, dass sie sich mit diesem Ding mehr Schaden als mir selbst zugefügt haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Eindruck könnte man gewinnen. - Aber ich habe zu 82/83 noch einen kleinen Nachklapp zu der Frage, die ich vorhin im Zusammenhang mit dem Schachtunfall gestellt habe, als wir bei den Bohrungen und den Gasentweichungen insbesondere beim Bohrloch 5001 aufhören mussten. Das ist ja auch eine geologische Sache, die, wenn sie öffentlich diskutiert worden wäre, durchaus 1983 Einfluss auf Bewertungen und Entscheidungen gehabt hätte. Deswegen sehe ich auch aus solchen geologischen Erörterungen den Zusammenhang zum Untersuchungsauftrag als absolut gegeben. Deswegen wollte ich da noch einmal anknüpfen.

Kann man jetzt vermuten, dass durch die Bohrungsergebnisse bei Bohrloch 5001, die ja in bestimmten Tiefen keine verwertbaren Bohrkerne mehr ergeben haben, aber die doch ergeben haben, dass es Risse und Klüfte sind, solche Gefahren deutlich wurden, die man nicht berücksichtigt hat, die man

nicht bedacht hat, durch die sich aber später dann zum Beispiel durch solche Vorgänge wie beim Schachtunfall gezeigt hat, dass das mit die Ursache war?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das ist diese Geschichte im Schacht 5001. Man wusste - - Sie zielen jetzt sicherlich auf die neuen Entdeckungen über diese Gasmenge ab, die in dieser Bohrung²⁷ stecken.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist also wirklich ein Hammer. Das war natürlich bekannt. Seit 140 Jahren Salzbergbau in Deutschland meiden die Bergleute diesen Hauptanhydrit, der klüftig ist und auf den Klüften Wasser führt. Die meisten Einbrüche erfolgen auf diesem Weg. Das wussten wir in Gorleben natürlich auch. Deswegen wird ja auch ein möglichst breiter Steinsalzsattel ausgesucht. Der Hauptanhydrit, der den Sattel flankiert, soll einen möglichst großen Abstand haben. Das Gleiche gilt für das Kalisalz, das auch gefährlich ist. Ich habe das vorhin ja geschildert. Das sind die beiden Gesteine, die beim Endlagerbergbau möglichst gemieden werden sollen.

Am Schacht 1 ist eben jetzt eine grundlegend neue Situation dadurch entstanden, dass Akten aus BfS und aus BGR aufgetaucht sind, in denen klar beschrieben ist, dass nach neueren Messungen dort Mengen von größenordnungsmäßig etwa 100 000 bis 1 Million Kubikmeter Lauge bzw. Erdgas - das ist ja ein Gemisch - vorhanden sind. Wie jetzt damit umgegangen wird, das wird sich zeigen. Darauf habe ich keinen Einfluss. Aber für mich ist diese Meldung ein Hammer, ein richtiger Hammer. Dass man so was 20²⁸ Jahre lang unter dem Deckel hält, das ist auch ein Hammer.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bedanke ich mich und würde, Frau Vorsitzende, beantragen, dass

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „in dieser Bohrung“, setze „dort im Hauptanhydrit“, Anlage

²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „20“, setze „mindestens 14“, Anlage

wir die Quellen, BGR und BfS²⁹, auf die sich Professor Duphorn bezogen hat, jetzt auch zu den Akten nehmen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das können wir sehr, sehr gerne machen. Ich bitte Sie, Herr Professor Duphorn, um einen entsprechenden Hinweis an das Sekretariat²⁸. - Ansonsten sehe ich, dass wir jetzt am Ende der dritten Berliner Runde sind.

Ute Vogt (SPD): Frau Vorsitzende, ich habe jetzt keine Fragen mehr, aber noch eine Bitte, weil Sie jetzt auch mehrfach das Schreiben angesprochen hatten, in dem die PTB Sie bittet, doch mit den Untersuchungen fortzufahren. Vielleicht haben wir es auch, und ich finde es gerade nicht. Ich habe es jedenfalls nicht bei mir in den Akten. Vielleicht könnten Sie uns das auch zur Verfügung stellen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das stimmt nicht ganz so. Ich wurde aus der PTB von Dr. Österle (?)³⁰ angerufen.

Ute Vogt (SPD): Ach so, das war ein Telefonat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann habe ich ihm postwendend geschrieben und abgesagt. Damit war der Fall - -

Ute Vogt (SPD): Wenn Sie das Schreiben noch mal hätten - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das Schreiben steckt irgendwo hier.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie das freundlicherweise dem Sekretariat noch zur Verfügung stellen würden, damit wir es dann zu unseren Akten nehmen können.

Herr Professor Duphorn, herzlichen Dank. Ich sehe, dass die Fraktionen keinen weiteren Fragebedarf haben. Ich darf Sie jetzt noch darauf hinweisen, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung über-

sendet. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Wir haben das jetzt schon des Öfteren gesagt: Aufgrund der Jahreszeit kann es durchaus sein, dass der eine oder andere auch so was Ungewöhnliches wie Urlaub in Erwägung zieht. Wenn das bei Ihnen der Fall sein sollte, Sie also jetzt sagen „Zu der und der Zeit bin ich gar nicht zu Hause, von daher kann ich in dem Zeitraum das Protokoll auch nicht korrigieren“, dann sollten wir das jetzt miteinander besprechen. Dann nehmen wir selbstverständlich darauf Rücksicht. Oder ist das bei Ihnen nicht der Fall? Sind Sie jemand, der typischerweise im Winter Urlaub macht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Also, Sie wären zu Hause, und wir könnten Ihnen das Protokoll zustellen, und Sie würden das dann innerhalb einer Frist von zwei Wochen entsprechend korrigieren. Gut, herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann ist auch die WM vorbei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gut. Die ist ja schon, wie ich höre, am Wochenende vorbei.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Herr Professor Duphorn, nochmals ganz, ganz herzlichen Dank vom ganzen Ausschusses, dass Sie sich uns zur Verfügung gestellt und so geduldig unsere Fragen beantwortet haben.

(Beifall - Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

- Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ein Vorschlag: Herr Hanning wartet schon seit 13 Uhr, wir haben jetzt fünf vor zwei, ob wir uns um Viertel vor drei wieder versammeln wollen.

²⁹ Anmerkung des Zeugen: „Diese Quellen wurden von Ulrich Schneider, 1979 – 83 meine rechte „Gorlebenhand“, im Auftrag der niedersächs. Linken und von Greenpeace recherchiert. Wird auch er als Zeuge vernommen?“, Anlage

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „(?)“, Anlage

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Als wir das letzte
Mal darum gebeten haben, die Mit-
tagspause - -)

- Ich frage doch nur. Dann machen wir es.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wäre vielleicht ganz gut von 14 bis 15 Uhr. Wir haben Herrn Dr. Hanning auch eben einen Hinweis gegeben, dass er erst um 15 Uhr zur Verfügung stehen muss.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich komme darauf zurück, Frau Kotting-Uhl. Es sollte nur ein Gebot der Fairness sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Schöne an diesem Ausschuss ist ja, wie nett alle miteinander umgehen. - Jetzt will ich erst einmal diesen Teil der Ausschusssitzung schließen und freue mich, Sie alle wohlge-
launt um 15 Uhr wiederzusehen. Danke schön.

(Unterbrechung von 13.56 bis 15.03
Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und begrüße ganz herzlich Herrn Dr. Hanning, den wir jetzt als nächsten Zeugen in unserer Ausschusssitzung hören werden.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. August Hanning**

Herr Dr. Hanning, Sie haben mit Sicherheit schon mehr Untersuchungsausschusssitzungen der verschiedensten Art und Weise mitgemacht als ich. Also wissen Sie das alles. Dennoch muss ich für das Protokoll natürlich einige Formalien verlesen, was ich jetzt sehr gerne tun werde.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-6, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Die Empfangsbescheinigung liegt dem Sekretariat vor.

Für die heutige Sitzung liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums des Innern mit Datum vom 2. Juli 2010 vor.

Ich darf Sie belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe dazu keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen nun bitten, Herr Dr. Hanning, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Vielen Dank. - Mein Name ist August Hanning. Ich bin von Beruf Rechtsanwalt und wohne in Berlin.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Würden Sie uns freundlicherweise noch Ihr Alter verraten, und würden Sie freundlicherweise eine Adresse angeben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich bin 64 Jahre alt. Meine Adresse ist: [REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Dann können wir jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 Untersuchungsausschussgesetz die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würden wir sofort mit der Fragestellung an Sie beginnen. Sie haben die Wahl.

Zeuge Dr. August Hanning: Vielen Dank, ich verzichte auf die Möglichkeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank, Herr Dr. Hanning.

Dann darf ich die Fragerunde gleich beginnen. Sie haben im Bundeskanzleramt sowohl für die Regierung Schmidt als auch

für die Regierung Kohl gearbeitet. Eine zentrale Frage, die diesen Ausschuss bewegt, ist, inwiefern, ob überhaupt und woran feststellbar sich der Umgang der Häuser in Bezug auf die Frage Erkundung Gorleben, Auswahl des Standorts Gorleben geändert hat, von der Handhabung im Bereich der Verantwortung Regierung Schmidt hin zur Regierung Kohl.

Zeuge Dr. August Hanning: Vielen Dank. - Ich bin seit Mitte 77 mit Fragen der Kernenergie befasst gewesen. Seit Mitte 77 bin ich im Bundesministerium des Innern gewesen, in dem dortigen Referat RS I 1. Das Referat war verantwortlich für das Atomgesetz und auch für Rechtsfragen der Entsorgung. Deswegen war ich mit dem Fragenkreis eigentlich seit 1977 befasst, damals noch Bundesinnenminister Maihofer, danach Bundesinnenminister Baum. Dann bin ich 1981 in das Bundeskanzleramt gewechselt und bin in dem Umweltreferat dort tätig gewesen. In dem Umweltreferat war ich tätig bis 1986. Danach bin ich dann zur Ständigen Vertretung nach Ostberlin gewechselt. Das waren sozusagen die beruflichen Stationen. Im Rahmen dieser beruflichen Stationen habe ich Fragen der Entsorgung bearbeitet, zunächst im Innenministerium, danach im Umweltreferat des Bundeskanzleramts. Von daher war ich in der Tat mit den Fragen befasst.

Jetzt tue ich mich ein bisschen schwer, die Substanz Ihrer Frage genau zu erfassen. Ich glaube, es war eine einheitliche Linie feststellbar, eine Linie seit 77. Da wurde das Entsorgungskonzept entwickelt. Bestandteil dieses Entsorgungskonzepts war, dass man zunächst eine integrierte Entsorgung, wie man es nannte, auf den Weg bringen wollte, das heißt eine Wiederaufbereitungsanlage und ein Endlager an einem Standort. Das war ja die ursprüngliche Konzeption. Die hat man dann fortentwickelt und partiell modifiziert. Aber es war immer klar: Ein Endlager sollte errichtet werden in der Verantwortung des Bundes.

Da gab es dann sehr schwierige Diskussionen. Es gab eine Diskussion über die Frage: Soll man die Nutzung der Kernenergie an die Entsorgung koppeln? Die Frage ist dann positiv beantwortet worden. Dann war die weitere Frage: Wie gehe ich mit den einzelnen Aspekten der Entsorgungsvorsorge um, also insbesondere mit der Frage der Wiederaufarbeitung, der Endlagerung? Man

hatte sich mit der Vierten Novelle zum Atomgesetz dazu entschieden, das sogenannte integrierte Entsorgungskonzept zu etablieren. Das heißt, dass man die Energieversorgungsunternehmen letztlich auch aus Energieersparnisgründen dazu verpflichten wollte, die abgebrannten Brennelemente wiederaufzuarbeiten und anschließend dann in einem Endlager des Bundes zu lagern, des Bundes deswegen, weil man der Meinung war: Das ist eine Aufgabe mit Langfristcharakter; das sollte im staatlichen Auftrag erfolgen.

Dann begann die große Diskussion über die Frage: Wo sollen diese Standorte errichtet werden? Das war eine sehr schwierige, eine sehr quälende Diskussion. Die wurde innerhalb der Länder geführt, zwischen Bund und Ländern. Im Ergebnis hat man sich dann dazu entschieden, dass Standorte in Nordrhein-Westfalen ausgewählt wurden, in Ahaus, und in Niedersachsen. Niedersachsen erklärte sich dann bereit, als Standort für das Entsorgungszentrum zu dienen. Dann gab es ja die Diskussion: Wo sollte innerhalb Niedersachsens dann dieses Entsorgungszentrum entstehen? Dann hat die Regierung Albrecht die Entscheidung gefällt, dieses in Gorleben zu tun. Der Bund hat das dann im Einzelnen nach längeren Diskussionen akzeptiert. Das war eine nicht ganz einfache Entscheidung, aus vielerlei Gründen.

Im Ergebnis gab es da aber eine Kontinuität zwischen der Regierung Schmidt und der Regierung Kohl. Ich habe da aus meiner Perspektive keine wesentlichen Veränderungen feststellen können, bis zum Jahre eigentlich meines Ausscheidens aus dem Umweltreferat im Jahre 1986.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hanning. - Also keine inhaltlichen Änderungen über den Regierungswechsel am 01.10.1982 hinweg?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, es ist in den 70er-Jahren ein Konzept zwischen Bund und Ländern entwickelt worden. An diesem Entsorgungskonzept hat man festgehalten. Man hat versucht, es Schritt für Schritt zu verwirklichen. Da gab es, glaube ich - jedenfalls für mich nicht erkennbar -, keine gravierenden Differenzen zwischen der Regierung Schmidt und der Regierung Kohl.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Hat es denn wesentliche personelle Änderungen in denjenigen Personen

gegeben, die diese Angelegenheit in ihrer Hand hatten und die das Ganze nun fachlich bearbeitet haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, es gab Veränderungen im Innenministerium. Der dortige Abteilungsleiter ist gestorben. Das war Herr Sahl. Dann gab es Herrn Bochmann und später Herrn Hohlefelder. Das waren sicher personelle Veränderungen. Dann hat es Veränderungen auf Staatssekretärebene, auf Ministerebene gegeben. Es gab ja den Regierungswechsel 1982. Es gab schon Veränderungen bei den Personen. Auch im Bundeskanzleramt gab es natürlich Veränderungen. Aber noch einmal: Konzeptionell habe ich keine gravierenden Veränderungen feststellen können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Der Ausschuss hat sich auch in der Befragung des Zeugen Herrn Professor Röthemeyer sehr ausführlich mit dem Zwischenbericht der PTB befasst, der im Hinblick auf die Entscheidung des Kabinetts erstellt worden ist, Gorleben möglicherweise auch unterirdisch, untertägig zu erkunden. Im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Zwischenberichts und der Vorbereitung der Kabinettsvorlage ist es am 11.05.1983 zu einem Gespräch der unterschiedlichen Beteiligten gekommen, einmal Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtung, dann aber auch verschiedene Häuser der Bundesregierung.

Dem Ausschuss hat sich die Frage gestellt, wie es denn dazu kam, dass dieser Besprechung, die von den Wissenschaftlern zunächst als eine interne und rein dem wissenschaftlichen Austausch dienende Besprechung verstanden wurde, nun auch Mitglieder der Bundesregierung beigewohnt haben. Es ist auch nicht ganz festgestellt worden oder ließ sich nicht ganz feststellen, wer denn überhaupt wohl der Einladende gewesen sei und wie dann letztendlich die Informationsstränge gelaufen sind, sodass eben auch die Häuser an dieser Sitzung teilgenommen haben.

Könnten Sie dazu Auskunft geben?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Vorsitzende, ich habe ja eben geschildert: Es gab eine Entwicklung dieses Entsorgungskonzepts. Es gab die Entscheidung, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt die Verantwortung für die Realisierung des End-

lagers übernehmen sollte. Dies war eine völlig neue Aufgabenstellung, gesamtstaatlich, aber auch für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt. Deswegen gab es eigentlich seit Mitte der 70er-Jahre eine Fülle von Gesprächen mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, zwischen den Ressorts, zwischen dem Innenministerium und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Es war auch nicht ganz einfach innerhalb der Bundesregierung; denn wenn Sie sich das Atomgesetz anschauen - jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt -, war es so, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt im Ressort des Wirtschaftsministeriums angesiedelt war. Sie war für Fragen der Entsorgung, des Endlagers der Weisung des Bundesinnenministeriums unterstellt, und bei Fragen der Forschung und Technologie sollte dieses Weisungsrecht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie ausgeübt werden. Das heißt, es waren auch immer Bundesressorts eingebunden.

Es gab eine Fülle von Abstimmungsgesprächen, seit 77/78/79, an denen ich zum Teil auch teilgenommen habe, früher in meiner Aufgabe als Mitarbeiter des Innenministeriums. Später, als im Bundeskanzleramt war, war das seltener der Fall. Aber auch da habe ich teilgenommen, wenn es um Grundsatzfragen von Endlagern ging. Ich selbst kann mich an diese Besprechung - ich habe ja über die Medien mitbekommen, dass dieser Besprechung eine besondere Bedeutung beigemessen wird - nicht erinnern. Ich habe ja gesehen, dass ich teilgenommen habe.

Das hat sicher damit zu tun, dass dieser Bericht, der angefordert wurde, Gegenstand einer Kabinettsberatung werden sollte. Das Bundeskanzleramt hat die vornehme Aufgabe, Kabinettsberatungen vorzubereiten. Dies sollte dann auf solider und ordentlicher Grundlage geschehen. Es war sicher meine Aufgabe in dem Zusammenhang, darüber auch ein Stück weit zu wachen, dass dort eine in sich schlüssige, plausible Entscheidungsgrundlage für die Kabinettsbefassung, die dann für Mitte 83 vorgesehen war, vorliegen sollte. Denn bei dieser Kabinettsbefassung ging es ja nun um eine ganz entscheidende Frage, nämlich um die Frage: Soll die bergmännische Erkundung begonnen werden? Das war doch eine Frage von großer Dimension, finanzieller Dimension, aber auch von durchaus politischer Bedeutung für die

Energiesicherheit des Landes. Deswegen lag es sehr nahe, dass man sich im Vorfeld dieser Kabinettsbefassung auch auf die Entscheidungsgrundlagen konzentrierte. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage sollte natürlich dieser PTB-Bericht sein. Dieser Bericht der PTB sollte bestimmten Anforderungen genügen, um auch eine tragfähige Kabinettsentscheidung herbeizuführen. Das war meine Aufgabe damals. Wie gesagt, an die konkreten Besprechungen damals kann ich mich nicht mehr erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Besprechung steht nun tatsächlich im Mittelpunkt des Interesses dieses Ausschusses. Von daher muss ich da noch einmal insistieren und fragen. Es ist die Rede davon gewesen, dass eine besondere Tonalität geherrscht habe, dass es ein besonders hartes Gespräch gewesen sei. Das hat bei Ihnen auch keine bleibenden Erinnerungen hinterlassen?

Zeuge Dr. August Hanning: Also wissen Sie, gestritten wurde häufiger. Das war nicht ungewöhnlich. Auch untereinander, auch zwischen den Ressorts gab es große Meinungsverschiedenheiten. Wir hatten ja auch unterschiedliche Aufgaben wahrzunehmen. Auch zwischen der PTB und den Bundesressorts war das nicht immer ganz einfach. Die PTB sah sich sozusagen drei Bundesressorts gegenüber, die zum Teil unterschiedliche Auffassungen vertraten. Es ging auch um Fragen der Personalausstattung, der Finanzen. Es gab eine Fülle von Konfliktthemen, die miteinander abgehandelt wurden.

Aber man hatte ein klares Konzept, mit diesen Streitthemen umzugehen. Das bestand darin, dass man zunächst versuchte, sich auf Arbeitsebene zu verständigen, und wenn der eine oder andere Probleme mit Problemlösungen hatte, die entweder nicht gefunden wurden oder mit denen man nicht einverstanden war, dann gab es ja auch die Möglichkeit der Eskalation. Es gab einen Präsidenten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, es gab einen Vizepräsidenten, es gab Staatssekretäre, es gab Minister. Ich glaube, da haben mitunter auch Gespräche stattgefunden. Es gab da ja durchaus für jede beteiligte Stelle - sei es die Bundesregierung, sei es die PTB - immer die Möglichkeit, wenn man mit Ergebnissen der Arbeitsebene nicht einverstanden war, dann die nächsthöhere Ebene einzuschalten. Da galt

auch die Geschäftsordnung der Bundesregierung, die das ja ausdrücklich vorsieht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will auf diese Möglichkeit der Eskalation noch einmal eingehen, Herr Dr. Hanning, weil geschildert worden ist, dass die Tonalität dieses Gesprächs dazu geführt habe, dass das als eine Weisung empfunden worden sei, eine bestimmte Eventualität eben nicht im PTB-Bericht vorzusehen, nämlich eine alternative Erkundung.

Ich möchte Sie einfach fragen: Ist es ein gewöhnlicher Vorgang, dass man irgendetwas als Weisung empfindet, oder gibt es dafür möglicherweise einen Geschäftsgang, wie man denn so etwas macht, wenn man jemanden anweisen möchte?

Zeuge Dr. August Hanning: Erstens. Wenn ich das richtig sehe, ist die PTB eine nachgeordnete Behörde gewesen. Wenn ich die Geschäftsordnung der Bundesregierung richtig verstehe, unterliegen nachgeordnete Behörden der Weisung der Bundesregierung bzw. des jeweiligen Ministers. Das ist sozusagen erst einmal die Rechtslage, die ja nicht ganz unwichtig ist. Aber natürlich hat jede Stelle das Recht, auch gegen Weisungen zu remonstrieren. Ich habe lange genug auch in nachgeordneten Bereichen gearbeitet und habe dies auch immer getan, wenn es notwendig erschien. Wenn ich mit Weisungen nicht einverstanden war, die von der Arbeitsebene an mein Haus - sei es BND, sei es Ständige Vertretung - ergingen, dann habe ich die Möglichkeit auch gesucht - in der Praxis lief das auch so ab -, mit den nächsthöheren Vorgesetzten zu sprechen - bis hin zum Staatssekretär - und dort zu remonstrieren. Das ist natürlich das gute Recht einer jeden nachgeordneten Behörde.

In diesem Fall ging es ja um eine etwas schwierige Sachverhaltsgestaltung. Hier war es so, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt einerseits Ausführungsbehörde für das Endlager war, zum anderen natürlich auch ihren technisch-wissenschaftlichen Sachverstand einbringen sollte. Da musste man schon ein bisschen unterscheiden. Ich glaube, in dem Bereich technisch-wissenschaftlicher Sachverstand hätte sich jede Bundesregierung schwergetan, ihren Sachverstand an die Stelle der PTB zu setzen. Da hat die PTB, glaube ich, immer eine starke Stellung gehabt; so war meine Beobachtung.

Bei der Frage der Ausführung, wie man jetzt genau vorgeht, welche Verfahren man zu beachten hat, da war natürlich sozusagen schon die Bundesregierung in der Vorhand, weil sie letztlich auch die politische Entscheidung zu verantworten und zu vertreten hatte.

Von daher sehe ich da schon etwas unterschiedliche Gemengelagen in dem Verhältnis zwischen der PTB und der Bundesregierung. Dass es Spannungen zwischen nachgeordneten Behörden und der Bundesregierung gibt, ist normal. Das ist immer so. Natürlich denkt jede nachgeordnete Behörde, dass sie viel klüger sei als die vorgesetzte Behörde, und die vorgesetzte Behörde ist zutiefst davon überzeugt, dass die nachgeordnete Behörde keine Ahnung von den Sachverhalten hat, die eigentlich zu entscheiden sind. Das ist aber normal. Das kennen wir aus dem Innenministerium. Ich bin lange genug in der Verwaltung gewesen. Diese Art von Spannungen ist eigentlich Tagesgeschäft. Das würde ich jetzt nicht als besonders gravierend darlegen.

Hier ging es natürlich schon um die ganz entscheidende Frage: Soll die Kabinettsentscheidung Mitte Juli so lauten, dass mit der bergmännischen Erkundung umgegangen wird? Das war ein ganz entscheidender Punkt. Letztlich hing die Entscheidung über die Frage davon ab: Gibt es hinreichende Anhaltspunkte für die sogenannte Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben? Gab es sozusagen Hinweise, die von vornherein eine weitere bergmännische Erkundung als wenig erfolgreich, als im Grunde sachlich nicht zu vertreten erscheinen ließen? Gab es das, oder gab es das nicht? Das war die Gretchenfrage; die war zu beantworten.

In dieser Gretchenfrage habe ich überhaupt keinen Dissens festgestellt. Ich habe nie von der PTB gehört, dass die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben infrage gestellt wurde. Das war die entscheidende Frage. Alles andere ist Beiwerk. Darüber können wir gleich sprechen. Das war die entscheidende Frage, und diese entscheidende Frage ist von der PTB positiv beantwortet worden. Ich habe von der PTB nicht gehört - - Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern. Ich bitte um Nachsicht; das liegt 30 Jahre zurück. Aber ich weiß noch, dass das die entscheidende Fragestellung war; denn das Kabinett sollte ja über den Fortgang der Erkundung des Salzstocks Gorleben im Rahmen der bergmännischen Erkundung entscheiden. Das war ja die entschei-

dende Fragestellung, und das war eine gravierende Fragestellung. Das wussten alle. Das wussten die Ressorts, das wusste die PTB, und dass die Entscheidung letztlich von der Frage abhing: Gibt es hinreichende Aussichten für eine Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben? Das war die entscheidende Frage. Die galt es zu beantworten. Da kann ich mich in dem Punkt an keinen Dissens erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das haben wir so schon einmal gehört oder auch schon mehrfach gehört.

Darf ich bitte noch einmal auf diese Frage „Weisung oder nicht Weisung“ zurückkommen und Sie fragen: Bedarf eine solche Weisung der Schriftform? Reicht es, wenn Sie mir jetzt so einfach sagen: Mach mal irgendwas? - Ist das dann eine Weisung, wenn ich denn Ihre untergeordnete Behörde wäre, was ich natürlich als Parlamentarierin auf gar keinen Fall bin, oder aber müssten Sie mir irgendwas aufschreiben?

Zeuge Dr. August Hanning: Weisungen sind, wenn ich das richtig sehe, nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz nicht an eine bestimmte Form gebunden. Sie können Weisungen mündlich erteilen. Sie können Weisungen in Form von Besprechungen erteilen. Sie können in Form von Besprechungsprotokollen, wenn Sie das festhalten, Weisungen erteilen. Sie können sie schriftlich erteilen. In der Praxis ist es so: Wenn Sie Zweifel an der Tragfähigkeit der Weisung haben oder wenn Sie Bedenken gegen eine Weisung haben, dann lassen Sie sich als nachgeordnete Behörde diese Weisung schriftlich geben. Auch das habe ich schon gemacht. Wenn Sie der Meinung sind, a) das ist eine Weisung von besonderer Tragweite, b) wenn Sie inhaltliche Bedenken gegen die Weisung im Vorhinein geltend gemacht haben, dann bitten Sie die vorgesetzte Behörde darum, diese Weisung schriftlich zu erteilen. Das ist Verwaltungspraxis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Ich denke, das ist sehr aufklärend.

Sie sind eben darauf eingegangen, dass es tatsächlich bei diesem Zwischenbericht bzw. zur Vorbereitung der Kabinettsvorlage vor allen Dingen um die Eignungshöflichkeit des Salzstocks ging. Das ist richtig. Es ging

darüber hinaus dann aber auch noch um die Frage der alternativen Standorterkundung anderer Standorte, möglicherweise obertägig zumindest. Da hat es ja in dieser Frage Differenzen gegeben. Da haben wir gehört - und können das auch den Akten entnehmen -, dass es da insbesondere von Ihnen Bedenken gab und dass das deshalb letztendlich nicht erfolgt ist. Können Sie dazu bitte noch einmal Auskunft geben?

Zeuge Dr. August Hanning: Dazu gibt es ja eine Vorgeschichte. Natürlich hat der Bund von vornherein die Auffassung vertreten, bevor eine Standortentscheidung für ein Endlager getroffen werden sollte, sollte man möglichst umfassend Erkundungen vornehmen. Das war eigentlich immer die Bundesposition. Das ist auch dem Land Niedersachsen so mitgeteilt worden, und das Land Niedersachsen hat ja, glaube ich, umfängliche interne Prüfungen angestellt. Im Ergebnis - aber das war ganz zu Beginn meiner Tätigkeit im Innenministerium - kam es dann ja zu einer Standortentscheidung des Landes Niedersachsen für Gorleben. Diese Entscheidung für Gorleben hat uns damals im Innenministerium nicht sehr begeistert, weil wir vor allen Dingen die Probleme gesehen haben. Ein Problem war vor allem die Nähe zur DDR. Es waren weniger fachliche Probleme, sondern es waren einfach mehr die gesamtpolitischen Probleme, dass man sagte: Na ja. - Es gab ja Vorstellungen, bis hin zu: Das hat der Ministerpräsident Albrecht absichtsvoll gemacht, weil er wusste, dass Gorleben wegen der Nähe zur DDR nicht realisiert werden kann. - Da gab es durchaus Misstrauen. Es war eigentlich immer die Haltung des Bundes: Aha, lasst uns doch mal schauen, ob es nicht in anderen Bereichen Salzstöcke gibt, die auch eignungs­höffig sind. - Es gab eine lange Diskussion mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die ja auch schon umfassende Erkenntnisse über verschiedene Salzstöcke hatte, die in Betracht kamen. Es gab ursprünglich die große Diskussion: Soll in Salz eingelagert werden, oder soll in anderen Medien eingelagert werden, in Tongruben bzw. Erzgruben? Da gab es immer die Grube Konrad, die da eine gewisse Rolle spielte.

Dann hat man sich ja für die Salzlösung entschieden, und dann wiederum die Frage: Welche Salzstöcke sollten in Betracht kommen? Dann hat das Land Niedersachsen entschieden: Wir schlagen Gorleben vor. -

Das war für die Bundesregierung zunächst - ich habe es erwähnt - eine nicht einfache Frage. Ich glaube auch, dass der damalige Bundeskanzler Schmidt zunächst sehr ge­zögert hat, das so zu akzeptieren. Aber letztlich, nach wenigen Monaten, haben alle eingesehen: Das ist der Vorschlag des Landes Niedersachsen, und wir sind gut beraten, diesen Vorschlag aufzugreifen. - Das Land Niedersachsen hat sich immer dagegen ge­wehrt, andere Standorte zu untersuchen. Es gab da wohl erste Ansätze, Überlegungen. Das führte regelmäßig zu großen Wider­ständen in dem Land. Deswegen hat die nieder­sächsische Landesregierung erklärt: Wir möchten, dass zunächst nur der Standort Gorleben erkundet wird und keine anderen Standorte in Niedersachsen. Wir hätten nichts dagegen, wenn auch Standorte in anderen Ländern erkundet werden. - Da gab es dann, glaube ich, noch einen Salzstock in Schleswig-Holstein, wenn ich mich richtig er­innere. Aber die anderen Länder haben sich alle sehr bedankt. Also, es gab keinerlei Bereitschaft außerhalb Niedersachsens, in die Standorterkundung von Salzstöcken ein­zutreten, und es gab auch in Niedersachsen keine Bereitschaft, außerhalb des Standorts Gorleben weitere Erkundungsmaßnahmen vorzunehmen.

Natürlich gab es dann immer wieder Fra­gen: Sollte man das nicht tun? Im Sinne einer optimalen Entscheidungsfindung, wenn ich einmal von der Entscheidungstheorie her komme, ist es natürlich vernünftig. Wenn ich solch ein Endlager errichte, sollte ich erst einmal schauen: Welche Salzstöcke sind zu betrachten usw.? Nach Lage der Dinge war das eigentlich politisch überhaupt nicht reali­sierbar. Sie konnten das fordern. Das hat bei der Bundesregierung immer noch eine ge­wisse Rolle gespielt. Aber jeder wusste, das Land Niedersachsen wird sich darauf nicht einlassen.

Wir haben ja das Berliner Beispiel: Wenn Sie einmal den Flughafen Schönefeld bestimmen, dann können Sie sagen: Es gibt viele andere Plätze, die viel schöner sind als Schönefeld. - Es macht aber keinen Sinn, zu sagen: Wir sollten auch die anderen Flug­plätze weiterhin in ein Planfeststellungsver­fahren einbeziehen. - Das macht also über­haupt keinen Sinn.

Es gab die Entscheidung Niedersach­sen/Gorleben, und dann war eben die Frage: Findet man sich damit ab? Findet man sich nicht damit ab? Dann war die Entscheidung:

Ja, wir finden uns damit ab und gehen in die Erkundungsphase. - Das ist geschehen. Dann stellte sich nach der Erkundungsphase Mitte des Jahres 83 die Frage: Lassen die bisherigen Ergebnisse wirklich sinnvollerweise eine bergmännische untertägige Erkundung in großem Umfang zu? Rechtfertigen sie diese Ergebnisse? Das war die Gretchenfrage, über die ich eben schon gesprochen habe. Dann konnte man natürlich sagen, es wäre schön, noch dieses oder jenes mit zu betrachten und noch weitere Standorterkundungen vorzunehmen. Aber jeder wusste, dass es unrealistisch ist.

Ich weiß nicht mehr genau, wie ich damals argumentiert habe. Aber ich kann mir auch im Nachhinein gut vorstellen, dass ich gesagt habe: „Wenn das ohnehin unrealistisch ist, dann sollten wir es auch gar nicht erst in die Kabinettsberatung aufnehmen“, bzw. ich davon abgeraten habe, es in den Bericht aufzunehmen. Aus heutiger Sicht halte ich das nach wie vor für vernünftig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe Sie also richtig verstanden, dass es keine gravierenden sicherheitstechnischen Bedenken gegen den Standort Gorleben gab, die es nun unbedingt erforderlich machten, auch alternative Standorte zu untersuchen. Welche anderen Gründe gab es denn für eine solche Alternativerkundung? Sie haben gesagt, es ist sicherlich immer schöner, erkenntnistheoretisch oder so etwas, aber das ist doch eine Frage.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe vieles gelernt. Ich bin ja nun leider nur Jurist in dem Punkt und kann das alles nicht so richtig beurteilen; aber ich habe gelernt, dass jeder Salzstock irgendwelche Probleme hat. Das Wichtigste war wohl, dass er unverritzt war, wie es immer hieß, dass er also noch nicht als Bergwerk genutzt wurde. Weil viele Salzstöcke aber schon sozusagen als Bergwerke genutzt worden sind, sind sie von vornherein ausgeschieden. Der Standort Gorleben bot diesen Vorteil. Er war unverritzt. Er hatte eine hinreichende Größe. Das stand alles fest. Es gab ganz offenkundig Probleme mit dem Deckgebirge. Es gab offenbar Probleme mit einer wasserführenden Schicht. Da gab es - ich glaube, Sie haben ihn heute Morgen ja wohl gehört - Herrn Duphorn und andere, die da gewarnt haben. Es gab andere Wissenschaftler, die das ge-

nau andersherum gesehen haben, die große Mehrheit.

Es gab also wie immer - das können Sie nie ausschließen; ich habe noch nie erlebt, dass solche Frage im wissenschaftlichen Konsens entschieden wurden - unterschiedliche Ansichten. Es gab aber aus der Sicht des Bundeskanzleramts ein verantwortliches Ressort. Das war das Innenministerium, und das Innenministerium hatte eine verantwortliche Behörde. Das war die PTB. Die hatte dann über diese Frage zu entscheiden: Sind die bisherigen Erkundungen vom Ergebnis her so, dass man die bergmännische Erkundung rechtfertigen kann? Das war die spitze Frage. Die ist beantwortet worden. Noch einmal: Sie ist einhellig beantwortet worden. Alles andere war im Grunde Beiwerk.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank, Herr Dr. Hanning. - Dann darf ich mich bedanken und gebe die Fragemöglichkeit jetzt an die Fraktionen weiter. Für die Fraktionen ergibt sich die Fragemöglichkeit jeweils nach der sogenannten Berliner Stunde. Sie wissen das: festes Zeitbudget. Eine bei Ablauf des Zeitkontingents begonnene Frage kann zu Ende formuliert werden, nebst der dazugehörigen Antwort. Ebenso kann eine begonnene Antwort zu Ende formuliert werden. Das heißt für Sie: Solange ich mich hier still verhalte, antworten Sie einfach weiter.

Ich gebe das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Hanning, dass Sie uns zu einem in der Tat weit zurückliegenden Sachverhalt zur Verfügung stehen, wo auch die Fragen, die wir hier stellen, vor 25 Jahren alle schon gestellt worden sind. Aber Sie kennen das wahrscheinlich besser als wir: Wat mutt, dat mutt. - Deswegen sitzen wir in diesem wunderschönen Untersuchungsausschuss zusammen.

Sie haben völlig zu Recht gesagt: Die Gretchenfrage ist völlig einheitlich beantwortet worden. - Das hat Herr Professor Röthemeyer uns hier auch erklärt. Kommen wir also zu dem, zu dem Sie „Beiwerk“ gesagt haben, zur Frage der alternativen Standortsuche, weil ja nun - Sie werden es in der Presse verfolgt haben - sozusagen ersatzweise, weil die Gretchenfrage ordentlich gelaufen ist, gesagt wird: Dann haben Sie da

manipuliert, und das war alles nicht in Ordnung.

Ich würde Ihnen gerne einen Vermerk von Herrn Matting vorhalten worden. War das zufällig Ihr Nachfolger im Innenministerium?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Herr Matting war sozusagen derjenige - wir haben immer zwischen Juristen und Technikern unterschieden -, der technisch der Verantwortliche war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Matting hat - das ist MAT A 29, Seite 560257 - an Minister Baum am 29. Juni 82 im Lichte der Duphorn-Studie, über die wir gerade gesprochen haben, Folgendes aufgeschrieben für Herrn Baum:

Die Frage alternativer Standorterkundungen sollte nicht im Lichte einer öffentlichen Diskussion um die Thesen von Professor Duphorn angesprochen werden. Zudem hatten Sie in dem September-Gespräch 1981 mit BM von Bülow und den Landesministern Schnipkoweit und Breuel erklärt, dass der Bund sich vorbehalte, erforderlichenfalls auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Ein solches Erfordernis besteht indes wegen der Aussagen von Herrn Professor Duphorn jedenfalls nicht.

Der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium von Schoeler hat - nachzulesen bei MAT A 52, Band 1, Seite 74 - auf eine Anfrage des Lüneburger Bundestagsabgeordneten Horst Schröder gesagt, dass eben auch in diesem Punkt - das könnte ich jetzt im Einzelnen vorlesen - eine andere, alternative Standortsuche vonseiten der Bundesregierung nicht beabsichtigt wird.

Worum es mir geht - Stichwort „Beiwerk“ -: Es gibt eine Kontinuität bei der Gretchenfrage, dass man Gorleben erkunden wollte. Sehen Sie diese Kontinuität auch bei der Frage der alternativen Standortsuche? Das heißt: War auch dieser Aspekt eigentlich genauso zu Zeiten der Regierung Schmidt wie der Regierung Kohl die Lage, dass man gesagt hat - nicht zuletzt aufgrund des politischen Rahmens, den Sie bereits geschildert haben -: Wir machen jetzt erst einmal Gorleben so weit fertig, dass wir wissen, ob geeignet oder nicht, und dann suchen wir einen anderen Standort?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, Herr Abgeordneter, es war von vornherein nach meiner Erinnerung - Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das ja alles eine gewisse Zeit zurückliegt - in der Tat so, dass es aus der Sicht des Bundes natürlich wünschenswert gewesen wäre, sich erst einmal verschiedene Standorte näher anzuschauen, das heißt, Probebohrungen vorzunehmen, also sozusagen ein Tableau von Salzstöcken zu haben, dann Probebohrungen vorzunehmen und anschließend sozusagen in einem optimierten Entscheidungsprozess die Entscheidung zu fällen. Das war natürlich immer auch ein bisschen von den, sage ich mal, technisch-wissenschaftlichen Experten beeinflusst.

Für die politischen Praktiker sah das ganz anders aus. Für die politischen Praktiker war es so, dass jede Probebohrung an jedem möglichen Standort gleich zu heftigen Aktivitäten der ortsansässigen Bevölkerung geführt hat. Aus der Sicht des Landes Niedersachsen, das schwerpunktmäßig betroffen war, war es so, dass jede Probebohrung eigentlich von vornherein von den betroffenen Bürgern als vorweggenommene Entscheidung über den späteren Standort betrachtet wurde, heftige Reaktionen auslöste, und dass deswegen - für mich verständlicherweise - die Frage der Probebohrungen politisch von der Landesregierung in Niedersachsen - die hatte dann ja auch die Hauptargumentationslast vor Ort zu tragen - sehr negativ gesehen wurde. Deswegen hat Niedersachsen von vornherein gesagt: Nein, lasst uns auf einen Standort konzentrieren. - Es gab sozusagen immer eine Präferenz des Bundes - gleich von Anfang an -, Probebohrungen vorzunehmen, auch an anderen Standorten. Es gab eine klare Präferenz des Landes Niedersachsen, sich auf einen Standort zu konzentrieren. Insoweit gab es auch in dieser Frage, die Sie gerade angesprochen haben, durchaus eine Kontinuität. Dann war im Grunde immer nur die Frage für die Bundesregierung: Soll sie jetzt dieses Thema - wohl wissend, dass es für das Land nicht akzeptabel war - erneut politisch hochspielen und der politischen Diskussion überantworten, oder sollte man besser darauf verzichten? - Das war eigentlich immer eher die politisch-pragmatische Frage, die damit verbunden war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben die Kabinettsentscheidung im Juli 83 vorbe-

reitet; das war Ihre Aufgabe im Bundeskanzleramt. Aus Ihrer Erinnerung: Hat sich zu irgendeinem Zeitpunkt ein Minister der damals ja noch sehr neuen Regierung Kohl, also entweder Herr Riesenhuber, Herr Zimmermann oder wer auch immer, in die Frage der Erstellung dieses Berichts der PTB eingeschaltet, oder haben die sich eigentlich erst durch die Vorlagen zur Kabinettsentscheidung den Sachverhalt zum ersten Mal richtig vorgenommen?

Zeuge Dr. August Hanning: Mein Eindruck war, Herr Grindel: Damals war das ganze Thema Entsorgung ein politisch hochaktuelles und sensibles Thema. Ich glaube, dass sich jeder Minister nolens volens, wenn sein Verantwortungsbereich betroffen war, mit dieser Fragestellung auseinandersetzte. Es gab ja seinerzeit das Nuklearkabinett unter Führung noch von Schmidt. Ich glaube, das ist auch noch unter Kohl fortgesetzt worden, wenn auch weniger intensiv. Aber es war so, dass jeder Minister, glaube ich, eingebunden war.

Jetzt kenne ich nicht die Entscheidungsprozesse in den einzelnen Häusern. Sie haben ja auf einen Vermerk hingewiesen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass nicht spätestens vor der Kabinettsberatung - ich gehe aber davon aus, schon lange im Vorfeld, wenn ich Entscheidungsprozeduren in den Ressorts richtig einschätze - auch die Minister eingebunden waren. Dafür war die Entscheidung viel zu brisant.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist klar. Aber ich meine jetzt, politisch lautet der Vorwurf: Es ist auf diesen Zwischenbericht der PTB Einfluss genommen worden. - Das heißt, die Frage ist - Sie haben da beisammengesessen, Herr Ziegler, Herr Matting, eben Vertreter der Ressorts -: Sind Sie auch in der Kontinuität Ihrer Tätigkeit - - Wir wissen ja aus den Akten: Ziegler, Matting, Ollig - oder wie sie alle heißen - waren ja schon unter der Verantwortung der Regierung Schmidt dabei. Ist vor zum Beispiel diesem Treffen in Hannover oder im Späteren, als mit der PTB darüber kommuniziert wurde, wie dieser Bericht auszusehen hat, von einem politisch Verantwortlichen, also einem Minister oder Staatssekretär, auf diesen Prozess Ihrer Kenntnis nach Einfluss genommen worden?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich kann mich nicht daran erinnern. Das geschieht üblicherweise ja auch nur, wenn es Konflikte auf Arbeitsebene gibt. Der übliche Ressortabstimmungsmechanismus läuft ja so, dass man sich auf Arbeitsebene trifft, dort Abstimmungen vornimmt, dass jeder in seinem Hause nach seiner eigenen Verantwortung die Abstimmung mit seinem Minister, Staatssekretär, Abteilungsleiter vorher vorbereitet. In dem Augenblick, wo es einen Dissens gibt, werden die höheren Ebenen eingeschaltet, und wenn ein Vorgang von besonderer politischer Bedeutung da ist.

Ich kann das nicht belegen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass nach dem Regierungswechsel die neuen Minister nicht in die Problemlage eingewiesen worden sind und das kannten. Mir ist nicht bekannt - jedenfalls aus meiner Erinnerung nicht -, dass sozusagen in diese Gesprächsebenen vor der Kabinettsitzung jetzt unmittelbar in Richtung Arbeitsebene von der Politik eingewirkt worden ist. Ich habe da auch nie einen Dissens zwischen Arbeitsebene und den politischen Entscheidungsebenen feststellen können. Ich glaube, da waren die Häuser in sich sehr kohärent aufgestellt. Von daher kann ich Ihre Frage da nicht positiv beantworten. Ich habe also keine Erkenntnisse darüber, dass da unmittelbar von politischer Ebene in diesen Entscheidungsprozess eingegriffen worden ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie schreiben in Ihrem Vermerk zum 13.07. mehrfach: ergebnisoffene Entscheidung. - Was heißt in diesem Prozess „ergebnisoffen“?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ganz volkstümlich gesprochen - das habe ich damals von den Bergleuten gelernt -: Vor der Hacke ist es duster. - Man weiß erst Bescheid, wenn man sich die Dinge wirklich vor Ort anschaut, wenn man sich das wirklich intensiv anschaut. Das habe ich so gelernt. Früher sind keine abschließenden Entscheidungen möglich, weder positiv noch negativ. Ich habe ja auch mit einigem Vergnügen meine alten Vermerke noch einmal gelesen. Ich habe dem eigentlich auch nichts hinzuzufügen. Es ist so: Ja, man muss diese Dinge erst erkunden, man muss das Risiko abschätzen. Aber man kann eine abschließende Entscheidung wirklich erst fällen,

wenn man den Salzstock im Einzelnen bergmännisch erkundet hat bzw. abgeteuft hat, wie es heißt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt noch einmal - ich muss deshalb darauf insistieren, weil das nun die politische Debatte ist -: Es ist also nicht so, dass man die alternativen Standorte nicht untersucht hätte, weil man Zweifel am Standort Gorleben hatte oder weil man von vornherein auf Gorleben festgelegt war, sondern möglicherweise gerade andersherum, weil man gedacht hat: Wenn wir jetzt anfangen, an anderen Standorten zu erkunden - von den Problemen mit Bürgern, Geld, Personal ganz abgesehen -, ist das praktisch ein Misstrauen von vornherein in den Standort.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, in der Praxis hat sich die Frage gar nicht gestellt, weil Niedersachsen überhaupt nicht damit einverstanden war. Das haben die immer wieder bekundet und haben gesagt: Wir haben den Standort Gorleben vorgeschlagen. Gibt es Argumente, die die Eignungshöflichkeit Gorlebens grundsätzlich in Zweifel ziehen? - Die Antwort lautete: Nein. - Damit war für Niedersachsen klar: Also bitte, dann untersucht doch erst einmal den Standort, und wenn sich herausstellen sollte, dass dieser Standort ungeeignet ist, dann müssen wir eben einen anderen Standort auswählen. - Aber der Wunsch Niedersachsens war sehr klar, sich auf einen Standort zu konzentrieren.

Der Bund hat sich dem gefügt, mit guten Gründen ja auch. Die Gründe lagen eben darin, dass es doch beachtliche Ressourcen erforderte, dass man jeden anderen Standort ja auch erst einmal hätte intensiv erkunden müssen. Ich glaube, es gibt keinen idealtypischen Salzstock. Es gab das Problem in Gorleben, glaube ich, mit dieser wasserführenden Rinne, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, von Herrn Duphorn. Aber es gab, glaube ich, auch keinen anderen Salzstock, der nicht auch Probleme mit sich gebracht hätte. Wir hätten da ja vor derselben Diskussion gestanden. Dann hätten wir auch vor der Frage gestanden: Wollen wir jetzt den nehmen oder den?

Die Kraft und die finanziellen Ressourcen, alle Salzstöcke bergmännisch zu erkunden, bis man genau wusste, wo das Optimum wirklich liegt, waren nicht vorhanden, und das wäre aus meiner Sicht auch völlig unver-

nünftig gewesen. Deswegen war dieser Entscheidungsprozess durchaus rational vernünftig nachvollziehbar und letztlich ohne Alternative.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Herr Kollege.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann darf ich mal weitermachen.

Herr Dr. Hanning, mich würde noch einmal der Ablauf anlässlich der Besprechung am 11.05.83 interessieren. Können Sie sich erinnern, wer zu diesem Gespräch bei der BGR eingeladen hatte und wie es zu der Teilnahme Ihrerseits an dieser Besprechung gekommen ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich, wie gesagt, an diese Besprechung nicht konkret erinnern. Ich weiß, dass es da Besprechungen gegeben hat, noch im Vorfeld. Ich habe Ihnen ja erläutert: Meine Aufgabe als Vertreter des Bundeskanzleramts ist gewesen, dafür zu sorgen, dass eine Kabinettsentscheidung auf rationaler, vernünftiger, der Geschäftsordnung der Bundesregierung entsprechender Weise zustande kam. Das war meine Aufgabe, und das war mit Sicherheit auch der Grund, weshalb ich, wie ich den Akten entnommen habe, auch an der Besprechung teilgenommen habe.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber an konkretere Umstände, wie Sie darauf aufmerksam geworden sind -- Wurde Ihnen mitgeteilt, dass eine solche Besprechung stattfand? War das rein zufällig, oder gab es eine direkte Einladung? Uns wurde erklärt, dass die anderen Teilnehmer an dieser Sitzung überrascht waren, dass unter anderem auch Sie an dieser Besprechung teilgenommen haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Also, das ist mir nicht in Erinnerung. Wenn ein Kabinett vorbereitet wird - Kabinettsort und Tagesordnungspunkte -, ist es eigentlich nicht ungewöhnlich, dass ein Vertreter des Kanzleramts teilnimmt. Gut, ich kann dazu aber Näheres nicht mitteilen, weil ich mich, wie gesagt, an die näheren Umstände dieser Besprechung nicht erinnern kann.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Dann darf ich noch einmal auf dieses Wei-

sungsproblem zu sprechen kommen. Sie haben uns erklärt, wie eine Weisung zu verstehen ist. Es ist uns hier erklärt worden - wir haben das in diesem Ausschuss gehört -, dass es dort ein sehr hartes Gespräch gegeben haben soll, wo die anderen Beteiligten unter anderem auch Ihre Stellungnahmen als Weisung empfunden haben. Aufgrund der Tatsache, dass Sie sich nicht erinnern können, ist es natürlich schwierig, da nachzuhaken. Aber ist diese Schlussfolgerung erlaubt, dass man, wenn es eine Weisung in diesem Kontext gewesen wäre, dann so, wie Sie das vorhin ausgeführt haben, als nachgeordnete Behörde diese Weisung Ihnen noch einmal schriftlich abverlangt hätte? Können Sie sich an solche Abläufe erinnern? Gibt es da Hinweise?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich vertrete oder habe vertreten das Bundeskanzleramt. Das Bundeskanzleramt hat keine Weisungen zu erteilen, selbst nicht gegenüber Ressorts, es sei denn, es ist eine Richtlinienentscheidung der Bundeskanzlerin. Mit anderen Worten: Das Bundeskanzleramt war überhaupt nicht in einer Weisungslage, sondern das war die Frage Innenverhältnis PTB, Innenministerium bzw. Forschungsministerium, wenn es um Fragen der Forschung ging. Berührt war sicher auch das Wirtschaftsministerium in seiner Eigenschaft als Ministerium, in dessen Geschäftsbereich die PTB angesiedelt war.

Ich weiß nicht, wie da genau im Inneren jetzt die einzelnen Beziehungen zwischen PTB und Innenministerium abgelaufen sind. Ich kann mich, wie gesagt, an die konkreten Abläufe nicht erinnern. Mir ist aber natürlich in Erinnerung, dass allen Beteiligten klar war - einmal unabhängig von dieser Besprechung -, dass diese Kabinettsentscheidung eine ganz wichtige Entscheidung war. Das war sozusagen die Weichenstellung für die weitere bergmännische Erkundung Gorlebens. Das war ein entscheidender Punkt. Deswegen nehme ich an, dass dies allen Beteiligten bewusst war. Wie sich das jetzt im Einzelnen bei der Besprechung äußerte, wie gesagt, daran kann ich mich nicht erinnern. Wenn es da Probleme gegeben hätte - - Ich kann nur darauf hinweisen: Es gab häufiger auch Konflikte - da kann ich mich auch gut erinnern; das ging aber meistens um Finanzen und Personal -, und da hat es durchaus Gespräche gegeben, auch auf Leitungsebene im Wirtschaftsministerium und,

wenn ich mich recht erinnere, auch im Innenministerium. Es war also nie ganz konfliktfrei, das Verhältnis. Aber das ist auch nicht ungewöhnlich. Das war eine ganz gravierende Aufgabe für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, eine ganz neue Aufgabe für uns alle, und da sind Konflikte eigentlich eher - ja, ich will nicht sagen, an der Tagesordnung - nicht ungewöhnlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich habe erst einmal keine weiteren Fragen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr Dr. Hanning, wir hatten ja im Oktober 1982 den Wechsel von Kanzler Schmidt auf Kanzler Kohl. Inwieweit gab es einen Wechsel bei den beteiligten Personen in diesem Themenbereich Endlagerung, Entsorgung von atomaren Abfällen von der Regierung Schmidt auf die Regierung Kohl? Wurden da politisch besetzte Positionen ausgetauscht, oder lief das in dem Mitarbeiterbereich kontinuierlich durch?

Zeuge Dr. August Hanning: Bei den Mitarbeitern im Kanzleramt partiell. Ich war seinerzeit ja nun Referent. Die Abteilungsleiter sind ausgewechselt worden; der Chef BK ist ausgewechselt worden. Natürlich gab es Änderungen, auf Staatssekretärebene, auf Ministerebene, auch in den Häusern. Auch im Innenministerium gab es einen neuen Minister und einen neuen Staatssekretär. - Nein, noch nicht einen neuen Staatssekretär. Ich glaube, Herr Hartkopf ist geblieben, wenn ich mich recht erinnere. Aber jetzt strapazieren Sie sehr mein Gedächtnis. Ich kann es Ihnen jetzt nicht im Einzelnen mehr sagen. Das können Sie aber alles nachlesen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dass es einen neuen Minister gab, einen neuen Staatssekretär gab, davon kann man ausgehen.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber entscheidend war - und das ist ja der Hintergrund Ihrer Frage -: Hat sich die Substanz der Politik geändert?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Die hat sich nicht geändert.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Die hat sich nicht geändert, gut. - Danke schön.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hanning, ich muss auch Ihr Erinnerungsvermögen strapazieren. Der Vorwurf ist ja, dass es entgegen der technisch-wissenschaftlichen Erkenntnis eine rein politische Entscheidung zugunsten von Gorleben gegeben hat, unter Missachtung technisch-wissenschaftlicher Untersuchungen, Vorbereitungen, rein politisch. Halten Sie so etwas grundsätzlich für möglich, dass ein Ministerium oder auch das Bundeskanzleramt so etwas macht? Hat es so etwas in anderen Fällen gegeben?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich halte den Vorwurf wirklich für jenseits der Realität. Ich meine, die Diskussionen sind ja breitest geführt worden: Wie soll man endlagern? Es gab internationale Symposien, es gab eine große Beteiligung von Wissenschaftlern. Es gab eine große Diskussion: Wie soll ich überhaupt Endlagerung gestalten? Ist es überhaupt verantwortbar, Kernenergie ohne schlüssiges Endlagerkonzept zu verantworten?

Wenn man die Frage verneint - das ist damals verneint worden -, dann haben Sie die weitere Frage: Wie sollte ein Endlagerkonzept aussehen? Da gab es Papiere, Untersuchungen ohne Ende. Im Ergebnis hat man dann die Entscheidung gefällt. In anderen Ländern zum Teil anders, wenn ich mich recht erinnere, in Schweden mehr in punkto Granit. Da gab es aber auch Vorstellungen in Lehm. Dann gab es Vorstellungen, man möge den Müll in den Weltraum schießen. Ich kann mich noch an viele Diskussionen erinnern, mehr oder weniger seriöse Vorstellungen. Dann hat man sich letztlich dazu entschieden, dass das Salzkonzept, das hier in Deutschland favorisiert wurde, das beste sei. Das ist aber intensiv wissenschaftlich erörtert worden.

Dann hat man auch die Fragestellung auf die Frage verengt: Welcher Salzstock ist denn der richtige? Das war doch schon eine Einengung aufgrund technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das ist doch nicht irgendwo im luftleeren Raum entschieden worden. Man hat doch nicht auf der Landkarte geguckt, welcher Ort uns am besten gefällt, und da gehen wir dann hin, sondern das ist doch alles schon im Rahmen einer Vorauswahl entschieden worden, auch im

Rahmen niedersächsischer Vorüberlegungen. Und dann hat man entschieden - ich habe es ja schon erwähnt -: Es muss ein unverritzter Salzstock von bestimmter Größe sein. Dann hat man die Bundesanstalt für Geowissenschaften eingeschaltet. Die hat ihre Expertise abgegeben. Dann hat man eine neue Verwaltung, eine neue Abteilung in der PTB aufgebaut. Die hat ihre Expertise abgegeben. Das waren doch alles Geologen, das waren doch alles Wissenschaftler. Darauf aufbauend, hat man dann die politische Entscheidung gefällt. So ist doch der Entscheidungsprozess gewesen. Das ist doch alles auch in breiter Öffentlichkeit geschehen. Das ist seinerzeit doch überhaupt nicht geheim gewesen. Deswegen wundere ich mich ein bisschen über diese Art des Vorwurfs.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Gibt es weitere Fragen aus der CDU/CSU-Fraktion? - Wenn das nicht der Fall ist, dann geht das Fragerecht jetzt an die Sozialdemokraten.

Ute Vogt (SPD): Ganz herzlichen Dank. - Herr Dr. Hanning, ich würde gerne noch einmal zurückgehen, und vielleicht können Sie dann auch nachvollziehen, wie solch ein Vorwurf zustande kommt. Sie haben am 17.08.1981 einen Vermerk gefertigt - das ist MAT 4/3, Anlage 2 -, wo unter Nr. 3 unter der Überschrift „Eignung des Salzstocks Gorleben“ unter anderem steht:

Die Untersuchungen lassen jedoch erkennen, dass die geologischen Eigenschaften des Salzstocks nicht optimale Erwartungen zu erfüllen scheinen.

Das war der Vermerk vom 17.08.81.

Dann gibt es - auch von Ihnen gefertigt oder zumindest gezeichnet -

Zeuge Dr. August Hanning: Auch gefertigt. Darauf lege ich Wert.

Ute Vogt (SPD): - auch gefertigt, okay - einen Vermerk vom 10. März 1982 - das ist auch MAT 4/3, in dem Fall die Anlage 3, Seite 3 -, wo Sie unter anderem unter Punkt 2 aufgeführt haben - ich zitiere wieder -:

Da die bisherigen Erkenntnisse der Erkundungsmaßnahmen ursprüngliche optimistische Erwartungen

nicht erfüllt haben, sind die Risiken eines ausschließlich auf Gorleben reduzierten Erkundungsprogramms allen Beteiligten deutlicher geworden.

Dann wird ausgeführt, dass Niedersachsen sich allerdings weigert, woanders zu suchen. Es geht dann aber weiter mit dem Satz, dass auch Standorte außerhalb Niedersachsens auf ihre Eignung zu untersuchen sind. Das wurde von der Bundesregierung mehrfach angewiesen.

Am Ende gibt es dieses besagte Gespräch, bei dem dann nicht Sie, sondern das Bundesinnenministerium - der Vertreter des Bundesinnenministeriums - sagt, Hinweise auf alternative Standorte sollten entfallen, und Sie fertigen die besagte Kabinettsvorlage, in der dann noch einmal ausdrücklich Bezug darauf genommen wird, dass es keine Alternativen -- Ich zitiere noch einmal aus der Kabinettsvorlage:

Es ist derzeit eine Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

Insofern muss ich sagen: Angesichts der Gefährlichkeit des einzulagernden Stoffes würde mich interessieren, wie Sie zu der von Ihnen geäußerten Auffassung gelangen, dass man sich dann einfach damit abfindet. Das haben Sie vorhin so gesagt: Dann findet man sich damit ab, dass die Länder eben keinen anderen Standort benennen wollen.

Ist das tatsächlich Regierungshandeln, das sorgfältig und sorgsam stattgefunden hat, angesichts der Tragweite und der Gefährlichkeit des einzulagernden Stoffes?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, wenn Sie meinen Vermerk vollständig zitiert hätten, dann stünde da auch drin, dass für den Fall, dass sich herausstellt, dass der Salzstock Gorleben nicht wie prognostiziert eignungshöflich sein sollte, genügend Zeit bleibt für die Erkundung eines anderen Standorts. Auch das steht in dem Vermerk drin. Von daher, glaube ich, sind wir damals schon sehr verantwortlich mit der Frage umgegangen. Die Frage war ja in der Tat: Rechtfertigen die bisherigen Erkundungsergebnisse eine Entscheidung der bergmännischen Erkundung? Das war eine Entscheidung beachtlicher finanzieller Dimension. Der musste man sich stellen. Ich glaube, ab 77, wenn ich das richtig erinnere, gab es ja Bohrungen. Es wurde das Ergebnis der Bohrungen dann zugrunde gelegt, analy-

siert, überlegt: Kann man auf der Basis dieser Erkenntnisse, aufgrund der Bohrungen verantworten, dieses doch ganz erhebliche Investitionsvorhaben in Gorleben zu rechtfertigen? Das war die Entscheidung.

Da gab es auch Probleme; das habe ich in dem Vermerk deutlich gemacht. Ich habe immer Wert darauf gelegt, dass auch die Oberen sehr deutlich die Probleme gesehen haben. Ein Problem - ich glaube, das war von Herrn Duphorn und von anderen - war diese quartäre Rinne, oder wie das noch hieß. Es gab sozusagen partiell Wasserzutritt. Da musste die Frage beantwortet werden: Ist dieser Aspekt so schwerwiegend, dass er die Eignungshöflichkeit Gorlebens in Zweifel zieht? Als verantwortliche Regierung - Sie haben das ja angesprochen - muss man auch die Frage beantworten: Was geschieht, wenn sich herausstellen sollte, dass sich die Eignungshöflichkeit eben nicht bestätigt? Und da war es nicht so, dass wir gesagt haben, wir sind dann im Nirwana oder haben keine anderen Konzepte, sondern dann war das Konzept: Dann hätten wir in der Tat einen anderen Salzstock suchen müssen, erkunden müssen und hätten die gleiche Prozedur wie in Gorleben auch auf einem anderen Salzstock durchführen müssen. Das war sozusagen die Philosophie, die in diesem Vermerk zum Ausdruck kommt und die ich auch nach wie vor für richtig halte.

Ute Vogt (SPD): Gab es damals Zeitdruck?

Zeuge Dr. August Hanning: Was heißt „Zeitdruck“? Es gab damals eine gemeinsame Entscheidung der Regierungschefs aus Bund und Ländern, den weiteren Betrieb von Kernkraftwerken an die Entsorgungsvorsorge zu koppeln. Das war eine politische Entscheidung. Die konnte man auch anders fällen. Es gab auch Kritiker, die sagten: Warum dieser Zeitdruck? - Aber das ist sicher, wenn Sie so wollen, ein politischer Zeitdruck gewesen, letztlich auch, um die Entsorgungsvorsorge voranzutreiben. Man wollte letztlich Druck auf die Wirtschaft ausüben, damit die sich auch um die Folgen des Betriebs von Kernkraftwerken kümmert. Es war ja der Vorwurf im Raum: Die Wirtschaft - genauso wie Sie es eben auch als Vorwurf fast formuliert haben - betreibt Kernenergie, Kernkraftwerke, ohne sich um die Konsequenzen zu kümmern. - Die Konsequenz aus

damaliger Sicht war vernünftige Entsorgungsvorsorge. Die ganze Kernenergiediskussion damals fokussierte auf die Entsorgungsvorsorge. Deswegen hat es die politische Entscheidung gegeben, quer durch alle Parteien, zwischen Bund und Ländern: Wir koppeln den Betrieb an die Entsorgungsvorsorge und an Fortschritte des Entsorgungskonzepts. - In jedem einzelnen Genehmigungsverfahren für ein Kernkraftwerk wurde die Entsorgungsvorsorge ausdrücklich als Genehmigungsvoraussetzung formuliert. Von daher bestand, wenn man das so betrachtet, durchaus Zeitdruck.

Ute Vogt (SPD): Es gab am 4. Mai 1983 eine Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Kohl, der unter anderem erklärt:

Wir werden auch die zukunftsweisenden Reaktortechnologien zum Erfolg führen. Die Entsorgung muß und wird zügig verwirklicht werden.

Die Frage, die sich uns stellt - auch beim Studium der Akten -, ist ja schon, dass Sie nur neun Tage später quasi unangemeldet - nach Auskunft derer, die sich im Gegensatz zu Ihnen noch erinnern - in diese interne Besprechung von BGR und PTB gekommen sind und dass dann dort darauf gedrängt wurde, alternative Standorte aus dem Bericht zu nehmen. Können Sie nachvollziehen, dass man da einen gewissen Zusammenhang sieht?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, kann ich nicht nachvollziehen; denn das war eine Besprechung auf Arbeitsebene. Ich bin ganz sicher, dass ich keine Weisung des Herrn Bundeskanzler bekommen hätte, dorthin zu gehen - das wüsste ich noch -, sondern das war Ausdruck meiner Arbeit in dem Referat auf der Arbeitsebene.

Ich habe ja schon versucht, das zu verdeutlichen: In dem Augenblick, wo eine Entscheidung im Kabinett heranreift und wenn deutlich wird, dass sich diese Kabinettsentscheidung auf die Beurteilung des Berichts einer Behörde, eines Ressorts - es war ja letztlich ein Ressortbericht Innenministerium, gestützt auf das PTB - stützt, dann hat Kanzleramt eine besondere Verantwortung; denn das Kanzleramt wacht darüber, dass Entscheidungen der Bundesregierung sorgsam, ordentlich, nachvollziehbar, rational - wie auch immer -, entsprechend der Ge-

schäftsordnung zustande kommen. Das war meine Aufgabe.

Die politische Lage, die Sie geschildert haben, war so. Es war in der Tat so, dass man gesagt hat: Wir müssen auf die Betreiber der Kernkraftwerke Druck ausüben, politischen Druck ausüben in Richtung Entsorgungsvorsorge. - Dem dienten auch das Entsorgungskonzept, die Entsorgungsgrundsätze, die Genehmigungspraxis des damaligen Innenministeriums. Das war schon sehr kohärent aufgebaut. Das war aber keine naturwissenschaftliche Zwangslage. Sie können natürlich - das sehen wir jetzt ja im Augenblick - abgebrannte Brennelemente sehr lange lagern. Sie können auch Abfälle nach der Wiederaufarbeitung sehr lange lagern. Das war aber auch damals schon durchaus bekannt. Aber das war nicht gewollt. Man wollte das Problem Endlagerung lösen. Das war damals der politische Wille.

Ute Vogt (SPD): Ich gestehe zu, dass Sie möglicherweise keine persönliche Unterredung mit dem damaligen Bundeskanzler hatten; aber ist es tatsächlich unüblich gewesen, dass man in einem Haus - ob das ein Ministerium oder ein Kanzleramt ist - keine politische Linie vorgibt?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, wissen Sie, ich war damals verantwortlich für die ganze Frage Entsorgung. Da habe ich mich auch verantwortlich gefühlt, und da wollte ich schon wissen: Ist das, was demnächst dem Kabinett vorgelegt wird, hinreichend belastbar? Ist das in sich schlüssig? Wenn Sie meine Vermerke lesen, was Sie ja getan haben, dann merken Sie daran ja, dass ich an der einen oder anderen Stelle durchaus auch Skepsis habe einfließen lassen. Ich habe genau gesagt: Das ist suboptimal, da gibt es Probleme. Ich habe Problemlagen geschildert. Aber es war schon auch mein Ehrgeiz damals, dass wir eine Entscheidung hinbekommen, die tragfähig war, die belastbar war und wo die Beteiligten auch wussten, dass es Risiken gab, Probleme gab, aber gleichwohl die Entscheidung letztlich vernünftig war in der Abwägung. Das war auch eine Abwägungsproblematik; das muss man sehen. In der Abwägung ist dann eben die Entscheidung pro Gorleben gefallen.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin gesagt, in der Entscheidungstheorie wäre eine alternative Standortsuche sinnvoll gewesen.

Das heißt, wenn Sie selbst, ohne den Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, hätten suchen müssen, hätten Sie mehrere Standorte erkundet, aus politischer Sicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war damals die Haltung der Bundesregierung, die ich 77/78 vorgefunden habe. Ich glaube, das müsste sich aus den Akten erschließen lassen. Das war eigentlich so die Grundvorstellung.

Ute Vogt (SPD): Herr Professor Dr. Röthemeyer hat uns in seiner Zeugenvernehmung - ich zitiere aus dem Protokoll - gesagt:

Ich hätte diese Diskussion lieber etwas später geführt, wenn Klarheit unter uns Wissenschaftlern geherrscht hätte.

Der Zusammenhang ist: Er hat uns berichtet, er wollte in diesem Gespräch am 11. Mai, zu dem Sie gekommen sind, eigentlich mit Kollegen erörtern, was es noch an strittigen Diskussionen im Wissenschaftsbereich gab, und war noch lange nicht so weit, das Thema der alternativen Standortsuche zu diskutieren. Was sagen Sie zu so einer Information?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube nicht, dass ich Herrn Professor Röthemeyer daran gehindert habe, das mit Wissenschaftlern weiter auszudiskutieren.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber ausweislich des Protokolls dieses Gesprächs war keine Möglichkeit bei dem Gespräch, über wissenschaftliche Erkenntnisse zu reden, sondern es ging um die Verfassung des Berichts, was drinstehen soll und was nicht.

Zeuge Dr. August Hanning: Bei dem Gespräch ging es um die Vorbereitung einer Kabinettsberatung. Für die Kabinettsberatung war natürlich schon wichtig: Entscheidet sich die PTB - wir haben es eben ja sozusagen schon herausgearbeitet - - Ist der Standort Gorleben hinreichend eignungsstark, um weitere Erkundungen zu rechtfertigen? Das war die entscheidende Frage. Und dann ging es um die Frage: Wie fasst man den Bericht ab? Wie macht man das? Das war meine Aufgabe.

Ich wollte da doch nie, mit Sicherheit nicht - wie gesagt, ich kann mich an das

Gespräch nicht mehr konkret erinnern - als Schiedsrichter in wissenschaftlichen Fragen auftreten oder den Wissenschaftlern vorgeben, wie sie sich zu entscheiden haben. Das liegt mir völlig fern. Für mich war nur die Frage entscheidend: Was wird dem Kabinettt vorgelegt? Ist das eine hinreichend taugliche Entscheidungsgrundlage? Das waren meine Fragen, die ich zu beantworten hatte.

Ute Vogt (SPD): Also, wir sind ein bisschen in Verwirrung in dem Punkt; denn es gibt einmal die Aussage von Herrn Röthemeyer, der uns erklärt hat, das Gespräch diene der weiteren Klärung von wissenschaftlichen Argumenten in Bezug auf die Erstellung des Berichts. Es gibt die Aussage von Herrn Illi, der uns erklärt hat: Das hat unter anderem auch der Vorbereitung der Veranstaltung in Hitzacker gedient. Und jetzt gibt es Ihre Version, die uns erläutert, dieses Gespräch diene der Kabinettsvorbereitung. Insoweit erinnern Sie sich dann doch, oder?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, Sie haben mich gefragt, was meine Rolle gewesen ist, und die Rolle habe ich versucht, zu beschreiben. Dass die Rolle von Herrn Röthemeyer eine ganz andere war - Sie haben einen Herrn Illi genannt, der mir nicht mehr in Erinnerung ist -, das nehme ich auch an. Die Rolle des Innenministeriums war auch wieder eine andere. Jeder hatte natürlich eine andere Rolle in der ganzen Diskussion zu spielen. Meine Rolle war die, aus dem Bundeskanzleramt heraus dafür zu sorgen, dass es eine ordentliche, tragfähige Kabinettsvorbereitung gab. Das war mein Punkt.

Es gab seinerzeit natürlich viele Diskussionen unter den Wissenschaftlern. Das ist mir auch nicht verborgen geblieben; das war auch klar. Aber man musste diese ganzen Diskussionen irgendwann zusammenführen. Es war ja nicht ein Konzert unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansichten, mit denen wir es da zu tun hatten, sondern es ging um die verantwortliche Stellungnahme einer Behörde, die nach dem Gesetz für die Endlagerung von atomaren Abfällen in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich war. Darum ging es. Das war die Entscheidungslage, die bestand und der sich die PTB gegenüber sah.

Die PTB hatte natürlich, wenn ich das richtig erinnere, durchaus einerseits diese technisch-wissenschaftliche Komponente,

aber sie hatte natürlich auch die administrative Komponente, und die administrative Komponente war die Ausführung ihres gesetzlichen Auftrags, nämlich ein Endlager zu errichten. Das bedeutete, dass sie auch die wissenschaftlichen Argumente entgegennehmen musste, wichten musste, einfließen lassen musste in einen letztlich aber administrativen Entscheidungsprozess.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Meine Fragezeit hat gerade geendet, glaube ich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist genau so. - Jetzt ist die FDP mit ihren Fragen an der Reihe. Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Auch von uns herzlichen Dank, Herr Dr. Hanning, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Einiges von dem, was Sie ausgeführt haben, hat bei mir zur Verdeutlichung geführt. Aber ich will gleichwohl noch einmal einige klarstellende Fragen stellen. Das ist sozusagen mein Leitmotiv, weil wir häufig über bestimmte Aussagen diskutieren, sie interpretieren. Es dient ja auch der Klarstellung, zum Teil noch mal präziser nachzufragen.

Das Erste ist die Frage der Begriffe. Wir haben hier häufig über Dinge gesprochen, dass Dinge suboptimal sind oder dass etwas nicht optimalen Erwartungen entspricht. Sie hatten eine andere Bemerkung gemacht, und auf die wollte ich meine erste Nachfrage richten: Gibt es nach Ihrer Erinnerung oder nach Ihrem Eindruck - Sie haben ja betont, das Sie kein Geologe sind, hatten aber eben mit diesen Dingen zu tun -, nach dem, was Sie mitbekommen haben, überhaupt den optimalen Salzstock? Wäre es überhaupt denkbar, in Deutschland den optimalen Salzstock zu finden, oder muss nicht jeder Salzstock sozusagen in irgendeiner Weise suboptimal sein, und muss es dann am Ende auf die Gewichtung und das Sicherheitskonzept ankommen für die Frage, wofür man sich entscheidet?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, jetzt bringen Sie mich insoweit schon durchaus in Probleme, weil ich in der Tat kein Geologe bin. Aber man hat natürlich damals auch als Jurist diese Fragen gestellt. Ich habe aus den Antworten gelernt - ich sage das ganz vorsichtig -, dass es sozusagen den 100-prozentig optimalen Standort offenbar

nicht gibt. Es gibt so viele verschiedene Eignungskriterien für ein optimales Endlager, die man, glaube ich, zu 100 Prozent nirgendwo erfüllt sehen wird. Es geht um viele andere Fragestellungen, die da eine Rolle spielen: Konsistenz des Salzes, Wasserzutritt, Laugezuführung. Es gibt viele Dinge - bitte fragen Sie mich nicht nach Einzelheiten -, die jedenfalls im Einzelfall durchaus jeweils wieder Bedenken oder, besser gesagt, eine suboptimale Gestaltung des Salzstocks für den Zweck der Endlagerung erkennen lassen.

Mit anderen Worten - ich sage es einmal mit kurzen Worten -: Es gibt offenbar nicht den zu 100 Prozent geeigneten Salzstock. Man muss mit suboptimalen Lösungen leben. Die Frage ist eben: Wie stark ist das zu gewichten? Letztlich war damals im Entscheidungsprozess die Frage: Ja, es hat durchaus das eine oder andere gegeben; das habe ich auch im Kabinettsvermerk dargestellt. Führt dies aber dazu, dass man die Eignungshöflichkeit, also die grundsätzliche Prognose, dass man am Standort Gorleben einlagern darf, schon jetzt, zum Zeitpunkt Juni oder Juli 1983, infrage stellt? Das war die Frage, und die ist dann doch sehr klar beantwortet worden: Nein. Die Eignungshöflichkeit ist nicht infrage gestellt worden, trotz dieser suboptimalen Aspekte, die Sie gerade herausgearbeitet haben.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Noch einmal zur Klarstellung: Wenn von alternativer Erkundung gesprochen wurde, war damit dann tatsächlich eine untertägige Erkundung gemeint, oder war damit nur eine obertägige gemeint, also eine Probebohrung? Wenn wir über alternative Standorte sprechen, muss man dann die Vorstellung haben, dass jetzt mehrere Bergwerke gleichzeitig hätten abgeteuft werden sollen? Oder ging es tatsächlich, wenn überhaupt über alternative Erkundung gesprochen wurde, allenfalls um Probebohrungen?

Zeuge Dr. August Hanning: Es ging damals, soweit ich mich erinnere, um die Probebohrungen. Das war der entscheidende Punkt.

Marco Buschmann (FDP): Dann habe ich noch eine Frage, und zwar mit Bezug auf den Zeugen Professor Duphorn, den wir heute schon gehört haben. Es steht ja die Vermutung im Raume, dass erstens seine

Erkenntnisse ignoriert worden seien. Ihren Ausführungen, dass man sich damit auseinandergesetzt hat, entnehme ich, dass man es nicht ignoriert hat, sondern sich damit auseinandergesetzt hat und dann einfach, sozusagen in der Abwägung mit anderen Ansichten, zu anderen Ergebnissen gekommen ist. Erste Frage: Ist das zutreffend?

Zweitens. Es steht die Vermutung im Raume, dass Herr Duphorn in irgendeiner Form - ich nenne es einmal untechnisch - ausgebremst worden sei, dass man also regierungsseitig Einfluss auf die PTB genommen habe, dass er möglichst nicht mehr beauftragt und - ich sage einmal etwas flapsig - aus dem Projekt rausgedrängt werde. Ist Ihnen irgendetwas in Erinnerung, das diese Vermutung, die im Raum steht, stützen könnte? Oder: Welche Ansicht haben Sie zu dieser Vermutung?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, auch da mühe ich jetzt - ich bitte ein bisschen um Verständnis - mein Gedächtnis. Mir ist der Name Duphorn natürlich noch in Erinnerung. Herr Duphorn war damals jemand, der sozusagen die Eignungshöflichkeit in Zweifel gezogen hat. Wenn ich mich ebenfalls richtig erinnere, hat er, glaube ich, die berühmte quartäre Rinne in die Diskussion gebracht. Die Diskussion war so, dass er sagte: Da gibt es einen Wasserzutritt - immer wirklich freiweg nach meiner Erinnerung; so präzise kann ich mich nicht mehr erinnern -, eine Rinne, und die könnte dazu führen, dass sozusagen der Salzstock allmählich abgetragen würde.

Dann hat er aber auch weitere Schlussfolgerungen daran geknüpft, und dann gab es eine Diskussion: Welche Expertise besitzt eigentlich der Professor Duphorn? Denn er hat sich dann in seinen Schlussfolgerungen sehr weit vorgewagt, wenn ich mich richtig erinnere. Er hat gesagt, der Salzstock sei per se ungeeignet. Dann gab es kluge Wissenschaftler, die das alles analysiert haben, und dann, wie es unter Wissenschaftlern üblich ist, wurde erst einmal die Kompetenz des Herrn Duphorn in Zweifel gezogen. Er hat gesagt, Herr Duphorn sei ein Professor für die Frage des Quartärs, und hier gehe es um ganz andere Themen, die jenseits seiner wissenschaftlichen Kompetenz lägen.

Sie sehen, ich weiß das noch. Deswegen kann ich mich auch noch lebhaft an die Diskussion erinnern. Da gab es durchaus Diskussionen. Das hat man ernst genommen;

aber man hat das natürlich im Schoß, im Kreis der Wissenschaftler ausgetragen. Es war in erster Linie natürlich Aufgabe der PTB und es war Aufgabe der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die auch eingeschaltet war, mit diesem Themenkreis umzugehen. Ich selbst vermochte und vermag das bis heute nicht zu beurteilen. Ich weiß nicht, ob Herr Duphorn recht hat oder nicht recht hat. Ich konnte mich damals auch nur auf die Expertise der dafür verantwortlichen Fachbehörden abstützen. Aber noch mal: Duphorn spielte eine Rolle, auch in den Diskussionen, ja.

Marco Buschmann (FDP): Zu möglichen Ausbremsungsversuchen ist Ihnen nichts bekannt?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein. Er hat das ja auch hinreichend öffentlich gemacht. Das ist doch, glaube ich, bis in den Bundestag hinein diskutiert worden. Duphorn ist natürlich in der Region auch insgesamt - - Das war ein großes Thema, wenn ich mich richtig erinnere.

Gut, was heißt „ausgebremst“? Vielleicht ist man ihm nicht gefolgt; aber seine Thesen hat er ausreichend zu Gehör gebracht - mein Eindruck.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben bei der Befragung von Herrn Professor Röthemeyer von ihm gehört, dass er mit sehr großer Freude und mit großer Leidenschaft auf Veranstaltungen gegangen ist, Vorträge gehalten hat über den Sachstand des Erkundungsvorhabens und dass er auch der Gorbelen-Kommission immer berichtet hat. Er hat auch davon gesprochen, dass dieser Tag, als dieses Gespräch vereinbart wurde - im Mai 83 -, ein eher unschöner Termin gewesen sei, wo doch ein ziemlich rauer Ton geherrscht habe. Er hatte eigentlich vermutet, dass es zu einem Austausch unter Wissenschaftlern kommt, um diesen Bericht danach eben entsprechend in die Ressorts zu geben. Er hat dann eine Deutung in die Richtung versucht, dass er gesagt hat: Wahrscheinlich sollten die entsorgungspolitischen Aspekte schon einmal mit in dieses Gespräch eingebracht werden. Frage: Entsorgungspolitische Aspekte - gab es die zu dem Zeitpunkt schon? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, wie gesagt, ich kenne jetzt nicht im Einzelnen die Umstände des Gesprächs. Mich wundert es ein bisschen. Wenn Herr Professor Röttemeyer mit Wissenschaftlern diskutieren will, dann soll er die einladen, und dann soll er das auch mit den Wissenschaftlern erörtern. Aber wenn ich es richtig sehe, waren Bundesressorts ja mit eingeladen. Aber Sie kennen das besser aus den Akten. Ich habe mir das nicht so genau angeguckt. Die waren doch da, oder nicht? Oder sind die alle überraschend aufgetaucht?

(Ute Vogt (SPD): Da schon, aber es gab ja keine Einladung!)

Ich weiß es nicht. Das Kanzleramt war offenbar nicht eingeladen, habe ich der Diskussion hier entnommen. Aber soweit ich das verfolgt habe, sind die Bundesressorts durchaus mit eingeladen gewesen. Oder nicht? Nur wegen Ihrer Frage.

Noch mal: Die PTB ist ja überhaupt nicht gehindert gewesen, wissenschaftlichen Sachverstand zu mobilisieren. Sie hat das doch getan. Sie hat Gutachten vergeben. Es gab doch eine Fülle von internen Diskussionen. Deswegen wundert es mich. Vielleicht jetzt nicht an diesem Tag; aber ich glaube nicht, dass man der PTB das Recht beschnitten hat, das mit Wissenschaftlern ausgiebig zu erörtern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Jetzt geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke, bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Hanning, ich möchte genau an der Stelle weitermachen. Für uns stellt sich nämlich das Problem, dass uns weder eine Einladung zu diesem fraglichen Treffen am 11. Mai 83 bekannt ist noch ein Protokoll und dass Herr Illi von der PTB vor diesem Ausschuss ausgesagt hat, dass es doch sehr ungewöhnlich gewesen sei, dass bei diesem besagten Treffen Vertreter des Bundeskanzleramts - also in diesem Fall Sie - anwesend waren. Die Ressorts wären überhaupt nicht eingeladen gewesen, wobei er auch nicht sagen konnte, wer der Einladende zu diesem Treffen war.

Wenn das alles so außergewöhnlich und so singulär war, dann stellt sich mir schon ein bisschen die Frage, wieso Sie sich daran nicht erinnern. Oder hat es das dann doch

öfter gegeben, und war es die Regel, dass man sich in so einer Runde getroffen hat?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, ich habe das nicht als so singulär empfunden. Wir haben eine Fülle von Gesprächen in Berlin gehabt, meistens in Berlin. Entsorgungsfragen waren immer auch politisch wichtige Fragen. Das wurde laufend erörtert, und da wurden natürlich Vertreter der PTB, zum Teil auch der BGR hinzugezogen. Von daher: Ich habe das als nicht so ungewöhnlich in Erinnerung.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Uns liegt von diesem Treffen lediglich eine handschriftliche Mitschrift des Herrn Illi vor. Aus der geht hervor, dass Sie offensichtlich schon darauf hingewirkt haben, keine anderen Standorte zu erkunden, wenn man das, was in dieser Mitschrift steht, richtig versteht.

Wie kann es sein, dass in so einer wichtigen Frage, wo es doch um die Vergleichbarkeit von Standorten ging, letztlich offensichtlich eine rein politisch begründete Entscheidung getroffen wurde? Sie haben vorher ja ausgeführt, dass man es politisch nicht wollte, dass Unruhe an mehreren Orten entsteht, weil das Ins-Auge-Fassen anderer Standorte sicherlich die dortige Bevölkerung nicht besonders erfreut hätte. So war zumindest die Einschätzung in Ihrem Haus, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Zeuge Dr. August Hanning: Sie zitieren da aus einem einseitigen Vermerk. Ich sage Ihnen: Ich halte die Beweiskraft von einseitigen Vermerken entweder für nicht gegeben oder sehr eingeschränkt. In meinem beruflichen Leben habe ich eine Fülle von einseitigen Vermerken erlebt. Wenn Sie die nebeneinanderlegen, haben Sie Zweifel, ob dieselbe Veranstaltung in den Vermerken festgehalten worden ist. Ich habe grundsätzlich große Zweifel an einseitigen Vermerken, weil sie natürlich die Interessenlage desjenigen widerspiegeln, der das wiedergibt. Besonders zweifelhaft sind Vermerke, wenn es um wirklich kontroverse Gespräche geht, weil da natürlich jeder seinen eigenen Interessenstandpunkt niederlegt. Das ist ja auch in Ordnung.

Ich will es gar nicht grundsätzlich in Zweifel ziehen, dass ich dafür geworben habe, sozusagen die Gretchenfrage klar zu beantworten. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass ich gesagt habe: Nach

Lage der Dinge - die niedersächsische Haltung war ja bekannt - macht es keinen Sinn, jetzt noch erneut das Thema Probebohrungen aufzuwerfen. Das halte ich durchaus für möglich. Das halte ich nicht für ausgeschlossen; denn das war ja Linie der Bundesregierung. Das ist dann später ja auch deutlich geworden.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Erstens möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es kein einseitiger Vermerk ist, sondern eine neunseitige Mitschrift.

Zeuge Dr. August Hanning: Ist der gegengezeichnet worden?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Eine neunseitige Notiz, so sage ich das mal.

Die andere Frage ist natürlich, wenn das für Sie so relevant ist, aber Ihnen trotzdem auch als Teilnehmer kein Protokoll bekannt ist: Es ist ja normalerweise üblich, wenn in irgendeiner Runde getagt wird - wo auch immer - und wenn es ein Protokoll gibt, dass es hinterher jeder Teilnehmer bekommt. Ich sage mal: Wenn Ihnen da solche Aussagen zugeschrieben werden - - Sie erinnern sich auch nicht, dass Sie ein Protokoll bekommen hätten?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, aber ich sage Ihnen: Das will auch nichts besagen. Nach 30 Jahren kann ich mich nicht mehr - - Wirklich nicht, sorry.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Würden Sie vielleicht den Widerspruch einseitig oder neunseitig noch aufklären?)

- Sie haben es ja auch mittelbar beantwortet.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist ein Missverständnis!)

- Ein einseitiger Vermerk ist ein Vermerk, der nicht abgestimmt ist. Wenn ein Teilnehmer seine Sicht der Dinge aufschreibt, dann halte ich - das habe ich gerade ausgeführt - die Beweiskraft dieser Art von Aussagen für sehr eingeschränkt. Sie ist umso eingeschränkter, je kontroverser die Besprechung ist. Das ist Ausfluss meiner dienstlichen Erfahrung.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, gut. Die Klarstellung nehme ich auf. Aber es kam bei mir auch wirklich so an, dass Sie es

auch auf die Länge des Vermerks bezogen haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Ach so, Entschuldigung, das habe ich so nicht gemeint. Einseitiger Vermerk heißt: ohne Abstimmung mit anderen. Sorry.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, aber das wollte ich dann schon noch mal für das Protokoll klargestellt haben.

Zeuge Dr. August Hanning: Gut.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Es drängt sich dann aber doch irgendwie der Eindruck auf - zumindest aus dieser Notiz -, dass Sie den Bericht so haben wollten, um den es in diesem Treffen ging, dass die Eignungshöflichkeit eindeutig bestätigt wird und dass die Notwendigkeit, möglicherweise alternative Standorte noch mit in Betracht zu nehmen, nicht besonders hervorgehoben wird. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen Folgendes sagen: Wenn im Bundeskabinett über die Frage einer bergmännischen Erkundung entschieden wird - eine Entscheidung von doch großer Dimension mit Milliardenaufwand -, dann muss jede Bundesregierung, insbesondere aber auch das Bundeskanzleramt als Hüterin der Geschäftsordnung darauf achten, dass diese Entscheidung aufgrund klarer Voten der Beteiligten zustande kommt und dass da keine Unklarheiten bestehen. Da übernimmt jeder, der an dem Beschluss mitwirkt, Verantwortung. Da übernehmen Verantwortung die PTB, das Innenministerium, die Ressorts und letztlich der Bundeskanzler. Darauf muss man schon achten. Das ist Verantwortung der Beteiligten in der Verwaltung, und darauf muss man auch als Bundeskanzleramt achten, ja, sehr wohl.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann möchte ich Sie noch zu einem anderen Komplex befragen.

Sie waren ja damals als Jurist im Bundeskanzleramt tätig. Ist Ihnen bekannt, dass es das Gutachten von Professor Dr. Rüdiger Breuer gibt? Das ist MAT A 64, Band 3, Paginierung 2 bis 184. Da geht es um die Frage: Wie kommt man zu einem Planfeststellungsverfahren? Ich verkürze das jetzt

mal: Atomrechtliches Genehmigungsverfahren oder bergrechtliches Genehmigungsverfahren? Dort wurde dann sozusagen auch überlegt, dass die Schächte zumindest auch nach Atomrecht gegebenenfalls zu genehmigen seien. Wie haben Sie diese Debatte - ob da Atomrecht angewendet werden muss oder ob eine Genehmigung, ein Planfeststellungsverfahren nach Bergrecht reicht -, als Jurist selber wahrgenommen?

Zeuge Dr. August Hanning: Das Gutachten ist mir bekannt, weil ich das seinerzeit im Innenministerium noch initiiert habe. Es ist eine ganz schwierige Frage, die dem Gutachten zugrunde liegt. Wir haben im Atomrecht die Vorstellung, dass man möglichst frühzeitig präventiv unter atomrechtlichen Sicherheitsaspekten entscheiden soll, wenn man eine Anlage baut, ob sie auch im Endzustand, wenn sie dann betrieben wird, hinreichend sicher ist. Das ist sozusagen die Vorstellung des Atomgesetzes. Deswegen eine sehr vorverlagerte Prüfung schon bei der Errichtung. Schon bei der Errichtung eines Kernkraftwerks oder einer Nuklearanlage muss der spätere Betrieb einbezogen werden, weil der Gesetzgeber verhindern will, dass eine Atomanlage entsteht, die prognostisch nicht sicher sein würde. Deswegen möchte man frühzeitig eine präventive Schranke einbauen.

Das kann man bei einem Kernkraftwerk - glaube ich jedenfalls - methodisch sehr gut machen. Das ist bei einem Bergwerk sehr schwer; denn man kann - das haben wir ja eben herausgearbeitet - viele Dinge erst richtig beurteilen, wenn man die bergwerkliche Erkundung abgeschlossen hat. Deswegen gab es schon eine schwierige Diskussion: Soll man das Atomgesetz hier einsetzen? Sollte man sich dafür entscheiden, obwohl es in diesem Fall eigentlich von der Grundphilosophie her nicht wirklich passt, weil man eben von vornherein die Risiken nicht abschätzen kann? Das kann man ja erst nach dem Abschluss der bergmännischen Erkundung. Deswegen hat man sich hier für das Instrument des Bergrechts entschieden, nach schwierigen Diskussionen, nach schwierigen Abwägungen. Aber letztlich gab es dafür sehr gute materielle Gründe, und die materiellen Gründe sind die, dass man sagt: Das ist eine bergmännische Erkundung. Darauf ist unser Bergrecht als Rechtsgebiet zugeschnitten, und deswegen passt das in diesem Fall besser, zumal man

von der Grundphilosophie des Atomgesetzes her diese Anlage nicht mit anderen kerntechnischen Anlagen vergleichen kann.

Das war - ich bitte um Nachsicht - in kurzen Worten das, was ich in Erinnerung habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Dr. Hanning, ich beziehe mich auf eine von Ihnen und Herrn von Osten erstellte Leitungsvorlage für den Bundeskanzler vom 17.08.81. Das ist die Anlage 2 des BMU-Berichts, zu finden unter MAT A 4/3. Da heißt es unter „Terminplanung Endlager Gorleben“:

Obwohl der von der PTB erarbeitete Terminplan knapp bemessen ist, gestattet er - bei Ausschluss unvorhergesehener Verzögerungen - die Einhaltung dieses Ziels.

Das ist damals von Ihnen erstellt worden, zusammen mit Herrn von Osten.

Was verstanden Sie oder verstehen Sie noch immer unter „unvorhergesehenen Verzögerungen“, die ausgeschlossen werden sollen?

Zeuge Dr. August Hanning: Sie können - ich glaube, das lehrt auch die Geschichte - bei einer Anlage wie Gorleben nie Verzögerungen ausschließen. Die können aus ganz unterschiedlichen Gründen herbeigeführt werden. Die können politische Gründe haben, die können technische Gründe haben. Das war darunter zu verstehen. Die Erfahrung lehrt, dass gerade bei solchen Großvorhaben Verzögerungen nie auszuschließen sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da würde ich Ihnen in der Interpretation zustimmen. Ich würde auch sagen: Unvorhergesehene Verzögerungen können nicht ausgeschlossen werden. Da hier aber ausdrücklich steht, dass der Zeitplan einzuhalten ist „bei Ausschluss unvorhergesehener Ereignisse“, muss ich Sie noch mal fragen, welche Ereignisse Sie meinten, die man ausschließen kann.

Zeuge Dr. August Hanning: Das waren, soweit ich mich erinnere - jetzt stellen Sie mich wirklich vor schwierige Fragen -, typi-

sche Risiken bei Großvorhaben, die immer auftreten können, die sich auch schon damals zum Teil gezeigt haben. Das war damit gemeint. Es gab einen Zeitplan für - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Solche Ereignisse kann man nicht ausschließen, wie Sie selbst schon gesagt haben.

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie hier doch von Ereignissen gesprochen oder geschrieben, die man ausschließen kann?

Zeuge Dr. August Hanning: Also, jetzt muss ich mir das genau angucken.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese es Ihnen noch mal vor:

Obwohl der von der PTB erarbeitete Terminplan knapp bemessen ist, gestattet er - bei Ausschluss unvorhergesehener Verzögerungen - die Einhaltung dieses Ziels.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher, wenn keine unvorhergesehenen Verzögerungen eintreten, wird das Ziel erreicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Eintreten“ steht da aber nicht. „Eintreten“ ist etwas anderes. Wenn sie nicht eintreten, dann sagt man: Wir haben eventuell Glück, oder wir haben Pech.

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist aber gemeint.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, „Ausschluss“ meint etwas anderes. Ich würde mal vermuten, im Bundeskanzleramt war man der deutschen Sprache mächtig. - Das ist die Anlage 2 vom BMU-Bericht.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das ist anders zu interpretieren. Da muss ich Ihnen als Verfasser sagen, dass das von mir anders verstanden worden ist. Hier steht:

Obwohl der von der PTB erarbeitete Terminplan knapp bemessen ist, gestattet er - bei Ausschluss unvor-

hergesehener Verzögerungen - die Einhaltung dieses Ziels.

Das ist eine Eingrenzung der Aussage. Das heißt: Wenn unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, kann der Terminplan nicht mehr eingehalten werden, weil er so knapp bemessen ist. Das ist die Aussage nach der Logik.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, Sie haben damit gerechnet, dass Sie ihn nicht einhalten können?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, überhaupt nicht. Ich habe damit gerechnet, dass er, wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten, nicht eingehalten werden kann. Ich meine genau das, was hier steht. Ich glaube nicht, dass es großer Interpretationskünste bedarf, um das hier richtig zu interpretieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich nehme einen anderen Vermerk.

Zeuge Dr. August Hanning: Okay.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist von Regierungsdirektor Hegerfeldt(?), auch Bundeskanzleramt. Er bezieht sich auf eine Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt und ist unter MAT A 52 zu finden, Blatt 7. Da steht als „Ergebnisse“:

Der Terminplan der PTB beruht auf der Annahme, daß für das Schachtabteufen nur das bergrechtliche Verfahren durchgeführt wird. Der geplante Termin für den Beginn des Abteufens, Juni 1983, ist nicht zu halten, wenn ein Planfeststellungsverfahren nach AtG durchgeführt wird.

Mir drängt sich die Vermutung auf, wenn ich diese beiden - den Vermerk, die Leitungsvorlage - nebeneinanderhalte, dass vielleicht ein Planfeststellungsverfahren nach AtG eine dieser Verzögerungen wäre, die man gerne ausschließen wollte.

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich jetzt hier für diesen Vermerk von mir nicht beantworten; aber es war natürlich klar: Wenn ich ein atomrechtliches Verfahren eingeleitet hätte, mit all den Problemen, auf die ich hingewiesen habe - Verfahrensgegenstand wären Sachverhalte gewesen, die

man nicht überblickt hätte; es wäre also von vornherein mit hohen Unsicherheiten behaftet gewesen -, dann hätte das, weil das Verfahren aus meiner Sicht wahrscheinlich per se wenig zielführend gewesen wäre, mit Sicherheit auch Verzögerungen gehabt. Das ist an sich in sich schlüssig und logisch, ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, das finde ich auch. Das ist schlüssig und logisch. Das wäre eine unwillkommene Verzögerung gewesen, und man hat versucht, sie auszuschließen.

Zeuge Dr. August Hanning: Wenn man ein Rechtsverfahren wählt, das für den Sachverhalt nicht passt, haben Sie immer Verzögerungen und Probleme, Frau Abgeordnete.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht auch nicht nur für den Sachverhalt nicht passt, sondern vielleicht für die Eile, unter der man stand.

In der Anlage 2, aus der ich eben schon zitieren habe, findet sich des Weiteren zur „Eignung des Salzstocks Gorleben“ - daraus hat Frau Vogt vorhin schon ein Stück zitiert -:

Die Untersuchungen lassen jedoch erkennen, daß die geologischen Eigenschaften des Salzstocks nicht optimale Erwartungen zu erfüllen scheinen. Das Risiko eines negativen Ausgangs der Standorterkundung bleibt daher nach wie vor bestehen.

Ich zitiere weiter:

In einem solchen Fall würde ein wichtiger Bestandteil der Entsorgungsvorsorge

- jetzt kommt ein Zitat aus dem AtG -

„Fortführung des laufenden Planfeststellungsverfahrens sowie Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung eines Endlagers“ entfallen und die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke gefährden.

Das war der Druck, der im Hintergrund war. Sehe ich das richtig?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, sicher. Der Druck war ja aufgebaut worden - ich habe das eben ausgeführt -, um die Versorgungswirtschaft/Energiewirtschaft zu veran-

lassen, konkrete Schritte zur Entsorgung vorzunehmen. Das Ganze basierte auf bestimmten Zeitplänen, die verabredet waren zwischen allen Beteiligten, und wenn diese Zeitpläne nicht eingehalten worden wären, hätte man zu neuen Entscheidungen kommen müssen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, hier geht es um den Part, den Sie als Bundesregierung einzuhalten hatten?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es. Jeder hatte ja seine eigene Verantwortung. Die Energiewirtschaft hatte, wenn ich das richtig erinnere, die Verantwortung, die Wiederaufarbeitung zu etablieren. Die Bundesregierung hatte die Aufgabe, das Endlager auszuführen, und es gab eine gewisse Verantwortung für die Durchführung von Genehmigungsverfahren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie hatten also die Aufgabe, den Standort zu benennen und zu garantieren, dass es Fortschritte bei der Erkundung und der Erschließung eines Endlagers gibt? Das war Ihr Teil der Verantwortung?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ganz so einfach war es ja nicht. Ich meine, Niedersachsen hat den Standort vorgeschlagen, Frau Abgeordnete, und die Bundesregierung hat das akzeptiert. Aber aus dem Atomgesetz ergab sich die Verantwortung des Bundes, des Staates - wenn Sie so wollen, eine gesamtstaatliche Verantwortung -, die nuklearen Abfälle in einem Endlager zu lagern. Das war die gesetzgeberische Entscheidung der Vierten Novelle zum Atomgesetz.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, und Ihr Teil der Verantwortung dafür, dass Betriebsgenehmigungen weiter erteilt werden können, war, Verzögerungen zu verhindern.

Zeuge Dr. August Hanning: Meine Verantwortung war, wenn ich eine Genehmigungslage aufbaue, die den Betrieb von Kernkraftwerken an die Entsorgungsvorsorge koppelt, darauf hinzuweisen, dass sich, wenn die Entsorgungsvorsorge nicht realisiert werden kann - aus welchen Gründen auch immer -, die Frage stellt, ob Betriebsgenehmi-

gungen für Kernkraftwerke weiter aufrechterhalten werden können, mit all den Konsequenzen, die sich aus dieser Entscheidung ergeben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hanning. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde. Dann nehmen wir doch die zweite, wie ich das sehe. - Die CDU/CSU-Fraktion, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte zunächst Kollegin Vogt bitten, dem Zeugen keine falschen Vorhalte zu machen. Sie haben aus der Vernehmung von Herrn Röthemeyer in unserer 10. Sitzung zitiert. Ich zitiere diese Stelle etwas ausführlicher - auf Seite 15 -, weil Sie gesagt - -

(Ute Vogt (SPD): Seite 19!)

- Nein. Ich habe hier die linke Spalte in dem mir vorgelegten Auszug aus dem Protokoll, Stenografischer Dienst. - Wie gesagt, wir meinen die gleiche Passage. Sie haben den Eindruck erweckt, Herr Röthemeyer habe eine andere Zielsetzung des Gesprächs als Herr Illi vorgetragen. Das stimmt nicht, sondern er hat gesagt:

Wir wollten uns unterhalten über die Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen und über diesen Entwurf ... Das war ja eigentlich schon der zweite Entwurf, wo wir ein paar Stellungnahmen und fachliche Argumente der BGR und der DBE berücksichtigt hatten. Wir wollten mit Fachleuten reden, und ich wollte mit Fachleuten diese Argumente diskutieren.

Das ist das, was Sie - - Ja, aber dann geht es weiter:

Mir lagen ja auch diese sehr schwerwiegenden Briefe von Fachleuten, die im Auftrage der Bundesregierung ja auch gearbeitet haben, vor, und von daher gesehen war es für mich als Wissenschaftler eigentlich ein dringendes Bedürfnis, diese Diskussionen mit Fachleuten zunächst zu führen.

Dann kommt es:

Dieses Gespräch ist ausgeblieben, weil praktisch alle versammelten

Fachleute - BGR, DBE, hinterher auch Professor Memmert - die alleinige Erkundung von Gorleben befürwortet haben.

Also: Es war nicht die Anwesenheit anderer, sondern erst einmal hat er auch von der Veranstaltung zum Schachtabteufen gesprochen, und er hat deutlich darauf hingewiesen, dass es eben nicht - den Eindruck haben Sie erweckt - die Ministerialbeamten waren, die sozusagen auf die alternative Standortsuche verzichten wollten, sondern - das haben wir mit Herrn Röthemeyer und mit anderen Zeugen hier mehrfach besprochen - auch andere Wissenschaftler - ich hätte auch noch Herrn Maass vom Hahn-Meitner-Institut nennen können - genauso votiert haben.

Ich möchte das nur für das Protokoll sagen, damit das nicht so stehen bleibt. Vielleicht können wir in Zukunft so ausführlich zitieren, dass sich so etwas - -

(Ute Vogt (SPD): Ich habe aus einer anderen Seite zitiert!)

- Ich habe, glaube ich, jetzt das Wort. Es ist jedenfalls genau der Passus gewesen, den Sie von Professor Röthemeyer zitiert haben.

(Zurufe von Ute Vogt (SPD) und Sebastian Edathy (SPD))

- Ja, wenn man Sie erwischt, sind Sie etwas unwirsch; aber das kann ich Ihnen nicht ersparen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wollen wir die Diskussion zwischen den Abgeordneten jetzt stoppen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde jetzt gerne die Frage stellen wollen, weil das hier ja nun mehrfach die Frage war: Wissen Sie denn noch, wie Sie - ich sage es einmal etwas lax - Wind von diesem Termin in Hannover bekommen haben?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, ich bin mit Sicherheit nicht hingefahren, ohne dass mich das Innenministerium, Forschung, Wirtschaft darum gebeten hätten. Das Kanzleramt hat sich nie ungebeten in solche Besprechungen eingemengt. Das halte ich für ausgeschlossen. Ich vermute, dass mich entweder das Innenministerium oder Forschung oder wahrscheinlich beide darum gebeten haben. Aber ich weiß es auch nicht mehr. Ich weiß es schlicht nicht mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gleichwohl darf ich Ihnen auch zitieren - dann auf Seite 16 in der mir vorliegenden Fassung -, was Professor Röthemeyer gesagt hat:

Für unsere Entscheidung oder Empfehlung an die Bundesregierung, unter Tage zu gehen, ist es völlig bedeutungslos, weil wir gesagt haben und auch wussten, schon aufgrund der Befunde, die wir damals hatten, dass der Salzstock Gorleben eignungshöflich ist ...

Also, mit anderen Worten: Die Frage der alternativen Standortsuche - aber das ist eben das, was jetzt noch als Einziges im Raume bleibt - ist völlig belanglos für Herrn Röthemeyer gewesen.

Für mich ist die Frage interessant - das hat zum Teil eben schon eine Rolle gespielt -, ob Sie sagen können, dass eine sichere Lagerung hochradioaktiven Mülls auch möglich gewesen wäre in der von Ihnen angedachten Zeitabfolge, wenn sich wider Erwarten die Eignungshöflichkeit von Gorleben nicht bestätigt hätte.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, jetzt führen Sie mich ein bisschen auf ein Gleis, wo ich als Jurist sozusagen nicht die originäre Kompetenz ausstrahle. Das Thema hat damals immer eine große Rolle gespielt. Es gab einmal das Thema direkte Endlagerung, also die Frage: Muss ich Brennelemente überhaupt behandeln? Muss ich Wiederaufarbeitung vorsehen? Da hat, wenn ich mich recht erinnere, Ministerpräsident Albrecht ein großes Symposium in Hannover gemacht unter Beteiligung internationaler Wissenschaftler und Experten. Die haben das Thema breit behandelt. Niedersachsen hatte da eine gewisse Präferenz, auf die Wiederaufarbeitung zu verzichten. Die haben ja später auch die Entscheidung gefällt, dass die Anlage nicht in Gorleben entstehen soll.

Dann gab es immer eine Diskussion: Wie lange kann man eigentlich diese hochwärmeeentwickelnden Abfälle zwischenlagern? Es gab immer die drei Kategorien schwach-, mittel- und hochradioaktiv. Kritisch waren eigentlich immer die hochradioaktiven Abfälle. Wenn wir über Eignungshöflichkeit sprechen, reden wir eigentlich immer über die sogenannten wärmeeentwickelnden Abfälle. Und da gab es schon immer die Vorstellung: Ja, auch die kann man, wenn man sie in

Glaskokillen einschweißt, durchaus über eine gewisse Zeit lagern, nicht überirdisch, sondern oberirdisch, und man kann die Wärmeabfuhr dann auch regeln, und das ist vielleicht sogar ein Vorteil, weil, wenn die Wärmeentwicklung am Anfang besonders stark ist, muss man, wenn man sie dann später erst endlagert, sozusagen nicht mehr so hohe Wärmeentwicklungskoeffizienten bei der Lagerung einbeziehen. Das ist das, was ich noch als Stellungnahme der Wissenschaftler im Ohr habe. Aber das ist in der Tat Kenntnis vom Hörensagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne noch mal den Vergleich Regierung Schmidt - Regierung Kohl ziehen. Sie haben vorhin in einem kleinen Nebensatz gesagt: Im Nuklearkabinett haben diese Fragen ab und zu eine Rolle gespielt. Das tagte, und dann haben Sie gesagt: bei Kohl etwas weniger als bei Schmidt.

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich weiß nicht mehr ganz genau - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, es ist auch nur eine Eingangsformel. Ich komme jetzt zur Frage: Wenn man in den Akten intensiv schaut, dann stellt man fest, dass zum Beispiel Helmut Schmidt bei der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen war, dass es eine ganze Reihe von Vorlagen zum Thema Gorleben gibt, die ihn direkt erreicht haben. Von Bundeskanzler Kohl sieht man das nicht. Auch Herr von Bülow ist zum Beispiel mal in Gorleben gewesen in diesem Zeitraum, über den wir uns hier unterhalten, Minister Riesenhuber bzw. Minister Zimmermann nicht.

Ist der Eindruck richtig, dass dieses Thema Gorleben auf Minister- und Kanzlerebene vor Oktober 82 wesentlich intensiver eine Rolle gespielt hat als hinterher, das heißt, dass dann vor allen Dingen wirklich auf der Ebene der zuständigen Ministerialbeamten diese Angelegenheiten behandelt worden sind?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das ist nicht so ganz einfach zu beantworten. Helmut Schmidt war ein großer Anhänger der Kernenergie; das ist ja bekannt. Ich glaube, das kann man auch von seinem Kabinett sagen. Er hat auf der anderen Seite in seiner Partei erhebliche Widerstände gehabt. Diese Vermerke von mir, aus denen hier zitiert wird, stammen ja nicht von

ungefähr, sondern dahinter stand natürlich immer die Frage: Wie geht Bundeskanzler Helmut Schmidt mit den kritischen Stimmen im Rahmen seiner eigenen Partei um? Da stand, glaube ich, ein Parteitag in Rede - ich glaube, das war im Frühjahr 82 -, wo die Frage der Kernenergie einen breiten Raum eingenommen hat. Von daher war es natürlich für den Bundeskanzler Schmidt wichtig, hier unterrichtet zu sein, auch persönlich engagiert und mit der Materie befasst zu sein.

Ich glaube, das war für den Kanzler Kohl - ich will ihm da nicht zu nahe treten - nicht so ein aktuelles Thema. In der Union war Kernenergie eigentlich akzeptiert. Deswegen war das kein Thema, mit dem er sich als Person in besonderer Weise auseinandersetzen musste. Er hat das aber auch nicht im Sinne einer Abgrenzung von seinem Vorgänger formuliert, sondern er hat eigentlich an das angeknüpft - das war mein Eindruck zumindest -, was die frühere Regierung hinterlassen hatte. Das war sozusagen seine Vorgehensweise.

So interpretiere ich die unterschiedlichen Herangehensweisen der beiden Bundeskanzler. Ich habe aber, wie gesagt, keinen Dissens in der Sache feststellen können.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann darf ich mich für unsere Fraktion herzlich bedanken. Das war unser Fragebedarf.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht wieder an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Dr. Hanning, ich wollte noch mal an Ihre dienstliche Erfahrung anknüpfen. Ist es üblich, nach Besprechungen verschiedener Ressorts Vermerke anzufertigen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, wenn kein Vermerk angefertigt ist, ist das eher die Ausnahme?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich habe immer Wert darauf gelegt, dass es Vermerke gibt. Aber ich will jetzt nicht für die gesamte Praxis der Bundesregierung sprechen. Ich halte es immer für wichtig, wenn man Gespräche führt, dass die auch abschließend

fixiert werden, um genau dem entgegenzuwirken, was wir eben hier diskutiert haben, dass jeder sein eigenes Ergebnis aufschreibt, was dann häufig nicht zueinander passt.

Ute Vogt (SPD): Vermerk in dem Sinne, wie Sie ihn beschreiben, heißt, ein Vermerk, der gefertigt wird, bei dem die Beteiligten zeichnen?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist es. Ein Ergebnisvermerk, der an alle Beteiligten versandt wird.

Ute Vogt (SPD): Ja, so kenne ich das auch.

Zeuge Dr. August Hanning: Üblich ist ja, wenn jemand Widerspruch erhebt, dass das dann auch schriftlich dokumentiert wird und der Vermerk entweder angepasst wird oder nicht, aber jedenfalls von den Beteiligten dann akzeptiert wird.

Ute Vogt (SPD): Sie haben vorhin erwähnt, Sie haben an verschiedenen Besprechungen teilgenommen. Es gab viele Besprechungen in diesem Rahmen. Können Sie sich erklären, warum wir im Grunde keinen einzigen offiziellen Vermerk zu dieser Vielzahl von Gesprächen finden?

Zeuge Dr. August Hanning: Ach, Frau Abgeordnete, wie soll ich das wissen? Das war ja weitgehend im Innenministerium. Ich glaube, nach der GGO - Sie fragen ja immer nach der Rechts- und Verwaltungslage - ist das einladende Ressort auch für die Erstellung des Vermerks verantwortlich.

Auf der anderen Seite ist es so gewesen - das sage ich jetzt mit aller Vorsicht -: Wir hatten es mit sehr vielen Wissenschaftlern zu tun, mit Technikern zu tun. Das war nicht immer ganz einfach. Die Leute waren relativ unabhängig im Denken, nicht immer verwaltungsförmlich geschult. Deswegen gab es durchaus Vorgänge, wo man als Verwaltungsjurist gewisse Kritik anmelden musste; ich sage das mal mit aller Vorsicht.

Es war aber so, dass bei wichtigen Entscheidungen nach meiner Kenntnis auch Vermerke gefertigt wurden. Es wundert mich, wenn Sie sagen, dass es keinerlei Vermerke geben soll. Das kann ich mir eigentlich nicht

vorstellen, Frau Abgeordnete. Es müsste eigentlich Vermerke geben.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es lohnt sich wahrscheinlich, auf die Suche zu gehen.

Ich habe noch mal eine Frage zur damaligen politischen Stimmung. Es gab im April dieses Jahres eine Äußerung eines Abgeordneten der CSU aus Bayern, Max Straubinger, der sagte - ich zitiere -:

Keine Diskussion über alternative Standorte, sonst zünden wir die ganze Republik an.

Ist eine solche Äußerung 2010 mit der politischen Stimmung vergleichbar, die man möglicherweise schon 83 hatte?

Zeuge Dr. August Hanning: Der Wettlauf um den Endlagerstandort - ich sage das jetzt bewusst ironisch, um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen - war natürlich ein sehr großer. Niemand wollte das haben; das ist klar. Das ist wie bei Flughäfen oder wie bei allen anderen Vorhaben auch: Jeder will Kernenergie nutzen, aber niemand will sozusagen die Probleme des Endlagers auf seinem Territorium haben. Deswegen gab es natürlich auch damals große Diskussionen, auch innerhalb der Länder. Es gab Versuche, wir würden heute sagen: Burden-Sharing. Das Zwischenlager Ahaus ist auch nicht aufgrund einer Wortmeldung der Nordrhein-Westfalen zustande gekommen, sondern deswegen, weil Nordrhein-Westfalen sich entschieden hat, einen Teil dieser Last mit zu übernehmen. Bayern - wie immer sehr geschickt - hat es vermieden. Die hatten ja auch keine Salzstöcke. Wie auch immer, jedenfalls haben die natürlich - wie soll ich sagen? - nicht mit Unbehagen gesehen, dass das Ganze in Niedersachsen angesiedelt wurde.

Ich will damit zum Ausdruck bringen: Es war in der Tat so, dass es schwierig war, ein Land zu finden, das bereit war, Endlagerstandorte aufzunehmen, weil jeder wusste: Das ist mit heftigen politischen Kontroversen verbunden. Das ist in Niedersachsen dann ja auch der Fall gewesen. Niedersachsen hatte auf der anderen Seite aber die besten geologischen Formationen. Deswegen gab es im Grunde keine Alternative zum Land Niedersachsen. So ist die Entscheidung dann auch wohl zustande gekommen. Niedersachsen hatte ja auch eigene Kernkraftwerke - nicht

zu vergessen -, sodass sie sich auch von daher in der Pflicht sahen.

Ute Vogt (SPD): Mich wundert - Sie haben vorhin mehrfach die gesetzliche Lage betont: es ist die Bundesverantwortung -, wieso man dann einfach sagt: Na ja, es gab halt kein Land. Hätte es nicht die Chance gegeben, dass der Bund von selbst eine Standortsuche durchführt, wie das meinetwegen die Schweizer heute tun?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, da fragen Sie einen ehemaligen Bundesbeamten, der immer große Probleme damit hatte, dass wir keinen District of Columbia oder Ähnliches hatten. Wir haben nun einmal Länder. Mit den Ländern müssen Sie auch kooperieren, Frau Abgeordnete, ob es uns gefällt oder nicht. Wir haben keinen eigenen Salzstock als Bund. Deswegen sind wir auf die Länder angewiesen, auch bei der Suche nach Endlagerstandorten.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Hanning, ich möchte noch mal auf diese Besprechung vom 11.05. zurückkommen, an die Sie sich offenkundig nicht erinnern können, im Gegensatz zu Herrn Illi und Herrn Röthemeyer, die uns vor kurzem geschildert haben, dass sie sehr lebhaft Erinnerungen an das Gespräch haben. Sie sagten vorhin im Rahmen Ihrer Ausführungen: Die Berichtsfassung für das Kabinett, das war meine Aufgabe.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, so nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Ach?

Zeuge Dr. August Hanning: Darf ich Sie gleich korrigieren? Ich will Ihnen nicht ins Wort fallen.

Die Berichtsfassung ist zunächst einmal Aufgabe des Ressorts. Das Ressort berichtet. Das Kanzleramt hat nur darauf zu achten, dass der Bericht in der gehörigen Form und mit dem richtigen Inhalt zustande kommt.

Sebastian Edathy (SPD): Aber es handelt sich um einen Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber vom Innenministerium sozusagen übernommen und zum Gegenstand der Kabinettsbefassung gemacht.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, Sie halten es für legitim, wenn das Ministerium, dessen nachgeordnete Behörde die PTB ist, sich das Recht herausnimmt, den vorgelegten Entwurf eines Berichts auch zu verändern?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, nein, das Kanzleramt muss darauf achten, wenn eine bestimmte Entscheidung von einem Ressort angestrebt wird - in diesem Fall hat das Innenministerium eine Entscheidung über die Erkundung des Endlagers Gorleben angestrebt -, dass dies in der gehörigen Form vorbereitet wird. Das heißt, es müssen klare Entscheidungsgrundlagen präsentiert werden.

Sebastian Edathy (SPD): Aber der Auftrag war doch an die PTB, einen solchen Bericht zu erstellen.

Zeuge Dr. August Hanning: Via Innenministerium. Im Kabinett ist das Innenministerium verantwortlich, nicht die PTB.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage noch mal, Herr Hanning: Finden Sie es angemessen, dass ein wissenschaftlicher Bericht politisch frisiert wird, um als Vorlage für einen Kabinettsbeschluss zu dienen?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das ist ein Missverständnis. Das ist kein wissenschaftlicher Bericht, sondern das ist ein Bericht der zuständigen, mit der Aufgabe Endlagerung betrauten Bundesbehörde PTB.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, ein Bericht, der keinen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen müsste.

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist etwas ganz anders. Ich erwarte von jedem Bericht einer Behörde, dass er auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber hier ist dieser Bericht von der PTB in ihrer Eigenschaft als für die Endlagerung verantwortliche, nach dem Atomgesetz verantwortliche Bundesbehörde erstellt worden.

Sebastian Edathy (SPD): Also, Herr Illi hat ja handschriftlich mitgeschrieben. Die Tatsache, dass er das nicht mit Schreibmaschine noch mal formal abgetippt hat, deutet ja darauf hin, dass das eher für seine Unterlagen bestimmt war. Er schreibt unter anderem in seiner Mitschrift, die stichpunktartig ist, über Herrn Matting, er habe in der Besprechung gesagt:

Es will niemand die Aussage aus der PTB herauspressen, die nicht ... aber die Aussage könnte noch positiver gefasst werden.

Das heißt also - man hat den Eindruck -, da ist der Vertreter des Innenministeriums bei einer Besprechung dabei, hat den Entwurf eines Berichts der PTB gelesen und versucht dann, Einfluss zu nehmen, legitimerweise, wie Sie sagen würden, weil das BMI letztendlich für die Fassung, die dem Kabinett vorgelegt wird, verantwortlich ist.

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, das Innenministerium ist im Kabinett verantwortlich. Im Verhältnis PTB - Innenministerium muss die PTB natürlich ihren Bericht verantworten. Das Innenministerium hat die Aufgabe, den Bericht daraufhin zu überprüfen: Ist es eine taugliche Grundlage für die von uns erbetene Kabinettsentscheidung zur bergmännischen Erkundung? Das ist Verantwortung des Innenministeriums.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, und wenn das Innenministerium - -

Zeuge Dr. August Hanning: Die PTB muss ihrerseits ihren Bericht verantworten. Wenn sie, die PTB, den Eindruck hat, dass das sozusagen mit ihrer eigenen Verantwortung als weisungsabhängige Behörde nicht zu vereinbaren ist, wenn sie also strikt der Meinung ist, das ist falsch, dann muss sie eskalieren. Wir haben da eine Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung. Dann muss sie sagen: Damit bin ich nicht einverstanden. Auch da gibt es - -

Sebastian Edathy (SPD): Herr Röttemeyer hat uns letzte Woche hier im Aus-

schuss gesagt, er hätte das als Weisung empfunden, -

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, und? Gegen Weisungen kann man sich doch wehren, Herr Abgeordneter.

Sebastian Edathy (SPD): - den Bericht entsprechend abzuändern und auch den Vorschlag, alternative Standorte zu untersuchen, rauszunehmen. Ich habe Sie hoffentlich richtig verstanden - wenn nicht, korrigieren Sie mich -: Sie haben vorhin gesagt: Es war eigentlich politisch nicht erwünscht, dass der Hinweis auf eine Alternativstandortsuche in dem Bericht auftaucht, weil das politisch nicht durchsetzbar gewesen wäre.

Zeuge Dr. August Hanning: Entscheidend ist, dass klar sein musste als Entscheidungsgrundlage für das Kabinett, dass das Endlager Gorleben eignungs­höffig ist oder, anders formuliert, dass der Salz­stoff Gorleben eignungs­höffig ist. Andererseits hätte man nicht verantworten können, dass man so viel Geld in eine bergmännische Erkundung steckt. Das war die Substanz dessen, was zu leisten war aus dem Innenministerium bzw. dann abgeleitet von der PTB.

Sebastian Edathy (SPD): Aber in Sachen Eignungs­höffigkeit von Gorleben sind doch wahrscheinlich eher die Naturwissenschaftler die Experten. Oder sind Sie, Herr Hanning, das gewesen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, dafür haben wir eine Bundesbehörde. Das ist Verantwortung der Bundesbehörde und des für sie verantwortlichen Ressorts, des Innenministeriums.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, selbst wenn die naturwissenschaftliche Erkenntnis es nahelegt, wegen gewisser Zweifel an der Eignungs­höffigkeit von Gorleben alternative Standorte ins Auge zu fassen, halten Sie es für vertretbar, wenn das zuständige Ministerium sagt: „Dieser Passus wird bitte gestrichen, weil er politisch nicht genehm ist“?

Zeuge Dr. August Hanning: Das ist eine hypothetische Frage, die Sie stellen, Herr Abgeordneter. Es ist so gewesen, dass die große Mehrheit aller Wissenschaftler das

unterstützt hat. Mir ist nicht bekannt - - Ihr Konflikt, Ihre Konfliktlage ist rein hypothetisch. Es stand damals nicht zur Diskussion.

Sebastian Edathy (SPD): Da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Zeuge. Es ist ja nun völlig unstrittig, dass in dem Zwischenbericht der PTB der Vorschlag enthalten war, sich um alternative Standorte zu bemühen.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, Sie haben die Frage gerade ganz anders gestellt. Sie haben es so dargestellt, dass es wissenschaftliche Zweifel an der Eignungs­höffigkeit Gorlebens gab. Meine Antwort ist: Nein, mir nicht bekannt.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn es die nicht gegeben hätte, warum sollte denn dann die PTB sagen: „Wir müssen aber vorsorglich alternative Standorte überprüfen“?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wegen der Menge!)

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, da spielen noch viele andere Frage hinein. Da spielt noch die Frage hinein: Wie viele Ressourcen wollen Sie dafür zur Verfügung stellen? Was ist zu erwarten? Da spielen noch viele andere Fragen mit hinein.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Illi sagt jedenfalls in seinen handschriftliche Notizen, Sie hätten gesagt, bei Vorschlag eines anderen Standorts wird Gorleben entwertet. Daran erinnern Sie sich auch nicht?

Zeuge Dr. August Hanning: Herr Abgeordneter, wenn Sie eine Kabinettsentscheidung über die bergmännische Erkundung Gorlebens fällen wollen und gleichzeitig sagen: „Ich möchte aber eigentlich den Salzstock XY erkunden“, -

Sebastian Edathy (SPD): Das hätte das Kabinett delegieren können.

Zeuge Dr. August Hanning: - dann können Sie sich als Bundesregierung doch nicht trotzdem für Gorleben entscheiden. Dann müssen Sie das zurückgeben. Dann müssen Sie sagen: Bitte klärt das mal unter euch. Was ist euer Vorschlag? - Und auf der Basis des Vorschlags agieren wir weiter.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, der ursprüngliche Vorschlag der PTB hätte im Kabinett eigentlich eher für Verwirrung gesorgt, weil er sich nicht so eindeutig für Gorbelen ausgesprochen hätte, wie das vom BMI und von Ihnen gewünscht gewesen wäre?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann mich nicht an ursprüngliche Vorschläge erinnern. Mir ist nur klar - das muss eigentlich jedem Bundeskabinett klar sein -: Wenn eine Entscheidung von solcher Tragweite getroffen wird, müssen die Entscheidungsgrundlagen klar sein, und dann müssen auch die Verantwortlichkeiten der Beteiligten klar sein.

Ute Vogt (SPD): Ich habe noch eine Frage: Sie waren auch für den juristischen Bereich verantwortlich. Es gibt bei der Erkundung des Salzstocks doch erhebliche Probleme, weil die Salzrechte nur begrenzt vorhanden sind. Waren Sie mit diesen Diskussionen befasst?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein.

Ute Vogt (SPD): Dann können Sie mir da auch nicht weiterhelfen.

Dann habe ich noch die Frage: Wie kommt es eigentlich, dass es in den letzten Jahren keinen Untersuchungsausschuss gab, zu dem Sie nicht als Zeuge geladen waren?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, ich muss mich jetzt als ehemaliger Beamter zurückhalten; aber die Frage der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen dürfen Sie nicht nur an Zeugen richten.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sehr richtig!)

Ute Vogt (SPD): Okay, ich habe im Moment keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das haben wir möglicherweise an der letzten Frage schon gesehen. Es steht mir gar nicht zu, das zu sagen. - Jetzt geht das Fragerecht an die FDP.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe eine Frage zu den Grundsätzen der Entsorgungspolitik, und zwar: War es ein Ziel, eine

unmittelbare Verknüpfung zwischen der Option auf Endlagerung radioaktiver Abfälle mit den -

Zeuge Dr. August Hanning: - Entsorgungsvorsorgegrundsätze; ich kann Ihnen helfen -

Angelika Brunkhorst (FDP): - ja, genau das steht hier; ich danke Ihnen, Herr Hanning - herzustellen, was ja ein Beschluss von Bund und Ländern war?

Zeuge Dr. August Hanning: Ja, ich habe ja schon mal versucht, das auszuführen. Es gab damals eine Diskussion, die die Frage stellte: Können wir überhaupt verantwortlich in Deutschland oder überhaupt weltweit Kernkraftwerke betreiben, wenn wir keine Vorsorge dafür treffen, was mit den anfallenden abgebrannten Brennelementen bzw. dem nuklearen Abfall geschieht? Das war die Diskussion. Es wurde also die ethische Verantwortbarkeit der Nutzung der Kernenergie mit dem Entsorgungsvorsorgethema gekoppelt. Es war breiter politischer Konsens in diesem Lande, dies zu tun. Deswegen gab es diese Entsorgungsvorsorgegrundsätze. Die wurden dann im Einzelnen konkretisiert über Wiederaufarbeitung, Endlagerung. Es gab Wiederaufarbeitung im Ausland - COGEMA -, und es gab dann auch die vorgesehene Endlagerung in Deutschland. Diese Diskussion mündete in der Vierten Novelle zum Atomgesetz, wo dies im Einzelnen festgelegt wurde, und mündete dann in weiteren Absprachen zwischen Bund und Ländern über Zwischenlager, Endlager und letztlich dann in unserem Thema, über das wir gerade reden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Meine Fraktion hat keine weiteren Fragen. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Hanning, ich möchte noch mal zu dieser Frage Bergrecht/Atomrecht zurückkommen. Das Gutachten von Professor Breuer hätte - so, wie ich es lese - beides gefordert: Erkundung nach Bergrecht und gleichzeitig nach Atomrecht, weil die

Schächte schon beim ersten Aufschluss für die Erkundung ein bestimmtes Ausmaß haben müssen. Wir haben uns hier auch schon erklären lassen, dass das einfach technische, bergmännische Gründe hat.

Die Entscheidung gegen das Atomrecht, also kein atomrechtliches Verfahren einzuleiten, muss innerhalb einer ziemlich kurzen Zeit stattgefunden haben. Ich möchte aus zwei Vermerken zitieren. Das ist MAT A 52, Band 2, paginierte Seite 211. Da heißt es:

Der BMI wird möglichst schnell einen Ressortkonsens zu der Frage herbeiführen, ob zusätzlich zu dem bergrechtlichen Verfahren auch ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden muß.

Lediglich vier Wochen später wird in einem Vermerk vom 20. Juli 81 von Ihnen, Herr Hanning, festgestellt:

Die Bundesressorts gehen im Einvernehmen mit Niedersachsen davon aus, daß für das Abteufen der Schächte nur

- ich sage jetzt mal: ausschließlich -

ein bergrechtliches Verfahren erforderlich ist. Dies wird umgehend in Abstimmung mit Niedersachsen eingeleitet.

Das findet sich in MAT A 52, Band 2, paginierte Seite 203 bis 205.

Wie kam es innerhalb von nur vier Wochen zu diesem Umschwung in der Meinung, dass lediglich ein bergrechtliches Verfahren notwendig ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen das nicht beantworten. Das weiß ich nicht, weil ich diesen Entscheidungsprozess nicht geführt habe. Das war Aufgabe des Bundesinnenministeriums, das war Aufgabe der PTB und nicht zuletzt des Landes Niedersachsen, die für die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens und auch eines bergrechtlichen Verfahrens verantwortlich waren. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber es ist schon richtig, dass das jeweils Aktenvermerke sind, die von Ihnen vorliegen?

Zeuge Dr. August Hanning: Das will ich gar nicht bestreiten; das mag so sein. Aber ich habe die Entscheidung nicht gefällt. Als

Bundeskanzleramt treffe ich ja nicht Entscheidungen, ob bergrechtlich oder atomrechtlich. Da habe ich im Grunde erst mal zur Kenntnis zu nehmen, was die dafür verantwortlichen Ressorts als Rechtsauffassung äußern. Hier spielte es, glaube ich, auch eine Rolle, wie das Land Niedersachsen die Frage angesehen hat; denn für das bergrechtliche Verfahren ist das Land Niedersachsen verantwortlich. Ich glaube, für das Planfeststellungsverfahren ist das Land Niedersachsen auch verantwortlich. Deswegen gab es vermutlich eine intensive Prüfung zwischen den Beteiligten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Ihnen ist das Gutachten von Professor Breuer auch damals bekannt gewesen, der gesagt hat, durch die doppelte Funktion der Schächte wären beide Genehmigungsverfahren notwendig?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich nehme an, dass mir das bekannt gewesen ist, aber ich habe mich da nicht als juristischer Obergutachter gefühlt. Ich muss erst mal das zur Kenntnis nehmen, was die verantwortlichen Ressorts als ihre Rechtsauffassung herausgearbeitet haben, und das haben sie sicher auch in Kenntnis des Gutachtens von Professor Breuer getan.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie sind Jurist. Sie haben sich also keine Meinung zu diesem Gutachten gebildet, das Ihnen bekannt war und das deutliche Vorgaben oder Anleitungen gibt, wie nach Meinung dieses gutachtenden Juristen zu verfahren sei? Das ist auch im Kanzleramt insgesamt nicht passiert?

Zeuge Dr. August Hanning: Als Beamter im Bundeskanzleramt habe ich eigentlich immer vermieden, mich an die Stelle des jeweiligen Bundesressorts zu setzen, wenn es um die Beurteilung von Rechtsfragen ging. Es ist Sache des jeweiligen Bundesressorts, das zunächst einmal zu beantworten. Dann hat man noch eine Plausibilitätsprüfung anzustellen: Ist das plausibel, ja oder nein? Aber ich würde jedem Bundeskanzleramt, jedem Beamten nicht raten, sich an die Stelle eines verantwortlichen Bundesressorts bei der Beurteilung von Rechtsfragen zu setzen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie sagen also, das ist nicht in Ihrem Haus entschieden worden, sondern Sie gehen davon aus, dass das wo entschieden wurde?

Zeuge Dr. August Hanning: In dem verantwortlichen Ressort.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und das wäre?

Zeuge Dr. August Hanning: Das war das Bundesministerium des Innern, das war die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, und das war die Genehmigung vom Planfeststellungsverfahren in Niedersachsen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und was ist dann aus Ihrer Kenntnis aus dem von der PTB 1977 beantragten Planfeststellungsverfahren geworden?

Zeuge Dr. August Hanning: Das weiß ich nicht. Das kann ich schlicht nicht wissen. Das weiß ich nicht. Wie sich das heute darstellt? Weiß ich nicht. Damals ist das ja abgelaufen. Das ist, glaube ich, eingeleitet worden. Aber das genaue Schicksal weiß ich nicht. Ich war inzwischen mit anderen Dingen befasst. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie schließen auch aus, dass das im Kanzleramt in der Zeit, wo Sie dort tätig waren, Thema war?

Zeuge Dr. August Hanning: Das kann ich überhaupt nicht ausschließen. Das war mit Sicherheit ein Thema. Sie haben doch gefragt, wenn ich das jetzt richtig verstehe, wie das heutige Schicksal des Planfeststellungsverfahrens ist. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Das ist damals eingeleitet worden. Das war eine Kabinettsentscheidung. Das ist aber schon vor 30 Jahren geschehen. Wie inzwischen das Schicksal dieses Verfahrens ist? Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie können sich also auch nicht erinnern, wie der Stand 1982 oder 81 war? Da war dieses eingeleitete Verfahren von 1977 ja noch nicht so lange zurückliegend. Das ist ja doch ein überschaubarer Zeitraum.

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, das hat begonnen. Mit Erkundungsbohrungen sind die Erkenntnisse verdichtet worden. Es gab den wichtigen Zwischenschritt, über den wir die ganze Zeit diskutieren - ich glaube, am 13.07.83 -: die Kabinettsentscheidung. Damit wurde das Verfahren noch weitergeführt. Das war die Kenntnis. Aber wie im Augenblick der Stand ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie können sich auch nicht erinnern, wie der Stand zu der Zeit war und ob das da Thema war?

Zeuge Dr. August Hanning: Das habe ich jetzt nicht verstanden. Was meinen Sie?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich wollte noch mal sichergehen, dass Sie auch nicht mehr sagen können, wie 81/82 der Stand war, und dass das auch kein Thema in Ihrem Haus war.

Zeuge Dr. August Hanning: Sicher. Der Stand war der, dass das Planfeststellungsverfahren weitergeführt wurde, soweit ich das weiß. Es ist ein Antrag gestellt worden, wenn ich das richtig sehe. Ich muss jetzt aber auch überlegen. Ich meine, damals wäre nach der Standortauswahl Niedersachsens ein Antrag vom Bund gestellt worden, wenn ich das richtig erinnere. Aber ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr umfassend sagen; ich müsste erst in die Akten schauen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): War Ihnen damals bewusst oder war das Thema, dass es sehr wohl auch gerade in der Frage der Beteiligung der Öffentlichkeit einen großen Unterschied macht, ob ich nach Bergrecht vorgehe oder ob ich das doch sehr viel mehr Öffentlichkeitsbeteiligung fordernde Atomrecht verwende?

Zeuge Dr. August Hanning: Dass das ein Unterschied ist, ist, glaube ich, allen Beteiligten bekannt. Aber gleichwohl haben alle Beteiligten immer großen Wert auf eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit gelegt. Es gab öffentliche Anhörungen. Das ist in den Fragen hier heute ja auch schon zum Ausdruck gekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bevor ich das Wort jetzt an die Fraktion der Grünen weitergebe, möchte ich einfach im Interesse dessen, dass wir hier allein zur Wahrheitsfindung beisammensitzen, wie Frau Vogt heute Morgen zu der Frage Atomrecht und Bergrecht mehrfach ausgeführt hat, noch einmal Bezug auf die öffentliche Sitzung dieses Ausschusses am 17. Juni nehmen, als wir den gemeinsamen Sachverständigen Herrn Rösel zu der Frage der rechtlichen Grundlegung all dessen gehört haben, was wir hier miteinander verhackstückten.

Ich habe - ausweislich des vorläufigen Protokolls, Seite 8, linke Spalte, unten - folgende Frage an den Sachverständigen Rösel gerichtet -:

Sie haben darauf hingewiesen, dass aus fachlicher Sicht die PTB frühzeitig der Auffassung war, einen Antrag nach § 9 a AtG zu stellen. Jetzt frage ich Sie einmal als Nichtjuristin: Aus rechtlicher Sicht war dies also gar nicht notwendig. Kann man dies gleichwohl einfach so tun, obwohl möglicherweise die Voraussetzungen für eine Antragstellung nach § 9 a AtG nicht gegeben waren? Denn man wusste gar nicht, wofür man einen solchen Antrag stellte, außer dass es dort halt einen Salzstock gab.

Dann hat Herr Rösel ausgeführt, warum man denn die Erkundung nach Bergrecht vorgenommen hat, was auch die rechtlich verbindliche und angemessene Art und Weise dieser Erkundung war, und dennoch unmittelbar nach § 9 Atomgesetz eingeleitet hat.

Von daher, Frau Kollegin Menzner: Es war Ihnen sicherlich nur zeitweise entfallen, dass wir diese Frage tatsächlich schon wirklich ausführlich miteinander beraten haben. Von daher hoffe ich doch, dass wir auf Erkenntnissen, die wir uns als Ausschuss einmal erarbeitet haben, in den jeweils weiteren Sitzung aufbauen wollen.

Jetzt gebe ich das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Nein, ich möchte dazu gerne zu
Protokoll antworten!)

- Nein, sonst machen wir eine Beratungssitzung.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Ja, dann machen wir eine Beratungssitzung! - Sebastian Edathy (SPD): Sie können sich hier doch nicht als Oberlehrerin aufführen!)

- Nein, ich bin nicht Oberlehrerin, aber ich bin Vorsitzende. - Wünschen Sie eine Beratungssitzung?

(Sebastian Edathy (SPD): Dann müssen Sie ihr aber Gelegenheit geben, darauf zu reagieren!)

- Ja, dann gibt es jetzt eine Beratungssitzung, weil die Kollegin Menzner eine Beratungssitzung wünscht. - Ich bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen. Der Ausschuss wünscht eine Beratungssitzung.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
17.08 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, II: Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
17.13 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lieber Herr Dr. Hanning, wir haben einige interne Fragen geklärt. - Ich erteile nun Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, um den Komplex vielleicht abzuschließen: Herr Hanning, erinnern Sie sich, dass Sie aufgrund dieser komplexen Sachlage Atomrecht/Bergrecht angeregt haben, ein Gutachten verfassen zu lassen?

Zeuge Dr. August Hanning: Daran erinnere ich mich, ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich, dass Sie drei Professoren vorgeschlagen haben - Ossenbühl, Breuer oder Blüme(?) - und Herr Breuer dieses Gutachten dann gemacht hat und empfohlen hat, zur Sicherheit auf ein atomrechtliches Verfahren zu setzen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich erinnere mich, dass die Wahl auf Herrn Breuer gefallen ist. Ich weiß aber nicht mehr genau, wann er das Gutachten erstellt hat. Ich bin nicht sicher, ob ich da noch im Dienst war.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 81.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich glaube, da war ich nicht mehr im Bundesinnenministerium. Ich bin Mitte 81 aus dem Bundesinnenministerium ausgeschieden und habe dann im Bundeskanzleramt begonnen. Ich meine - ich bin aber nicht mehr sicher -, es wäre erst nach meinem Ausscheiden aus dem Innenministerium erstattet worden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann gehe ich jetzt wieder zu Ihrer Zeit im Bundeskanzleramt über und beziehe mich auf eine Ergänzung zu der Leitungsvorlage vom 17.08.81, die Sie für den Herrn Bundeskanzler erstellt haben. Sie findet sich beim BMU-Bericht unter Anlage 3, also MAT A 4/3.

Ich will davor aber noch eine Frage stellen, die sich auf das bezieht, was Sie vorhin selber sagten: Kein Land wollte irgendwie etwas mit den Hinterlassenschaften zu tun haben. Alle wollten Kernkraft haben, aber keiner wollte den Rest haben, der nachher übrig bleibt. Welche Schlüsse sind denn damals in Regierungsgesprächen daraus gezogen worden, dass kein Land das wollte?

Zeuge Dr. August Hanning: Man hat, glaube ich, sehr schwierige Gespräche zwischen Bund und Ländern geführt. Im Ergebnis dieser Gespräche hat es einmal diese sogenannten Entsorgungsvorsorgegrundsätze gegeben. Es hat aber auch weitere Verabredungen über die Frage gegeben, welches Land welche Bestandteile der Entsorgungsvorsorge übernimmt. Ich sage es einmal bewusst abstrakt. Damals ist, wenn ich es richtig erinnere, über ein Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen entschieden worden. Nordrhein-Westfalen hat, glaube ich, Ahaus vorgeschlagen. Dann ist die Frage des Entsorgungszentrums, die ursprünglich in Rede stand, so entschieden worden, dass Niedersachsen das übernehmen wollte, dass Niedersachsen es übernommen hat, dafür einen Standort auszuwählen.

Ich glaube, das waren die beiden entscheidenden Weichenstellungen, die damals vorgenommen wurden. Aber das alles war Gegenstand eines schwierigen politischen Entscheidungsprozesses.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es ergibt sich aus den Akten,

dass das offensichtlich sehr schwierig war. Sie haben vorhin auch schon gesagt, dass Haltung der Bundesregierung eigentlich sehr lange war, mehrere Standorte erkunden zu wollen. Wir wissen ja nun auch aus der Beschäftigung mit 83 usw., dass das Bedürfnis von verschiedenen Seiten immer wieder kam.

Jetzt zu dieser besagten Ergänzung zur Leitungsvorlage für den Bundeskanzler vom 10. März 82. Da wird die Problematik noch mal beschrieben. Es geht also noch mal darum, dass das mit Gorleben schwierig ist - ich zitiere einen Satz -:

Da die bisherigen Ergebnisse der Erkundungsmaßnahmen ursprüngliche optimistische Erwartungen nicht erfüllt haben, sind die Risiken eines ausschließlich auf Gorleben reduzierten Erkundungsprogramms allen Beteiligten deutlicher geworden.

Dann wird ausgeführt, dass sich Niedersachsen bisher geweigert hat, dem früher geäußerten Wunsch der Bundesregierung nachzukommen und auch noch Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten vorzunehmen. Es wird dargestellt, dass die anderen Länder - es wird nett ausgedrückt - „sich bisher nicht in der Lage gesehen“ haben, „dem Bund geeignete geologische Formationen auf ihren Gebieten zu benennen.“

Dann kommt unter Punkt 3:

Von der Opposition ist in der Entsorgungsdebatte gefordert worden, die Entsorgungskopplung für den Bau von Kernkraftwerken aufzuweichen.

Wie hat sich so ein Gespräch denn genau dargestellt?

Zeuge Dr. August Hanning: Jetzt fragen Sie mich nach der Haltung der damaligen Opposition. Da tue ich mich ein bisschen schwer.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich stelle mit Erstaunen fest, dass Sie sich auch an Parteitage der SPD vor 30 Jahren erinnern. Deswegen dachte ich, dass Sie vielleicht wissen - - Ich meine, es war ja sicher kein einfaches Argument, das da kam. Ich meine, die Forderung, den Entsorgungsvorsorgenachweis wieder aufzudröseln, ist ja schon ziemlich heftig.

Zeuge Dr. August Hanning: Das mit dem Parteitag kann ich schon aufklären: Damals ist der Vermerk natürlich im Vorfeld des Parteitags entstanden. Deswegen erinnere ich mich daran, aber nur deswegen.

Ich kann Ihnen das nicht mehr aus dem Gedächtnis sagen. Ich weiß, dass es da wohl Diskussionen gab, ob man daran so festhalten kann; aber ich kann es Ihnen nicht mehr aus dem Gedächtnis sagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erinnern sich vielleicht nicht an den Ablauf von Gesprächen, aber Sie erinnern sich, dass die Opposition das gefordert hat, wie es hier in diesem von Ihnen verfassten Leitungsvermerk steht?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, wenn ich das damals aufgeschrieben habe, dann wird es auch schon so gewesen sein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wird es schon so gewesen sein.

Zeuge Dr. August Hanning: Aber ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es schlicht nicht mehr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben diese Forderung in der Bundesregierung nicht weiter aufgegriffen?

Zeuge Dr. August Hanning: Nein, es ist ja auch kein Konsens gewesen. Es war ja kein Konsens. Der ganze Entsorgungsbereich war ja immer ein Bund-Länder-Konsens. Die Bundesregierung hat immer sehr sorgfältig darauf abgestellt, dass dieser Konsens auch erhalten blieb, weil es eben wichtig war. Man brauchte die Mitwirkung der Länder sowohl in den Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke als auch bei der Ausweisung von Standorten und auch für die Genehmigungsverfahren. Deswegen war dieser Bund-Länder-Konsens entscheidend. Ich glaube, an dem Bund-Länder-Konsens hatte sich zum damaligen Zeitpunkt nichts geändert. Das war die entscheidende Größe auch für das weitere politische Vorgehen der Bundesregierung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie noch, wer damals der Oppositionsführer war?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, es gab da unterschiedliche Ansichten. Ich habe in Erinnerung, dass die niedersächsische SPD etwas andere Auffassungen vertrat als die Bundes-SPD, was gelegentlich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht, glaube ich, bei der Opposition um die CDU.

Zeuge Dr. August Hanning: Irritationen bei der CDU? Ich weiß es nicht. Es gab unterschiedliche Ansichten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte Herr Kohl der Oppositionsführer gewesen sein?

Zeuge Dr. August Hanning: Wissen Sie, ich weiß es nicht. Ich will jetzt auch nicht spekulieren. Natürlich war das für die Kernkraftwerke und für die Betreiber damals sehr unbequem, diese Entsorgungsvorsorgegrundsätze und die Kopplung. Aber noch mal: Das Regierungshandeln hat das nie bestimmt, jedenfalls nicht zu meiner Zeit.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will gerade mal sagen, dass es mich eigentlich nicht so sehr interessiert, unter welcher Regierung jetzt irgendwelche politischen Dinge vorgenommen wurden, die wissenschaftliche Zweifel ausgeräumt haben, sondern für mich ist interessant: Ist das passiert? Das ist auch der Auftrag dieses Untersuchungsausschusses und nicht unbedingt, auseinanderzuklamüsern, was für Sie ungeheuer wichtig zu sein scheint, ob das jetzt unter der einen Regierung mehr war als unter der anderen.

Aber ich möchte doch feststellen, dass der damalige Oppositionsführer, der vermutlich der anschließende Bundeskanzler war, ein halbes Jahr vor dem Regierungswechsel dafür war, die Entsorgungsdebatte so zu führen, dass man die Entsorgungskopplung für den Bau von Kernkraftwerken aufweicht. - Danke schön.

Zeuge Dr. August Hanning: Frau Abgeordnete, wenn ich dann vielleicht doch einwenden darf: Wenn ich meinen Vermerk

richtig im Kopf habe, habe ich nicht vom Oppositionsführer gesprochen, sondern von der Opposition. - Okay. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde angekommen. Ich blicke mal in die Runde. - Nein, keine weiteren Fragen. Gibt es aus den Reihen der Opposition weitere Fragen? - Die SPD. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sebastian Edathy (SPD): Ich hätte noch eine Frage. Vielleicht können Sie da ein bisschen für Aufklärung sorgen, Herr Dr. Hanning. Ich habe das jetzt so verstanden, dass es sich mit dem Standort Gorleben für ein künftiges Endlager so verhalten hat wie mit dem Spatz in der Hand und der Taube auf dem Dach: Man kann nicht alles haben, was man sich wünscht. Deswegen muss man mit dem zurande kommen, was man hat. Das war offenkundig ja nur Gorleben. Deswegen durften im PTB-Bericht auch keine Hinweise auf andere Standorte auftauchen.

Haben Sie denn eine Erklärung dafür, warum Herr Albrecht als damaliger niedersächsischer Ministerpräsident wohl maßgeblich ausgerechnet auf Gorleben kam, nachdem eigentlich monate- bzw. jahrelang vorher auch über andere Standorte in Niedersachsen diskutiert worden ist?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich kann Ihnen das nicht sagen, weil ich in die innerniedersächsischen Entscheidungsprozesse nicht eingebunden war. Aber soweit ich unterrichtet bin, ist dem durchaus eine sorgfältige Vorauswahl vorangegangen. Es gab wohl verschiedene Standorte, die in Betracht kamen, und am Schluss gab es wohl zwei oder drei, die in die engere Wahl kamen, unter ihnen auch Gorleben. So habe ich das verstanden. Aber ich kann nicht im Einzelnen nachvollziehen, was dort in Niedersachsen geschehen ist.

Zeuge Dr. August Hanning: Sie sagten vorhin, es hätte auch Spekulationen gegeben, dass man seitens Niedersachsens Gorleben möglicherweise in der Hoffnung vorgeschlagen hätte, dass davon wegen der Nähe zur damaligen DDR nicht Gebrauch gemacht würde.

Zeuge Dr. August Hanning: Das war sozusagen eine bössartige Spekulation von Bundesbeamten damals, die sich dann aber nicht realisiert hat.

Sebastian Edathy (SPD): Also hatten Kollegen von Ihnen sich so etwas überlegt?

Zeuge Dr. August Hanning: Es gab auch in den Medien solche Spekulationen, aber das hat sich dann im Grunde genommen als falsch herausgestellt, weil auch die Haltung der damaligen DDR-Regierung eine andere als zunächst erwartet war.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, Ihre Position war: Sie haben das einfach zur Kenntnis genommen. Gorleben ist der Vorschlag, und dann muss man auf der Grundlage arbeiten?

Zeuge Dr. August Hanning: So ist das. Noch mal: Der Bund hat kein eigenes Territorium. Es war verabredet, dass Niedersachsen einen Vorschlag macht. Niedersachsen hat den Vorschlag gemacht. Der lag auf dem Tisch. Es lag jetzt am Bund, zu überprüfen: Ist dieser Vorschlag realisierbar? Ist der Salzstock sozusagen eignungshöflich oder nicht? Die Frage war zu entscheiden, und die ist dann auch entschieden worden.

Sebastian Edathy (SPD): Also besser irgendeinen Standort als gar keinen?

Zeuge Dr. August Hanning: Ich weiß es nicht. Ich meine, Sie können immer alle möglichen Tauben, um in Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben, untersuchen. Wenn Sie hier einen Flughafen bauen wollen, können Sie auch viele Standorte untersuchen. Aber irgendwann werden Sie eine Entscheidung für einen Flughafen fällen müssen, sonst werden Sie nie fliegen.

Sebastian Edathy (SPD): Okay, vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann gucke ich noch mal zur FDP. Gibt es weitere Fragen von Ihnen? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken weiter. - Auch keine weiteren Fragen. Dann an die Grünen. - Auch keine weiteren Fragen. Wunderbar, dann sind wir

durch. Das trifft sich sehr gut. Dann darf ich formal die Zeugenbefragung beenden.

Herr Dr. Hanning, ich darf mich erst einmal bei Ihnen bedanken, dass Sie uns so lange und so geduldig zur Verfügung gestanden haben. Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Da wir uns im Moment in der Urlaubszeit befinden und da, wie ich höre, auch dieses Parlament in die Sommerpause gehen wird - morgen, Gott sei Dank -, mag es ja sein, dass auch Sie in Urlaub sind oder Urlaubspläne haben, die möglicherweise die Bearbeitung des Protokolls verzögern könnten. Ist das der Fall, oder können wir einfach so vorgehen, dass wir Ihnen das Protokoll zuschicken und Sie das dann innerhalb von zwei Wochen korrigieren?

Zeuge Dr. August Hanning: Sie können so vorgehen. Ich werde die nächsten 14 Tage auf das Protokoll warten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist doch ganz wunderbar. - Nach § 26 Abs. 3 Untersuchungsausschussgesetz bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Jetzt haben wir alles miteinander besprochen, was auch formal noch zu besprechen war. Ich darf mich noch mal sehr herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen noch einen wunderschönen Resttag. - Danke schön.

Zeuge Dr. August Hanning: Ich darf mich auch bei Ihnen bedanken. Auf Wiedersehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von 17.26 bis
17.35 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die Sitzung wieder und begrüße in unserer Mitte sehr herzlich Herrn Dr. Wolf von Osten. - Herzlich willkommen bei uns.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Wolf von Osten**

Ich darf zunächst einige formelle Hinweise geben, weil das gesetzlich bzw. rechtlich von mir verlangt wird. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17/146, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Die Empfangsbestätigung liegt dem Sekretariat vor.

Für Ihre heutige Vernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz vom 06.07.2010 vor.

Ich darf Sie jetzt belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuchs mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 Untersuchungsausschussgesetz können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden

Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Frau Vorsitzende, ich habe keine Fragen dazu; denn ich bin mir bewusst, welche Aussagekraft ein Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. von Osten. Ganz unabhängig davon, dass ich annehmen kann, dass Sie das, was ich hier sage, vermutlich wissen, muss ich es dennoch sagen. Auch das wissen Sie natürlich.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort vorzustellen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Mein Name ist Wolf von Osten. Ich wohne [REDACTED], und bin seit 2005 im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz pensioniert. Ich bin promovierter Chemiker.

Ich weiß nicht, ob ich jetzt schon darauf eingehen soll, welchen Hintergrund ich habe, weil das für die Befragung im Anschluss vielleicht ganz sinnvoll ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ganz gerne. Sie sind sofort damit an der Reihe. Wenn Sie uns freundlicherweise noch Ihr Alter verraten würden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Mein Alter ist 69 Jahre. Ich werde demnächst 70.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Dann können wir jetzt tatsächlich mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes jetzt die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir unmittelbar mit der Befragung beginnen. Aber ich habe es so verstanden, dass Sie sich gerne im Zusammenhang äußern würden. - Bitte schön.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Zu meinem Hintergrund: Ich bin, wie gesagt, promovier-

ter Naturwissenschaftler, Physikochemiker. Ich bin nach einem Amerika-Aufenthalt 1977 in das Bundesforschungsministerium eingetreten, bin dort in das Referat Entsorgung eingetreten, kenne also die ganze Entsorgungsproblematik bis zur Endlagerproblematik recht gut. Ich war in der ersten Zeit meines BMFT-Aufenthalts damit beschäftigt, die erste Enquete-Kommission zur Kernenergienutzung zu beobachten, im Auftrag des BMFT. Ich war im Dialog Kernenergie beschäftigt und war dann in einer internationalen Konferenzserie als deutscher Delegationsleiter für einen Teil der Bewertung des nuklearen Brennstoffkreislaufs, den der amerikanische Präsident Jimmy Carter zu dieser Zeit begonnen hat - - Ich war dort für die Lagerung abgebrannter Brennelemente zuständig - Stichwort: Castor -, habe diese Geschichte also auch erlebt.

Ich bin dann nach dieser Konferenzserie, die etwa anderthalb Jahre dauerte, mit der Verantwortung für die International Safeguards, für die internationale Kontrolle von Kernmaterialien, für die Bundesrepublik Deutschland beauftragt worden und habe viel mit Wien, mit der Internationalen Atomenergiebehörde, zu tun gehabt. Unter anderem habe ich als deutscher Teilnehmer die Verhandlungen zum internationalen Plutoniummanagement, das damals untersucht wurde, miterlebt.

Nach diesem Aufenthalt oder nach dieser Zeit, die wieder etwa ein Jahr dauerte - das war dann so das Jahr 80 -, wurde ich vom BMFT an das Bundeskanzleramt, Referat für Technologie und Energieforschung - Spiegelreferat des BMFT im Kanzleramt -, abgeordnet, und war zusammen mit dem Spiegelreferat des Innenministers, das damals von dem Kollegen Hanning geleitet - - Nicht geleitet, sondern er war in diesem Referat. Ich war auch nicht Referatsleiter, sondern nur, wie es damals noch so schön hieß, Hilfsreferent. Ich habe in dieser Zeit die, wie ich glaube, spannendste Zeit der Kernenergie erlebt: Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf, die Anfänge und die Suche nach eventuellen alternativen Standorten.

Ich bin aus dem Kanzleramt dann noch vor dem Regierungswechsel ausgeschieden, bin wieder zurück ins BMFT, habe dort die Leitung des Referats „Grundsatzfragen der Energieforschung“ übernommen und war in dem verbleibenden halben Jahr bis zum Regierungswechsel im Oktober 1982 damit befasst, einen Plan und ein Konzept für die

Beendigung des Kalkarer Brütters zu entwickeln. Dies habe ich zusammen mit dem Fachreferenten getan. Wir haben das damals Bundeskanzler Schmidt am 15. September 1982 vorgetragen. Das war ein bisschen spät; denn der Regierungswechsel war 14 Tage später.

Ich kann über die Zeit nach Oktober 1982 zu der Problematik wenig sagen, weil ich sofort nach dem Regierungswechsel in ein anderes Referat versetzt wurde und ein halbes Jahr später dann die Leitung des Referats „Ökologische Forschung“ übernommen habe und dieses dann unter Minister Riesenhuber aufgebaut habe.

Ich bin dann später nach Nordrhein-Westfalen, nach Kiel und schließlich nach Rheinland-Pfalz gegangen - immer in ähnlichen Aufgaben für den Naturschutz, für Grundsatzfragen der Umweltpolitik - und bin dann 2005 in Rheinland-Pfalz pensioniert worden.

Ich glaube, das war das, was ich jetzt einfach zu meinem Hintergrund sagen wollte, damit Sie wissen, dass ich über die Endlagerproblematik relativ gut informiert war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Dr. von Osten, herzlichen Dank. - Sie haben uns ein Stichwort gegeben: alternative Erkundung. Das ist eine Frage, die den Ausschuss sehr beschäftigt und die auch den Untersuchungsauftrag sehr betrifft. Könnten Sie das noch ein bisschen ausführen? In welchem Zusammenhang ist überlegt worden, alternativ zu erkunden? Warum kam es dann letztendlich aber doch nicht zu alternativen Erkundungen? Wie können Sie das aus Ihrer Erinnerung, Ihrem Wissen ausführen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Es ist zwar fast 30 Jahre her, aber das Gehirn geht noch. - Die Bundesregierung hatte mit den Entsorgungsgrundsätzen eine Kopplung der Kernenergienutzung mit Fortschritten der Endlagerung hergestellt. Daraus ergab sich, dass es vielfältige Überlegungen zu alternativen Standorten im BMFT gab, aber dann sicher auch im Kanzleramt, als ich noch nicht im Kanzleramt war. Ich weiß, dass man damals zunächst nur in Salzformationen gedacht hat und dass diese Salzformationen natürlich alle in Niedersachsen lagen.

Die Bundesregierung war zu dieser Zeit sehr daran interessiert, Alternativstandorte zu erkunden, allerdings zunächst alle in Salz. Dies wurde durch die niedersächsische Lan-

desregierung, durch den Ministerpräsidenten Albrecht mit der damals für die Bundesregierung sehr unangenehmen und einsamen Entscheidung durchkreuzt, Gorleben als einzigen Standort zu benennen. Deswegen hat es dann eine längere Zeit keine Alternativstandortuntersuchungen oder auch -überlegungen gegeben.

Das wurde erst wieder angeschoben, als ich auch im Kanzleramt war, durch die Tatsache, dass inzwischen - ich glaube, das muss in Vermerken von mir und Hanning für den Bundeskanzler auch so niedergelegt worden sein - erhebliche Zweifel an Gorleben und der Eignung von Gorleben auftauchten. Das waren verschiedene Dinge, an die ich mich jetzt nicht mehr ganz genau erinnere. Aber die Deckschicht war ein Problem. Wassereinbruchsmöglichkeiten durch Carnallit waren eine andere Sache, die sehr heftig diskutiert wurde. Dann kam man auch im Kanzleramt zu der Ansicht - da gab es auch keinen so großen Dissens zwischen BMFT und BMI, die durch die beiden Spiegelreferate da zusammenarbeiteten -, dass man wohl auch andere Standorte suchen müsste.

Ich erinnere mich daran, dass wir dann in unterschiedlichen Rollen und mit verschiedenen Personen zu eruiieren versucht haben, ob Bayern und Baden-Württemberg eventuell in der Lage wären - man wusste, dass zum Beispiel Granitformationen eine Alternative waren -, andere Standorte zu benennen. Diese Suche nach Alternativen wurde sogar durch eine - daran erinnere ich mich auch; das war irgendwo Anfang 82 - Bitte der niedersächsischen Landesregierung verschärft, die Suche auf andere Standorte als in Niedersachsen auszuweiten. Niedersachsen bekam dann auch ein bisschen kalte Füße mit Gorleben. Da gab es ja auch große Demonstrationen. Ich war selbst in der großen Demonstration mit Helmut Schmidt vor Ort.

Von daher gab es Überlegungen. Ich würde sogar sagen: Diese Überlegungen waren eher noch vonseiten des BMI und weniger vonseiten des BMFT, mit denen ich natürlich immer auch in Kontakt sein musste. Von daher rühren auch die Vermerke. In einem Vermerk - ich erinnere mich sehr genau, weil wir darüber lange mit unseren Mutterhäusern gestritten oder zumindest diskutiert haben - haben wir dann gesagt, dass es erhebliche Zweifel an Gorleben gibt und man deshalb auch Alternativstandorte untersuchen müsste. Das war wohl 82, im

Frühjahr, nachdem Niedersachsen auch gebeten hatte, andere Standorte zu suchen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Erlauben Sie, dass ich da noch mal nachfrage; denn dann muss sich da tatsächlich irgendetwas ereignet haben gegenüber dem 17. August 1981. Ich habe hier einen Vermerk an den Herrn Bundeskanzler vorliegen, den ich jetzt im Moment aber nicht richtig zitieren kann; da hilft mir das Sekretariat sicher noch mal mit einer MAT-Nummer. Auf der Seite 000110, die ich jetzt zitieren kann, lese ich unter 3. - das ist MAT A 52, Band 3; das muss ich Ihnen freundlicherweise vorlesen dürfen -:

Die Standorterkundungen für das Endlager Gorleben gehen planmäßig (trotz Störungen durch Kernkraftwerkgegner) voran. Zwischenergebnisse haben BMI und BMFT am 15./16.5.1981 in Lüchow in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Bundesminister von Bülow und Baum am 5.6.1981 festgestellt, daß „aufgrund der vorliegenden Berichte bisher keine Tatsachen bekannt sind, die begründete Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstocks Gorleben rechtfertigen. Dies bedeutet, daß nach heutigem Kenntnisstand über die allgemeinen geologischen Verhältnisse im norddeutschen Raum und über die bisher bekannten individuellen Eigenschaften des Salzstocks Gorlebens zu erwarten ist, daß seine Eignung durch die fortschreitende Erkundung nachgewiesen werden kann. Die Bundesregierung hat stets darauf hingewiesen, daß ein endgültiges Urteil erst aufgrund der bergmännischen Erkundung abgegeben werden kann.“

Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie im Frühjahr 1982 zu einer grundsätzlich anderen Einschätzung gekommen sind. Sie sagten, dass es begründete Zweifel an der Eignungshöflichkeit Gorlebens gegeben habe. Was ist denn in diesem halben Jahr passiert?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja, das ist genau dieser Zeitraum irgendwo zwischen Mitte 81 und Frühjahr 82. Die Ergebnisse der Erkundungen bzw. auch der Gutachten von verschiedenen Geologen wurden bekannt,

die Zweifel an Gorleben weckten. Hinzu kam, dass Niedersachsen selbst in dieser Phase dann darum gebeten hatte, andere Standorte außerhalb von Niedersachsen zu untersuchen. Von daher gibt es zwischen diesem Vermerk, den Sie eben vorgelesen haben, und einem Vermerk von einem halben Jahr später eben diese unterschiedliche Einschätzung.

Ich darf vielleicht noch sagen: Durch die Entsorgungsvorsorge hatte sich die Bundesregierung natürlich Fesseln angelegt, dass sie die Endlagerung auf jeden Fall fortführen musste. Es gab für die sozial-liberale Koalition zu dieser Zeit keine Möglichkeit, zum Beispiel die Entsorgungsvorsorgegrundsätze aufzulockern. Das hätte die größere Regierungsfraktion, die SPD, nicht mitgetragen. Von daher musste man sehen, dass man Fortschritte mit Gorleben erzielte. Aber es wuchsen dann die Zweifel, und die sind in dem zweiten Vermerk, an den ich mich erinnern kann, mit Hanning zusammen dann auch entsprechend geäußert worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - So ganz ist mir das tatsächlich immer noch nicht klar. Heute Morgen haben wir Herrn Professor Duphorn gehört, der ja Zweifel an der Geeignetheit Gorlebens geäußert hat. Er hat seinen Bericht aber erst zum 31.05.1982 vorgelegt. Von daher ist mir dieser zeitliche Zusammenhang im Moment, ehrlich gesagt, immer noch nicht ganz klar.

Ich will das Fragerecht jetzt aber gerne als Erstes an die CDU/CSU-Fraktion übergeben. Die Fraktionen haben nach der Berliner Runde ein bestimmtes Zeitbudget, das wir hier stoppen. Die Fragen können gestellt werden, und eine gestellte Frage kann in jedem Fall auch beantwortet werden, auch wenn das bereits außerhalb des Zeitbudgets fällt. Das bedeutet für Sie als Zeugen letztendlich: Solange ich nicht irgendwelche taktische Zeichen machen oder Ihnen Hinweise gebe, können Sie einfach weiter antworten.

Dann geht das Fragerecht an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr von Osten, ich möchte zunächst noch mal auf die Zuständigkeitsverteilung zurückkommen. Wir haben in den Akten zwar die Organigramme gefunden, aber entweder waren sie schlecht kopiert, oder das Referat, das in den entsprechenden Vermerken ge-

nannt war, gab es zu dem Zeitpunkt vielleicht noch nicht.

Können Sie noch mal sagen, in welchem Referat bzw. in welchen Referaten Sie in der Zeit tätig waren, als Sie im Kanzleramt waren, und mit welcher Zuständigkeit? Vielleicht ergänzend: Was hat der Kollege Hanning dann dort gemacht?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: An die Zahl des Referats erinnere mich nicht mehr. Es war das Spiegelreferat des BMFT. Das wurde geleitet von einem aus der vorigen Regierung, von einem CDU-Referatsleiter. An den Namen kann ich mich jetzt auch nicht erinnern. Es gab dann das Spiegelreferat des Innenministers - damals Minister Baum -, das auch von einem CDU-Referatsleiter geleitet wurde. Beide hielten sich aber total zurück, weil sie im Grunde den von den Häusern Entsandten - Hanning vom Innenministerium und ich vom Forschungsministerium - freie Hand ließen.

Wir waren damals beide in der Abteilung 3 des Bundeskanzleramts, wenn Sie so wollen. Wie die Bezeichnung war, weiß ich jetzt auch nicht mehr. Da diese beiden Häuser für die Kernenergie eine erhebliche Verantwortung hatten, haben wir viele Vermerke - nicht alle, aber viele Vermerke - gemeinsam gebastelt, wenn man das so salopp sagen darf.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ist es im Kanzleramt üblich gewesen, dass Referenten im Kopf der Vorlagen auftauchten und dass sich die Referatsleiter gar nicht wiedergefunden haben?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Die Referatsleiter haben das abgezeichnet und auch der jeweilige Abteilungsleiter, wenn ich mich nicht täusche. Ob das Usus ist, weiß ich nicht. Ich habe es eigentlich in allen Ministerien so erlebt, dass der Referent, der das inhaltlich beizutragen hatte, dann auch im Kopf erschien.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich stelle nur fest: Das Dokument, das auch die Vorsitzende schon zitiert hat, nämlich die Bundeskanzler-Vorlage vom 17. August 1981, wurde wohl unmittelbar dem Abteilungsleiter vorgelegt. Eine Zeichnung durch Referatsleiter findet nicht statt, weder unten noch in der entsprechenden Anfangszeile. Ich stelle es auch nur so fest.

Noch mal zur Frage der Entsorgungspolitik. Sie sprachen davon, dass Sie auch im internationalen Umfeld im Bereich der nuklearen Entsorgung tätig waren. Können Sie uns noch mal schildern, was die Erwartungen an die Aufgabe der Entsorgung waren, die der Bund zu leisten hatte? Blickrichtung: Das war damals Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Entsorgung wurde zu dieser Zeit so verstanden - das war eigentlich bei allen Beteiligten in der Bundesregierung Konsens; ich meine jetzt Bundeskanzler, Innenminister und Forschungsministerium -, dass dazu die Zwischenlagerung von Brennelementen gehörte. Das war damals die aufkeimende Diskussion über erweiterte Lagerkapazitäten an den Kernkraftwerken, aber auch über externe Zwischenlagermöglichkeiten - Gorleben war ja auch so eines -, die Wiederaufarbeitung und die anschließende unterirdische Endlagerung behandelter Restbestände - verglaste Kernbrennstoffe -, die dann sicher von der Außenwelt abgeschlossen werden sollten. Das heißt, das war die Philosophie zu dieser Zeit.

Die ganze Frage der Wiederaufarbeitung war allerdings international durch den amerikanischen Präsidenten als sehr kritisch erachtet worden. Deshalb hat es dann auch in den Jahren dieser Konferenzserie und danach, als ich häufig in Wien zu tun hatte, eine ganze Reihe von Überlegungen im Proliferationsbereich gegeben, die mit der Wiederaufarbeitung verbunden waren. - Reicht das?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielleicht noch mal zur Vorstellung, die man damals hatte: Man ging ja von einer ganzen Reihe von Kernkraftwerken aus, die in Deutschland errichtet werden sollten. Wir haben das hier im Ausschuss auch schon öfter gehört. Gerade Helmut Schmidt wollte uns unabhängiger von der Abhängigkeit aus dem Ausland machen, was Energie angeht. Deshalb war ein relativ ambitioniertes Kernenergieprogramm in Deutschland aufgelegt worden. Was war die Größenordnung von zu entsorgenden Kraftwerken, von denen man ausging?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Aus heutiger Sicht muss man sagen, ganz ehrlich gesagt: Das war total überdimensioniert. Ich war bei verschiedenen Sitzungen im Wirtschaftsministerium mit Herrn Lambsdorff dabei. Da

gab es aus heutiger Sicht abenteuerliche Vorstellungen, die dann auch in der Folgezeit überhaupt nicht mehr realitätsnah waren. Ich kann keine Zahlen nennen - da würde ich mich jetzt übernehmen -, wie viele Kernkraftwerke das waren, aber es war eine ziemliche Zahl gegenüber dem heutigen Kernkraftwerkspark.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt dann für die Entsorgung, dass die Aufgabe, vor der man stand, natürlich auch von wesentlich mehr Abfällen ausgeht, als man es aus heutiger Sicht benötigt.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Na ja, wenn man die Wiederaufarbeitung als Teil der Entsorgung sieht, dann war klar, dass damit eine ganze Reihe von anderen Problemen auftauchte, die damit zusammenhängen, dass die Kernbrennelemente chemisch auseinandergelegt werden und dass die Reststoffe verschiedenster Fraktionen eine gesonderte Entsorgungsnotwendigkeit hatten. Ich erinnere nur daran, dass bei der Wiederaufarbeitung auch eine ganze Reihe von spaltbaren Materialien entsteht, die eigentlich auch durch den Nonproliferationsvertrag nicht gedeckt sind und die dann natürlich auch eine entsprechende Entsorgung erforderten, oder an die leicht flüchtigen wie Tritium oder radioaktive Edelgase.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Um noch mal auf die alternativen Standorte zurückzukommen: Wir haben in den Beratungen bzw. Vernehmungen, die wir bisher durchgeführt haben, den Eindruck gewonnen, dass die alternativen Standorte insbesondere aus zwei Gründen in Betracht gezogen werden sollten: Erstens für den Fall, dass sich Gorleben als ungeeignet erweist und man einen langen zeitlichen Vorlauf vermeiden wollte, um dann mit einem Standort weiterzumachen. Das ist der eine Grund. Der zweite Grund war, dass die Kapazität Gorlebens für die großen Mengen von radioaktiven Abfällen möglicherweise nicht ausreicht, die man sich aufgrund des, wie Sie es auch gesagt haben, aus heutiger Sicht überdimensionierten Kernenergieprogramms vorgestellt hat. Ist das so richtig?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Diesen zweiten Grund könnte ich nicht bestätigen, weil Gorleben eigentlich so geplant war, dass man mit den Mengen dann auch dort vor Ort

entsprechende Endlagermöglichkeiten und Aufarbeitungsmöglichkeiten finden wollte.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Bei der Diskussion über die alternativen Standorte war der Bund letztlich ja vor die Alternative gestellt worden, entweder Gorleben oder gar nichts, weil Niedersachsen nur diesen Standort benannt hat. In der Folge - das geht auch aus den Akten hervor, die Sie sich selbst wohl offensichtlich noch mal angeschaut haben, nämlich aus diesen beiden Vorlagen aus dem Jahre 82 - hat man die Entwicklung gesehen, dass der Bund nicht glücklich war, dass es nur diesen einen Standort gibt. Aus Sicht des Bundes sollten ja auch alternative Standorte in Betracht gezogen werden. Frage: Welcher Gesichtspunkt spielte die entscheidende Rolle, der Entsorgungsvorsorgenachweis, der sonst möglicherweise gefährdet wäre, oder gab es andere Gründe dafür?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Meines Erachtens ist die Sachlage ganz einfach gewesen. Durch die Entsorgungsvorsorge war das Schicksal der Kernenergie an Fortschritte in der Entsorgung geknüpft, also auch der Endlagerung. In dem Maße, wie das mit Gorleben nicht weiterging oder die Zweifel mit Gorleben wuchsen, gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man lockerte die Entsorgungsvorsorge - ich habe eben schon ausgeführt, dass das in der sozial-liberalen Koalition nicht denkbar war -, oder man marschierte mit Gorleben irgendwie durch.

Aber nach dem Regierungswechsel hat man dann den Weg noch viel stärker gewählt, nämlich: Augen zu und durch mit Gorleben. Das war der einzige Weg, wie man vermeiden konnte - - Auch die Regierung Kohl hat seinerzeit - das habe ich auch noch mitbekommen - nicht gewagt, die Entsorgungsvorsorgegrundsätze aufzuweichen; denn das hätte einen mittleren öffentlichen Aufruhr gegeben. Von daher hat man dann natürlich versucht, Gorleben mit allen Mitteln durchzudrücken.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich würde gerne eine Frage zwischendurch stellen.

Sie sind der Erste, der nicht von einer vollständigen Kontinuität der Handlungen der beiden Regierungen spricht. Insbesondere Ihr Kollege Hanning hat gesagt, dass das Interesse von Bundeskanzler Schmidt an der

Kernenergie deutlich größer gewesen sei als dann beim späteren Bundeskanzler Kohl. Können Sie zur Stützung Ihrer These - gerade mit dieser etwas flapsigen Bemerkung: „Augen zu und durch“ - irgendeinen Beleg vorlegen? Es gibt in den Akten keinen einzigen Beleg dafür. Können Sie einen Beleg dafür vorlegen? Haben Sie Erinnerungen an einen Vermerk von sich, an einen Vorgang, der das stützen würde?

(Zuruf: Haben Sie überhaupt Erinnerungen?)

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich kann mich aus der Zeit nach dem Regierungswechsel natürlich an keine Dokumente erinnern, weil ich damit auch nicht befasst war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie stützt sich dann Ihre schneidige Behauptung: „Augen zu und durch“?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Weil die Geschichte so gelaufen ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was heißt „die Geschichte ist so gelaufen“? Woher wissen Sie das? Die Aktenlage sagt etwas völlig anderes, genauso wie die Zeugen bisher etwas völlig anderes gesagt haben.

(Zuruf: Welche Aktenlage?)

- Würden Sie mich jetzt einmal hier die Vernehmung so durchführen lassen, wie ich das für richtig halte?

(Weitere Zurufe)

- Ich akzeptiere nicht, wenn hier „Augen zu und durch“ und „die Geschichte war so“ gesagt wird, sondern möchte gerne den Zeugen bitten, dafür einen sachlichen Beleg vorzulegen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich kann nur sagen, dass in der Folgezeit, und zwar nach dem Regierungswechsel, die verschiedenen Gutachten ja nicht irgendwo geheimnisbewehrt waren, sondern auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden: von Herrn Duphorn, von Herrn Röthemeyer zum Beispiel, auch die PTB, die zunächst mal da sehr, sehr vorsichtig war. - Diese Sachen haben offensichtlich in der Entscheidung zu Gorleben dann keinen Niederschlag gefunden.

Ich versuche ja nur, aufzuzeigen: Ab Herbst 81 verstärkten sich die Zweifel auf

verschiedensten Wegen, durch verschiedene Gutachten. Einen Teil habe ich noch erlebt, und danach habe ich das erlebt, was in der Öffentlichkeit zugänglich war, und da hat sich dieser Eindruck aufgedrängt. Ich kann ganz deutlich sagen, dass ich in dieser Zeit dann keine Dokumente - weder zu der einen noch der anderen Entscheidung - zu Gesicht bekommen habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass bis zum Atomausstiegsvertrag im Jahre 2000 unter Anlage 4 Gorleben von der damaligen rot-grünen Bundesregierung kontinuierlich als eignungshöflich bezeichnet worden ist?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Bitte noch einmal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass kontinuierlich - von allen Regierungen bis hin zur rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 - im Atomausstiegsvertrag in der Anlage 4 in einer Erklärung der damaligen Bundesregierung zur bis dato an Erkenntnissen vorliegenden Haltung zu Gorleben gesagt wurde: „Es spricht nichts gegen die Eignungshöflichkeit von Gorleben“? Wenn es wachsende Zweifel gäbe, dann müssten die sich ja irgendwo in den Akten wiederfinden.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Herr Hanning und ich haben in dem einen Vermerk, den ich jetzt nicht mehr zitieren kann, weil ich das nicht mehr genau weiß, im März 82, nachdem die niedersächsische Landesregierung gesagt hatte: „Sucht bitte auch außerhalb von Niedersachsen nach geeigneten Standorten“, vermerkt, dass es wachsende Zweifel an Gorleben gibt. Das war die Vorlage für den Bundeskanzler. Ich kann natürlich nicht für den Bundeskanzler und für die gesamte Regierung sprechen; aber wir haben diese Zweifel in dem Vermerk - daran kann ich mich erinnern - beide gemeinsam niedergelegt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich Ihnen einmal aus dem Vermerk vom 10. März 82 vorhalten - die MAT-Nummer hatten wir vorhin ja schon genannt gehabt -, dass Sie im Votum, also da, wo es ja letztlich

dann darauf ankommt, unter Punkt 2 geschrieben haben:

Auch für die Einleitung zusätzlicher Erkundungsmaßnahmen für Standorte außerhalb des Salzstockes Gorleben besteht z. Z. kein Handlungsbedarf. Diese Frage sollte ... nach Abschluß und Auswertung der Ergebnisse der Schachtvorbahrungen in Gorleben Ende 1982 geprüft werden.

Das widerspricht letztlich dem, was Sie gerade eben gesagt haben, dass nämlich zwischen dem August 81, wo sich der erste Vermerk von Herrn Hanning und Ihnen in den Akten findet, und jetzt diesem zweiten Vermerk sich diese erheblichen Zweifel aufgetan haben.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Wenn ich mich richtig erinnere, dann war das der Teil, den Sie jetzt vorgetragen haben, der in der Sachdarstellung reinkam,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein!)

und in der Problematik haben wir etwas anderes geschrieben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr von Osten, das ist das Votum, sprich: das, worum es am Ende dann entscheidend geht. - Deshalb: Mir wird jetzt hier dieser Zusammenhang, den Sie dargestellt haben - erhebliche Zweifel, die aufgekommen sind zwischen Ende 81 und Anfang 82 -, ehrlich gesagt, nicht klar. Deshalb noch einmal meine Frage: Können Sie sich an Dokumente, Gutachten oder anderes erinnern, die in dieser Zeit dann gekommen sind; denn Sie sind ja irgendwie zur Schlussfolgerung gekommen, dass es erhebliche Zweifel gab? Aus der Aktenlage - jedenfalls, die wir kennen; wir kennen natürlich noch nicht alle, aber aus der, die wir kennen - ergibt sich das jedenfalls nicht.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Da muss ich ehrlich sagen: Wir haben das nicht aus dem hohlen Bauch geschrieben; aber welche Gutachten dem zugrunde lagen oder welche Informationen, könnte ich jetzt heute nicht mehr sagen. Da müsste ich dann noch einmal Aktenstudium betreiben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir können Ihnen auch gerne den Vermerk herübergeben.

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Materialnummer?)

- MAT A 4/3 und dort Blatt Nr. 115 f.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das Votum ist auf der Seite 4, also sprich: Blatt 118, und dort - das habe ich Ihnen gerade vorgelesen - die Nr. 2.

(Der Zeuge blättert in den Unterlagen - Reinhard Grindel (CDU/CSU): Von der kleinen Petitesse abgesehen, dass Herr Hanning uns exakt das Gegenteil eben gesagt hat!)

Ute Vogt (SPD): Frau Vorsitzende, wir haben vorhin vereinbart, dass Sie dann auch eingreifen, wenn hier falsche Tatsachen benannt werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde eingreifen, wenn ich Anlass dazu sähe, Frau Vogt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ganz offensichtlich ist es das Falsche!)

Wir haben hier jetzt eine Vorlage, die der Zeuge gerade verinnerlicht, und sobald er das getan hat, wird er sich ja dazu äußern.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich finde das hier auch nicht; aber ich habe es anders in Erinnerung: dass wir damals auch sehr lange um eine Formulierung gerungen haben mit unseren Häusern - nicht so sehr zwischen Herrn Hanning und mir, sondern mit den Häusern -, eine Formulierung, die diese Zweifel zumindest mal benannt hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf mal weiterfragen. - Wenn Sie diesen Vermerk jetzt lesen und Sie das nicht wiederfinden: Werden Sie da nicht zweifelnd an Ihrer Erinnerung, weil das ja da schwarz auf weiß steht? - Das halten wir Ihnen ja vor, und die Zusammenfassung, das Votum, steht da auch entsprechend. Deswegen: Wenn Sie das lesen, können Sie das doch nicht gegen Ihre Erinnerung werten. Das verstehe ich

nicht. Das müssten Sie mir erläutern. Stimmt denn das nicht, was da steht? Ist das eine Fälschung?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Oder ist das irgendwie nicht richtig zusammensortiert? Das passt doch nicht zusammen. Sie können doch nicht zum einen sagen, das haben Sie anders in Erinnerung, und da steht es schwarz auf weiß anders. Wie wollen Sie uns das bitte erklären?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Darf ich dann vielleicht auf der Seite 3 unter Nr. 2 das vorlesen, auf das ich mich bezogen habe in meiner Erinnerung jetzt?

Erkundungen für ein Endlager werden z. Z. nur am Standort Gorleben durchgeführt. Da die bisherigen Ergebnisse der Erkundungsmaßnahmen ursprüngliche optimistische Erwartungen nicht erfüllt haben, sind die Risiken eines ausschließlich auf Gorleben reduzierten Erkundungsprogramms allen Beteiligten deutlicher geworden. Niedersachsen hat sich jedoch bisher geweigert, dem schon früher geäußerten Wunsch der Bundesregierung nachzukommen, Erkundungsmaßnahmen auch an anderen Standorten vorzunehmen. Erstmals forderte Ministerin Breuel in der Entsorgungsdebatte am 14. Januar den Bund auf, bei Bedarf Anträge für weitere Standorte zu stellen.

Da alle in Aussicht genommenen Endlager sich in Niedersachsen befinden, wurde die Bundesregierung von der niedersächsischen Landesregierung aufgefordert, auch Standorte außerhalb Niedersachsens auf ihre Eignung zu untersuchen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das kann ich mir vorstellen!)

Die übrigen Länder

- damit sind Baden-Württemberg und Bayern gemeint -

haben sich bisher nicht in der Lage gesehen, dem Bund geeignete

geologische Formationen auf ihren Gebieten zu benennen.

Auf das habe ich mich bezogen, als ich das vorhin gesagt habe.

(Marco Bülow (SPD): So ist es!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht der CDU/CSU-Fraktion zunächst ausgeschöpft, und es geht weiter an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Ich würde gern einfach auch bei der Frage bleiben, wie sich das entwickelt hat - auch die Beurteilung des Standorts Gorleben. Mir liegt ein Vermerk vor: Materialnummer A 52, Band 1, Seite 1 f. Der ist von einem Herrn Dr. Ziegler gezeichnet und ging als Kopie an Sie. In diesem Vermerk vom 20. Mai 81 geht es um eine Informationsveranstaltung in Lüchow von 81, über die berichtet wird. Auf Seite 3 des Vermerks befindet sich dann ein Fazit. Ich lese das Fazit vor:

Die bisherige Formel, es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstocks bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen, kann nicht mehr beibehalten werden. Eine neue Formel könnte in etwa lauten: Beim derzeitigen Stand der obertägigen Erkundungen werfen einige Ergebnisse Fragen auf, die einer sorgfältigen Prüfung im Hinblick auf die Eignung des Salzstocks bei Gorleben bedürfen.

Können Sie sich noch erinnern, wie es zu so einer Veränderung kam von „Es liegt einfach nichts vor“ bis dahin, dass man dann doch gesagt hat: „Es muss eine andere Formel gefunden werden“, und dazu, dass man doch die Zweifel stärker auch benennt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Von dieser Veranstaltung weiß ich natürlich. Ich war aber zu diesem Zeitpunkt gerade aus dem Kanzleramt zurückgekommen. Ich glaube, am 1. Mai habe ich dort wieder begonnen und mich ausschließlich mit Grundsatzfragen der Energieforschung befasst. Das war aber - - Natürlich schloss das auch solche Sachen ein. Ich habe aber an der Veranstaltung, auf die Sie sich beziehen, nicht teilgenommen.

Ute Vogt (SPD): Im Weiteren: Der Vermerk, der eben zitiert wurde, wo Sie ja richtigerweise sich erinnern - der Kollege hat halt eben eine andere Stelle zitiert -, wo Sie richtigerweise noch mal zitiert haben, dass man auch dort noch einmal vonseiten der Bundesregierung alternative Standorte empfohlen hat: Da sind bei den Vermerken Sie und der Herr Hanning gleichermaßen als Autoren. Können Sie beschreiben, wie man sich das vorstellen kann? Wie kommt das zustande? Das sind im Grunde zwei sehr unterschiedliche Ressorts, beide im Bundeskanzleramt. Schreibt einer, und der andere zeichnet? Oder diskutiert man? Oder war man sich immer einig? Berichten Sie vielleicht noch mal, wie diese Vermerke in der Praxis dann auch erstellt worden sind.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: In der Praxis kann man sich das so vorstellen, dass wir ja als Spiegelreferate sehr eng an unsere jeweiligen Häuser gekoppelt waren. Das heißt, alles, was wir dem Bundeskanzler vorgelegt haben an Vermerken, wurde durch die jeweiligen Häuser auch noch einmal gecheckt, ob das auch ihrer Politik sozusagen entsprach.

Es gab damals zwischen dem Innenministerium unter Minister Baum und dem Forschungsministerium in dieser Zeit keine großen Differenzen - *keine* großen Differenzen. Insofern war das auch kein Problem, dass wir gemeinsam einen solchen Vermerk geschrieben haben. Es gab schon Diskussionen natürlich zu einzelnen Formulierungen: Wie weit kann man gehen in den Zweifeln, die dort ja geäußert wurden? Aber das hat dann eben zu dem Resultat, das ich eben auch vorgelesen habe, geführt. Das war eine sehr sorgsam austarierte Bemerkung zum Kenntnisstand des damaligen Zeitpunkts.

Ute Vogt (SPD): Ich würde gern noch auf das Gesamtthema „Alternative Standortsuche“ kommen, weil das ja eines ist, was im Grunde - Sie haben es vorhin berichtet - erst ein Wunsch der Bundesregierung war, danach sich etwas verflüchtigt hatte aufgrund der niedersächsischen Entscheidung und dann aber wieder aufkam, nachdem in Gorleben Sicherheitsmängel oder Sicherheitsbedenken zur Sprache kamen. Diese alternative Standortsuche: War die auch gefordert, weil man der Meinung war, man müsse einen Vergleich haben, um auch den bestmöglichen Standort zu finden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Es hat keine alternativen Standortuntersuchungen gegeben, sondern nur Überlegungen dazu. Die bezogen sich auf Granitformationen und auf Tonformationen, und man wusste, wo eventuell solche alternativen Standorte liegen. Ich hatte es ja vorhin schon ausgeführt, dass vorsichtige Erkundigungen bei den Landesregierungen sofort eine negative Reaktion hervorriefen. Das heißt, zu dem Zeitpunkt waren beide Landesregierungen - - Ich glaube, sogar Hessen war noch einmal mit einer Örtlichkeit kurz drin. Ich weiß das deshalb: Wir mussten dann auch als Referenten - Herr Hanning und ich - auch einmal vor Ort fahren und uns diese Orte anschauen und mit den Leuten dort sprechen.

Von daher - - Es hat aber keine echten Untersuchungen gegeben, sondern nur Überlegungen: Wo könnte man denn untersuchen? Warum man das überhaupt gemacht hat, lag eben daran, dass in Gorleben Zweifel wuchsen, aber Niedersachsen nicht bereit war, andere Salzformationen, die unter Umständen vielleicht geeignet gewesen wären, untersuchen zu lassen.

Ute Vogt (SPD): Ich würde noch einmal gerne auf diese Zweifel eingehen. War das so, dass die Zweifel am Standort Gorleben jetzt insbesondere intern - sagen wir einmal: bei Ihnen, in Ihren Fachbereichen - diskutiert wurden, oder sind diese Zweifel auch innerhalb der Ministerien weitergetragen worden? War es also üblich, dass man - - Schätzen Sie das Thema so ein, dass es im Grunde dann auch einer Berichtspflicht nach oben oblag?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Es hat immer vom Bundeskanzleramt, von den Referenten, eine enge Rückkopplung mit den Häusern gegeben, und da beide Häuser interessiert waren, die Entsorgungsvorsorge so, wie sie 77 oder 79 gefasst worden war, beizubehalten, war man natürlich auch interessiert, Gorleben als den Standort so weit wie möglich zu untersuchen und dann aber auch diese Zweifel zur Kenntnis zu nehmen. Ich kann nicht genau sagen, wie die Haltung der Häuser war, weil - -

Ich will das mal so sagen - das ist jetzt aber eine Einschätzung von mir, eine persönliche Einschätzung und keine durch Tatsachen -: Damals gab es im BMFT eine starke Kernenergiefraktion im gesamten Haus - bis zum Staatssekretär, aber nicht

aufseiten des Ministers. Das fing schon zur Zeit von Herrn Hauff, dem Vorgänger von Bülow, an, und unter dieser Diskrepanz hat auch ein Spiegelreferent im Bundeskanzleramt dann ein bisschen zu leiden. Ich habe zum Teil Vermerke für den Minister machen müssen, die der Staatssekretär nicht gesehen hat, und umgekehrt.

Ute Vogt (SPD): War das Staatssekretär Stahl?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, das war Haunschild.

Ute Vogt (SPD): Ah ja, okay. - Danke.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. von Osten, ich habe eine Frage vorweg. Sie hatten bei Ihrer persönlichen Vorstellung unter anderem erwähnt, dass Sie nach dem Regierungswechsel in ein anderes Referat versetzt worden seien. Gab es da einen kausalen Zusammenhang, oder war das Zufall?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das war kein Zufall; denn - ich hatte ja ausgeführt - in dem letzten halben Jahr vor dem Regierungswechsel war ich mit dem Beenden des Kalkarer Brütters befasst, und wir hatten auch ein Konzept dafür entwickelt.

Sebastian Edathy (SPD): Was ist daraus eigentlich geworden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Dieses passte der neuen Regierung nicht ins Konzept, obwohl ich - Ironie des Schicksals - sagen muss: Das gleiche Konzept wurde zunächst einmal verworfen und der verantwortliche Referatsleiter dann auch versetzt. Vier Jahre später hat Herr Riesenhuber das gleiche Konzept dann aber umgesetzt. Der kausale Zusammenhang hing also nicht mit der Entsorgungsfrage zusammen, sondern mit meiner Tätigkeit für den Kalkarer Brüter.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Die war abgeschlossen mit dem Bericht, der dann allerdings von der neuen Regierung verworfen wurde, was ja auch darauf hinweist, dass es zumindest in Teilen der Fragen der Atomenergiepolitik durchaus Unterschiede zwischen den Kabinetten Schmidt und Kohl gab. Das ist so gewesen; hier ist bisweilen ja ein anderer Eindruck entstanden.

Sie haben ja darauf hingewiesen, dass Sie sehr eng mit Herrn Dr. Hanning zusammengearbeitet hätten. Sie waren ja beide für eine vergleichbare Thematik zuständig - jedenfalls, was die Frage Gorleben oder andere Standorte betrifft. Hat denn Ihrer Erinnerung nach auch Herr Hanning die Bedenken geteilt, die Sie hier uns noch einmal geschildert haben, oder hat er das weniger kritisch gesehen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Er hat den Vermerk mitgezeichnet. Oder: Wir haben ihn gemeinsam entwickelt. - Ich würde nicht so sehr sagen, dass die Meinung von Herrn Hanning und von Herrn von Osten so wichtig war, sondern das spiegelte ja auch den Diskussionsstand in den beiden Häusern, und Herr Baum war zu dieser Zeit, ich würde sagen - das ist eine Einschätzung -, sogar ein wenig kritischer zu Fragen der Kernenergie als das BMFT.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben sich ja sicherlich mit Herrn Dr. Hanning unterhalten, bevor man sich dann zusammensetzt, aufteilt und Absätze schreibt, wie Sie die Lage einschätzen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Und die Einschätzung, die Sie gegeben haben - also: Außer Gorleben gibt es eigentlich keine anderen Standorte aus politischen Gründen, weswegen, Zitat: „Augen zu und durch“ -, diese Haltung, hatte auch Herr Hanning in der Einschätzung letztendlich?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Herr Hanning ist ein sehr vorsichtiger Mensch, wenn ich das sagen darf, und stand einerseits unter dem Druck und der Haltung seines Hauses - Minister Baum -, und andererseits war das BMFT natürlich auch involviert über meine Person. Es gab für Herrn Hanning keinen Anlass, jetzt da nun unbedingt eine ganz eigene Meinung einzubringen. Ich könnte nicht sagen, ob er damit einverstanden war oder nicht. Er hat es mitgezeichnet. Das ist immer eine Mischung aus den Kenntnissen der Referenten und der Meinung der Häuser. Das ist nicht immer ganz zu trennen.

Sebastian Edathy (SPD): Im Ausschuss hat uns schon mehrfach ein Gespräch be-

schäftigt, das am 11. Mai 1983 in Hannover bei der BGR stattgefunden hat. Bei diesem Gespräch bzw. Termin, bei dem es unter anderem um einen Zwischenbericht der PTB für die Vorbereitung einer Kabinettsentscheidung bezüglich der unterirdischen Erkundung von Gorleben ging, war Herr Hanning dabei. Sie waren nicht dabei, sondern für das BMFT waren Herr Ziegler und Herr Kulke anwesend. Herr Hanning war zusätzlich zu den beiden Vertretern des BMI - Blosser und Matting - dabei. Können Sie sich erinnern, dass Sie von einem solchem Gesprächstermin Kenntnis bekommen hatten damals?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das war ja nach dem Regierungswechsel.

Sebastian Edathy (SPD): Da waren Sie da nicht mehr zuständig?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich war sowieso nicht mehr im Kanzleramt.

Sebastian Edathy (SPD): Okay, das ist nachvollziehbar. - Okay, danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. von Osten, ich möchte eine Bemerkung von Herrn Duphorn voranstellen, die ich ganz zielführend finde. Er hat Konfuzius zitiert und gesagt: Freunde, bevor ihr euch streitet, klärt erst die Begriffe. - Deshalb möchte ich noch einmal auf den Begriff des Zweifels zurückkommen.

Zweifel kann man einmal als eine diplomatische Aussage verstehen, hinter der eigentlich die Aussage steckt: Ich bin davon überzeugt, dass wir hier nicht weiterkommen. - Das kann man sehr diplomatisch so formuliert haben. Oder man kann - wie ich mir das auch unter Naturwissenschaftlern vorstellen könnte - der Meinung sein: Hier ist eine Frage, die wir noch klären müssen, der wir noch nachgehen müssen. - Es definiert gewissermaßen ein künftiges Forschungsprogramm oder - Schrägstrich - Erkundungsprogramm.

Wenn Sie von Zweifeln sprechen, dann nehmen Sie doch sicherlich Bezug auf solche Gutachten, wie sie unter anderem von

Herrn Duphorn usw. eingeführt worden sind und die dann ja später auch einem Forschungsprogramm zugeführt worden sind. Oder wollten Sie zum Ausdruck bringen, dass die Überzeugung vorherrschte, man komme dort nicht weiter? Diesen Begriff des Zweifels, wie Sie ihn verwenden, hätte ich also gerne noch einmal ausgeleuchtet.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, Sie haben völlig recht: Die Zweifel bezogen sich auf Ergebnisse, und zwar auch schon Teilergebnisse, die bekannt wurden von den verschiedenen Gutachtern, die da befasst waren. Das ist etwas, was wie ein Geflecht von Meinungen und von Erkenntnissen, die - - Zum Beispiel Duphorn: Ich weiß nicht, wann sein Gutachten veröffentlicht wurde, aber er hat diese Zweifel - und hat das auch untermauert durch entsprechende naturwissenschaftliche Erläuterungen - auch schon vorher geäußert, und die haben wir natürlich mit aufgenommen in der Bewertung. Das Deckgebirge des Salzstocks Gorleben war gehoben worden durch tektonische Bewegungen und nicht mehr sicher. Sorgte es für einen Abschluss gegen Wasser und Wassereinträge?

Marco Buschmann (FDP): Über den Inhalt der Zweifel von Herrn Duphorn hat er uns ja selber auch aufgeklärt; deshalb wollte ich darauf jetzt nicht weiter eingehen. Sie würden aber schon bestätigen, dass diese Dinge eben gerade auch im Bundeskanzleramt nicht ignoriert worden sind, sondern dass man sich damit auseinandergesetzt hat?

Können Sie weiter bestätigen, oder haben Sie eine Erinnerung daran, dass auch die für das Fachliche, die naturwissenschaftlich zuständige Behörde, die PTB, dies auch nicht ignoriert hat, sondern dies sozusagen einem Abwägungsprozess, einem Prozess der Auseinandersetzung zugeführt hat, weil diese Zweifel ja sozusagen nicht die einzige Ansicht waren, sondern es gab ja ebenso auch Stellungnahmen von namhaften Wissenschaftlern, die das Gegenteil zum Ausdruck gebracht haben? War also Ihr Eindruck, dass man das ignoriert hat, oder war Ihr Eindruck, dass das Eingang in eine fachlich fundierte Auseinandersetzung in der fachlich zuständigen Behörde gefunden hat?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem ich das verfolgen kann

im Bundeskanzleramt, hat es in dieser Frage auch bei der PTB eine sehr vorsichtige Haltung gegeben. Was danach war, kann ich schlichtweg nicht sagen, weil ich mit der Materie dann nicht mehr befasst war.

Marco Buschmann (FDP): Was heißt „vorsichtig“? Heißt „vorsichtig“, dass man sich nicht äußert, oder heißt „vorsichtig“, dass man erst einmal alle Erkenntnisquellen ausgeschöpft hat, bevor man sich zu einer vorschnellen - sagen wir einmal - Wertung durchringt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich glaube schon, dass Herr Röthemeyer damals sehr genau alle Meinungen oder alle Untersuchungen mit in seine vorsichtige Bewertung aufgenommen hat, so vorsichtig, wie ich sie bis zu dem Zeitpunkt, wo ich im Bundeskanzleramt war, beurteilen kann.

Marco Buschmann (FDP): Haben Sie in irgendeiner Form den Eindruck gewonnen, dass es zu dem Zeitpunkt, als Sie in Verantwortung waren und das überhaupt hätten mitbekommen können, Neigungen gab, kritische Wissenschaftler - das ist ein Vorwurf, der im Raum steht - gezielt kaltzustellen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Eine Beantwortung dieser Frage fällt mir schwer, weil es schon natürlich bei ausgesprochenen Kernenergiebefürwortern - auch im BMFT - die Meinung gab, dass man einige Wissenschaftler besser nicht befragen sollte. Aber das ist eine schwierige Antwort; denn ich könnte da jetzt keine Namen direkt nennen. Aber ich saß im Referat für Entsorgung - am Anfang -, und schon damals hat man natürlich gesehen, dass man, nachdem die Entsorgungsgrundsätze im Leben waren, dort Fortschritte brauchte. Ich sage nicht: „um jeden Preis“, aber man brauchte die Fortschritte.

Marco Buschmann (FDP): War denn Ihr Eindruck, dass man - - Also, Sie haben den Eindruck gewonnen, bestimmte Leute seien nicht zu befragen. War das denn eine Frage der Auswahl, der Vorauswahl der Gutachter, oder - darauf bezog sich ja meine Frage - hatten Sie den Eindruck, dass, wenn Gutachten vorlagen, man auch geneigt gewesen wäre, sozusagen Leute ins Off zu manövrieren?

ren oder mundtot zu machen, was so ein Begriff ist, der mal eingeführt wurde?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich kann dazu nur folgenden Satz sagen: Herr Duphorn hatte ein schwieriges Leben in dieser Zeit.

Marco Buschmann (FDP): Da muss ich noch einmal nachsetzen. Das ist natürlich eine sehr allgemeine Aussage. Wir haben hier einen relativ konkreten Untersuchungsauftrag. Das ist kein Vorwurf an Sie. Ich bitte, werbe sozusagen nur um Verständnis für unsere Funktion. Wir haben einen sehr klaren Untersuchungsauftrag, und der lautet, zu ermitteln, ob es hier Manipulationen von Gutachten gab, ob hier Druck ausgeübt wurde, ob eine Entscheidung sachwidrig getroffen wurde.

Vor dem Hintergrund dieses Untersuchungsauftrages ist es natürlich schwierig, mit so einem Satz „Er hatte ein schwieriges Leben“ zu arbeiten. Sie sind ja hier als Zeuge und haben als Zeuge die Aufgabe, über sagen wir einmal - Dinge zu berichten, die Gegenstand Ihrer sinnlichen Kenntnisnahme, also nicht sozusagen Ihres Bauchgefühls oder eines allgemeinen Eindrucks waren, sondern dessen, was Sie wahrgenommen haben. Wenn Sie etwas nicht wahrgenommen haben und sagen: „Dazu kann ich nichts sagen“, ist das kein Problem, nur noch einmal meine Frage: Können Sie über konkrete Sachverhalte berichten, die eine These belegen könnten, dass jemand mundtot gemacht worden wäre, oder nicht?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das kann ich nicht.

Marco Buschmann (FDP): Danke schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte auch ganz gern noch einmal auf Herrn Duphorn zu sprechen kommen. Er hat uns hier heute Morgen eigentlich schon auch gesagt, dass er mit seinen wissenschaftlichen Einschätzungen ziemlich alleine dastand und dass die Mehrheit der Wissenschaftler doch eher anderer Auffassung war.

(Zuruf von der SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Er hat aber sehr glaubhaft hier versichert, dass er schon die Anerkennung seiner quartärgeologischen Befunde gewürdigt

wusste. Er hat also auch gesagt: Man hat mit ihm wirklich auch in entsprechendem Maße und in Anerkennung und kollegial diskutiert. - Er hat also nicht hier versichert, dass man ihm gegenüber unfair gewesen ist. Das Einzige, was er uns hier glaubhaft machen konnte, ist, dass er sehr enttäuscht darüber war, dass er keinen Folgeauftrag bekam, womit er fest gerechnet hatte. Er hatte ja auch eigene Vorschläge gemacht.

Auch in Anbetracht, dass Sie sagen: „Er hatte ein schwieriges Leben in der Zeit“, frage ich: Wie beurteilen Sie es denn, dass er so alleine stand mit dieser wissenschaftlichen Einschätzung?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich erinnere mich nicht ganz genau, aber es hat nicht nur Herrn Duphorn gegeben, der Zweifel hatte. Ich erinnere mich an irgendein anderes Gutachten, wo jemand gesagt hat, dass Gorleben, wenn überhaupt, nur das Zweitbeste, die zweitbeste Wahl gewesen wäre. Es hat eine ganze Reihe von Wissenschaftlern gegeben, die sich sehr dezidiert um die Lage des Salzstocks bemüht haben und dann zu der Erkenntnis gekommen sind, dass dieser Salzstock mit Sicherheit nicht der ideale ist. Mehr kann ich jetzt auch dazu nicht sagen; denn alles andere ist dann im Bereich von Vermutungen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. von Osten. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. von Osten, können Sie uns sagen, was Sie wissen aus der Zeit, als Sie da tätig waren, über die Entscheidungsfindung für Gorleben als einzigem Erkundungsstandort im Jahr 1983? Was ist da sozusagen im Vorfeld abgewogen worden, bis man gesagt hat, man erkunde jetzt ausschließlich Gorleben und keinen weiteren?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das ist mir nur noch schemenhaft in Erinnerung. Es gab, als ich noch im Entsorgungreferat war, eine ganze Reihe von Standorten in Niedersachsen, die in Betracht kamen. Das war irgendwo im Emsland ein Standort, einer bei Fallingbostel - ich komme selbst aus Niedersachsen, deswegen kenne ich Niedersachsen so ein bisschen - und Gorleben. Ich glaube, es gab sogar noch einen vierten.

Die Bundesregierung ist seinerzeit überrascht worden - ich glaube, nach einem Hearing, das der Herr Albrecht durchgeführt hatte - von der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung: Es kommt nur Gorleben infrage. - Das war so aus dem Referat und aus dem BMFT seinerzeit gar nicht gewollt, sondern da hatte man von Anfang an gesagt: Wir haben hier verschiedene Standortmöglichkeiten; lasst uns die alle untersuchen. - Das war eine Entscheidung dann von Niedersachsen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Darauf hat dann auch der Bund keinen Einfluss genommen oder das sozusagen noch einmal infrage gestellt? Sie sagen, dass in diesem Zeitrahmen Zweifel an der Eignung des Standortes ja doch vorhanden waren. Waren das ausschließlich wissenschaftlich-geologische Zweifel, oder waren das vielleicht auch Zweifel, ob der Standort politisch geeignet wäre?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Der Standort Gorleben ist ausgewählt worden von der niedersächsischen Regierung. Es gab damals - da müssen wir in der zeitlichen Reihenfolge korrekt bleiben - die Entsorgungsgrundsätze, und es gab den Wunsch der Bundesregierung, mehrere Standorte zu untersuchen. Dann kam das Gorleben-Hearing, und dann kam die Entscheidung der Landesregierung von Niedersachsen. Danach war die Bundesregierung damit konfrontiert, dass man jetzt erst einmal wirklich in Gorleben untersuchen musste.

Dieses geschah ja dann auch, und im Laufe der Zeit kamen dann erst durch die verschiedenen geologischen Erkenntnisse Zweifel an dem Standort auf. Die Zweifel waren also nicht von vornherein an Gorleben, sondern Gorleben war einer der Standorte, für die man sich durchaus erwärmen konnte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber meine Frage bezieht sich jetzt ja auf das Vorfeld der Entscheidung 83 zur untertägigen Erkundung. Mich würde schon interessieren - wohl wissend, dass Sie nicht so lange da im Haus waren; aber ich stelle mir schon vor, dass das auch ein etwas längerer Entscheidungsprozess ist -: An welchen Debatten haben Sie da im Vorfeld der Kabinettsentscheidung teilgenommen, oder welche Debatten sind Ihnen da zur Kenntnis gekom-

men? Ist Ihnen vielleicht in dem Zusammenhang auch der Einfluss von Dritten bekannt geworden?

Ich sage einmal: Ich könnte mir ja vorstellen, dass es bei dem Druck, von dem wir jetzt hier immer wieder gehört haben, einen Entsorgungsdruck gab und dass zum Beispiel auch die Betreiber da auf Eile gedrängt haben oder darauf gedrängt haben, dass etwas passiert. Wie haben Sie das erlebt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Eine Standortentscheidung ist ja nie nur ein Resultat rein wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern natürlich war auch ein gewisses Argument, welcher Widerstand sich öffentlich manifestierte an diesem Standort. Wir hatten dann ja auch entsprechende - - Obwohl das ja ein Bereich war, der an drei Seiten von der damaligen DDR-Grenze umschlossen war und auch aus diesen Gründen natürlich mit in die engere Wahl kam, hat man zunächst einmal nicht damit gerechnet - auch im BMFT nicht, auch im Innenministerium nicht -, dass sich ein so großer Widerstand dort manifestieren würde.

Man hat das - - Ich bin selbst mit Helmut Schmidt in diese große Demonstration in Gorleben damals mit einem Hubschrauber hineingeflogen. Das war schon auch ein Erlebnis, das die Politiker nicht unberührt lässt, wenn dort Hunderttausende um das Lager herum stehen, mit einer Polizeimacht dazwischen, und das Lager dort zum Hochsicherheitstrakt wird.

Ich glaube, dass eine solche Entscheidung für Standorte nie ein reines Werk von wissenschaftlichen Erkenntnissen sein kann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Kann es also sein, dass auch die Überlegung, dass man mit einer schnellen Entscheidung vielleicht die Lage entspannt oder gehandelt kriegt, da Einfluss hatte, oder wie haben Sie das wahrgenommen? Ich sage einmal: Sind da in Ihrer Gegenwart oder nach Ihrer Kenntnis Debatten geführt worden, die sozusagen den Widerstand aufgegriffen haben, den es gab, und das in die Entscheidungsfindung haben einfließen lassen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Es gab zu dieser Zeit ja einen Dialog Kernenergie - durchgeführt vom BMFT -, und natürlich hat man - - Da fast alle Mitarbeiter der Abteilung Energie in diesem Dialog Kernenergie auch vor Ort häufig Veranstaltungen mitgeführt

haben, gab es schon entsprechende Kenntnis von besonderen Problemen dieses Standortes, die auch im öffentlichen Bereich lagen, ja. Aber da könnte ich Ihnen jetzt nichts Belastbares zitieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank noch mal an Sie, Herr Dr. von Osten. - Jetzt sind Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich möchte noch mal auf eine Vorlage zurückkommen, die von Herrn Grindel ganz am Anfang - auch von Ihnen selbst, Herr von Osten - angesprochen wurde, nämlich auf diese Ergänzung zu der Leitungsvorlage vom 17.08.81, die Sie mit Herrn Hanning für den Bundeskanzler am 10. März 82 gemacht haben. Sie haben daraus zitiert vorhin und die Problematik beschrieben. Ich benenne es noch einmal:

Erkundungen für ein Endlager, in dem alle Abfallarten untergebracht werden können, werden z. Z. nur am Standort Gorleben durchgeführt. Da die bisherigen Ergebnisse der Erkundungsmaßnahmen ursprüngliche optimistische Erwartungen nicht erfüllt haben, sind die Risiken eines ausschließlich auf Gorleben reduzierten Erkundungsprogramms allen Beteiligten deutlicher geworden.

Diese Vorlage gliedert sich in drei Teile: einen Sachstand, dann kommt die Problematik mit diesem Zitat, auf das Sie sich vorhin auch bezogen haben, und dann kommt eben am Ende das Votum:

Auch für die Einleitung zusätzlicher Erkundungsmaßnahmen für Standorte außerhalb des Salzstockes Gorleben besteht z. Z. kein Handlungsbedarf.

Das ist ja in der Tat ein gewisser Widerspruch. Meine Fragen jetzt an Sie sind: Wie frei waren Sie denn beim Verfassen des Votums? Wofür war das Votum gedacht?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich weiß nicht, wie weit Sie mit den Gepflogenheiten -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben nicht.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: - im Ministerium vertraut sind. Ein Referent bringt seine Erkenntnisse in eine solche Vorlage, aber er koppelt das auch zurück mit dem jeweiligen Haus. Ich kann mich nur erinnern, dass beide Häuser - vor allen Dingen aber mein Haus, das BMFT - darauf bestanden haben, dann im Votum diese Formulierung zu finden, nachdem sie akzeptiert hatten oder auch mitgetragen haben die vorher in der Problematik geäußerte Einschätzung.

Die Einschätzung, Problematikdarstellung ist aber nicht die Handlungsanweisung, und die Handlungsanweisung war dann: Wir machen mit Gorleben jetzt zunächst mal weiter, weil sich keine weiteren anderen Standorte anbieten. - Sie haben das eben vorgelesen; ich habe es nicht genau in Erinnerung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ohne selbst eigene Erfahrungen mit den Gepflogenheiten im Ministerium zu haben, habe ich mir das so ungefähr vorgestellt, dass Sie einen Bereich bekommen, in dem Sie unter „Problematik“ tatsächlich die Probleme aufzählen können, aber man schon erwartet, dass das Votum so liegt, dass es da eine gewisse Vorgabe gibt. - Danke schön.

Jetzt will ich noch mal zu der eigentlichen Vorlage vom 17.08.81 kommen. Dort steht zur Eignung des Salzstocks Gorleben:

Die bisherigen Erkenntnisse rechtfertigen keine begründeten Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstocks. Die Untersuchungen lassen jedoch erkennen, daß die geologischen Eigenschaften des Salzstocks nicht optimale Erwartungen zu erfüllen scheinen. Das Risiko eines negativen Ausgangs der Standorterkundung bleibt daher nach wie vor bestehen.

Das zieht sich ja wie ein gewisser roter Faden eigentlich durch alles hindurch.

Jetzt kommt der Punkt mit der Entsorgungsvorsorge:

In einem solchen Fall würde ein wichtiger Bestandteil der Entsorgungsvorsorge „Fortführung des laufenden Planfeststellungsverfahrens sowie Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung eines Endlagers“ entfallen und die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke gefährden.

Was bedeutet das, so wie es da steht? Heißt das einfach: „Leute, passt auf, wir müssen uns etwas überlegen“? Oder hat das auch bedeutet, dass man Gespräche mit der Energiewirtschaft dann aufgenommen hat, weil es ja offensichtlich auf zwei Seiten ein massives Interesse gab, diesen Entsorgungsvorsorgenachweis nicht zu führen. Sowohl die Bundesregierung hatte ein ganz klares Interesse am Ausbau der Atomenergie, aber ich denke einmal, auch die Atomwirtschaft oder die Energiewirtschaft selbst wird dieses Interesse gehabt haben. Wissen Sie von Gesprächen, die dann stattfanden und in denen überlegt wurde, wie man das Problem, das sich da auftut, vielleicht irgendwie in den Griff bekommt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Es hat permanent Überlegungen gegeben, ob man von dieser Entsorgungsvorsorgekopplung mit der Endlagerung wieder abgehen sollte. Aber es hat zu keinem Beschluss geführt in dieser Zeit, weil die größere Fraktion in der sozial-liberalen Koalition dafür nicht zu gewinnen war. Im Gegenteil: Es kam ja dann 81, glaube ich, zum Beschluss der SPD auf einem Bundesparteitag in Berlin, die Kernenergie zu verlassen. Das war die Rede von Herrn Eppler.

Von daher wurde natürlich schon bei denen, die für das Ganze Verantwortung trugen, die Gefahr immer sehr groß gesehen, dass über diese Kopplung und den eventuellen Nichterfolg bei Gorleben dann die ganze Genehmigungspraxis für Kernenergieanlagen in Gefahr geriet. Das war eine permanente Diskussion, die es zu dieser Zeit gegeben hat; aber es hat zu keiner Zeit - jedenfalls in der sozialliberalen Koalition nicht - zu einer Entscheidung in der einen oder anderen Richtung geführt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Sie sagten, die kleinere Fraktion der sozialliberalen Koalition sei dafür gewesen, diese Entkopplung stattfinden zu lassen. Jetzt haben wir - noch mal zurück - -

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe ja vorhin erwähnt, dass das Innenministerium und damit Herr Baum als der - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Es gab also in beiden Fraktionen gar keine Bereitschaft dazu?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber trotzdem war es ja eine Diskussion.

Ich habe vorhin schon Herrn Hanning zitiert. Jetzt auch noch mal aus dem gleichen Bericht, den wir jetzt schon mehrmals genannt haben, und zu der der Problematik, dass verschiedene Punkte aufgezeigt werden und man dann doch zu einem anderen Votum kommt. Als dritter Punkt wird bei „Problematik“ damals benannt - von Ihnen und von Herrn Hanning -:

Von der Opposition ist in der Entsorgungsdebatte gefordert worden, die Entsorgungskopplung für den Bau von Kernkraftwerken aufzuweichen.

Sie sagten ja auch: Das war eine ständige Debatte. - Was hätte das denn zur Konsequenz gehabt, wenn man das getan hätte?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ganz einfach: Man hätte keine Fortschritte bei der Endlagerung benötigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke: Auf zur nächsten Runde! - Die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben gerade gesagt: „Da müssen wir in der zeitlichen Reihenfolge korrekt bleiben.“ - Dann wollen wir das auch mal machen. Wo waren Sie denn im Januar 83 beschäftigt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Im BMFT.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann sind Sie aus dem Kanzleramt ausgeschieden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Im April 1982.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was haben Sie im Januar 83 - ich habe das nicht mehr genau in Erinnerung - denn im BMFT gemacht?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich habe das vorhin erläutert.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich habe es vergessen; das ist mein Fehler.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich sage das gerne noch mal: Im April bin ich zurück ins BMFT gekommen und habe die Leitung des Referates „Grundsatzfragen der Energieforschung“ übernommen unter Minister von Bülow. In dieser Funktion war ich in diesen wenigen Monaten fast ausschließlich damit befasst, das Aus des Kalkarer Brütters als Konzept zu entwickeln.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. - Jetzt haben Sie gesagt: Der Herr Röthemeyer war immer sehr vorsichtig - auch bei der Abfassung.

(Zuruf von der SPD)

- Nein, auch Herr Röthemeyer ist da sehr zurückhaltend an die Themen herangegangen. - Er ist ja erst im Januar 83 von Herrn Ollig gebeten worden - dann auch mitgetragen vom BMI -, diesen Zwischenbericht anzufertigen, der dann die Grundlage für die Entscheidung der Bundesregierung im Juli gebildet hat, in die untertägige Erkundung einzusteigen. Das heißt, von diesem Prozess haben Sie doch in Ihrer dienstlichen Tätigkeit gar nichts mitbekommen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Von diesem Prozess nicht. Aber Herr Röthemeyer - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aha. Wie können Sie dann also eine Bewertung abgeben, wie sich Herr Röthemeyer in dieser Frage verhalten hat? Sie haben doch von diesem ganzen Vorgang gar keine eigene Kenntnis.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Die PTB war auch in der Zeit davor durchaus in die Frage der Endlagereignung involviert. Das hat sich nicht in schon fertigen Abschlussberichten geäußert, aber es gab eine Mitwirkung der PTB zu dieser Zeit, und ich kann nur sagen: Da war Herr Röthemeyer auch schon dabei.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das ist seine Aufgabe gewesen, aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. - Was ist denn?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, woher Herr Grindel weiß, dass Herr Ollig Herrn Röthemeyer dazu aufgefordert hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch im Januar 83 der Vorgang gewesen; das ist ja nun gar kein Problem.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) blättert in seinen Unterlagen - Zuruf von der CDU/CSU-Fraktion: Das wird jetzt aber nicht auf die Redezeit angerechnet?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein.

(Zuruf von der CDU/CSU-Fraktion: Suchzeit ist nicht Redezeit!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das müsste im Gabriel-Bericht sogar drin sein.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich habe das Datum, nämlich 26. Januar, aber ich habe keine MAT-Nummer!)

Ich zitiere das; das ist die Anlage 7 zum BMU-Bericht. Das ist MAT A 4/3 und dementsprechend die Anlage 7. Ich meine, das ist einer der zentralen Vorgänge und auch nicht zu bestreiten.

Langer Rede, kurzer Sinn: Es geht ja um die Frage, was Sie aus eigener - Sie sind hier ja Zeuge und nicht Kommentator von energiepolitischen Abläufen - Erkenntnis wissen über den Prozess der Diskussionen innerhalb der PTB, auch mit anderen Bundesbehörden und Wissenschaftlern, die dann zu diesem Zwischenbericht geführt haben, der Grundlage war für die Kabinettsentscheidung im Juli 83. Was wissen Sie aus eigener Anschauung darüber?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich habe Ihnen ja deutlich gemacht, dass ich ab Mai 1982 in anderer Funktion im BMFT tätig war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Man bekommt natürlich trotzdem als Referatsleiter Energieforschung, „Grundsatzfragen der Energieforschung“, in einer Abteilung, in der auch diese Fragen behandelt wurden, etwas mit in Abteilungsleiterbesprechungen oder dergleichen. Ich kann aber auch vorher sagen: In meiner Tätigkeit im Kanzleramt ist die Bewertung, die sich zum Beispiel in diesen beiden Vermerken widerspiegelt, ja das Ergebnis nicht unbedingt immer von direkten Kontakten mit den verschiedenen Gutachtern, sondern Ergebnis von Kontakten mit den Kollegen im Forschungsministerium, die mit der Sache befasst waren und ihre Einschätzung gegeben haben.

Ich habe das ja vorhin bei der Frage der Abgeordneten der Grünen schon deutlich gemacht: So ein Vermerk ist nicht allein das Ergebnis einer persönlichen Erfahrung und Bewertung, sondern auch ein Ergebnis der Einschätzung des Mutterhauses, wenn ich das so sagen kann, des BMFT in diesem Fall und des BMI. Von daher spielen sich viele der Erkenntnisse auf dem Weg ab, dass man mit Kollegen in den Häusern spricht: Wie seht ihr dieses? Was sagt ihr dazu? Was sagt ihr dazu?

Wir haben nicht nur das jeweilige Ressort kontaktiert, sondern ich habe in der Funktion im Kanzleramt mit allen möglichen Ministerien - dem Wirtschaftsministerium zum Beispiel auch sehr häufig - Kontakt gehabt und um deren Einschätzung und Votum gebeten. Das Ganze basiert also nicht immer auf der Erkenntnis aus einem persönlichen Kontakt mit dem Gutachter, sondern auf dem Wege über die Einschätzung von Kollegen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Herr von Osten, Sie haben von Zweifeln gesprochen, von Problemen. Sind Sie denn bereit, aus dem, was Sie da gehört haben, mir zuzustimmen, dass sich davon im Zwischenbericht nichts findet? Im Zwischenbericht wird an der Eignungshöflichkeit von Gorleben nach allem, was bei der obertägigen Erkundung herausgekommen ist und als Empfehlung an die Bundesregierung ging, die untertägige Erkundung aufzunehmen, kein Zweifel geäußert. Zu allem, was Sie vortragen, wenn ich das einmal sagen darf, findet sich nun einmal nichts in den Akten. Sie haben zum Beispiel gesagt - das Votum unter III 2. -:

Auch für die Einleitung zusätzlicher Erkundungsmaßnahmen für Stand-

orte außerhalb des Salzstocks ... besteht z. Z. kein Handlungsbedarf.

Das sei praktisch vom BMFT, von Ihrem Stammhaus, da hineingebracht worden.

Es gibt aber ja in den Akten gar keinen Austausch von Stellungnahmen. Es ist überhaupt nicht ersichtlich, dass irgendjemand vom BMFT gewusst hat, dass Sie mit Herrn Hanning diesen Vermerk vorbereiten. Das müsste sich doch irgendwo in den Akten finden. Haben Sie denn diesen Vermerk, etwa im Entwurf, ohne das Votum irgendjemandem im BMFT zugeleitet, sodass sich das in den Akten ergeben würde, dass auf Wunsch des BMFT dieses Votum hineingekommen ist?

(Ute Vogt (SPD): Da ist eine Zeichnungsleiste!)

- Also doch vom Kanzleramt, Entschuldigung; Referatsleiter, Abteilungsleiter - Chef BK schon nicht mehr gezeichnet. - Aber dass jemals diesen Vermerk im Entwurf jemand vom BMFT gesehen hat, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Wer hat das denn gesehen? Wer hat Ihnen denn gesagt: Bitte sorgen Sie dafür, dass nur reinkommt, dass zusätzliche Erkundungsmaßnahmen nicht sein sollen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja, ganz klar: Es muss darüber auch im BMFT und im BMI entsprechende Unterlagen geben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt noch einen Antrag zur Geschäftsordnung. - Bitte, Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Frau Vorsitzende, ich glaube, es wäre ein Gebot der Fairness, wenn Sie den Zeugen darauf aufmerksam machen würden, dass die Aktenüberstellung des BMFT noch gar nicht erfolgt ist. Es ist so, dass wir die Akten noch nicht vorliegen haben und hier so tun, als ob das hier der Fall wäre.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut, ja. Herr Edathy, da haben Sie recht. Okay: aus den bisher uns vorliegenden Akten. Da haben Sie recht. - Es müsste aber auch - wir haben ja von den Vertretern - -

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy (SPD))

- Wenn ich Ihnen schon mal recht gebe, dann müssen Sie ja nun nicht gleich wieder schreien.

Da wir ja von der doppelten und manchmal dreifachen Aktenführung gehört haben, müsste sich ja in den Kanzleramtsakten eine Stellungnahme des BMFT finden. Das ist nicht der Fall; da sind wir uns, glaube ich, einig. Insofern ist es richtig: Es ist denkbar, dass da etwas ist. - In den Kanzleramtsakten gibt es eine Reaktion des BMFT nicht.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich bin sicher, dass wir diese Vorlagen sowohl mit dem BMI wie mit dem BMFT abgestimmt haben. Auf welchem Wege? - Es gab damals weder E-Mails; es gab Fax vielleicht, und es gab auch den kurzen Weg, dass man mit einer solchen Vorlage ins Haus übergegangen ist und diese Abstimmung herbeigeführt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Welche Person im BMFT hat auf dieses Votum auf Seite 4 des jetzt mehrfach genannten Vermerks denn Wert gelegt? Wer hat Ihnen gesagt: „Das Votum soll so aussehen“?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das kann ich beim besten Willen jetzt nicht mehr sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber, verzeihen Sie, Herr von Osten, wenn Sie eine solche Aussage treffen: „Das ist mir reingedrückt worden“ - so kann man das ja umgangssprachlich formulieren -, dann müssten Sie doch noch wissen, von wem das geschehen ist.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Also, normalerweise habe ich diese Vermerke mit dem Abteilungsleiter im BMFT abgestimmt. Das war zu dieser Zeit Herr Schmidt-Küster oder Herr Popp - das war der Unterabteilungsleiter. Mit einem von beiden ist das mit Sicherheit abgestimmt worden. Fragen Sie Herrn Hanning. Der muss eigentlich auch sagen: Das haben wir nicht aus dem hohlen Bauch geschrieben, sondern das haben wir mit den Häusern abgestimmt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Hanning hat uns davon nichts gesagt.

(Zuruf von der SPD: Er wurde auch nicht gefragt!)

Gut, okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen?

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf dann bei dem Votum noch mal nachhaken: Sie wollen uns also ernsthaft erklären, dass dieses Votum, über das wir gerade gesprochen haben, das Ihre Unterschrift und die von Herrn Dr. Hanning trägt, nicht Ihre eigene Meinung darstellt. Sie waren ja Beamter zu der Zeit, und Sie stehen nicht zu dem, was Sie da unterschrieben haben. So interpretiere ich das.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das ist eine falsche Interpretation.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt: Wenn ich das falsch interpretiert habe, dann stehen Sie auch dazu, was Sie dort unterschrieben haben?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja, sonst hätte ich es nicht unterschrieben.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. - Dann stellt sich für mich natürlich die weitere Frage: Warum erklären Sie uns denn dann, dass irgendeiner, wie mein Kollege Grindel das gerade formuliert hat, Ihnen das aufs Auge gedrückt hat? Den Eindruck hatten wir. Wenn Sie dazu stehen, was Sie da unterschrieben haben, dann ist das ja auch so richtig. Dann müssen Sie, auch wenn Sie einen Hinweis bekommen haben - wie immer man den interpretiert -, den ja als sachgerecht empfunden haben, weil es dann Ihre eigene Meinung widerspiegelt; denn sonst hätten Sie sich ja dagegen zur Wehr setzen können. Oder liege ich da falsch?

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das eine Frage?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, klar; es war ja ein Fragezeichen dahinter. Natürlich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das war eine Frage. Ich kann sie gerne noch einmal wiederholen, wenn Sie sie nicht verstanden haben; aber er hat sie verstanden, und darauf kommt es an.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich glaube, dass Sie unterschätzen oder vielleicht auch

nicht wissen, wie solche Vermerke da zustande kommen.

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja,
offensichtlich!)

Es war so, dass natürlich in der Problematik diese Zweifel geäußert wurden, aber im Votum dann eine Handlungsanweisung - - Wie verfahren wir denn jetzt mit den nächsten Schritten? - Da war von beiden Häusern die Meinung - was soll ein Hilfsreferent da anderes machen -, dass man im Moment nicht zu einem anderen Schluss als „Weitermachen mit Gorleben“ kommen kann.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das kann ich Ihnen sagen. Wenn das nicht Ihrer Meinung entspricht, dann müssen Sie irgendwas anderes erklären oder remonstrieren, dass das, was Sie hier unterschrieben haben, dann nicht Ihrer Meinung entspricht. Das würden wir erwarten.

(Sebastian Edathy (SPD): Das hat
mit dem Untersuchungsauftrag
nichts zu tun! - Weiterer Zuruf der
Abg. Ute Vogt (SPD))

- Lassen Sie mich bitte mal ausreden; Sie sind später dran. - Haben Sie da Ihre gegenteilige Meinung irgendwo niedergelegt? Können wir die irgendwo finden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, ich habe doch keine gegenteilige Meinung dazu geäußert. Ich habe doch nur gesagt: Wir haben in der Problematik die Zweifel geäußert und sind aber im Schluss des Votums zu dem Ergebnis gekommen, dass man zurzeit keinen anderen Weg gehen sollte. Das war die Meinung damals, die vernünftig schien und der sich die Referenten dann auch angeschlossen haben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr von Osten, ich muss da auch noch mal ein bisschen nachhaken. Sie haben vorhin gesagt: Gorleben wurde „mit allen Mitteln“ durchgedrückt. - Wie haben Sie das gemeint? Wurde Ihnen eine direkte Weisung erteilt oder Ihren Kollegen Weisung erteilt? Ist das mit „mit allen Mitteln“ gemeint, oder in welcher Form wurde da eventuell Druck ausgeübt?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Eine Weisung hat es nicht gegeben, aber es hat natürlich Gespräche gegeben, in denen man

diskutiert hat, dass es zwar da Zweifel gibt, die man nicht ganz unterdrücken kann - das heißt, sie finden sich wieder im Vermerk -, dass aber das Votum, eine politische Einschätzung, wie man weiter verfahren sollte, so lautete, wie es dort steht, und dem haben sich die Referenten angeschlossen. Ich weiß nicht, wo Sie da jetzt den Widerspruch sehen, dass man in einem Vermerk gewisse Tatsachen erwähnt, aber in der Endabwägung eines Votums dann zu einem anderen Ergebnis kommt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, aber „mit allen Mitteln“ ist ja ein sehr harter Begriff. Das kann ja nur eine Weisung dann sein. So sehe ich diesen Ausdruck: „mit allen Mitteln“.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Moment! „Mit allen Mitteln“: Das steht ja nicht im Vermerk.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Was waren denn die Mittel? Das ist ja dann die Frage.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, im Vermerk steht doch nur, dass unter den gegebenen - ich habe es jetzt nicht mehr in Erinnerung - Voraussetzungen man an den Erkundungen in Gorleben festhält.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sie hatten ja gesagt, dass die Regierung Kohl mit allen Mitteln Gorleben durchsetzen wollte. Das müssten Sie dann noch mal erläutern, bitte.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich weiß nicht - - Ich kann mich zu diesem Teil nur äußern als jemand, der das von außen betrachtet hat.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, der Verdacht kommt mir nämlich auch. Ich habe mir das hier auch noch einmal für mich notiert. Sie geben hier viele Äußerungen wieder, die Sie nach meiner Meinung vom Hörensagen haben, aber nicht richtig als Zeuge hier kundtun können. Sie sollen ja hier sagen, wie es 1982/83 oder 81 und davor war, aber nicht das, was Sie vom Hörensagen wissen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das habe ich aber auch getan. Ich habe nur auf die Zeit rekurriert, in der ich mit der Sache befasst war.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. von Osten, Sie erwähnten ja vorhin, Herr Duphorn habe damals kein einfaches Leben gehabt. Daraufhin wurde Ihnen von Frau Brunkhorst und Herrn Buschmann - beide von der FDP - entgegnet: Wieso? Der ist doch fair und gut behandelt worden.

Sie kennen natürlich nicht die Akten, die uns vorliegen. Ich darf zitieren aus einem Schreiben von Herrn Duphorn an das BMFT. Das ist MAT A 52, Nr. 12.2, S. 71 ff. Das datiert vom 26. Juli 1982. Ich will gar nicht den ganzen Brief verlesen, sondern nur die entscheidenden Auszüge. Herr Duphorn schreibt an den BMFT:

Nach zwei Vorträgen im Juni 1981 in Bonn vor dem Herrn Bundesminister für Forschung und Technologie sowie vor der Reaktorsicherheitskommission wurde mir seitens der PTB eine weitere Vertragsverlängerung bis Ende 1982 vorgeschlagen, wenngleich nur noch mit zwei Mitarbeitern. Vereinbarungsgemäß sollten wir die quartärgeologische Bearbeitung von Verdichtungsbohrungen in der Gorlebener Rinne übernehmen, die über dem Salzstock liegt. Diese Spezialuntersuchungen sollten in ein größeres Folgeprogramm der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR, integriert werden.

Nun heißt es anschließend:

Aus dieser zweiten Vertragsverlängerung wurde dann aber nichts. Am 30. Oktober 1981 teilten mir zwei Kollegen aus der PTB auf einer Besprechung in Kiel mit, daß das BMFT die hierfür erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt habe. Auch ihr Hinweis, daß damit meine eingearbeitete Arbeitsgruppe auseinanderfallen würde, habe das BMFT nicht umstimmen können. Infolgedessen fielen meine jungen Mitarbeiter dann am 01.01.1982 allesamt ins Bergfreie - oder mit anderen Worten: Sie wurden arbeitslos.

Ist Ihnen bekannt, dass allem Anschein nach Herr Professor Duphorn aufgrund seiner kritischen wissenschaftlichen Äußerun-

gen Probleme hatte, eine Vertragsverlängerung bei Ihrem Ministerium zu bekommen?

(Marco Buschmann (FDP): Die Kausalität geht daraus nicht hervor!)

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Bekannt war mir das; aber ich kann dazu keine selbstreferenten Dinge beitragen.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, Sie hatten von Kolleginnen oder Kollegen aus dem BMFT von dem Vorgang aber Nachricht erhalten?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja. Ja, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Fällt das in die Kategorie dessen, was Sie vorhin sagten, als Sie ausführten, das BMFT habe aufgrund einer zum Teil atomfreundlichen Grundlinie einige Wissenschaftler lieber nicht befragen wollen? Ist das ein Beispiel dafür? Ist Ihr Eindruck, dass Herr Duphorn in Ungnade gefallen ist, weil er zu Erkenntnissen wissenschaftlicher Art gekommen ist, die sich nicht mit der politischen Linie des Hauses deckten?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das ist mit Sicherheit so.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

Ute Vogt (SPD): Darf ich noch mal nachfragen? - Sie haben ja vorhin deutlich gemacht: Es gab zum Teil Vermerke, die Sie selbst unmittelbar an den Minister gerichtet haben. - War es so, dass die politische Linie des Ministers zum Teil unterschiedlich war zu der politischen Linie des Mittelbaus?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das war so. Das ist aber auch allgemein bekannt.

Ute Vogt (SPD): Ja. Ich sage es nur, weil die Kollegen dort drüben es noch nicht gekannt haben.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Ich habe noch eine weitere Frage in Bezug auf die PTB, weil Sie ja ausgeführt haben, dass Sie häufig mit der PTB auch naturgemäß vorher schon Kontakt hatten. Im Zuge der Vernehmung von Herrn Illi hier in

diesem Ausschuss hat uns Herr Illi mitgeteilt, dass er den PTB-Bericht nicht für ein Gutachten im engeren Sinne hält, weil die PTB nicht unabhängig sei, sondern eine weisungsgebundene Institution. Daher sei der Schlussbericht als Bericht zu verstehen und nicht als wissenschaftliches Gutachten. Würden Sie das auch so beurteilen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das ist sicher nicht das Selbstverständnis der PTB. Ich kann dazu wenig beitragen, weil es immer wieder natürlich subtile Beeinflussungen gibt: Man möchte die eine oder andere Formulierung aus einem Bericht heraushaben. - Dieses zu substantzieren, irgendwo zu beweisen, durch Vermerke oder dergleichen, ist ganz, ganz schwierig.

Ute Vogt (SPD): Danke.

Marco Bülow (SPD): Herr von Osten, eine Frage habe ich auch noch. Sie haben am Anfang ausgeführt, dass es für die Bundesregierung eine unangenehme Entscheidung war, dass Gorleben als einziger Standort übrig geblieben ist oder von Niedersachsen dann als einziger Standort gefahren wurde. Aus welchen Gründen war es unangenehm? Aus rein politischen Gründen oder eben auch aus wissenschaftlichen Gründen, die Sie ja gerade im Bezug dann schon ausgeführt haben? Wäre es weniger unangenehm gewesen, wenn man praktisch weiterhin eine Auswahl von Standorten gehabt hätte?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ja, genau so war es. Die Bundesregierung war - und auch das BMFT - zu dieser Zeit daran interessiert, mehrere Standorte - damals aber alle in Niedersachsen und nur auf Salzstöcke bezogen - zu untersuchen. Es waren ja auch noch zwei oder drei andere Standorte direkt schon relativ deutlich, sagen wir einmal, nicht erkundet, aber in näherer Auswahl. Man hatte jedenfalls einige Probleme - im Emsland mit der Bundeswehr zum Beispiel - gesehen, aber man war grundsätzlich im BMFT - so ist mein Kenntnisstand; mehr kann ich jetzt nicht sagen - über diese Entscheidung von Niedersachsen relativ unzufrieden, weil man gerne parallel andere Standorte auch untersucht hätte.

Marco Bülow (SPD): Ich habe noch einmal eine ganz kurze Nachfrage: aus politischen Gründen, oder spielten da auch schon wissenschaftliche Gründe eine Rolle?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nein, nein: aus wissenschaftlichen Gründen. Ja.

Ute Vogt (SPD): Sie haben sich ja insgesamt mit dem Thema Endlagerung, wie Sie ganz am Anfang ausgeführt haben, doch längere Zeit befasst. Hat man damals schon diskutiert, dass es für eine Standortauswahl sinnvoll sein kann, mehrere Standorte zu untersuchen, um dann den geeignetsten unter den mehreren zu finden? Heute hat man ja den Stand nach dem AkEnd, dass es ein vernünftiges Verfahren sei, wenn man praktisch gleichzeitig sucht, so wie es die Schweiz macht und so wie es der AkEnd auch vorschlägt. Gab es diese Debatte früher schon, dass man sich nach dem bestgeeigneten Standort umzutun hat?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Man hat sich aufseiten der Bundesregierung damals auf Salzstöcke konzentriert in den Überlegungen, unter anderem wohl auch deshalb, weil hier andere europäische Staaten andere Formationen untersuchten und man an diesen Erkenntnissen dann auch teilhaben konnte. Frankreich hat, glaube ich, in Granitformationen gesucht, und Schweden hat in Granitformationen gesucht. Von daher war man durchaus bestrebt, Kenntnisse über andere geologische Formationen zu erhalten; aber man hat sich in Deutschland auf die damals vorrangig zu betrachtenden Salzstöcke in Niedersachsen konzentriert.

Ute Vogt (SPD): Die Tatsache, dass man auch innerhalb der Salzstöcke verschiedene untersuchen musste, war eigentlich erst mal der Eingangszugang. Man ist also am Anfang schon davon ausgegangen, dass es sinnvoll ist.

Ich fand es vorhin - vielleicht erklärt das die Frage noch mal - sehr eindrucksvoll, wie uns Professor Duphorn geschildert hat: Wenn man etwas besonders Passendes herausfinden will, macht man das am besten, indem man vergleichende Überlegungen anstellt. - Auch Ihr Kollege Hanning hat uns noch einmal deutlich gemacht, dass eigentlich eine Entscheidungstheorie schon die sei, dass man verschiedene Standorte hat, um sich dann entscheiden zu können. Ich wollte

nur noch mal von Ihnen wissen, ob das damals auch eine Diskussion war, dass man nicht nur als Ersatzstandort einen anderen wollte, sondern auch, um eine bestmögliche Entscheidung zu treffen.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das war mit Sicherheit so; denn man kannte ja über die infrage kommenden Salzstöcke relativ wenig - geologisch. Man wusste nicht: Wie sieht das Deckgebirge, wie sehen Einschlüsse aus, wie sehen Brüche aus in den Salzstöcken? - Von daher hat man drei oder vier Salzstöcke zunächst einmal in eine Vorauswahl gezogen und hätte man - so war der Stand, als ich im Entsorgungsreferat war - gern parallel diese verschiedenen Salzstöcke untersucht.

Ute Vogt (SPD): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. von Osten, Sie hatten vorhin relativ befreit gesagt, es gebe einen Zusammenhang zwischen der Nichtverlängerung des Auftrags an Herrn Professor Duphorn oder - sagen wir einmal - dem Ausbleiben eines Folgeauftrages und sozusagen der politischen Haltung in Ihrem Haus.

Ich möchte Ihnen vorhalten aus MAT A 52/12, Anlage 8, Blatt 68; das möchte ich Ihnen kurz vorlesen. Die Begründung des Bundesministers für Forschung und Technologie für die Nichtverlängerung lautet:

Eine Zustimmung zur Verlängerung eines FuE-Vertrages ist üblicherweise neben den haushaltsmäßigen Voraussetzungen abhängig von der Vorlage von Untersuchungsergebnissen, zum Beispiel in Form von Zwischenberichten und deren Prüfung. Ein Automatismus bei der Verlängerung von Verträgen besteht nicht.

Dann heißt es etwas weiter:

Ein Abschlußbericht

- von Herrn Professor Duphorn -

lag aber weder im Oktober 81 noch Dezember 81 vor, so daß eine Ver-

tragsverlängerung für das Haushaltsjahr 1982 aus dieser Sicht nicht möglich war.

Hier wird ein sachlicher Grund vorgetragen, der sich nicht mit Ihrer Aussage deckt, dass es sozusagen eine politische - überspitzt gesagt - Willkürentscheidung war. Wie erklären Sie sich diese Begründung?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich habe nicht von einer Willkürentscheidung gesprochen. Man findet immer Formulierungen und Gründe, um einen Forschungsantrag abzulehnen. Sie können mir glauben, dass man da als Ministerialbeamter eine große Erfahrung gewinnt.

Marco Buschmann (FDP): Gut, aber dann muss ich jetzt fragen bzw. Sie noch einmal an Ihre Eigenschaft als Zeuge erinnern: Das war ja vorhin eine Wertung, Ihr zusammenfassender Eindruck. Ich muss Sie noch mal bitten, uns dann Tatsachen zu schildern.

Diese Urkunde, die ich Ihnen gerade vorgehalten habe - - Da kann man jetzt natürlich sagen: Das ist nur vorgeschoben. - Das führt uns aber bei unserem Erkenntnisauftrag hier nicht weiter. Wir sind auf Fakten angewiesen. Deshalb würde ich Sie noch mal bitten: Welche Fakten können Sie dazu vortragen, die diese Begründung erschüttern bzw. die Ihren Eindruck, den Sie ja sehr allgemein geschildert haben, belegen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich empfehle in einem solchen Fall, dass Sie den Verfasser dieser Ablehnung als Zeugen hierher zitieren und ihn befragen; denn ich kann jetzt - -

Marco Buschmann (FDP): Das heißt, Sie wissen nicht, ob das nur vorgeschoben war? Das ist eine Möglichkeit, aber ist keine Erkenntnis von Ihnen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Na ja, ich will es mal so sagen: Man unterhält sich mit Kollegen - -

Marco Buschmann (FDP): Wenn Sie eine Unterhaltung geführt haben, wäre das Gegenstand eines sinnlichen Eindrucks. Dann würde ich Sie bitten, uns den Inhalt und den Gegenstand dieser Gespräche und

den Gesprächspartner zu benennen, aus dem sich Ihr Eindruck ergeben hat.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Nach 30 Jahren soll ich jetzt genau sagen können: eine mündliche Unterhaltung, die ich mit Kollegen geführt habe? Das ist sicher nicht nur *eine* Unterhaltung gewesen, sondern man begegnet sich auf dem Gang, man isst zusammen, und man tauscht bestimmte Bemerkungen aus. Da könnte ich jetzt beim besten Willen - entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage - nach 30 Jahren nicht mehr sagen, von wem ich diese Einschätzung bekommen habe.

Marco Buschmann (FDP): Dafür müssen Sie sich nicht entschuldigen - das ist völlig in Ordnung -; nur bitte ich um Nachsicht auch für meine Nachfrage. Es ist unser Auftrag, hier nach Fakten zu forschen.

Das heißt, Gleiches gilt wahrscheinlich für diesen Eindruck - - Über die Kausalität haben wir jetzt schon gesprochen.

Dann möchte ich noch mal auf einen Gegenstand zurückkommen, nach dem Sie die Kollegin Kotting-Uhl und auch der Kollege Grindel befragt haben, nämlich die Frage, wie man sich dieses gewisse Spannungsverhältnis aus Votum und Problemdarstellung vorstellt. Ich hatte den Eindruck, dass Frau Kotting-Uhl möglicherweise den Eindruck gewonnen hat, es ginge hier um ein Machtwort, dass Sie gewissermaßen angewiesen worden seien.

Auf der anderen Seite hatte ich bei Ihrer Antwort auf Herrn Grindel den Eindruck, dass das kein Machtwort war, sondern Gegenstand einer fachlichen Besprechung, dass man die Aspekte - es gibt bei jedem Problem widerstreitende Aspekte - abgewogen hat und dass Sie sagen: Dies war keinesfalls ein Machtwort, sondern Gegenstand eines fachlichen Gesprächs auf sachlicher Grundlage, wo man abgewogen hat und zu einer vernünftigen Entscheidung kam. - Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das würde ich auch genau so sagen; denn es hat eine Vielzahl von Vermerken gegeben, die man im Laufe dieser anderthalb, zwei Jahre im Bundeskanzleramt fertigt, in denen in der Problematikdarstellung durchaus bestimmte Dinge dargestellt werden, die kritisch sind, man im Schlussvotum aber zu einer anderen Einschätzung kommt.

Ich kann Ihnen nur als Beispiel sagen, dass ich den Bundeskanzler mehrmals über die Wiederaufarbeitung informiert habe. Ich habe damals auch schon eine sehr kritische Auffassung zu der Wiederaufarbeitung gehabt und habe das auch in dem Vermerk geäußert, habe dann aber gesagt: Im Moment würde dieses das Entsorgungskonzept, wie es sich die Bundesregierung zu dem Zeitpunkt vorgestellt hat, beeinträchtigen, und ich empfehle keine Abkehr von der Wiederaufarbeitung.

Das ist doch ein ganz natürlicher Prozess, dass man etwas in der Problematik zunächst einmal bewertet, aber dann sagt: Die politische Gesamtkonstellation ist in der und der Richtung so, dass ich zu diesem Votum komme.

Marco Buschmann (FDP): Das heißt, man könnte zusammenfassen: Sie sind der Ansicht, da ist gar nichts Besonderes dabei, und hier hat keine unzulässige Einflussnahme auf Sie stattgefunden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich habe immer nach bestem Gewissen entschieden und habe mich dabei aber auch natürlich in Gesprächen mit Kollegen von dem einen oder anderen Punkt überzeugen lassen.

Marco Buschmann (FDP): Aus sachlichen Gründen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Aus sachlichen Gründen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen? - Gut, dann geht das Fragerecht jetzt bitte an die Linke.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Die ist schon seit Stunden weg! - Zuruf:
Eine halbe Stunde!)

Dann geht es weiter mit den Grünen. Bitte schön, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. von Osten, erst einmal möchte ich Ihnen ein Kompliment für Ihr Erinnerungsvermögen machen, weil im Vergleich - - Wir haben heute früh Ihren Kollegen Hanning, mit dem Sie ja verschiedene Vermerke zusammen

unterschrieben oder verfasst haben, gehört. Der konnte sich an weitaus weniger erinnern, obwohl er doch jünger ist als Sie. - Ich will jetzt nicht über das Erinnerungsvermögen von Ausschussmitgliedern spekulieren.

Ich komme noch einmal zurück; unser Kernpunkt ist tatsächlich: Warum wurden bis zu einem bestimmten Zeitpunkt durchaus Standortalternativen ins Auge gefasst - und dann sogar noch mal wieder von der niedersächsischen Landesregierung, wenn ich mich an die Bitte, die Sie vorhin zitiert haben, erinnere -, und ab einem bestimmten Punkt bricht plötzlich die Standortalternativensuche ab und man konzentriert sich einseitig nur noch auf Gorleben?

In dem Zusammenhang scheinen uns die PTB-Stellungnahme und vorher Professor Duphorns Stellungnahme eine wesentliche Rolle zu spielen; denn der hat genau dafür in seinem Bericht plädiert als Ergebnis seiner, wie wir heute früh gehört haben, sehr fundierten und sehr gut abgesicherten Forschung, dass man die Alternative, eine untertägige Weitererkundung von Gorleben, nicht mehr machen sollte, sondern nach Standortalternativen suchen sollte.

Darum dreht es sich ja die ganze Zeit: Inwiefern ist jetzt mit Herrn Duphorn ein solcher Kritiker kaltgestellt worden oder sind dessen Ergebnisse ausgeblendet worden usw.? Da habe ich auch ein bisschen in den Akten geforscht, in der Anlage Material A 29, paginiert 560073, und die gleiche Quelle noch mal: 560056. Da liegt ein Brief von Herrn Duphorn vor, der der PTB einen Brief schreibt und - sinngemäß - sagt: Ich halte gleich einen Vortrag in einem Seminar. Da ich Kritik übe an der „bürokratischen Forschungsförderung des BMFT“ - in Anführungszeichen -, ist es für mich eine Frage der Höflichkeit, den Kritisierten das auch zuzustellen.

Mir geht es um den Kommentar - ich identifiziere den Unterschreiber als Herrn Ollig vom BMFT -, insbesondere die Seiten 13 ff. aus dem Duphorn-Gutachten, wo es darum geht, dass er nicht mehr für Gorleben als Endlager plädieren kann:

Insbes. S. 13 ff. sind m. E. ohne Kenntnis des Verfassers um die Gesamtzusammenhänge

- der Verfasser ist Duphorn -

geschrieben worden. Ich kann die Auffassung ...

- irgendeines Mitarbeiters, dessen Namen ich nicht entziffern kann -

nicht teilen;

- jetzt kommt es -:

PTB und BGR müssen jedoch qualifizierte Gegenargumente nach Einsichtnahme des vollständigen Berichts vorlegen (am 21.6. bei PTB eingegangen).

Würden Sie mir zustimmen, dass dies, wenn man das in dem Zusammenhang sieht, doch eine sehr große Einflussnahme vonseiten des BMFT, vielleicht insbesondere des engagierten Herrn Ollig bedeutet, um Herrn Duphorn und Herrn Duphorns Erkenntnisse zu relativieren und aus dem Verfahren zu nehmen?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Ich kann jetzt nur anhören, was Sie eben zitiert haben. Ich weiß nicht, wie - - Wir haben vorhin die offizielle Begründung der Ablehnung einer weiteren Tätigkeit von Duphorns Mannschaft gehört. Solche Vorgänge hat es immer wieder in Ministerien gegeben.

Ich bin an dieser Angelegenheit, die Sie jetzt erwähnen, nicht direkt beteiligt gewesen. Deswegen kann ich dazu eigentlich auch keine direkte Stellungnahme abgeben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten das Problem, dass Herr Duphorns wissenschaftliche Kompetenz infrage gestellt wurde, um damit die Argumentation - nach unserer Sicht - zu relativieren. Das war der Hintergrund, da ja gerade der Herr Ollig derjenige war, der auch im Forum der Atomwirtschaft entsprechend gegen Herrn Duphorn polemisiert hat. Das wäre auch ein Beleg für „Augen zu und durch!“ und „Wir müssen alles tun, damit wir Gorleben durchsetzen können“.

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Sie haben aber die Bemerkungen der Kollegen von der CDU-Fraktion gehört. - Entschuldigung, wenn ich jetzt nicht die direkten Namen nenne, ich kann das nämlich kaum erkennen; die Schilder sind etwas zu klein für meine Weit- oder Kurzsichtigkeit.

Ich kann nicht belegen - das ist meine Schwierigkeit -, dass es solche abfälligen Bemerkungen über Herrn Duphorn und seine wissenschaftliche Qualifikation und die Gefahr, die er für Erkenntnisse vielleicht dar-

stellt -- Das kann ich nicht belegen, und deswegen kann ich hier auch nicht sagen, dass es so gewesen ist. Da bitte ich um Verständnis.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar, aber es belegt Ihre Auffassung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr von Osten, ich möchte noch eine Frage im Anschluss an die Fragen von Herrn Buschmann stellen. Es geht noch mal um die Leitungsvorlage Problematik-Votum. Dazu hatten Herr Grindel und ich gefragt, jetzt auch noch Herr Buschmann.

Habe ich Sie in Ihrer letzten Antwort richtig verstanden: Die Problematik wird beschrieben aus sachlich-fachlichem Zusammenhang; da werden die fachlichen Probleme beschrieben. Im Votum wird dann der Gesamtzusammenhang hergestellt, und der Gesamtzusammenhang in diesem Fall ist der Entsorgungsvorsorgenachweis, ist der Druck, der zeitlich entsteht, wenn man mit Gorleben nicht weiterkommt. In diesem Gesamtzusammenhang kommt dann das Votum zustande, mit Gorleben weiterzumachen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Wolf von Osten: Das haben Sie genau richtig verstanden. Das ist die Arbeitsweise, wie Beamte im Ministerium arbeiten. Sie versuchen, einen objektiven Tatbestand zunächst einmal aufzuschreiben, und dann kommt in Abwägung aller weiteren Gründe ein Votum für das weitere Vorgehen. So sind die Vermerke aufgebaut. So ist das auch zu verstehen, dass es dazwischen - zwischen objektiver Darstellung und Votum - einen gewissen Widerspruch gibt, weil in das Votum andere Gründe mit einfließen, die in der Endabwägung ebenso bedacht werden müssen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. von Osten.

Ich gucke in die Runde und frage, ob noch jemand fragen möchte. - Es gibt keine weiteren Fragen.

Sehr geehrter Herr Dr. von Osten, wir bedanken uns sehr, sehr herzlich für Ihre Be-

reitschaft, dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen.

Ich möchte jetzt die Vernehmung abschließen und Ihnen mitteilen, sehr geehrter Herr von Osten, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung übersendet. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Da im Moment Ferienzeit ist und es tatsächlich Menschen geben soll, die in dieser Zeit Urlaub machen, stelle ich vorsorglich fest, dass, wenn Sie Urlaub machen sollten -- Machen Sie nicht? - Wunderbar, dann kann ich fortfahren:

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Das war alles, was ich jetzt von meiner Seite mitzuteilen hatte. Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei Ihnen dafür, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich bedanke mich auch bei den Stenografen und wünsche allen Anwesenden einen wunderschönen Restabend sowie schöne Ferien. Eine schöne Sommerpause! Herzlichen Dank.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.47 Uhr)

von der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe die fachliche Stellungnahme zum Abschlussbericht von Herrn Professor Duphorn vom 16.03.1983 vor. Das hört sich jetzt alles an wie eine ganz normale Diskussion zwischen Wissenschaftlern, die untereinander fair, aber doch kontrovers miteinander umgehen.

Was uns jetzt als Ausschuss natürlich insbesondere interessiert, ist, dass Sie an der einen oder anderen Stelle berichtet haben, dass Sie mundtot gemacht worden seien von der PTB bzw. von der BGR. Das ist jetzt für uns politisch natürlich wichtig, wie man denn umgegangen ist sozusagen mit einer möglicherweise kritischen Berichterstattung. Diese Äußerung, dass Sie mundtot gemacht worden seien, nehmen Sie dann wieder zurück in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 22. Oktober 1982: Für das Protokoll: Das ist MAT A 39, Paginierung 030521. - Da sagen Sie, nein, das sei nun doch nicht so gewesen. Im Gegenteil, Sie würden sich sogar auch für die untertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben aussprechen.

Könnten Sie freundlicherweise aus Ihrer Sicht in dieses für mich verwirrende Aneinander von verschiedenen Umgangsweisen miteinander Licht bringen?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, aber ebenso wie Sie: nur sehr dunkel. - Ich möchte eine Vorbemerkung vorausschicken: Sie erwähnten eben, dass es auch Streit geben muss in der Wissenschaft. Das ist ganz normal. Aber - und das bezieht sich jetzt auch auf die letzte Frage - Konfuzius hat mal gesagt: Brüder, bevor ihr euch streitet, klärt die Begriffe. - Das gilt eigentlich für Menschen in allen Lebenslagen. Das wird leider oft vergessen. Vielleicht sind durch verschiedene Zungenschläge Missverständnisse aufgetreten. Es ist ein Unterschied, ob man mal irgendwo in einer hitzigen Diskussionsrunde etwas sagt und etwas schärfer formuliert oder ob man das im Stübchen zu Hause fein säuberlich formuliert und überdenkt. Irgendwann ist mir das Wort „mundtot“ mal rausgerutscht. Das weiß ich noch. Ich weiß nicht mehr genau, bei welcher Gelegenheit. Das ist einfach zu lange her. Aber dann habe ich es halt wieder zurückgenommen.

Aber wie auch aus dem von Ihnen Gesagten hervorgeht: Die Zusammenarbeit ist zumindest bis zum Ende des Vertrages sehr gut gewesen. Wir haben zusammen an der

Bohrung gestanden und haben die Bohrkerns angeschaut, aufgenommen, diskutiert. Da wächst man zwangsläufig auch menschlich etwas zusammen. Das hat meinen Leuten und mir sehr gut gefallen. Das gilt vor allem für die Kollegen, die ich noch nicht erwähnt habe. Es gab ja eine Bauleitung, Dr. Pickel (P) aus Kassel. Die waren zuständig für die Bohrungen selbst, für den technischen Teil. Die hatten auch eigene Hydrogeologen, und mit denen zusammen haben wir dann die Aufzeichnungen gemacht.

Ich kann nur rückblickend das sagen, was ich vorhin schon mal angedeutet habe: Die Diskussionen verliefen in der Sache oft hart, aber im Ton weitgehend verbindlich. Ich kann das zum Beispiel -- Ich will mal sehen, ob ich das hier auch schriftlich bestätigen kann. Einen kleinen Moment bitte.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Vor mir liegt der Band *Entsorgung*, Nr. 3, Bericht von einer Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen Salzstock Gorleben. Das war 1983, 27./28. Mai 1983 in Hitzacker. Da habe auch ich einen Vortrag gehalten mit der Präsentation unserer projektrelevanten Ergebnisse. Am Ende habe ich dann bei „Schlussfolgerungen“ gesagt:

Mein Vortrag hört somit dort auf, wo Sie, Herr Vorsitzender,

- das war der Abteilungsleiter Dr. Ziegler vom BMFT seinerzeit; Matting war beim BMI -

mit einem sehr ernsten und nachdenklichen Schlußwort in Lüchow 1981.

- das war die erste Gemeinschaftsveranstaltung Bund/Land -

ebenfalls aufgehört haben, nämlich beim Wasser in der Gorlebener Rinne.

Und dann habe ich mich an Herrn Venzlaff gewandt und habe ihm gesagt, öffentlich, wohlgermerkt:

Herr Kollege Venzlaff, bei unserer intensiven Interdiskussion habe ich Sie als einen harten, aber fairen Diskussionspartner kennen und schätzen gelernt. Lassen Sie mich daher meinen Vortrag mit einem versöhnlichen Schlußwort beenden: Niemand wird Ihnen einen Vorwurf

T Dr
Keine Frage:
Zeigen

nehme Besprechung interneren Charakters mit der Spitze der PTB in Braunschweig hin. Daraufhin haben wir beide etwas zurückgesteckt, der eine hier, der andere dort. Die PTB war danach bereit, auch die Überlegung, die ich ja schon als Empfehlung ausgesprochen hatte, nämlich neben dem Salzstock Gorleben parallel und alternativ andere Standorte zu untersuchen, wobei man zunächst nur an andere Salzstöcke dachte -- Und das hat sie dann auch getan.

In einem zusammenfassenden Zwischenbericht von 1983 hat sie dann nämlich festgestellt - das, was ich in Hitzacker auch schon vorgetragen hatte -, dass die über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, dass sie in der Lage wären, potenziell kontaminierte Grundwässer auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten. Damit räumte die PTB erstmals ein, dass aufgrund der Bohr- und Messergebnisse aus dem vorgesehenen geologischen Mehrbarrierensystem Deckgebirge plus Salzstock überwiegend ein Einbarrierensystem geworden war, dessen Schutzfunktion der Salzstock weitestgehend allein übernehmen müsste.

Für mich, der ich im Auftrag der PTB drei Jahre gutachtlich tätig war, war diese Erkenntnis ein wesentlicher Grund dafür, der PTB gutachtlich die Erkundung auch anderer Lagerstätten zu empfehlen. Daran habe ich mich bis heute gehalten. Seit dieser Zeit bin ich bei dieser klaren Linie geblieben.

Auch die PTB war dann im Frühjahr 1983 dazu bereit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen, und sie wollte der Bundesregierung empfehlen, parallel zum Schachtabteufen in Gorleben übertägig andere Standorte alternativ zu prüfen. Der Entwurf dieser Empfehlung, der von der PTB bei einer Anhörung vor dem Ausschuss für Umweltfragen des Niedersächsischen Landtages in Hannover am 1. Juli 1985 bestätigt wurde, endet mit folgenden Sätzen - ich zitiere -:

Viele Aussagen des Berichtes ...

Gemeint ist der zusammenfassende Zwischenbericht der PTB von 1983 über bisherige Ergebnisse der Standorterkundung Gorleben, welcher der Bundesregierung als Entscheidungsgrundlage gedient hat, Entscheidungsgrundlage vom Mai 1983, über

die sicherlich auch noch zu sprechen sein wird. Ich zitiere:

Viele Aussagen und Ergebnisse des Berichtes ... sind wegen der noch nicht erfolgten Bestätigung durch die untertägige Erkundung mit Unsicherheiten behaftet. Das darin liegende Risiko hinsichtlich der Art und der Menge endlagerbarer radioaktiver Abfälle kann durch vorsorgliche Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten (Standortvorsorge) verringert werden. Mit dem Schachtabteufen parallel laufende übertägige Erkundungsmaßnahmen

T 8

- das ist der Kompromissvorschlag gewesen, PTB -

anderer Standorte vermeiden somit Sachzwänge bei der Realisierung dieses Endlagers. Dies würde auch die Akzeptanz des Standortes Gorleben erhöhen.

Auf diesen Punkt hatte ich bei der Besprechung in der PTB explizit hingewiesen. Das ist das Problem bis heute.

Meine Damen und Herren, denken Sie mal an Ihre eigene Familie. Wenn meine Frau einkaufen geht, egal, ob beim Lebensmittelhändler oder im Modegeschäft - ins Modegeschäft gehe ich meistens gar nicht mit -, dann wird doch eine Auswahl getroffen. Man kauft doch nicht gleich das erste beste Stück, vor allem im Modegeschäft nicht. Wenn meine Frau Mode kauft - jetzt lassen Sie mich mal aus der Schule plaudern - und sie die armen Verkäuferinnen löchert und dieses und jenes Kostüm in die Hand nimmt, dann tue ich manchmal so, als ob ich nicht dazugehöre. Aber das ist doch ein Grundprinzip des menschlichen Lebens und auch der Naturwissenschaften, das Prinzip der Vergleichbarkeit. Das ist auch ein Akzeptanzprinzip. Wie wollen Sie Glaubwürdigkeit erlangen, wenn Sie einen Plan nach dem anderen immer wieder verschieben, immer wieder erweitern, immer wieder umformulieren? Das ist das Hauptproblem des Endlagerprojekts Gorleben bis heute, und inzwischen dauert das so lange, dass Sie aus diesem Problem nicht mehr rauskommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie das mit dem Anzugkaufen ist, das möchte der Herr Kollege Grindel gleich noch weiter mit Ihnen erörtern, habe ich gerade gehört.

Aber ich hätte noch eine anderweitige Nachfrage, ehrlich gesagt. In der eben bereits zitierten fachlichen Stellungnahme zum Abschlussbericht von Ihnen, Herr Professor Duphorn, der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe sind insbesondere Ihre quartärgeologischen Befunde ausgesprochen hervorgehoben und gelobt worden. Sie sagen ja selber, das hat Eingang gefunden auch in die entsprechenden Stellungnahmen der BGR, aber dann auch der PTB. Auf der anderen Seite werden aber andere Befunde und insbesondere Interpretationen, die Sie über die Quartärgeologie hinaus gezogen haben, sehr infrage gestellt und kritisiert. Noch mal: Auch das ist ein wissenschaftlich völlig korrektes und übliches Verfahren.

Gibt es denn - das würde mich jetzt interessieren - von anderer Stelle wissenschaftliche Meinungen, die Ihnen beigeprungen sind? Das ist ja häufig so: Man hat eine These und eine Antithese, deshalb veröffentlicht man das Ganze dann ja auch noch mal; ich habe eben das Infoblatt zitiert -- dass möglicherweise jemand anders aus der wissenschaftlichen Community sich noch dazu äußert und sagt: Jawohl, der eine oder der andere hat mehr recht. Das weiß ich aus meiner Expertise, aus meinen Literaturstudien oder was auch immer.

Wie sehen Sie das? Gibt es noch jemanden, der dann Ihrem Bericht, der ja doch hier in dieser Stellungnahme ganz hart angegangen ist, wenn ich das so sagen darf, und Ihnen da beigeprungen ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Grundsätzlich möchte ich vorwegschicken, dass es in jeder wissenschaftlichen Diskussion verschiedene Meinungen gibt und dass man die auszugleichen versucht. Von „beispringen“ rede ich deshalb nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass ich nicht der Einzige war, der diese Forderung seinerzeit - oder es war ja zunächst nur eine Empfehlung -, alternativ und parallel auch andere Salzstöcke zu untersuchen, erhoben hat. In noch massiverer Form ist sie erhoben worden von Herrn Kollegen Professor Herrmann - das ist der Salzgeologe seinerzeit in Deutschland überhaupt -, mit dem ich eine umfangreiche Korrespondenz geführt habe über zwei bis drei Jahre, gerade in dieser kritischen Zeit, und der voll auf meiner Linie liegt.

Schade, irgendwo habe ich das hier liegen. Wahrscheinlich ist es noch in dem Großkoffer, der hinter mir steht. - Irgendwann

hat er mir gegenüber dann auch mal seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, dass er jahrelang auch vergeblich versucht hat, die amtlichen Endlagergremien umzustimmen. Seine Zweifel bezogen sich aber ausschließlich zunächst auf den Salzstock selbst. Wie gesagt, er ist Salzspezialist. Er hat - daran kann ich mich noch erinnern - aber auch mal in einem Brief geschrieben, er hätte auch dazugelernt; denn jetzt wüsste er, wie eng diese hydrodynamischen Beziehungen zwischen der Grundwasserdynamik im Deckgebirge und den salzgeologischen und salzmineralogischen dynamischen Vorgängen sein können. Vor dieser Kombination hat er auch gewarnt. Das ist auch nachzuvollziehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Er ist dann eben als Salzgeologe sozusagen noch mal dazu gekommen, Sie aus der quartärgeologischen Ecke. Aber es ist jetzt nicht so, dass es jetzt nun wieder - also These/Gegenthese, Ihr Bericht und dann Bericht der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe - da noch mal jemanden gegeben hätte, der nun dezidiert gesagt hat: Nein, nein, also das, was die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe da kritisiert hat, das ist nun völlig daneben. Ich springe - um das noch mal so zu sagen - also der Expertise von Professor Duphorn nun ausdrücklich bei. - Das ist dann sozusagen in der Luft geblieben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja. - Nein, nein. - Natürlich gab es auch andere, noch mehr Kollegen. Ich nenne zum Beispiel den Professor Grimmel aus Hamburg, der schon ein Jahr vor mir darauf hingewiesen hat, dass diese Salzstockerkundung Gorleben nicht vollständig ist, weil die andere Hälfte des Salzstocks in der DDR liegt, weil beide Salzstöcke, die nur verschiedene Namen tragen - Gorleben und Rambow -, grenzüberschreitend sind und miteinander verbunden sind. Das ist ja auch ein Problem, das hier wohl heute noch angeschnitten werden soll, wenn ich das richtig verstanden habe.

b.w.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Eine Frage habe ich jetzt noch an Sie, Herr Professor Duphorn, bevor ich das Fragerecht an die Fraktionen weitergebe. Auf der einen Seite haben wir jetzt gesprochen über die Perzeption Ihres Berichtes und Ihres Gut-

→ Herr Grimmel ist Geograph. Die größte fachliche Unterstützung kam jedoch aus der Geologenschaft selbst: In erster Linie von Dr. Appel aus Hannover (Anl. 1), von Prof. Seibold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG (Anl. 2) und sogar aus der BGR Hannover (Anl. 1, S. 8-11).

Aber es war schon konzeptionell richtig gedacht, dass man staffelartig sich von oben nach unten vortastet, staffelartig, immer tiefer, immer tiefer. Wir wussten also zu wenig, und das war eben für mich der Grund, dass der Salzstock als Standort eines Endlagerbergwerks erst dann gestorben ist, wenn sich aus dem Salz auch noch neue Negativerkenntnisse entwickeln würden. Das war eine klare Aussage.

Erst als die neuen Ergebnisse da waren, ein, zwei Jahre später, mit den Salzspiegelbohrungen, mit den vier bis fünf Tiefbohrungen bis 2 000 Meter, die uns heute Kopfzerbrechen bereiten, mit diesen irren Mengen von Gasen und Kondensaten, die jetzt in der Nähe der alten Schachtbohrung geortet worden sind, verschwiegen worden sind -- Es ist genau das eingetreten, was ich befürchtet habe.

Aber ich stelle fest: Ich habe mich damals klipp und klar - ich hatte in der Diskussion doch mal was dazu gesagt - vor den Salzstock gestellt, und das hat dann dazu geführt, dass dann zuerst die Salzspiegelbohrungen durchgeführt wurden, an denen wir auch sehr intensiv beteiligt wurden. Das ging dann einige Zehner von Metern aus dem Deckgebirge erst in den Gipshut und dann in den inneren Teil des Salzstocks hinein. Da kamen ja auch schon die ersten Negativergebnisse. Da hat die BGR in einem Querprofil - ich hatte auch die BGR darauf hingewiesen gehabt, dass das gemacht werden sollte - gezielt in einem leicht löslichen Kaliflöz - so ein Salzstock besteht ja aus verschiedenen Salzen, und so ein Kalisalz ist viel leichter wasserlöslich als beispielsweise ein Steinsalz, das die Hauptmasse bildet -, also längs eines leicht löslichen Kaliflözes, das bis an das Deckgebirge hochkam, gebohrt, und auf einmal stellten die darin Schmelzwassersande fest. Da waren Klüfte mit Schmelzwassersanden, und dann bis 170 Meter unter dem Salzspiegel war das Kaliflöz aufgelöst worden und hatte sich in andere Kristalle umgewandelt.

Das waren also schon Eingriffe in die Schutzbarriere Salzstock bis 170 Meter, und das waren nur fünf Bohrungen bei einem Salzstock, der 4 Kilometer breit ist und 15 Kilometer lang. Das waren nur Nadelstiche. Und auch daraufhin habe ich noch inzwischen gefordert, auch noch im ~~Landes~~ Ausschuss in Niedersachsen, in Hannover, dass man jetzt mal gezielt an anderen solchen Stellen, wo das Kaliflöz hochkommt, weiter-

bohren soll. Das kann man doch nicht bei fünf Bohrungen bei so einer großen Salzstockfläche belassen. Das ist doch wirklich ein ganz gravierendes hydrogeologisches Sicherheitssystem. Wie weit ist der Salzstock von oben her - nicht nur durch seine inneren Bestandteile, sondern auch von oben her - durch eindringendes eiszeitliches Schmelzwasser verletzt worden?

Es gibt nicht nur Schmelzwasser, es gibt noch andere eiszeitliche Verletzungen. Es gibt Risse; im Dauerfrostboden entstehen die. Das kann man heute in der Tundra noch sehen. Da entstehen Risse. Und da gibt es auch alte Ergebnisse aus Bergwerken, im Hannoverschen Kalirevier zum Beispiel. Dort hat Herr Bauer, ein gestandener alter Bergmann, festgestellt, dass diese Risse bis etwa 600 Meter tief hineinreichen. Bis 600 Meter tief, da sind Sie schon fast am Endlager.

Das sind Dinge, die muss man zunächst versuchen, von oben her festzustellen, bevor man -- wenn man das kann. Wenn Sie es von unten her feststellen können, so wie es jetzt gemacht werden soll, dann bohren Sie im Dunkeln. Oben weiß ich: Aha, hier kommt das Kaliflöz, und da setzt du deine Bohrungen an, und dann werden wir das sehen. Von unten, vom Schacht her, von der Endlagersohle her nach oben zu bohren, da möchte ich kein Bohrmeister sein. Da stochert man wie einer, der die Stecknadel im Heuhaufen sucht. Das ist sehr schwer, außerdem viel zu teuer. Wenn man feststellen kann, die Barriere Salzstock ist von oben her tiefreichend verletzt, dann kann man die Entscheidung, auf die Untertageerkundung zu verzichten, durchaus treffen.

~~Bei der Anhörung im niedersächsischen Umweltausschuss - das war irgendwann im Juni 95 -~~

~~(Reinhard Grindel (CDU/CSU) - 85!)~~

~~- pardon, 85 - erinnere ich mich an das, was Minister Hirche gesagt hat; er war damals Wirtschaftsminister. Er hat gesagt, auch für ihn sei dieser Vorschlag, den ich gemacht habe, den ich Ihnen eben auch vorgelegt habe, sehr bestechend gewesen, weil einfach zu verstehen. Aber er sieht auch die Probleme, auf die die BGR und die PTB hinweisen, dass eben durch zu viele Bohrungen von oben her der Salzstock unnötig verletzt wird.~~

Ja, aber wenn er unnötig verletzt werden muss, frage ich mich: Was kann man dann noch von seiner Tauglichkeit halten? Dann

b.w.



Umwelt-
ausschuss

→ Bei der gemeinsamen Anhörung des niedersächsischen Ausschusses für Umweltfragen und des Unterausschusses "Grubensicherheit" des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 19. Mai 1988 in Hannover hat Herr Wirtschaftsminister Hilde gesagt, auch für ihn sei dieser Vorschlag usw.

nun mal sehr leicht löslich, extrem leicht löslich. Da ist eben nur eine Tonschicht ein abdichtendes Mittel. Das ist es ja auch bei den normalen Deponien, bei den toxischen Deponien, auch über Tage. Da wird immer so eine Stelle gesucht, wo möglichst eine dicke Tonschicht drunter liegt und nicht Sand oder Kies, worüber dann das Grundwasser verseucht wird. Das Gleiche würde eben in Gorleben auch passieren.

Da sind also aus meiner Sicht einige abstruse Vorschläge gemacht worden. Herr Röthemeyer hat dann zum Beispiel - ich würde fast sagen - aus einem Schuh einen Latsch gemacht oder auch umgekehrt, je nachdem, als er sagte: Ja, wir akzeptieren Ihre Ergebnisse über die fehlende oder oft fehlende Tonschicht, aber - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Professor Duphorn, verzeihen Sie, aber es geht ja auch um meine Fragezeit. Meine Frage war ja eigentlich eine andere, nämlich die Frage - und das ist ja unser Auftrag; dieser Untersuchungsausschuss erkundet keinen Salzstock; er erkundet Regierungshandeln -, ob das, was man damals gemacht hat, vertretbar, vielleicht sogar ganz richtig gewesen ist oder völlig abwegig.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Gut.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben selber auch Ihre Tätigkeit im AkEnd angesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt müssen wir wirklich mal unterscheiden: Zustand des Deckgebirges, auf das Sie abheben, und Isolationspotenzial des Salzstocks selber. Ist es nicht richtig, dass auch der AkEnd in seinem Abschlussbericht genau das so formuliert hat, dass das Isolationspotenzial des Salzes maßgeblich ist und erkundet werden muss, was man nur untertätig kann, und dass dagegen mit dem Wissen des AkEnd das Deckgebirge eine weniger relevante Bedeutung hat?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, das scheint nur so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es stand im Abschlussbericht.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie ihn doch erst mal die Frage beantworten!)

- Lassen Sie mich doch das mal entwickeln. Er hat doch den AkEnd angesprochen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Also Sie sind jetzt beim AkEnd?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, weil Sie das eingeführt haben.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Gut.

(Ute Vogt (SPD): Das ist doch nicht Untersuchungsgegenstand!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich komme doch gleich darauf.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir wollen die Antwort jetzt erst mal hören!)

- Verzeihen Sie, dann formuliere ich das so - ich will ja auf den entscheidenden Punkt hinaus -, dass man, wenn man 83 diese untertätige Erkundung gemacht hat, mit dem Wissen von heute doch eigentlich sagen muss: So falsch kann es nicht gewesen sein, weil die Wissenschaft sich ja genau in diese Richtung entwickelt hat, dass das Salz und das Isolationspotenzial des Salzes entscheidend ist und nicht der Zustand des Deckgebirges.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann versuche ich mal, ganz kurz und bündig zu antworten. Ich habe den entsprechenden Artikel von Herrn Kollegen Herrmann im Original gelesen und habe auch seine Untersuchungen jahrelang mit Interesse verfolgt, auch als ich ihm dann persönlich mehrere Jahre lang nicht mehr begegnet bin. Er hat also mit einer Methode, die übrigens in dem vorhin genannten DDR-Projekt sehr weit entwickelt worden war, nämlich der Brommethode, seine Beobachtungen machen können, dass der größte Teil des von ihm mit dieser Methode untersuchten Salzstockes seinen ursprünglichen Chemismus und Mineralbestand behalten hat, also nicht verändert ist. Das ist eine feine Methode. Dieser Bromgehalt dient dazu, zum Beispiel Meerwasser von ~~Salz~~ ^{Salzwasser} zu unterscheiden. Da wech-

H SUESS

selt es seine Prozente. Das ist eine tolle Methode.

Das hat er dann mehrere Jahre lang unter Einbindung von einigen Doktoranden und Doktorandinnen in Gorleben auch praktiziert, unter Tage. Aber er hat nur fünf Bohrungen untersuchen können. Für diese Bohrungen traf diese Brombestimmung zu. Auch in diesen fünf Bohrungen ist keine Veränderung eingetreten. *Es mangelt jedoch an*

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal nachfragen, weil mein eigentlicher Punkt -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist wichtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - ja - aber wirklich ein anderer ist. Sie haben bei der Gorleben-Kommission am 21. Oktober - das ist MAT A 52, Band 2, Seite 159 - betont, dass Sie

(Sebastian Edathy (SPD): Welches Jahr?)

- 1982 - die Eignung des Salzstockes keinesfalls infrage gestellt haben, sondern in Übereinstimmung mit der PTB - das ist dieses Protokoll, das vom Gespräch am 10. September gemacht worden ist - eine untertägige Erkundung sehr wohl erfolgen sollte. Das ist leider nicht bei uns in den Akten, sondern findet sich in der Dissertation von Herrn Tiggemann, mit dem Sie ja auch gesprochen haben. Aus Anlass seiner Dissertation haben Sie in einem Brief an Herrn Herrmann noch am 24. August 1983 geschrieben, dass eine untertägige Erkundung des Salzstocks als fester Bestandteil des Untersuchungsprogramms weiter notwendig ist.

Ich will nur eines wissen: Haben Sie auch selber damals noch, 82/83, durchaus in verschiedenen Stellungnahmen nicht gesagt: „Jawohl, unabhängig von meinen Bedenken“ - völlig klar, aber - „macht eine untertägige Erkundung Sinn“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Das ist richtig, was Sie sagen. Ich habe auch im Zusammenhang mit dem Schachtunfall seinerzeit ein- oder zweimal gesagt - das war also auch ein Kompromiss gegenüber der PTB -, und sie hat das ja dann auch übernommen: Weiter teufen, weiter schachten, aber -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: - parallel dazu Alternativen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. - Lieber Herr Professor Duphorn, das ist wunderbar, und jetzt komme ich aufs Modegeschäft.

b.w.
(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) *wissenschaftlicher*): Ich finde, das geht so nicht!

Das haben Sie ja erwähnt. Und jetzt sage ich Ihnen, wie ich mich im Modegeschäft verhalte, weil ich nicht gern einkaufen gehe, aber ich brauche ja ab und zu auch einen neuen Anzug. Wenn ich einen neuen Anzug kaufen gehe und finde oberflächlich einen, der mir gefällt, dann probiere ich den an, ob der geeignet ist für mich. Wenn meine Frau dann ankäme und würde sagen: „Jetzt guck dir bitte noch mal drei, vier andere Anzüge an, ob die dir nicht auch gefallen, und guck mal, ob die dir passen“, dann würde ich wahrscheinlich unwirsch werden und sagen: „Wieso denn? Lass mich doch, wo der mir gefällt, mal angucken, ob der mir passt und geeignet ist.“ Das war Ihr Bild mit dem Modegeschäft. Ich nehme das nur auf.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau das hat die Bundesregierung damals gemacht. Die hat gesagt: Bevor ich jetzt die Bürger unwirsch mache an anderen Standorten, gucke ich erst mal, ob dieser eine Salzstock geeignet ist. - Können Sie das nachvollziehen? Würden Sie sagen, unabhängig von Ihrer Empfehlung: „Ja, das macht schon Sinn, dass man erst mal guckt, ob das eine geeignet ist, bevor man gezwungen ist, mit großem Widerstand in der Bevölkerung, mit viel Kosten und auch Personaleinsatz an einem anderen Ort zu forschen“? Also nicht die Frage, ob es Ihre Position ist, aber ob es eine vertretbare Position ist, wo man sagen könnte: Das kann man auch so machen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Dieser Kommentar zum Modesektor: D'accord, das kann ich voll nachvollziehen. Beim anderen nicht. Die meisten können es nicht nachvollziehen, dass man auf Alternativuntersuchungen verzichtet. Sie machen es

→ Aussagekraft, denn bei nur 5 Bohrungen in 20
einem großen Salzstock kann von einer statistischen
Mindestanzahl von Werten nicht die Rede sein.

Ich war etwas erstaunt, als Sie eben so ganz lapidar gesagt haben: Salz ist ja out. - Ich kann nur sagen: Ich war in Frankreich. Die beneiden uns leidenschaftlich um unsere Salzvorkommen. - Das vielleicht als kleiner Einschub.

Sie haben ja in verschiedenen Zusammenkünften im September 82 im Kreise von Fachleuten und dann noch mal in einer Sitzung der Gorleben-Kommission durchaus gesagt, dass Sie eine weitere untertägige Erkundung für zielführend halten, um festzustellen, ob Gorleben geeignet wäre oder sein könnte. Das haben Sie mitgetragen. Das habe ich so aus den Papieren herauslesen können.

In Ihrem Abschlussbericht „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben“ unter MAT A 52, Band 3, Seite 215 ff. und 230 einzeln, erklären Sie des Weiteren bezüglich weiterer Erkundung weiterer Salzstöcke:

Es kann daher nach meiner Auffassung ... nur eine geowissenschaftlich konsequente Entscheidung geben: Erkundung anderer Salzstöcke!

Also 82/83 waren Sie vom Wirtsgestein Salz sehr überzeugt.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, war ich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Und Ihre Empfehlung, auch andere Salzlagerstätten zu untersuchen, haben Sie dann auch noch mal in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* ausgesprochen: MAT A 39, Seite 030522. Wenn Sie sich so vehement dafür ausgesprochen haben: Welche Salzstöcke in Deutschland hätten denn Ihrer Ansicht nach für eine Erkundung getaugt? Hatten Sie da bestimmte Gebiete, bestimmte Orte im Sinn?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja. Ich habe die aber nicht genannt. - Also zunächst mal zur ersten Bemerkung: Es stimmt. Ich war auch ein Salzbefürworter. Ich habe mein Bergbaupraktikum im Salz gemacht. Ach, da fällt mir ein -- Hoffentlich ist es noch drin. Muss ich zur Erinnerung auf den Tisch legen. Es stammt nämlich aus dieser Zeit. Das wollte ich Ihnen auch noch einmal zeigen.

(Der Zeuge legt ein in Papier eingewickeltes Stück Salzgestein vor sich auf den Tisch)

Dann habe ich aber auch aufmerksam die internationale Entwicklung verfolgt. Auch die Franzosen hatten mal unten in Aquitaine ein Salzprojekt. Sie haben es aber aufgegeben. Dann haben sie in Bure in Lothringen ihr Untertagelabor im Opalinestone gemacht. Das ist der gleiche Ton, in dem auch die Schwyzer im Schweizer Jura ihre Experimente durchführen. Wir sind übrigens mit dem AkEnd dort gewesen - tief beeindruckt.

Also ich halte sehr viel von Ton: Muss sehr sorgfältig untersucht werden, wird auch von der BGR sehr sorgfältig untersucht, aber hier mehr oder weniger für die Katz, weil wir uns auf den Salzstock Gorleben beschränkt haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Duphorn, ich wollte jetzt keine Diskussion über Ton als Wirtsgestein führen, sondern ich möchte Sie noch einmal auf diese Zeit, auf 83, zurückführen. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie zumindest 1982/1983 davon überzeugt waren, dass auch insbesondere hochradioaktive Abfälle grundsätzlich im Salzgestein hätten gelagert werden können, wenn der Salzstock das hergibt?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das ist es eigentlich, was ich herauskristallisieren wollte. - Dann möchte ich Sie noch fragen: Sie sind ja nun Quartärgeologe. Ich sage jetzt einfach mal, was ich mir darunter vorstelle. Sie untersuchen also erdgeschichtliche Gesteinsschichten, wie die entstanden sind, welche Mächtigkeiten sie haben, welche Eigenschaften sie haben usw. Schließt das mit ein, dass Sie auch, sagen wir mal, tektonisches und gebirgsmechanisches Spezialwissen dazu brauchen? Wie muss ich mir das vorstellen? Vielleicht mal so in zwei, drei Sätzen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Natürlich braucht man das. Das ist das, was ich in heutiger Zeit so bedaure. Wir haben schon von den Studienplänen her ein sehr breit angelegtes Fachgebiet abgedeckt. Das gehörte einfach zur Didaktik und zur Konzeption dazu. Und das bleibt heute auf der Strecke in dem Massenbetrieb.

Ich selbst hatte - das klang ja vorhin schon an - mich regelrecht danach gedrängt, auch einmal in andere Nebendisziplinen hineinzuschauen. Ich bin in der Abteilung

7 mis

Ich habe auch Akten aus DDR-Zeiten bekommen. Ich habe auch persönliche Informationen eingezogen und dazu auch einiges über diese von Ihnen genannte Gasexploration bei Lenzen in Erfahrung gebracht. Das habe ich hier teilweise mit eingefügt. - Ich suche hier jetzt mal den Salzstock Rambow.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich sagte schon: In Lüchow wurde das noch zu Recht kritisiert, dass dieses Gebiet nördlich der Elbe nicht untersucht werden konnte. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung ist aber - nach meinem Eindruck vor allem auf Initiative der BGR - ein Bohrprogramm gestartet worden, das BGR-Bohrprogramm Gorleben-Nord. Ich lese mal vor:

Nach den Ergebnissen des BGR-Bohrprogramms Gorleben-Nord, das zunächst Ende 1992 beginnen sollte und dann von 1996 bis 1999 durchgeführt wurde, liegt das größte erdoberflächennahe Versalzungsgebiet in der bis zur Wiedervereinigung unzugänglichen Elbe-Löcknitz-Niederung zwischen Lenzen und Dömitz.

Das heißt, das Wasser, was dort am Salzstock Gorleben abgelaugt wird, also mit der Wurzel dicht nördlich der Schachtbereiche, das läuft am Grunde der Gorlebener Rinne nach Nordwesten und steigt dort, gefördert durch das Druckgefälle zwischen der Grundwasserlinie unter dem Hühbeck, bis dicht unter die Erdoberfläche auf. Die Abbildung zeigt, dass dort etwa die Hälfte des oberen Grundwasserstockwerks versalzen ist.

Die Süßwassermächtigkeiten sind durchweg gering. Dieses 15 Kilometer lange und bis drei Kilometer breite Versalzungsgebiet wird von zwei großen Salzwasserfahnen gespeist, der Gorlebener und der Lenzener, die also vom Rambower Ablaugungssee kommt. Rambower und Rudower See sind rezente Ablaugungsseen, die erst in den letzten 12 000 Jahren, also nach Beendigung der letzten Eiszeit, entstanden sind und heute noch einen gewissen Salzgehalt haben - also ganz junge Ablaugungsseen auf diesem neu hinzugekommenen Gebiet. In der Lenzener Wische ist dieser nach dem Atlas zur Geologie von Brandenburg sogar botanisch nachgewiesen; es gibt also Salzflora.

Der steile Anstieg der Süßwasser-Salzwasser-Grenze in den Saaleeiszeitlichen Stauchmoränen des Hühbeck deuten ebenfalls darauf hin, dass die von der Gorlebener Rinne unterquerte Lenzener Salzwasserfahne von dort her zusätzliche Ablaugungswässer des Salzstocks Gorleben erhält.

Die 8 Kilometer lange Gorlebener Salzwasserfahne wurzelt im vom Saaleeiszeitlichen Gletscherschutt unter nachfolgender Subrosion zerrütteten, wasserdurchlässigen Untergrund der weiteren Umgebung des Weißen Moores. Von dort erstreckt sie sich entlang der Westflanke der Gorlebener Rinne bis zum südlichen Überlauf nördlich von Gorleben. In Wootz, also auf der anderen Elbeseite, erreicht das Gorlebener Salzwasser nur wenige Meter unter der Erdoberfläche den Grundwasserspiegel. Beide Salzwasserfahnen - die Gorlebener und die Lenzener - vereinigen sich im Naturschutzgebiet Breetzer See, das zum Naturpark Brandenburgische Elbaue und zum Biosphärenreservat Flußlandschaft Untere Elbe gehört.

Das ist also die Salzwassersituation, wie sie sich im Abstrom ergeben hat und die erst nach der Wiedervereinigung geklärt werden konnte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Noch etwas zum Gas. Laugen- und Gasrisiko, das ist auch ein eigenes Kapitel hier: Die verschiedenen Salzgesteine im Salzstock Gorleben kamen vor etwa 250 bis -- Nein, das lasse ich weg, das ist zu viel an Vorspann.

Ich fange weiter unten an: Die bisher im Erkundungsbergwerk geförderten 360 Kubikmeter Lauge stammen aus seitlichen Randbereichen, die vom geplanten Endlager weit genug entfernt sind.

Das ist meine Meinung gewesen. Da ging es um 360 Kubikmeter; jetzt geht es um 100 000 bis 1 Million Kubikmeter. Das ist der Unterschied. Das würde ich heute nicht mehr so schreiben.

Die 300 bis 600 Meter tiefen Einlagerungsbohrlöcher für die stark wärmeentwickelnden hochradioaktiven Abfälle sollen jedoch von der etwa 880 Meter tiefen Endlagersole bis zu einer Tiefe von etwa 1 500 Meter reichen. Das darunter liegende Erdgas- und Laugenrisiko bleibt unerforscht. Es gibt aber drei Gründe, auch den tieferen

T Jk

M M die

H Linse

Untergrund im Endlagerbergwerksgebiet zu untersuchen:

Erstens. Bei den bis 2 000 Meter tiefen Flankenbohrungen im Salzstock Gorleben wurden Laugeneinschlüsse bis zu einer Tiefe von 1 930 Meter angetroffen. Es ist bekannt -- Man rechnet damit, dass da auch Nebengebirgswasser seitlich hinzugekommen ist; auch ein besonderer Aspekt. Beispiel Asse: Das hat auch die Asse getroffen.

Zweitens. Bei zwei Testförderungen in der 968 Meter tiefen Schachtvorbohrung Gorleben 5001 traten etwa 3 500 Liter Erdgas aus, das aus dem unteren Teil des Salzstocks stammt und aus Spalten und Rissen aufgestiegen ist. Das ist nicht viel, aber es ist ja auch nur eine Bohrung. Es kommt aber noch mehr. Als Gasmuttergesteine kommen nach Untersuchungen von ... ~~akustisch unverständlich~~ und BGR Stink- und Kupferschiefer des Zechsteins in Betracht.

Und die Parallele folgt jetzt mit der Gasexplosion in Rambow, auf die vorhin eingegangen wurde. Am 25. Juli 1969 kam es in einer Tiefbohrung zwischen Lenzen und der Elbe über dem Salzstock Rambow zu einem explosiven Gasausbruch, Duphorn 1984. - Den habe ich also damals schon nach Recherchen drüben publiziert.

In der DDR war dieser Vorgang streng geheim. Doch auch nach der Wiedervereinigung unterblieb die amtliche Aufklärung für die Öffentlichkeit. Nach privaten Recherchen bei Schweriner Geologen erfolgte die Explosion bei einem Lagerstättendruck von 600 bis 630 atü aus der Tiefe von 3 108 Meter unter der Oberfläche des Salzstocks. Das sind so etwa 3 400 Meter unter Gelände.

Die Aussagen über das Gestein, in dem er erfolgte, gehen etwas auseinander. Eine Information lautete: unteres Staßfurt-Steinsalz - das wäre die geplante Endlagerformation, aber wenig von Bedeutung - oder Stinkschiefer oder Stinkkalk, der direkt darunter liegt. Also die bituminös-ölige Substanz stammt auch nach den Kohlenwasserstoff-Analysen eindeutig aus dem Gestein, das unter dem Steinsalz liegt. Und von dort aus ist es durch das Steinsalz hochgestiegen, so wie hier in Gorleben auch, wo es ja auch in Steinsalz und Anhydrit angetroffen wird.

Am Bohrturm trat mit einem Überdruck -- Habe ich gerade gelesen. Durch Entzündung brannte in zwei Tagen die gesamte Bohranlage ab. Erst dann konnte der wilde Gasausbruch gestoppt werden. Eine Gasanalyse ergab Hauptanteile von 57,6 Prozent Stick-

stoff, 31,3 Prozent Methan und 9,8 Prozent analogen höheren Kohlenwasserstoffen.

Das ist jetzt ein Zitat vom Erdöl-Informationssdienst Hamburg, 01.08.69:

Naturgemäß erhebt sich die Frage, ob sich das von dem ostzonalen Bohrbetrieb ... (akustisch unverständlich) Gasvorkommen in das Gebiet der Bundesrepublik hinein fortsetzt.

Mit anderen Worten gefragt: Bis hinein in den Salzstock Gorleben und unter das geplante Endlager? Und wenn ja, wie tief unterhalb der bis 1 500 Meter tiefen Einlagerungsbohrlöcher?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Professor Duphorn. Erst einmal so weit, würde ich sagen. Wir haben ja noch so viel Zeit, wie wir nur eben wollen. Also die Fragen können gerne noch fortgesetzt werden. Deshalb wäre es vielleicht jetzt für den Moment - ich sehe auch ein Nicken der Kollegin Menzner - hinreichend für Ihre Frage. Und jetzt sind ohne Zweifel die Grünen dran.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher, Frau Vorsitzende, müssen wir - in Erinnerung an die letzte Sitzung - vielleicht einmal prüfen, ob wir dem Zeugen eine kurze Fünf-Minuten-Pause anbieten sollten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir waren eigentlich so miteinander verblieben, dass Sie sich melden, wenn Sie eine kurze Pause brauchen. Ich will das gerne sagen. Möglicherweise machen wir diese Berliner Runde zu Ende. Das würde also bedeuten, dass das Rederecht jetzt noch einmal bei den Grünen ist. Das dauert sieben Minuten. Danach wissen Sie, ob Sie eine kurze Pause brauchen oder nicht.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Wie lange ist noch Zeit vorgesehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Solange wir wollen, bis die Sonne untergeht und darüber hinaus. - Der nächste Zeuge ist allerdings für 13 Uhr geladen. Von daher wäre es schon gut, wenn wir auch da einen gewissen Horizont erreichen würden. Ich würde dann auch gerne die Kollegen, nachdem die Grünen ihr Fragerecht wahrgenom-

H DBE

men haben, fragen, ob denn noch eine weitere Berliner Runde vorgesehen sein soll. - Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Entschuldigung - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ladies first! Sie waren erst dran.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich muss auch gleich mal ebenso anfangen wie die Kollegin und mich bei Ihnen für Ihren Vortrag bedanken und dafür, dass Sie uns mit Ihrem Fachwissen derartig anschaulich zur Verfügung stehen. Ich war richtig begeistert über den Kurs in Geologie, den Sie uns so anschaulich vermittelt haben, dass wir ihn auch als Laien verstanden haben. Das ist eine Qualität, die wir nicht immer erleben. Das fand ich richtig klasse.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Als Ex-Hochschullehrer höre ich das gerne.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielleicht war es auch genau darauf gezielt. - Jetzt möchte ich gleich auf den Punkt kommen. Sie waren ja auch deswegen sind Sie auch drei Jahre im Auftrag der PTB tätig gewesen oder mit der BGR in der ~~Aktiv~~ ^{Antarktis} gewesen - die Koryphäe in Quartärgeologie, wenn ich das so wahrnehme. Sie mussten dann erfahren, dass in einer Situation, wo Sie auf eine bestimmte Art und Weise Erkenntnisse verwertet haben, erhebliche Kritik, also ein Kritiksturm losbrach. Sie haben sich vorher bis hin zu dem Begriff „mundtot“ ausgelassen.

Wir haben festgestellt, dass, als die Kampagne losging, selbst das Innenministerium, als man schon überlegt hat, wie gehe ich denn jetzt mit diesen kritischen Erkenntnissen des Quartärgeologen Duphorn um, gesagt hat - MAT A 24 vom BMI, Paginierung 560258 -:

Die fachliche Qualifikation ist Professor Duphorn auf seinem Arbeitsgebiet keinesfalls abzusprechen. Er ist einer der ganz wenigen anerkannten Quartärgeologen im Bundesgebiet, sodass auf seinen Sach-

verstand auch künftig nicht verzichtet werden kann.

Trotzdem wurde anschließend Ihr Vertrag nicht verlängert. Sehen Sie da einen Zusammenhang vielleicht mit der Einschätzung, die das Bundesministerium für Forschung und Technologie verbreitet hat?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie uns den Zeitpunkt des Schreibens noch mal nennen?)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1982.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wann?)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 29. Juni.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hat - dann nehmen wir gleich noch einen Zeitpunkt - zum Beispiel das BMFT, Herr Ollig speziell, verbreitet - MAT A 29

(Zuruf: 12. August!)

- nein, 24. Juni, 560157 -, wo auch schon Ihre Qualifikation infrage gestellt worden ist. Dieser Herr Ollig war ja auch derjenige, wenn ich das richtig sehe, der im Atomforum diese Äußerung gemacht hat. Sehen Sie da möglicherweise einen Zusammenhang?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, natürlich, der ist ja nun nachweislich zu rekonstruieren. Der liegt auf dem Tisch. Das ist eine Sonderausgabe des Atomforums. Der Text stammt in der Diktion - gekennzeichnet durch die Nichtbeherrschung der Terminologie der Fachsprache - von Herrn Ollig, mit dem ich ja nun auch viel zu tun hatte. Er hat das auch nie in Zweifel gestellt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte also vermuten, dass der gleiche Autor, der hier fürs BMFT schon am 24. Juni Ihre Qualifikation heftig infrage stellt und behauptet, Störungen im Deckgebirge, die Sie ja insbesondere thematisiert haben, seien für ein geplantes Endlager allenfalls von akademischem Interesse, und das dann entsprechend weiter ausführt, dann

auch dem Deutschen Atomforum die Feder führt, um die Kritik, die Sie geäußert haben, abzubügeln.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, ja. - Dann ist noch so ein dicker Hund im Schlussabsatz. Das war dann auch die offizielle Begründung:

Wenn sich wie im Falle der quartärgeologischen Untersuchungen herausstellt, daß außer akademischen Fragestellungen keine sicherheitsrelevanten Ergebnisse aus weiteren Untersuchungen zu erwarten sind, muss dieser Themenkomplex als erledigt angesehen werden. Eine sich in Zukunft ständig vermehrende Forschungsflut zu Untersuchungen

- das spreche ich genüsslich aus -

am Salzstock Gorleben für jeden Teilaspekt bei der Errichtung eines Endlagers anstreben zu wollen, ist mit dem Ziel einer zügigen Untersuchung des Salzstocks Gorleben nicht kompatibel.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das lässt tief blicken, wenn man das näher interpretiert.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Entschuldigung! - Dabei wurde ich wenig später von der PTB angerufen. Ich habe meinen Antwortbrief auch in der Tasche, aber den erspare ich Ihnen jetzt aus Zeitgründen. Da wurde mir mitgeteilt: Herr Duphorn, wir würden uns freuen, wenn Sie wieder ins Programm steigen. Die bisher verweigerte Vertragsverlängerung ist jetzt genehmigt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau da wollte ich mit meiner nächsten Frage hin.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe das schriftlich. Dr. Österle (?), das war ein ganz netter Kerl, auch einer von denen, die dann immer frustrierter geworden sind, so ähnlich wie Herr Kulke, den Sie ja alle kennen. Und an der Frustration von Herrn Kulke war auch der Herr Ollig nicht ganz unbeteiligt. Na ja, es war erschreckend, mit welchem Machtgehabe dieser Mann im Range eines Abteilungsleiters auch an seinen Vorgesetzten vorbei operiert hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant zu hören. Aber wir haben jetzt erst einmal festgestellt, dass eigentlich die PTB sich bemüht hat, Sie zu halten und weiter zu beschäftigen, und dass wir von irgendeiner Seite her Einflussnahme vermuten müssen, dass ausgerechnet Sie nicht mehr weiterbeschäftigt werden. Jetzt haben Sie ja genau auf die Ergebnisse Ihres Gutachtens schon mal hingewiesen und auch auf die wissenschaftliche Fundierung mit den Handbohrungen und den Bohrmetern, die Sie niedergebracht haben. Und Sie haben vorhin gesagt: Je mehr Bohrungen wir machten, je tiefer wir gingen, desto schlechter wurden die Bohrerergebnisse. - Das würde ich gerne noch einmal genauer wissen. Und vielleicht können Sie in dem Zusammenhang auch eine Einschätzung geben: Kann es sein, dass genau Herr Ollig oder das BMFT oder die BGR Angst vor der Veröffentlichung solcher Ergebnisse hatten, wie Sie sie mir vielleicht gleich beschreiben?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Frage kann ich natürlich nicht beantworten. Das müssen Sie die fragen, an die sie gerichtet ist.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die erste in Bezug darauf: Je mehr Bohrungen wir machten, desto tiefer wir gingen, desto schlechter wurden die Bohrerergebnisse. - Das hätte ich gerne noch genauer gewusst.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe, glaube ich, vorhin schon mal das Thema der selektiven Tiefen~~suppression~~ *subrosion* angeschnitten. Das heißt also, dass dort, wo das Kaliflöz an die quartäre Gorlebener Rinne mit ihrer riesigen Grundwasserfüllung stößt, das Salz schneller weggelöst wird als das benachbarte Steinsalz. Das waren die sogenannten Salzspiegelbohrungen unter Erkundung der selektiven Tiefen~~suppression~~ *subrosion*. Die standen dann am Ende des Bohrprogramms. Die letzte Bohrung wurde ja erst im Januar 1985 abgebrochen. Zwei Jahre nach meinem Rausschmiss haben die noch immer diese Bohrungen weitergeführt, die ich befürwortet hatte und die dann auch durchgeführt worden sind. Das muss man sich mal vorstellen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie die Ergebnisse?

← Gewerkschaft Brigitta

~~PRAKTA~~
↓
Gorleben mit der Endlagerforschung losging, von der ~~BRAGLA~~ eine Erdölbohrung gemacht worden. Da haben die durch die ganzen Salzschiefer noch 400 Meter durchgebohrt und sind unten auf eine - steht wörtlich im Bohrprotokoll - Erdgaslagerstätte gestoßen. Und das bestand zur Hälfte aus Stickstoff. Genau solche Zahlen finden Sie auch in Gorleben-Analysen.

Das heißt also, es kommen zwei Quellen für die Herkunft dieser Gase infrage, die jetzt in Gorleben für großen Ärger sorgen werden, wenn es stimmt, dass diese Erdgasblasen im Hauptanhydrit wirklich diese Dimensionen anreichern, wie man aus Akten des BfS und der BGR nachlesen kann. Die sind dort genannt; die ziehe ich hier nicht aus dem Hut. Wie man damit umgehen muss, ist eine andere Frage; aber die sind dort genannt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Zahlen werden bestritten!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist nicht Aufgabe dieses Ausschusses, das hier zu bewerten. Dass Sie das vortragen, ist interessant. Das müssen sicherlich andere Menschen werten. Beim allerbesten Willen, dazu sehe ich uns in keiner Weise imstande, weil wir alle keine Geologen sind. - Ich frage einfach: Ist die Frage damit hinreichend beantwortet?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja. - Ich möchte Herrn Professor Duphorn gerne noch etwas fragen. In dem ersten Entwurf von 1983 von der DBE - Anlage 12 aus MAT A 4/3 - findet sich auf Seite 2 die Einschätzung, dass Erdgas- und Erdölvorkommen in der Umgebung des Salzstockes, die förderungswürdig wären, nicht zu erwarten sind. Demnach hat sich dieser Stand in den letzten Jahrzehnten dann doch verändert. Ich frage Sie das speziell, weil Sie bei der BGR lange für Rohstoffvorkommen zuständig waren und es ja, wenn ich es richtig begreife, schon eine Diskrepanz gibt, dass Rohstoffförderung im Zweifelsfall Vorrang hatte, einfach auch rechtlich. - Ich korrigiere mich: Es war der PTB-Zwischenbericht zu der MAT-Nummer.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Na ja, Rohstoffförderung und Gasförderung will ich mal nicht in einen Topf werfen. Aber ich wiederhole und bekräftige das noch einmal: Das ist für mich jetzt das akute Hauptproblem

Nummer eins. Diese Frage muss geklärt werden. Das ist eine kardinale Frage für das ganze Projekt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie wissen nicht, ob die Bohrkern aus DDR-Zeit vom östlichen Salzstock in irgendeiner Form sichergestellt und noch einmal ausgewertet wurden?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, ich habe Akten aus der DDR. - Ich finde das jetzt bloß nicht mehr; das liegt irgendwo dahinten im Koffer. - Ich habe aber auch Akten aus der DDR einmal mit chemischen Analysen, mit Bohrdaten. Ich habe auch Akten, die belegen, dass die ~~BGR nach der Explosion~~ einen Arbeitsstab gebildet hat. Die DDR hatte schon seinerzeit ein Atomministerium. Der stellvertretende Direktor war übrigens als Student mein Assistent im chemischen Praktikum gewesen.

Die haben also eine eigene Arbeitsgruppe gebildet - das betraf die ja unmittelbar -, die wollten das auch wissen. Und nach der Wende hat die BGR das Zentrale Geologische Institut übernommen. Es wurden von dort aus Unterlagen, Altunterlagen gesammelt. Aus denen geht das hervor, was ich Ihnen vorhin an Daten gebracht habe.

Meine Informationen stammten aus privaten Kreisen. Ich hatte einen Kommilitonen, der war in dieser Zeit, als das Unglück passierte, Hauptabteilungsleiter für die Tiefenforschung in der DDR in Schwerin. Dessen Angaben unterscheiden sich von denen, die jetzt über ZGI/BGR kommen, nur in einem Punkt. Er sagte: Gasexplosion im unteren Teil des Steinsalzes. Und die BGR, das heißt die von der BGR übernommene Institution, sagt: Im Stinkschiefer darunter kommt. Aber das ist nur von gradueller Bedeutung.

Das Entscheidende - das kann ich nicht verstehen - ist: Die BGR hat meines Wissens bis heute nichts über diese Dinge verlauten lassen. Ich will jetzt vorsichtig sein: In allen Diskussionen in Gorleben und um Gorleben, wo ich mehrfach dieses Problem angesprochen habe, hat die BGR nichts verlauten lassen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das ist sicherlich noch mal eine Aufgabe der Zukunft, das weiter zu werten. - Dann geht das Fragerecht bezüglich der Vergangenheit und unseres Untersuchungsauftrags an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

← DDR
nach der
Explosion
← Markierung
der Explosion

V der DDR

V bzw.
Stinkkalk,

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich möchte bei der Vergangenheit wieder einhaken, und zwar bei der Vergangenheit vor einer halben Stunde, als wir über die Bohrlöcher und die Bohrungen gesprochen haben, wo Sie sagten, je tiefer Sie mit den Bohrungen gingen, desto schlechter wurden die Bohrergebnisse. Sie haben dann darauf hingewiesen, dass die BGR Salzspiegelbohrungen mit negativen Ergebnissen durchgeführt hat, die Risse ergeben haben. Ich glaube, Sie haben gesagt: Klüftig bis 600 Meter und Kaliablösung. Und Gas aus der Bohrung 5001 haben Sie ebenfalls erwähnt. Das würde ich gerne noch mal, soweit Sie sich daran erinnern, genauer hören, was das für eine Bedeutung hatte, und würde Sie gleich in dem Zusammenhang fragen wollen, ob Sie unter diesen Bedingungen einen Zusammenhang mit dem tragischen Schachtunfall sehen, der sich am 12. Mai 1987 genau in einer der Bohrungen ereignet hat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Wenn ich das ausführlich beantworten wollte, dann müssten wir erst mal eine Runde Kaffee bestellen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wir können ja anfangen. Wenn ich das zu dem Schachtunfall im Zweifelsfall noch kurz erklären soll, ist es ganz gut - - Die Quelle, die ich benutzt habe, ist der *Spiegel*, 34/1987, die Ausgabe vom 17.08. Der Unfall hat sich am 12. Mai 1987 ereignet. Und zwar ging es darum: Ein folgenschwerer Unfall brachte das Unternehmen zum Stillstand. Es geht um die Bohrung:

Die Endlager-Schürfer waren im Schacht 1 gerade erst bis in 239 Meter Tiefe vorgedrungen, da barst einer von 34 anderthalb Tonnen schweren Sicherungsringen aus Stahl und stürzte auf die fünf Meter darunter stehenden Arbeiter auf der Schachtsohle. Ein Bergmann starb, zwei weitere wurden schwer verletzt. Weil der Schacht einzustürzen drohte, musste er 14 Meter hoch mit Beton verfüllt werden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist ein ganz besonderes Kapitel meiner Gorleben-Geschichte. Ich könnte ein ganzes Buch darüber schreiben.

Wir haben uns in den letzten drei Monaten 1982, als wir schon arbeitslos waren, die Bohrungen am Schacht mit angesehen. Wir hatten aber schon bei der Kartenanalyse aus den bereits vorhandenen Bohrungen herausbekommen, also den Verdacht erhalten, dass dort direkt im Schachtbereich, in der unmittelbaren Umgebung, Sprünge und Risse schräg Richtung Salzachse einfallen. Das konnte man daraus erkennen, dass eine Schicht, die hier rechts liegt, einmal hier auf Tischhöhe, von einem Schnitt richtig abradiert wird.

(Der Zeuge führt anhand eines Buches und der Tischkante eine Demonstration durch)

Dieselbe Schicht liegt hier am anderen ~~Teil~~ ^{Teil} 20 ~~Metern~~ ^{cm} tiefer oder so. In der Regel sieht es aber so aus - das ist also die vorhin schon erwähnte Tektonik -, dass das oft gar nicht nur eine große Störung ist, sondern dass eine Vielzahl von Kleinststörungen auftreten, also praktisch alle Größenordnungen einschließen können. Das ist der Normalfall.

Da habe ich auch eine „Krisensitzung“ - also jetzt in Tüttelchen - mit der PTB gehabt. Da waren auch Schachtbauingenieure von Deilmann-Haniel dabei, Bergamt Celle und das Oberbergamt von Clausthal. Da habe ich das vorgetragen. Und das wurde weitgehend abgewickelt. Die Einzigen, die aufmerksam zugehört haben, das waren die Schachtbauingenieure.

Ich hatte vorgeschlagen, den Schachtstandort, den Ansatzpunkt für den Schacht, zu versetzen, nicht in eine Stelle hineinzubauen, die durch tektonische Störungen und Risse gefährdet ist. Das wurde dann offiziell, ähnlich wie hier von Ollig, vom Bergamtsmann aus Celle - ~~Moritz (?)~~, ~~Dr. Wolfe~~ ^(?) - ~~Dr. Moritz~~ ^{gedacht} alles als gebirgsmechanischen Unsinn bezeichnet. Na ja, da habe ich ~~gesagt~~ ^{gedacht}. Dann macht doch, was ihr wollt. - Ich habe hinterher noch ein paarmal mit der PTB darüber diskutiert. Aber das war dann klar: Die machten weiter. Dann ist das passiert.

Ich muss hinzufügen: Das Bohrverfahren ist sehr bewährt: Tiefkühlverfahren. Die hatten um den Schachtstandort herum kreisförmig 40 Bohrungen angeordnet. Da haben sie eine Kühlflüssigkeit injiziert, die bis minus 40 Grad runtergefahren wurde. Damit sollte das von unten kommende warme Salzwasser auch mit vereist werden.

ich jetzt den Kollegen Bülow, weiter zu fragen. Bitte schön.

Marco Bülow (SPD): Erstens war meine Frage noch nicht zu Ende. Und wenn das Ihr Stil ist, Herr Grindel, werde ich auch Ihnen jetzt jedes Mal ins Wort fallen, wenn ich der Meinung bin, dass Sie nicht den Untersuchungsgegenstand ansprechen. Dann müssten wir jedes zweite Mal eingreifen. Ich glaube, dass Ihr Vorgehen sehr ungehörig ist.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Ich bin noch gar nicht mit der Frage fertig gewesen. Also lassen Sie mich ausreden.

Das war die Aussage des Herrn Kreusch. Ich würde Sie bitten -- weil wir ein paar mal auch darüber diskutiert haben und Sie heute auch schon den Begriff der Eignungshöflichkeit fallen gelassen haben, der damals in diesem Zusammenhang benutzt worden ist. Sie haben gerade schon mal den Unterschied angeschnitten, ob es ein geeigneter Standort ist, der damals auch daneben stand. Ich frage Sie, ob Sie die Aussage des Herrn Kreusch schon damals geteilt haben und wie Sie den Begriff der Eignungshöflichkeit aus Ihrer Sicht erklären würden.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ich habe doch vorhin schon mal das Thema angeschnitten gehabt. Ich wiederhole vielleicht: Eine Eignungshöflichkeit ist gewissermaßen die Vorstufe zur Eignungsaussage. Deshalb werden ja die Untersuchungen gemacht. Man kann ja nicht einen Hammer in die Luft schmeißen und sagen: Der ist geeignet. - Da geht man also etappenweise vor. In der Rohstoffgeologie ist das ein sehr umfangreiches Kapitel. Das geht bis hin zur Infrastruktur. Da kommen marktwirtschaftliche Dinge mit rein. Wir brauchen auch marktwirtschaftliche Betrachtungsweisen, wenn wir mit Milliarden Steuergeldern umgehen wollen. Da kommt sehr viel rein.

Also, Eignungshöflichkeit ist die Hoffnung, dass der Salzstock für die Endlagerung benutzt werden kann. Die muss dann in bestimmten Zwischenstufen unter bestimmten Sicherheitskriterien geprüft werden. Dazu gehört letztendlich auch eine untertägige Erkundung. Aber er kann meines Erachtens eben nicht untertägig weiter erkundet werden, wenn zu viele Gegenergebnisse aus dem Deckgebirge dagegenstehen.

Das fing schon mit den ersten Kriterien von Dr. Albrecht an. Da waren halt drei nicht erfüllt - nur eins: die Größe des Salzstocks. Die gesamte Struktur des Salzstocks, die ungünstiger ist, als erwartet wurde, spielte damals noch gar keine Rolle. Da wussten wir noch nichts von 100 000 bis 1 Million Erdgas im Hauptanhydrit gleich neben dem Füllort vom Schacht. m³

Das sind Dinge, die man vorher nicht wissen kann. Man muss als Geologe, wenn es um Sicherheitsfragen geht, auch immer bereit sein, flexibel umzudenken. Das gehört mit zur Methodik dazu.

Marco Bülow (SPD): Vielen Dank. - Ich habe noch eine Frage. Sie haben ein paar mal auch schon die Rinne angesprochen. Können Sie noch einmal ausführen, ob Sie damals schon Kenntnisse bezüglich der Risse und des zerrissenen Deckgebirges, das Sie beschrieben haben, hatten? Ist das vergleichbar mit anderen Lagern bzw. Stollen? Haben Sie damals dazu schon Erkenntnisse gehabt, dass es auch woanders schon aufgetreten ist?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Nein, wir wussten über den Salzstock Gorleben so gut wie nichts. Ich sagte vorhin schon, der gehörte ein paar Jahre zu meinem amtlichen Dienstbezirk als Obergelogeologierat. Obergelogeologierat hieß das, glaube ich. Da fuhr ich alle paar Jahre mal hin. Aber über den Salzstock -- Natürlich wussten wir, dass einer da war. Ich hatte auch die Bohrkerne im Dorfmuseum Vietze ausfindig gemacht. Die haben wir dann untersuchen lassen. Das war eine meiner ersten Aktionen. Da haben wir festgestellt - das waren alte Kalibohrungen -, dass dieser Salzstock dort recht tief lag. Die eine Bohrung ging bis 1 000 Meter. Aber in zwei Bohrungen nahmen die tertiären Tone, die den Salzblock nach oben abdichten sollten, bis auf wenige Meter -- Da habe ich das erste Mal durch meine damals noch vorhandenen Zähne gepfeifen. -- ab.

Also das war schon ein erstes Warnzeichen. Als wir dann bohrten, war es umgekehrt. Wir haben zehn oder zwölf Bohrungen gemacht und hatten wunderschöne dichte, mächtige Tertiärtone. Da haben wir uns schon gefreut. Dann wurde es immer weniger, und am Schluss saßen wir in der Gorlebener Rinne, wo auf einer Fläche von mehreren Quadratkilometern überhaupt kein Ton mehr da war. Es war alles durch das

Nehmen Sie jetzt an oder wissen Sie, ob die BGR für diese Ausführungen einfach nur Ihre Daten kommentiert und die neu bewertet hat oder ob die gar in dem halben Jahr grundlegende wissenschaftliche Untersuchungen gemacht haben, um zu diesen Bewertungen zu kommen, um zu sagen: „Der Mann hat nicht recht, wenn er andere Salzstöcke erkunden möchte“?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Die Frage kann ich nicht beantworten. Aber da geht parallel eine Frage, die sich aus dem, was Sie sagten, ergibt. Es ist ja nicht so, dass ich dort nur meine eigenen Vorergebnisse interpretiert habe, sondern es war eine Gesamtinterpretation. Ich habe Ihnen eingangs vorgelesen, was da alles für Methoden mit eingespeist wurden. Natürlich kamen die aus ganz anderen Bereichen. Das ging wild durcheinander. Die meisten kamen von der BGR selbst. Es ist ja so: Ich habe mich ja auch auf BGR-Daten bezogen. Insofern wundert mich das etwas.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil mich das auch gewundert hat, habe ich die Frage gestellt. Denn der Kern, über den wir versuchen, Klarheit zu bekommen, ist ja immer: Wird hier ein kompetenter, ein hochkompetenter Wissenschaftler, der seine Ergebnisse auch begründen und darstellen kann, kaltgestellt und kriegt hinterher nie wieder einen Job, hat dann einen Karriereknick? So haben wir das doch gerade bei Ihnen erfahren, auch mit der Formulierung: Ich bin geschasst worden. - Oder ist das alles purer Zufall, und hat sich das so ergeben? Das untersuchen wir doch. Da sind doch die Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, sehr erhellend.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das mit dem Karriereknick ist natürlich nichts; denn das war ja mein Vorteil als Hochschullehrer im Vergleich zu den weisungsgebundenen Mitkollegen, mit denen ich in Gorleben zusammengearbeitet habe. Die gehörten ganz verschiedenen Geschäftsbereichen an und waren weisungsgebunden. Mein Stuhl in Kiel steht hoch und trocken.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich habe Sie richtig verstanden, dass Sie im Anschluss nie wieder von der PTB oder von der BGR mit irgend-

welchen Gutachten oder sonstigen Arbeiten beauftragt worden sind.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist richtig, aber ich wollte auch nicht. Das stimmt nicht ganz - zu spät; ich müsste es suchen -: Ich habe eine Bestätigung von der PTB, die besagt, dass ich mit meinen Leuten weitermachen sollte. Die kam im Juni, Juli 82, als ich das Gutachten abgegeben hatte und als das Kind in den Brunnen gefallen war und die Wogen ziemlich hoch schlugen. Da haben sie wohl gemerkt, dass sie sich mit diesem Ding mehr Schaden als mir selbst zugefügt haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Eindruck könnte man gewinnen. - Aber ich habe zu 82/83 noch einen kleinen Nachklapp zu der Frage, die ich vorhin im Zusammenhang mit dem Schachtunfall gestellt habe, als wir bei den Bohrungen und den Gasentweichungen insbesondere beim Bohrloch 5001 aufhören mussten. Das ist ja auch eine geologische Sache, die, wenn sie öffentlich diskutiert worden wäre, durchaus 1983 Einfluss auf Bewertungen und Entscheidungen gehabt hätte. Deswegen sehe ich auch aus solchen geologischen Erörterungen den Zusammenhang zum Untersuchungsauftrag als absolut gegeben. Deswegen wollte ich da noch einmal anknüpfen.

Kann man jetzt vermuten, dass durch die Bohrungsergebnisse bei Bohrloch 5001, die ja in bestimmten Tiefen keine verwertbaren Bohrkern mehr ergeben haben, aber die doch ergeben haben, dass es Risse und Klüfte sind, solche Gefahren deutlich wurden, die man nicht berücksichtigt hat, die man nicht bedacht hat, durch die sich aber später dann zum Beispiel durch solche Vorgänge wie beim Schachtunfall gezeigt hat, dass das mit die Ursache war?

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Ja, das ist diese Geschichte im Schacht 5001. Man wusste -- Sie zielen jetzt sicherlich auf die neuen Entdeckungen über diese Gasmenngen ab, die in dieser Bohrung stecken.

H dort im Hauptanhydrit

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das ist also wirklich ein Hammer. Das war natürlich

bekannt. Seit 140 Jahren Salzbergbau in Deutschland meiden die Bergleute diesen Hauptanhydrit, der klüftig ist und auf den Klüften Wasser führt. Die meisten Einbrüche erfolgen auf diesem Weg. Das wussten wir in Gorleben natürlich auch. Deswegen wird ja auch ein möglichst breiter Steinsalzsattel ausgesucht. Der Hauptanhydrit, der den Sattel flankiert, soll einen möglichst großen Abstand haben. Das Gleiche gilt für das Kalisalz, das auch gefährlich ist. Ich habe das vorhin ja geschildert. Das sind die beiden Gesteine, die beim Endlagerbergbau möglichst gemieden werden sollen.

Am Schacht 1 ist eben jetzt eine grundlegend neue Situation dadurch entstanden, dass Akten aus BfS und aus BGR aufgetaucht sind, in denen klar beschrieben ist, dass nach neueren Messungen dort Mengen von größenordnungsmäßig etwa 100 000 bis 1 Million Kubikmeter Lauge bzw. Erdgas - das ist ja ein Gemisch - vorhanden sind. Wie jetzt damit umgegangen wird, das wird sich zeigen. Darauf habe ich keinen Einfluss. Aber für mich ist diese Meldung ein Hammer, ein richtiger Hammer. Dass man so was ~~7~~ ^{mindestens 14} Jahre lang unter dem Deckel hält, das ist auch ein Hammer.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bedanke ich mich und würde, Frau Vorsitzende, beantragen, dass wir die Quellen, BGR und BfS, auf die sich Professor Duphorn bezogen hat, jetzt auch zu den Akten nehmen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das können wir sehr, sehr gerne machen. Ich bitte Sie, Herr Professor Duphorn, um einen entsprechenden Hinweis an das Sekretariat. - Ansonsten sehe ich, dass wir jetzt am Ende der dritten Berliner Runde sind.

Ute Vogt (SPD): Frau Vorsitzende, ich habe jetzt keine Fragen mehr, aber noch eine Bitte, weil Sie jetzt auch mehrfach das Schreiben angesprochen hatten, in dem die PTB Sie bittet, doch mit den Untersuchungen fortzufahren. Vielleicht haben wir es auch, und ich finde es gerade nicht. Ich habe es jedenfalls nicht bei mir in den Akten. Vielleicht könnten Sie uns das auch zur Verfügung stellen.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das stimmt nicht ganz so. Ich wurde aus der PTB von Dr. Österle angerufen.

Ute Vogt (SPD): Ach so, das war ein Telefonat.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann habe ich ihm postwendend geschrieben und abgesagt. Damit war der Fall - -

Ute Vogt (SPD): Wenn Sie das Schreiben noch mal hätten - -

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Das Schreiben steckt irgendwo hier.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn Sie das freundlicherweise dem Sekretariat noch zur Verfügung stellen würden, damit wir es dann zu unseren Akten nehmen können.

Herr Professor Duphorn, herzlichen Dank. Ich sehe, dass die Fraktionen keinen weiteren Fragebedarf haben. Ich darf Sie jetzt noch darauf hinweisen, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung übersendet. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Wir haben das jetzt schon des Öfteren gesagt: Aufgrund der Jahreszeit kann es durchaus sein, dass der eine oder andere auch so was Ungewöhnliches wie Urlaub in Erwägung zieht. Wenn das bei Ihnen der Fall sein sollte, Sie also jetzt sagen „Zu der und der Zeit bin ich gar nicht zu Hause, von daher kann ich in dem Zeitraum das Protokoll auch nicht korrigieren“, dann sollten wir das jetzt miteinander besprechen. Dann nehmen wir selbstverständlich darauf Rücksicht. Oder ist das bei Ihnen nicht der Fall? Sind Sie jemand, der typischerweise im Winter Urlaub macht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Also, Sie wären zu Hause, und wir könnten Ihnen das Protokoll zustellen, und Sie würden das dann innerhalb einer Frist von zwei Wochen entsprechend korrigieren. Gut, herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Klaus Duphorn: Dann ist auch die WM vorbei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gut. Die ist ja schon, wie ich höre, am Wochenende vorbei.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines

mindestens 14 Jahre lang unter dem Deckel hält, das ist auch ein Hammer.
Diese Quellen werden von Ulrich Schneider, 1979-83 meine redakteurische Linien und im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung redigiert. Wird auch er als Zeuge vernommen?
Kein Fragezeichen →